Donnerstag, 24. April 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 95 - 17.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 400,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 750 TL

exklusiv in der WELT:



Gefährdet die Neufassung des Paragraphen 116 AFG den Arbeitsfrieden? Werden die Gewerkschaften dem Gesetz mit einer Umweg-Strategie die Wirkung nehmen? Der SPD-Politiker Georg Leber, der sich zuletzt als Schlichter im Tarifstreit der Metallindustrie Baden-Württembergs bewährt hat, weist auf mögliche negative Folgen der Neuregelung hin, die bislang nicht genügend beachtet worden seien. Seite 7

Strauß gratuliert Karl Schiller

Professor Karl Schiller wird heute 75 Jahre alt. Franz Josef Strauß, in der Großen Koalition Kabinettskollege („Plisch und Plum"), würdigt ihn als „einen Wirtschaftspolitiker, wie ihn die SPD niemals mehr in ihren Reihen hatte". Seite 4

WELT-Report Haus- und Grundeigentum

Zum 100. Verbandstag des Zentralverbandes der deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer beleuchten prominente Autoren, unter anderen die Minister Schneider, Engelhard, Zimmermann und Schwarz-Schilling, das Thema „Privates Haus- und Grundeigentum". Seiten I bis VI

POLITIK

Agrément: Der bisherige polnische Außenhandelsminister Tadeusz Nestorowicz wird neuer Warschauer Botschafter in Bonn. Er ist Nachfolger von Tadeusz Olechowski, der stellvertretender Außenminister wurde.

Robben: Die Bundesregierung hat den Beitritt der Bundesrepublik zum Abkommen über den Schutz der Robben in der Antarktis beschlossen. Das Übereinkommen untersagt die Jagd auf sechs bedrohte Robbenarten in der südlichen Hemisphäre.

Rente: Änderungen im allgemeinen Sozialversicherungsrecht können nur ausnahmsweise eine Kürzung von Betriebsrenten begründen. Die von einer Änderung der Renten verursachte Mehrbelastung muß für die betriebliche Altersversorgung erheblich und die rechtliche Änderung grundlegend sein. (Az.: Bundesarbeitsgericht 3 AZR 100/83 – 22. 4. 1986)

Direkt: Das US-Verteidigungsministerium hat der sowjetischen Fluggesellschaft Aeroflot die Genehmigung erteilt, den direkten Flugverkehr in die USA wieder aufzunehmen. Er war 1981 nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen untersagt worden. – Die US-Gesellschaft PanAm nimmt den Flugverkehr in die UdSSR wieder auf, der 1978 aus wirtschaftlichen Gründen eingestellt worden war.

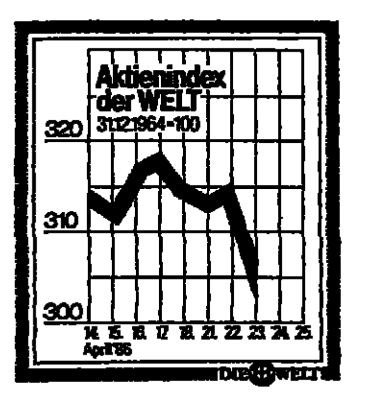
Schiffahrt: Der deutschen Seeschiffahrt will Bonn trotz der harten Auslandskonkurrenz keine gesonderten Steuererleichterungen geben. Die angekündigte große Steuerreform komme auch den Reedereien zugute.

Umwelt: Nach Kraftfahrzeugen und Kohlekraftwerken werden demnächst auch private Heizungsanlagen strengeren Bestimmungen zur Reinhaltung der Luft unterworfen. (S. 4)

WIRTSCHAFT

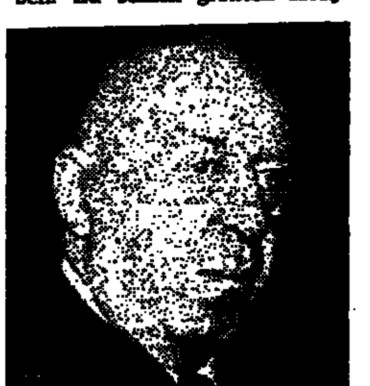
Dividende: Im Gleichklang mit Hoechst und Bayer will auch die BASF AG, Ludwigshafen, ihre Dividende für 1985 auf 10 (9) Mark je Aktie erhöhen. Die Belegschaft der Chemiegruppe war um über 12 Prozent auf 130 170 Mitarbeiter aufgestockt worden. Hauptversammlung ist am 20. Juni. (S. 15)

Börse: Schwächeerscheinungen an der Wall Street führten auch an den deutschen Aktienmärkten zu durchweg nachgebenden Kursen. Der Rentenmarkt war leichter. WELT-Aktienindex 307,69 (315,54). BHF Rentenindex 108,321 (108,323). BHF Performance Index 105,232 (105,295). Dollarmittelkurs 2,1819 (2,1853) Mark. Goldpreis pro Feinunze 346,20 (344,10) Dollar.



KULTUR

Otto Preminger: Der in Wien geborene Filmregisseur ist im Alter von 79 Jahren in New York gestorben. Zu seinen größten Hollywood-Erfolgen zählen „Carmen Jones", „Der Mann mit dem goldenen Arm" und „Exodus". (S. 23)



Witz: Satirisch-frech hat Klaus Obermayer die Beziehung zwischen dem Bayernkönig Ludwig I. und Lola Montez zu einer Oper (Passau) aufgearbeitet. (S. 23)

Bücher: Beim Kaviar in Nikitas Datscha – Erlebte Zeitgeschichte in einer neuen Buchreihe; die Werkausgabe von Tankred Dorst, Helen Santmyers Riesen-Amerika-Epos, Erzählungen von Arno Surminski – eine Sonderbeilage der „Welt des Buches" mit Neuerscheinungen des Frühjahrs 1986. (S. I bis VI)

SPORT

Eishockey: Die CSSR besiegte Polen im ersten Spiel der WM-Abstiegsrunde in Moskau mit 8:1. In der Vorrunde hatten die Polen noch 2:1 gewonnen.

Olympia: Die Nationalen Olympischen Komitees haben sich in Seoul mit großer Mehrheit dagegen ausgesprochen, schon 1988 Profis starten zu lassen. (S. 11)

AUS ALLER WELT

Höflichkeit: New Yorks Taxifahrer sollen sich im Ungang mit den Fahrgästen üben. „Wir haben keine Zeit für unnützes Getue", ist die Reaktion. (S. 24)

Kuli: Seine Liebe gehört dem Theater; „EWG" ließ ihn nicht aus den Klauen – „Einer wird gewinnen". Hans Joachim Kulenkampff wird 65 Jahre alt. (S. 24)

Bundesregierung beschließt Sanktionen gegen Libyen

Strauß kritisiert „Untätigkeit" der Europäer / Reagan warnt Terroristen

DW. Bonn

Die Bundesregierung hat als Reaktion auf den Berliner „La-Belle"-Bombenanschlag gestern in Übereinstimmung mit den EG-Absprachen drastische Maßnahmen gegen Libyen beschlossen. Danach soll das libysche Volksbüro in Bonn aufgefordert werden, sein Personal von derzeit 41 auf 19 Personen zu reduzieren. Zugleich sollen die Bewegungsfreiheit der Mitglieder des libyschen Volksbüros beschränkt und die Erteilung von Einreisevisa erschwert werden. Das Bundesverkehrsministerium will für Autos von US-Bürgern deutsche Kennzeichen ausgeben, um sie nicht mehr so leicht zu Zielen von Attentatsversuchen zu machen.

Die Maßnahmen waren von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher vorgeschlagen worden. Bundeskanzler Helmut Kohl erklärte in der „Bild"-Zeitung, daß die deutsche Wirtschaft ihre Handelsbeziehungen zu Libyen „noch stärker reduzieren" solle. „Ich fände es auch sehr gut, wenn amerikanische Firmen vor allem ihre Ölexporte aus Libyen zurückziehen würden", sagte Kohl.

Nach Ansicht des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß steht die westliche Allianz auf dem Prüfstand. „Es wird ein mühsames Werk sein, den eingetretenen Schaden in den europäisch-amerikanischen Beziehungen zu begrenzen und zu beseitigen", schreibt er im CSU-Organ „Bayernkurier". Strauß: „All jene Europäer, die sich heute in scheinheiliger Entrüstung ergehen, müssen sich vorhalten lassen, daß sie durch ihre Untätigkeit und ihr Versagen die Amerikaner erst zu ihrem letzten Schritt genötigt haben."

SEITE 5:
Weitere Beiträge

FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann nutzte die Gelegenheit zu koalitionsinternen Profilierungen und bezeichnete die Äußerungen von Strauß als „entlarvend". Der Satz „Der Vergeltungsschlag der USA war maßvoll und richtete sich gegen militärische Ziele" enthülle den wahren Geist der Kritik des bayerischen Ministerpräsidenten. Offensichtlich berausche sich Strauß an militärischen Lösungen, sagte Haussmann.

US-Präsident Ronald Reagan hat davor gewarnt, die Entschlossenheit der USA im Kampf gegen den Terrorismus zu unterschätzen. Der Angriff auf Libyen habe denjenigen, die Amerikaner terrorisieren und ermorden wollten, eine klare Botschaft vermittelt. Trotz der „manchmal lautstarken" innenpolitischen Auseinandersetzungen sollte „keine fremde Macht Differenzen als mangelnde Einigkeit mißverstehen", wenn es um Fragen des Terrorismus gehe, betonte Reagan.

Der libysche Revolutionsführer Muammar el Khadhafi soll als Folge des US-Luftangriffs nicht mehr die unumschränkte Macht in seinem Land ausüben. Nach einem Bericht der „Times" ist Khadhafis Machtstellung durch die Schaffung einer fünfköpfigen Militärjunta eingeschränkt worden, doch stehe er weiter an der Spitze des Landes. Die Ausweisung von Auslandskorrespondenten aus Libyen soll nach Mitteilung des deutschen Botschafters in Tripolis rückgängig gemacht worden sein.

DER KOMMENTAR

Es wird Zeit

MANFRED SCHELL

Die Europäer handeln. Zwar spät und erst nach einem unnötigen und quälenden Lernprozeß, aber immerhin: Sie haben in der Frage, wie sie dem libyschen Terrorismus begegnen wollen, zu einer bemerkenswerten Geschlossenheit gefunden. Es war der deutsche Außenminister Genscher, der dafür in Luxemburg die Linie vorgegeben und gegen Einwände, vor allem von griechischer Seite, durchgesetzt hat.

Die nun beschlossene Ausweisung von Libyern aus Westeuropa – allein in Bonn werden es zweiundzwanzig sein – wird den libyschen Terrorismus eines Teils seines logistischen Unterbaus berauben. Die Volksbüros, die unter dem Tarnmantel der diplomatischen Vertretung Anlaufstellen für dunkle Gestalten sind, ja, die selbst Verbrechen organisieren, werden personell ausgedünnt. Zudem wird die Bewegungsfreiheit des verbleibenden Personals drastisch eingeengt.

Es ist klar, daß diese operativen Maßnahmen nur dann greifen, wenn sie von allen EG-Staaten konsequent eingehalten werden. Es darf nicht so sein, daß ein in Bonn ausgewiesener Libyer sein Werk in Athen oder anderswo fortsetzen kann. Hier bleiben also durchaus Risiken.

Aber unabhängig von der Frage, was diese Aktion der Europäer für die Bekämpfung des libyschen Terrorismus unmittelbar bringt, ist sie ein politisches Signal an Tripolis und an Washington. Khadhafi wird dadurch ein Stück weiter isoliert und von höchster politischer Ebene offiziell als Urheber terroristischer Verbrechen gekennzeichnet. Das wird auch die oppositionellen Kräfte in Libyen, die es gibt, ermutigen. Moskau, das den unkalkulierbaren Mann in Tripolis halbherzig politisch unterstützt, aber nicht mit ihm identifiziert werden möchte, wird das sorgfältig registrieren.

Gegenüber der amerikanischen Regierung hatten die Europäer eine Bringschuld an Solidarität und Mitverantwortung zu erfüllen. Die ersten Reaktionen zeigen, daß Washington die Entscheidung der Europäer in diesem Sinne positiv betrachtet.

Wußte Israel von Waffenschmuggel?

Illegale Milliarden-Geschäfte mit Iran aufgedeckt / Ex-General: Jerusalem war informiert

hav./DW. Jerusalem/New York

Die israelische Regierung hat jede Beteiligung an dem in den Vereinigten Staaten aufgedeckten illegalen Waffenhandel bestritten. Ein Sprecher des Außenministeriums in Jerusalem erklärte, die Regierung besitze keine Kenntnis von der Lieferung hochwertigen amerikanischen Kriegsgerätes im Gesamtwert von rund 2,5 Milliarden Dollar über Israel an Iran. „Wir haben alles geprüft", erklärte der Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Menachem Maron, „die betreffenden Personen handelten anscheinend auf eigene Faust."

Dem widerspricht allerdings der auf den Bermudas verhaftete ehemalige israelische General Abraham Baram. Er ist einer von 17 Mitgliedern eines Waffenschmugglerringes, gegen die die amerikanischen Behörden Anklage erhoben haben. Der israelische Rundfunk meldete unter Berufung auf ein Telefongespräch seines New Yorker Korrespondenten mit dem inhaftierten Baram, daß die Regierung in Jerusalem sehr wohl von dem Waffengeschäft gewußt habe.

Dazu verlautete aus Jerusalem, der pensionierte General habe im vergangenen Jahr eine Lizenz erhalten, ausländischen Interessenten militärische Ausrüstung und militärisches Know-how anzubieten. Doch dies habe ihn nicht berechtigt, über Waffenlieferungen zu verhandeln.

In dem anstehenden Verfahren rechnet Baram offenbar mit der Hilfe seines Landes. Gegenüber dem Korrespondenten soll er angedeutet haben, anderenfalls „aufsehenerregende Enthüllungen" machen zu wollen.

Offiziell hat Israel seit 1981 keine Waffengeschäfte mehr mit Iran abgewickelt. Westeuropäische Diplomaten in Teheran und Tel Aviv allerdings meinen, bis in die jüngste Vergangenheit habe es solche Geschäfte – meist über Mittelsmänner oder Drittländer – gegeben.

Unter den 17 Angeklagten, von denen bereits neun festgenommen worden sind, befinden sich neben Amerikanern, Griechen, Franzosen und einem Briten auch vier Deutsche, deren Namen mit Ralph Kopka, Herrmann Moll, Hans Bihn und Hans Schneider angegeben wurden.

Nach Angaben der New Yorker Staatsanwaltschaft und des Zolls sollten zahlreiche Kampfflugzeuge, Transportmaschinen und Hubschrauber, mehr als 15 000 Raketen sowie Panzer und schwere Artilleriegeschütze an Iran verkauft werden. Um die Transaktion zu verschleiern und den Eindruck zu erwecken, die Waffen seien für befreundete Staaten bestimmt, hatten die Beschuldigten sich nach den Ermittlungen der US-Behörden Endbenutzerbescheinigungen von der Türkei, Griechenland, den Philipinen und anderen Ländern besorgt. Chef der Waffenhändler soll der in London ansässige 50jährige amerikanische Anwalt Samuel Evans sein, der wie Baram auf den Bermudas gefaßt wurde.

Seit der Geiselaffäre in der amerikanischen Botschaft in Teheran haben die USA ein Waffenembargo gegen Iran verhängt.

Einigung in Paris über neue „Airbus"

DW. Paris

Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß hat bei seinem Besuch in Paris mit den Franzosen grundsätzlich Einigung erzielt, daß die Airbus-Familie vergrößert wird. Die neuen Typen A 330 und A 340 erfordern nach Ansicht von Strauß einen Investitionsaufwand von rund 2,5 Milliarden Dollar innerhalb von sechs Jahren. Der Vorsitzende von Airbus-Industrie will sich auch noch bei den Partnern in London und Madrid für das Projekt einsetzen.

Seite 12: Wirtschaftssektor

„Fortschritte bei Gibraltar-Frage"

DW. London

Der spanische König Juan Carlos hat gestern in einer Rede vor beiden Häusern des britischen Parlaments seine Zuversicht über eine Lösung der Gibraltar-Frage ausgedrückt. Der 1984 aufgenommene Dialog zwischen Großbritannien und Spanien über die Zukunft der britischen Kolonie sei ein Schritt voran gekommen. „Aber es bleibt noch ein langer Weg vor uns", betonte der König in seiner Ansprache an das Unter- und Oberhaus in London.

Seite 5: Nur der Felsen belastet

USA lehnen Moskaus Vorstoß ab

DW. Washington

Die USA haben das Angebot des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow zu einem gleichzeitigen Abbau konventioneller Waffen in Europa bei Warschauer Pakt und NATO abgelehnt. Der Sprecher des Weißen Hauses, Larry Speakes, erklärte, die Initiative Gorbatschows sei „nichts Neues". Hingegen seien „ernstgemeinte Rüstungskontrollabkommen" und „stabilere Ost-West-Beziehungen" der „Schlüssel" für den Spannungsabbau.

„Förderloch" bei BAföG schließen

DW. Bonn

Die CDU/CSU und FDP streben an, in der nächsten Legislaturperiode das „Förderloch" bei der Ausbildungsförderung (BAföG) zu beseitigen, in das Jugendliche bei einem Einkommen ihrer Eltern knapp oberhalb der Fördergrenze geraten. Der bildungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Klaus Daweke, erklärte, beide Fraktionen hätten die Bundesregierung aufgefordert, für die elfte BAföG-Novelle Vorschläge vorzulegen.

Diskontsenkung nicht mehr erwartet

Dollarkurs vor der Sitzung des Zentralbankrates stabilisiert / Zinsanstieg in Amerika

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Spekulationen, daß sich die Bundesbank den Diskontsenkungen in den USA und Japan heute mit Zinssenkungsmaßnahmen anschließt, haben sich kurz vor der Sitzung des Zentralbankrates, der letzten vor dem Tokioter Gipfel, weitgehend verflüchtigt. Dazu trug einmal die, wenn vielleicht auch nur vorübergehende, Stabilisierung des Dollars in der Bundesrepublik bei, dessen amtlicher Kurs gestern mit 2,1819 nach 2,1853 DM am Dienstag notiert wurde. Damit entfalle vorerst der noch vor ein paar Tagen vermutete außenwirtschaftliche Handlungszwang mit Blick auf die deutsche Exportwirtschaft, deren Geschäftsmöglichkeiten sich bei einem rapiden Dollarsturz verschlechtern würden, so hieß es gestern in Bankkreisen. Auch der überraschende Zinsanstieg am US-Kapitalmarkt am Dienstag, der gestern auf den deutschen Rentenmarkt ausstrahlte, spreche gegen eine Senkung der deutschen Notenbankzinsen.

Ganz unabhängig davon gibt es eine Reihe anderer Gründe gegen ein Zinssenkungssignal der Bundesbank. Niedrigere deutsche Zinsen würden den nach der Wechselkurskorrektur im EWS in Gang gekommenen, auf 20 Milliarden Mark geschätzten Kapitalabfluß noch verstärken und die D-Mark im EWS gegenüber den französischen Franc zusätzlich schwächen. Eine Folge dieses Geldstroms ins Ausland ist eine unerwünscht starke Anspannung des Geldmarktes, der die Bundesbank gestern mit der Verlagerung öffentlicher Gelder in den Bankenapparat und mit Devisenswapgeschäften entgegenwirkte, als der Tagesgeldzins auf 5 Prozent kletterte. Ein weiteres Argument gegen eine Notenbankzinssenkung: Das Geldmengenwachstum (um 6 ¾ Prozent im März, auf Jahresrate hochgerechnet) bewegt sich deutlich oberhalb des Zielkorridors (3,5 bis 5,5 Prozent).

Im übrigen verdichtet sich der Eindruck, als wolle die Bundesbank, die keine binnenwirtschaftliche Notwendigkeit für eine Zinssenkung sieht, ihr Pulver solange wie möglich trokken halten. Denn der Dollar bleibt nach allgemeiner Einschätzung längerfristig labil. Am Devisenmarkt rechnet man damit, daß die Aufwertung des japanischen Yen gegenüber dem Dollar den Kurs der US-Währung auch gegenüber anderen Währungen unter Druck setzt. Gestern fiel der Dollar in Tokio von 169,35 auf einen neuen Tiefststand von 166,80 Yen, und Äußerungen von Chrysler-Chef Lee Iacocca nach einem Gespräch mit US-Finanzminister Baker ließen den Eindruck aufkommen, Washington sei an einer Dollarabwertung bis auf 150 Yen interessiert.

Hilferufe des japanischen Finanzministers, eine solche Entwicklung zu verhindern, finden weder bei amerikanischen noch bei deutschen Währungspolitikern Gehör. Die Angst vor einem Dollarrutsch in Tokio hat vorgestern massive Verkäufe amerikanischer Rentenpapiere durch Japaner ausgelöst, die für den Zinsanstieg in den USA verantwortlich waren.

Bei Bauern kein Trend zu Boykott

Mk. Bonn

Ein Trend zum Wahlboykott der Bauern bei den Landtagswahlen in Niedersachsen kann das Infas-Institut in Bad Godesberg nicht herauslesen. In den nördlichen Bundesländern sei die Absicht der Bauern, nicht zu wählen, seit 1979 von 18 auf elf Prozent gesunken. Abgenommen habe der Anteil der CDU von 70 auf 61 Prozent. Dagegen haben sich die SPD von sechs auf 13 und die FDP von vier auf 15 Prozent verbessert.

Seiten 3 und 4: Weitere Beiträge

Europas Zahlung an Parteien illegal

DW. Luxemburg

Der Europäische Gerichtshof hat Wahlkampfkosten-Erstattungen des Europaparlaments an Parteien für illegal erklärt. Die Klage hatten die französischen Grünen eingereicht. Das Gericht entschied, daß nur die Regierungen der Mitgliedsländer Wahlkampfzuschüsse vergeben dürften. 1984 hatte das Europaparlament 95 Millionen Mark an Zuschüssen verteilt – auch an deutsche Parteien –, die nun voraussichtlich zurückgezahlt werden müssen.

Belegtes Bett ist nicht das Maß der Ärzte

DW. München

Einen Abbau der Bettenkapazität in den Krankenhäusern hat der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie, Professor Hans-Joachim Streicher, gefordert. Streicher eröffnete gestern in München den 103. Chirurgenkongreß, der unter dem Leitthema „Die Indikation zur Operation" steht und bis zum 26. April dauert. Zu der Tagung haben sich rund 4000 Ärzte aus aller Welt angemeldet. Streicher machte bei der Eröffnung eine Reihe von Vorschlägen zur Einsparung von Krankenhauskosten und zur Rationalisierung.

„Leistung, durch Qualitätskontrolle objektiviert, ist das Maß aller Dinge, nicht das belegte Bett", verlangte er. Mehr Spezialisten, aber weniger Spezialabteilungen sollten in den Krankenhäusern arbeiten. Streicher forderte den Abbau bürokratischer Schranken in den Kliniken und die Umwandlung der freiwerdenden Betten in Pflegebetten. „Eine Gesellschaft, die es sich leistet, auf Kosten der Solidargemeinschaft Kurlaub zu ermöglichen, die aber Mittel zur Behandlung Schwerstkranker beschneidet und diese beklagt, ist im tiefsten inhuman und unglaubwürdig."

Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Sterbehilfe lehnte Prof. Streicher eine aktive Beteiligung des Arztes entschieden ab. Sollte eine Gesellschaft zu der Überzeugung kommen, aktive Sterbehilfe einführen zu müssen, dann könne die Ausführung nicht Aufgabe des Arztes sein, betonte er. Als oberste ärztliche Pflicht gelte es, Leiden zu vermindern und Sterben zu erleichtern. Deshalb könne der Chirurg nie seine „Hand zum Tode reichen", auch nicht zum „Tod auf Wunsch".

SEITE 9:
Indikation zur Operation

Hinsichtlich der Einführung des „Arztes im Praktikum" zeigten sich in den Reden des bayerischen Innenministers Karl Hillermeier und Streichers unterschiedliche Beurteilungen. Hillermeier sagte, Ziel der ärztlichen Ausbildung müsse nicht nur der theoretisch geschulte, sondern auch der im praktischen Tun beschlagene Nachwuchs sein. Für die Qualität des ärztlichen Nachwuchses sei in jedem Fall die verantwortungsbewußte, helfende Hand des älteren, erfahrenen Kollegen bedeutsam. Wegen der großen Zahl von Hochschulabsolventen könne eine nachuniversitäre Lehrzeit heute nicht mehr von allen angehenden Ärzten wahrgenommen werden.

Streicher äußerte sich dazu kritisch: „Um den Studenten endlich an den Patienten, das unbekannte Wesen, heranzuführen, hat man das sogenannte ‚Praktische Jahr' eingeführt und mit viel Aufwand und Geld Lehrkrankenhäuser kreiert. Billiger und effizienter hätte man meines Erachtens durch eine ständige, studienbegleitende Famulatur den Studenten damit vertraut machen können, was ihn im späteren Beruf erwartet."

Afghanische Schlüsselstellung von Sowjet-Truppen erobert

Moskau: Waffen aus der Bundesrepublik erbeutet

DW. Islamabad/Moskau

Aus der afghanischen Provinz Paktia an der Grenze zu Pakistan wurden auch gestern heftige Kämpfe gemeldet. Dabei machten die gegen die Regierung in Kabul kämpfenden Mudschahedin und die sowjetische Nachrichtenagentur TASS unterschiedliche Angaben über die Lage im Kampfgebiet. Die Berichte stimmten jedoch darin überein, daß sich die Freiheitskämpfer unter starkem Druck afghanischer und sowjetischer Truppen befanden. Sie sprachen selbst von heftigen sowjetischen Luftangriffen und schweren Verlusten.

Die Schlüsselstellung der afghanischen Widerstandskämpfer in Schawar, eineinhalb Kilometer von der pakistanischen Grenze entfernt, ist von sowjetischen und afghanischen Truppen erobert worden. Ein weiterer Stützpunkt, der zehn Kilometer von der pakistanischen Grenze liege, sei weitgehend in der Hand der afghanischen Armee, meldete TASS.

In dem Bericht hieß es, eine Gruppe afghanischer und sowjetischer Journalisten habe den eroberten Stützpunkt Schawar besichtigt. Er liege in den Bergen und bestehe aus Waffen- und Proviantlagern. Aus den befestigten Stellungen von Schawar waren „jahrelang" die Aufständischen in vier afghanischen Provinzen mit Waffen versorgt worden, zitierte TASS den afghanischen General Abdul Gafur, der den Angriff befehligte. Es seien große Bestände an Waffen – unter anderem Boden-Luft-Raketen, Granatwerfer und Minen – erbeutet worden, die aus der Bundesrepublik Deutschland, den USA, Großbritannien und China stammten. Die Berichte einiger Widerstands-Gruppen stimmten mit den Angaben von TASS überein, aus anderen Kreisen wurde bestritten, daß der Stützpunkt Schawar gefallen sei.

Kommandeure der Freiheitskämpfer bezifferten die an den Operationen beteiligten sowjetischen Soldaten auf 2000, die der afghanischen Regierungstruppen auf 5000 Mann. Mindestens 120 Mudschahedins seien in den letzten Tagen gefallen und 200 verwundet worden, hieß es.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Airbus-Reisender

Von Peter Ruge

Die Politik folgt dem Handel: Franz Josef Strauß scheint diese Erfahrung zur Richtschnur zu nehmen, sonst wäre er wohl kaum als Handlungsreisender an die Seine gekommen. Im Gepäck ein griffiges Airbus-Programm, mit dem sich Arbeitsplätze sichern lassen – da gehen in Paris die Türen auf, und zwar nicht nur bei Jacques Chirac, dem Gaullisten im Hôtel Matignon. Auch der Sozialist François Mitterrand lädt den Herrn Aufsichtsratsvorsitzenden in den Elysée-Palast, obwohl er sich für heute, Stunden später also, mit Helmut Kohl in Trier verabredet hatte.

Kanzler und Präsident werden an der Mosel gewiß Ernsthaftes bereden. So viel ist schon durchgesickert: Es geht vor allem um Agrarprobleme – und da sind sich eigentlich Deutsche und Franzosen einig, ihren Bauern trotz Brüsseler Protesten zusätzlich Gutes zu tun, mit zusätzlichen öffentlichen Mitteln.

Auch die neue Airbus-Generation dürfte erst einmal Subventionen beanspruchen. Aber es wird angenommen, daß sie sich auszahlen werden: Ohne Investitionen keine Forschung, ohne fortschrittliche Technologie keine Konkurrenzfähigkeit, ohne Weltstandard kein Export. Der Airbus ist heute Weltklasse. Er könnte es morgen noch sein, argumentiert Strauß, wenn sich die Bundesregierung dazu durchringt, ihre Politik der verschlossenen Kassen aufzugeben.

Das belastet seit Monaten die deutsch-französischen Beziehungen: Weltraumfähre Hermes, Superschnellzug Paris–Köln, Atommeiler Phoenix – die Liste der Unentschlossenheiten ist lang. Darüber helfen weder die offiziellen Schönwetter-Analysen hinweg noch die freundschaftlichen Gesten auf dem letzten Gipfel. Jede Politik braucht letztlich was zum Anfassen – etwas Konkretes, das die Zusammenarbeit herausfordert, mit neuem Schwung erfüllt.

Der Handlungsreisende aus München hat dafür wohl ein Gespür. Die Handlungsbevollmächtigten in Bonn sollten sich vom Airbus beflügeln lassen.

Ernst-Tarpenbek-Weg

Von Günter Zehm

Nicht jedermann verfügt über den Humor der Leipziger. Denen war nach 1933 ihre große Südstraße in Adolf-Hitler-Straße umbenannt worden. Nach 1945 hieß sie eine Zeitlang wieder Südstraße, aber dann taufte sie die SED in Karl-Liebknecht-Straße um. Im Volksmund heißt sie seit dieser Zeit nur noch Adolf-Südknecht-Straße.

In Hamburg wurde unter dem Einfluß der KPD nach 1945 ein bedeutender Straßenzug zur Ernst-Thälmann-Straße erklärt. Nach der blutigen Niederschlagung des Ungarnaufstandes im Jahre 1956 bekam diese Straße durch den Spruch der Bürgerschaft (mit sämtlichen Stimmen der SPD) den Namen Budapester Straße. Damit hätte man gut leben können. Aber nein, die neue Willfährigkeit der in Hamburg regierenden SPD gegenüber den Kommunisten brachte es dahin, daß im vorigen Jahr abermals ein Hamburger Straßenzug den Namen Thälmanns erhielt. Die Kreuzung Tarpenbekstraße/Lockstedter Weg nennt sich seitdem Ernst-Thälmann-Platz. Jetzt ist dort sogar der Grundstein für ein spektakuläres Thälmann-Denkmal gelegt worden.

Was sich die SPD-Stadtväter bei alledem denken mögen, steht in den Sternen. Thälmann war nicht nur ein erklärter Feind der Demokratie, sondern ganz speziell auch der SPD, die er als einen „Haufen von Sozialfaschisten" hinstellte. Er war ein willfähriges Werkzeug Stalins, auf dessen Geheiß er die KPD in eine Kaderpartei sowjetischen Zuschnitts ummodelte. Unbequeme Genossen wurden dem tödlichen Zugriff des Moskauer Diktators preisgegeben. Kein einziger positiver Impuls in der deutschen Arbeiterbewegung läßt sich guten Gewissens mit dem Namen Thälmanns verbinden. Sein unglückliches Schicksal in Buchenwald macht ihn noch lange nicht zu jener Lichtgestalt, zu der ihn die Kommunisten verklärt haben.

Man habe in Thälmann eine Figur der Zeitgeschichte ehren wollen, verkündet Hamburgs Erster Bürgermeister v. Dohnanyi. Nebbich. Hitler war schließlich auch eine „Figur der Zeitgeschichte", aber kein Mensch wird auf den Gedanken kommen, ihm deshalb ein Denkmal zu errichten. Bleibt nur zu hoffen, daß die Hamburger recht bald dem Vorbild der Leipziger nacheifern werden. „Ernst-Tarpenbek-Weg" ist auch ein schöner Name.

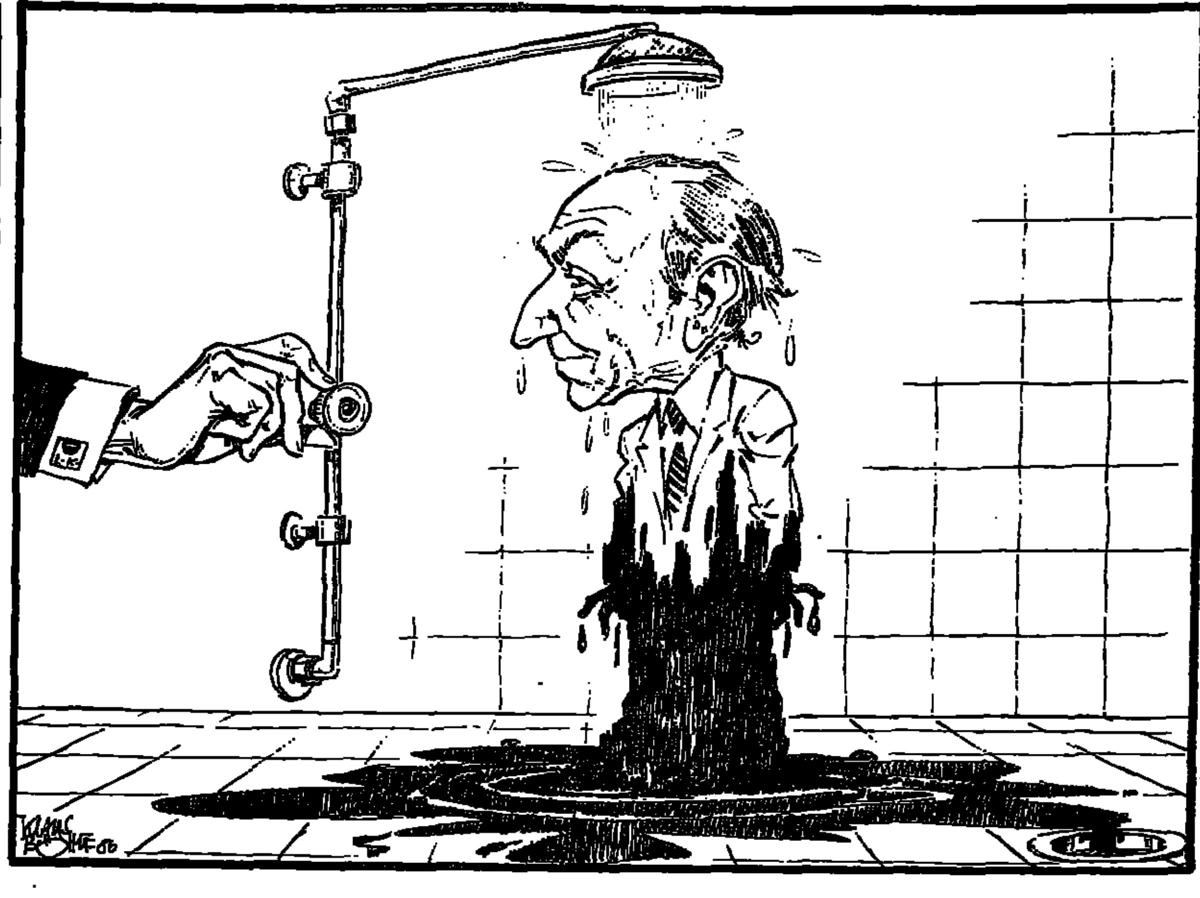
Die Infamie

Von Enno v. Loewenstern

Lieber Willy, schreibt Helmut Schmidt, und dann kommt eine schneidend verachtungsvolle Abrechnung mit seiner Partei und deren Vorsitzendem. Peter Schulz habe ihn auf einen „erstaunlichem Artikel" im Vorwärts aufmerksam gemacht (will sagen: Helmut Schmidt liest das Blatt seiner Partei grundsätzlich nicht, kann also nicht von selbst auf solche Artikel stoßen), in dem der Name Schmidt mit einer Blutspur vom Mord an Rosa Luxemburg bis Stammheim (Schmidt: „Wer ist dort eigentlich ermordet worden?") und mit „Abtreibungen schönerer, menschlicher Möglichkeiten" verbunden wurde („Abtreibungen, an denen übrigens die Sozialdemokratie der Eberts und Scheidemänner, der Lebers und Schmidts stets staatstragend mitwirkte").

Brandts zarte Kritik an dem Artikel – „nicht ganz gelungen", „Geschichtsklitterung" – wird von Schmidt zur Rede gestellt: „Tatsächlich handelt es sich nicht nur um Geschichtsklitterung, sondern um infame Herabsetzung." Dann folgt die Warnung: „Ich habe seinerzeit ohne gehörige Meinungsäußerung meinerseits ertragen, daß ein Mitglied des Parteivorstandes mir öffentlich attestiert hat, mit meinen ‚Sekundär-Tugenden' könne man auch ein KZ betreiben." Die jetzige Beleidigung aber werde er nur schweigend ertragen, wenn der Parteivorstand „eindeutig Konsequenzen zieht". Und bei einem dritten solchen Vorfall gar werde er die Zurückhaltung aufgeben, die er übte, „weil ich weder den Chancen Johannes Raus noch unserer Sache schaden wollte".

Die Attacken durch Lafontaine damals und durch den Vorwärts jetzt erinnern an den Ton, den zu Weimarer Zeit die Kommunisten anschlugen: für sie waren die Sozialdemokraten die „Faschisten"; die Nationalsozialisten wurden außerdem mit diesem Titel belegt. Daß das jetzt, wie dünn verhüllt auch immer, aus den eigenen Reihen kommt, ist ein Zeichen politischer Kultur heute. Daß der ehemalige Kanzler sich nur noch mit offenen Drohungen vor der eigenen Partei schützen kann – falls er sich damit vor ihr schützen kann! –, ist ein weiteres solches Zeichen. Der liebe Willy muß wissen, wo er die Partei hinführt.



Bad Waldheim KLAUS BÖHLE

Tu felix Austria doce

Von Herbert Kremp

Die Österreicher werden Kurt Waldheim zum Bundespräsidenten wählen, aber die Diskussion wird weitergehen. In gewissem Sinne hat das Nachbarland einen neuen Anschluß an Deutschland erlebt. Nicht an das Deutsche Reich, sondern an das deutsche Schicksal, dem man glaubte entkommen zu sein. War die Wende von 1945, die Erhebung Österreichs in den Stand eines befreiten Landes, eine historische Lüge, die allerlei Lebenslügen zeugte?

Wer wirft den ersten Stein auf die Alpen-Republik? Hatte sie nicht Glück im deutschen Untergang? Karl Renner proklamierte als Staatskanzler im Jahr der Niederlage die Wiederherstellung der Republik Österreich und trat dann als Bundespräsident an ihre Spitze. Derselbe Karl Renner, ein Sozialist, hatte sich sieben Jahre vorher, 1938, für den Anschluß an das nationalsozialistische Deutsche Reich ausgesprochen. Dieser Widerspruch hat keine moralische Qualität. Ein Politiker hat 1945 gehandelt – aus der Verantwortung für die Menschen, die ihn um- gaben.

Der Tragik des Politischen war Karl Renner sich bewußt, die anderen, zu deren Wohl er diente, deuteten die Fügung der Siegermächte als Chance – tu felix Austria ... Man war die Vergangenheit durch einen furchtbaren Ruck der Weltgeschichte los. Über Hitlers triumphalen Empfang auf dem Wiener Heldenplatz brauchte man nicht nachzudenken, niemand schien es zu verlangen. Die Große Koalition, die Unabhängigkeit und immerwährende Neutralität von 1955, die Erneuerung des Anschlußverbotes, der Kanzler Kreisky und der UNO-Generalsekretär Waldheim – welch ein beneidenswerter Ausstieg aus dem deutschen Tatalschaden. Nach der Marshall-Hilfe der großzügigen Amerikaner, nach dem Abzug der letzten Russen kamen nur noch Touristen ins ungeteilte Land. Wien, der Wasserkopf des alten Reiches, wurde endgültig zum Synonym von Walzer, Prater, Hendl und Heurigem. Aber es stand auch noch der Stephansdom mit der Pummerin oben, man überstand das Ungarn-Jahr 1956 und leistete tätige Hilfe, und im Jahre 1983 gab es eine Türken-Ausstellung zum Gedenken an die Belagerung und Befreiung der Stadt vor dreihundert Jahren. Das sollte kein gefestigtes Staatswesen sein?

Nun auf einmal ein Fall Waldheim. Er traf das Land wie der Blitz aus einem längst abgezogenen Gewitter. Wer hätte gedacht, daß er just dort einschlagen würde, wo Kurt Waldheim stand, der Generalsekretär der Vereinten Nationen für zehn Jahre, der Kandidat für die Bundespräsidenten-Wahlen von 1971, der damals knapp unterlegen war. Der – ein Kriegsverbrecher, 1985 sozusagen urplötzlich entdeckt? Präsident Kirchschläger, der Volksmonarch im Amt, hat ihn von der Tribüne des Fernsehens herab nicht freigesprochen und nicht verurteilt, aber er drückte, wenn man den Text seiner Rede mit der Lupe liest, die Beschuldigungen als unbeweisbar und nicht anklagewürdig beiseite.

Politisch läuft seine Rede auf eine einzigartige, mit der höchsten Autorität vorgebrachte Wahlhilfe für Kurt Waldheim hinaus. Sie schließt unausgesprochen eine schwere Rüge an die Adresse der Regierung Sinowatz ein, die während der ganzen Affäre Ratlosigkeit repräsentierte. Kirchschlägers Rede wertete das Amt des Bundespräsidenten, wer es in Zukunft auch einnehmen mag, auf. Und sie beendete in den Sinnen der Österreicher die sozialistische Ära. Denn den Vertretern dieser Ära wird man anlasten, was am Rufe Österreichs geschehen ist. Sie wird man bezichtigen, den alten Hammer des germanischen Thor herunterbeschworen zu haben. Nichts wird so übelgenommen wie historische Ruhestörung. Da ist der Volksstamm unerbittlich.



Teil der Geschichte der Deutschen: Kirchschläger FOTO: DPA

Nur – das Wesentliche ist damit nicht erkannt. Der Politiker Kirchschläger versuchte mit seiner Rede ex cathedra die Landsleute zu beruhigen. Damit in Österreich alles so weitergehe wie bisher, damit die Insel nicht unselig werde, damit der Kern der Neutralitäts-Philosophie, das lächelnde Unbeteiligtsein, nicht verlorengehe, nahm er die Wahl des Kandidaten der anderen Partei in Kauf. Güterabwägung oder Irrtum?

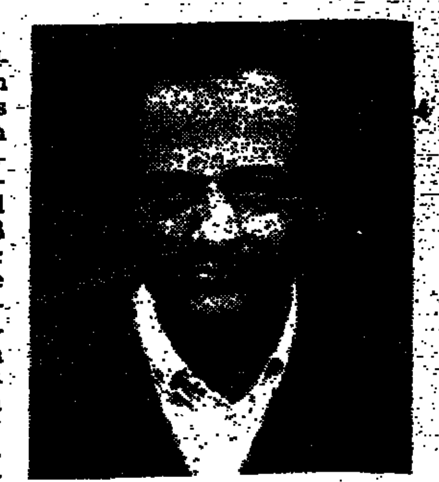
Wahrscheinlich ein Irrtum. Denn das Öl der Objektivität, das Verständnis des Hauptmanns a. D. für den Oberleutnant a. D. können nicht überdecken, was geschehen ist: Die Auseinandersetzung um Waldheim hat die glückhaft verdrängte Identitätsfrage Österreichs aufgeworfen. Hinter der trutzigen Aussage: „Wir wählen, wen wir wollen" steht nämlich nichts anderes als die Frage: Wer sind wir eigentlich? Wandelte unsere Geschichte von Marc Aurel geradewegs bis Sinowatz, ein paar Umwege abgesehen, oder sind wir Mitglied der deutschen Historie, einer unkündbaren Vereinigung? Darüber wird in Österreich schon lange diskutiert, akademisch ganz offen, politisch hinter dem Paravent „Mitteleuropa". Eine Antwort wurde nicht gefunden. Sie kam, man mag es tragisch nennen, mit der Sache Waldheim, und sie lautet: Wir sind Teil der Geschichte der Deutschen, Nationalsozialismus eingeschlossen.

Die Wahrheit zu sagen ist nicht nur edel, sondern eine Provokation. Wenn die Nachbarn in der Bundesrepublik es tun, sollte es mit Takt, nicht mit dem Grinsen des Voyeurs geschehen. Die Hitler-Hand über dem Gebirge der Republik Österreich ist eine lügenhafte Collage. Sie tut dem Rechtsstaat und dem Volk bitter unrecht. Staat und Volk Österreichs haben selbst, ohne Einwirkungen von außen, zu entscheiden, wer sie sind. Austria docet, Österreich lehrt es, daß die Entscheidung im Angesicht der Geschichte getroffen werden muß.

IM GESPRÄCH Michael Sauer

Bürger und Programm

Von Andreas Engel



Kein Schubladendenker: Neuer ZDF-Sendeleiter Sauer FOTO: KÖVESDI

Er ist ein Macher-Typ und sorgfältiger Planer; seine Untergebenen aus Bundeswehrzeiten kennen ihn als loyalen Vorgesetzten und gelassenen Menschen. Michael Sauer hat Fernseh-Sendungen moderiert, aber leitende Organisationstätigkeiten sind ihm eigentlich lieber. Insofern muß ihm sein neues Amt Freude machen: Heute tritt der vierundvierzig Jahre alte Journalist den Posten an als Sendeleiter des Zweiten Deutschen Fernsehens und Nachfolger von Helmuth Bendt, der als Sportchef und Stellvertreter des Programmdirektors zum Privatfernsehen SAT 1 wechselt.

Noch hatte Sauer keine Gelegenheit, den Vertrag für den in erster Linie organisatorischen Posten zu unterschreiben. Denn Intendant Dieter Stolte ernannte ihn soeben „mit sofortiger Wirkung" zum neuen ZDF-Verantwortlichen für den Sendeablauf und die Programm-Präsentation der Mainzer Anstalt. Sauer, mit seinen insgesamt zwanzig Mitarbeitern nun unmittelbar dem Programmdirektor unterstellt, wird damit unter anderem Vorgesetzter der Ansagerinnen und hat zu entscheiden, um wieviel Minuten etwa Frank Elstner „Wetten, daß ... ?" verlängern darf.

Obwohl Stolte und sein Programmdirektor Alois Schardt vor kaum mehr als vierzehn Tagen von dem Weggang Bendts in Kenntnis gesetzt wurden und kurzfristig einen neuen Mann aussuchen mußten, sprechen Kollegen von einer guten und überlegten Entscheidung.

Sauer arbeitet seit mehr als fünfzehn Jahren in verantwortlichen Positionen beim ZDF. Im Februar dieses Jahres wurde er Chef der Ausbildungs-Abteilung, davor hatte er die zur Hauptredaktion Kultur gehörende Sport-Sendereihe „Pfiff" aufgebaut und moderiert. Das hatte ihm besonderen Spaß gemacht, denn schon vor und während seines Studiums der Publizistik, Soziologie und Alten Geschichte in Mainz betrieb er eine Karriere als Leichtathlet: Er ist neunzehnfacher deutscher Meister im Dreisprung, einmal errang er den Titel im Weitsprung.

Der Vater von zwei schulpflichtigen Kindern, der 1964 in die CDU eintrat und lange im Bundesfachausschuß der Partei für Sport aktiv war, sammelte erste journalistische Erfahrungen als Hörfunk- und Fernsehreporter beim Südwestfunk. Sauers Heimat ist Fulda, wo er das Abitur ablegte und anschließend eine dreijährige Offiziersausbildung absolvierte. Heute leistet er als Major der Reserve in der Andernacher Rundfunkkompanie seine Wehrübungen ab und vermittelt jungen Soldaten journalistische Kenntnisse für Truppenbetreuungssendungen in den USA und Kanada. Darüber hinaus engagiert sich Sauer in einigen Verbänden für den Umweltschutz. Wie er sich selbst einschätzt? „Als ein Schwarzer mit grünen Zügen" – aber Schubladendenken sei ihm fremd.

Michael Sauer lobt seinen Vorgänger Helmuth Bendt, der „ein gut funktionierendes Sende-System mit einschneidenden Neuerungen" hinterlassen habe. „Es ist wichtig, daß sich die Bürger in ihrem Programm wiederfinden." Das müsse in Zukunft noch verbessert werden.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Hamburger Abendblatt

Es meint zu den Chancen der Abiturienten:

Hochschulbildung schützt nicht mehr vor Arbeitslosigkeit. Und wer rechnen gelernt hat, kommt leicht zu dem Ergebnis, daß sich die Aussichten hier so schnell nicht bessern werden. Bis zum Jahr 2000 werden nur 800 000 Akademiker aus dem Erwerbsleben ausscheiden, aber rund 2,8 Millionen Hochschulabsolventen neu auf den Arbeitsmarkt drängen.

HESSISCHE ALLGEMEINE

Die Kasseler Zeitung geht auf Steuerpläne ein:

Auf der Suche nach attraktiven Wahlversprechen sind Finanzexperten der Koalition fündig geworden. Sie wollen die 1988 in Kraft tretende zweite Stufe der Steuerreform noch vor der Bundestagswahl um einige Milliarden aufbessern. Zum Beispiel soll der Grundfreibetrag so weit angehoben werden, daß Einkünfte in Höhe der Sozialhilfesätze steuerfrei sind. Das fordert die SPD schon seit langem. Bisher war die Entlastung der Kleinstverdiener jedoch an der Haushaltslage des Bundes gescheitert ... Die Union solle nicht den Fehler machen, vor Wahlen zu viel zu versprechen.

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Das Heidelberger Blatt beleuchtet die Salt-II-Problematik:

Die Ankündigung der US-Regierung, sie wolle zwei mit Poseidon-Raketen bestückte Atom-U-Boote außer Dienst stellen und in absehbarer Zeit abwracken, um sie durch ein weiteres mit Trident-Raketen bestücktes Boot der Ohio-Klasse ersetzen zu können, ist konkrete Rüstungsbegrenzung. Washington würde sich niemals zu solcher Selbstbeschränkung entschließen, wenn es nicht Beweise dafür gäbe, daß auch die Sowjetunion mit ihrer Umrüstung den gesteckten Rahmen nicht gesprengt hat.

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Die Karlsruher Zeitung zieht die Halbzeit-Bilanz des Ministerpräsidenten Späth:

Richtig ist, daß Lothar Späth wie keiner seiner Vorgänger in der Landespolitik zur alles dominierenden Person geworden ist – machtbewußt, autoritär, empfindlich gegen Widerspruch, von vielen (auch in den eigenen Reihen der CDU) fast schon mehr gefürchtet als geliebt. Seine sprichwörtliche Beredsamkeit und sein durch keinerlei ängstliche Bedenken getrübtes Selbstbewußtsein helfen ihm freilich immer noch über Schwierigkeiten hinweg, denen er in letzter Zeit häufiger ausgesetzt war.

NRZ NEUE RUHR ZEITUNG

Die Essener Zeitung geht auf den „Vorwärts" ein:

Im „Vorwärts", dem Organ der SPD, wurde „die Sozialdemokratie der Eberts und Scheidemänner, der Lebers und Schmidts" beschuldigt, „staatstragend" an den Abtreibungen schönerer Möglichkeiten der deutschen Geschichte mitgewirkt zu haben. So der Kommentar zu einer „Blutspur vom Mord an Rosa Luxemburg im Januar 1919 über Auschwitz und Dachau, über Benno Ohnesorg, Rudi Dutschke und Stammheim". Welche Verfälschung!

Das Spiel mit den Kollegschulen geht weiter

Wie Düsseldorf die Einigung der Kultusminister umgehen will / Von Paul F. Reitze

Während die Kultusminister sich am vergangenen Freitag auf eine Kompromißformel im Streit um die nordrhein-westfälische „Kollegschule" verständigten, saßen im Düsseldorfer Ministerium Beamte beisammen, um weitere Schritte in der alten Richtung zu beraten. Der Hauptpunkt des Kompromisses der Minister bedeutet, daß es weitere Schritte nicht geben kann: Zu den derzeit zweiundzwanzig „Kollegschulen" dürfen keine neuen hinzukommen, bis in zwei, allenfalls drei Jahren eine endgültige Entscheidung über die bundesweite Anerkennung der Zeugnisse fällt. In Düsseldorf sollen fast neunzig Anträge auf Errichtung einer solchen Schule vorliegen, die einem Teil ihrer Absolventen nicht nur einen beruflichen Abschluß zuerkennen will, sondern gleich auch noch das Abitur.

Was nun, nach dem Abkommen der Minister? Als die Beamtenrunde darüber telefonisch informiert wurde, breitete sich zunächst Enttäuschung aus. Doch rasch schöpfte man wieder Mut. Könnte man nicht der einen oder anderen „Kollegschule" eine Filiale verordnen?

Der härteste Gegner dieser Bildungseinrichtung, Baden-Württembergs Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder, sagte der WELT zu dieser Überlegung: „Wir werden dann die Vereinbarung sofort aufkündigen. Die Schmerzgrenze ist erreicht."

Möglich, daß Nordrhein-Westfalen zunächst einen Umweg versucht. Raus Kultusminister Hans Schwier hat dafür schon vor geraumer Zeit die Weichen zu stellen begonnen. Er möchte vom nächsten Schuljahr an den Höheren Berufsfachschulen einen gymnasialen Zweig angliedern. An den entsprechenden Fachrichtlinien wird mit Hochdruck gearbeitet. Würden diese auf die „Kollegschulen" übertragen, so entstünde eine unübersichtliche Situation: Was ist noch „Kollegschule", was bereits Höhere Berufsfachschule? Ein neuer langwieriger Streit wäre vorprogrammiert, mit Grauzonen.

Die CDU-Landtagsfraktion scheint entschlossen, noch in dieser Woche eine Kleine Anfrage einzubringen: Minister Schwier soll gezwungen werden, auf Punkt und Komma genau die derzeitigen Größenordnungen der „Kollegschulen" anzugeben. Damit wäre ein Stück Klarheit geschaffen, für alle Fälle.

Doch der Streit geht mittlerweile nicht mehr um die „Kollegschule" allein, sondern um die Qualität des Abiturs generell. Nordrhein-Westfalen ist offenbar nicht gesonnen, den Konflikt einzugrenzen. In Schwiers Schublade liegt ein Papier mit Erwägungen darüber, ob eines nicht fernen Tages nicht auch die Volkshochschulen die Studienberechtigung erteilen könnten.

Dies alles ist eine schlimme Belastung für die Kultusministerkonferenz, die sich eine Neuordnung der gymnasialen Oberstufe vorgenommen hat. Entsprechende Entscheidungen stehen für 1987 an.

Im wesentlichen geht es dabei um drei Bereiche. Es müßte zunächst grundsätzlich geklärt werden, inwieweit berufliche Elemente zugelassen werden können, ohne die allgemeine Studierfähigkeit zu gefährden. Die Union möchte den Rahmen für eine bessere Allgemeinbildung bundesweit festlegen. Vor allem Rheinland-Pfalz drängt darauf, daß die Noten in den Leistungsfächern nicht mehr wie bisher im Schlußzeugnis mit dem Faktor drei multipliziert werden, sondern nur noch mit dem Faktor zwei.

Baden-Württemberg hat 1983 den Streit um die Anerkennung von mittleren Gesamtschulabschlüssen dazu genutzt, für sich im Tauschhandel eine Sonderregelung zu erkämpfen. In diesem Frühjahr wurde sie erstmals angewandt, mit einigen ermutigenden Ergebnissen.

Alle Schüler müssen sich nun in Deutsch und Mathematik prüfen lassen. In einer Reihe von Fächern sind Schwerpunktthemen entweder nicht mehr gestattet oder breiter anzulegen als bisher. Die Resultate der schriftlichen Prüfung werden fünffach (früher: vierfach) gewertet. Dazu gehören die beiden Leistungsfächer und ein (aus dem Pflichtbereich) frei zu wählender Grundkurs.

Deutsch und Mathematik haben einen so hohen Stellenwert erhalten, daß sich viele Schüler für sie als Leistungsfach entschieden haben. Die obligatorische Prüfungsarbeit in Deutsch beispielsweise wird doppelt gewertet. Aus Arbeitsökonomie – schließlich kommt man hier ums Büffeln so oder so nicht herum – legen viele jetzt lieber gleich einen der beiden Leistungsschwerpunkte auf dieses Fach, das vor der Neuregelung Jahr für Jahr an Interesse verloren hatte.

Wenn bundesweit die Grundkurse nur zu einem Drittel im Schlußzeugnis zu Buche schlagen, dann verführt dies dazu, möglichst alle schweren Disziplinen in diesen für die Gesamtnote weniger wichtigen Bereich abzudrängen. Schaden nimmt dabei die Studierfähigkeit.

Die Minister bräuchten jetzt vor allem eines: Ruhe, um über die Reform der Reform nachzudenken. Schwiers Tricks sind da kontraproduktiv.

هكذا من الاصل

Der Fall Rotsch: Rätsel um einen Tresor

Der Angeklagte ist geständig, doch den Schaden, den er anrichtete, sieht er geringer als der Staatsanwalt. Manfred Rotsch, angeklagt der Industrie-Spionage, bietet vor Gericht ein Bild des Jammers. Nur eine Strategie der Verteidigung?

Von PETER SCHMALZ

Die Zuhörer in Saal 208 lassen sich an diesem Morgen an den Fingern zweier Hände abzählen. Das Interesse derer, die Zeit und Muße haben, die stumme Rolle der Öffentlichkeit zu übernehmen, hat in dem Verfahren gegen Rotsch, Manfred, geboren am 19. Juni 1924 in Bockau, CSSR, vorzuführen aus Münchens Justizvollzugsanstalt Stadelheim, schon nach einer Woche erheblich nachgelassen. Was insoweit verständlich ist, weil Spione in Film und Fernsehen attraktiver sind als der schmächtige Angeklagte.

Die wenigen, die gestern morgen dennoch erschienen sind, müssen mehr als eine halbe Stunde warten, ehe der 3. Strafsenat des Bayerischen Obersten Landesgerichts erscheint. Damit beginnt der fünfte Tag einer Hauptverhandlung, die mit 100 Zeugen und zwölf Sachverständigen bis mindestens August Klarheit bringen sollte über den Schaden, den Rotsch in 30 Jahren als Spion des sowjetischen KGB in der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie angerichtet hat.

Als aber der Vorsitzende Richter Werner Biebl seine roten Handakten auf die Tischplatte legt und sich mit seinen Kollegen setzt, hat die letzte Minute dieser Hauptverhandlung geschlagen. Schuld daran sind die plötzliche Erkrankung eines Richters und die Strafprozeßordnung. Denn sie bestimmt, daß ein Richter nur dann am Urteil mitwirken darf, wenn er der Verhandlung von der ersten bis zur letzten Minute bei möglichst wachem Geiste beiwohnte.

Bei zeitraubenden Verfahren sitzt deshalb von Beginn an ein Ersatzrichter als stummer Zuhörer in Richterrobe am Ende des langen Tisches. Weil dieser aber nun nachrücken müßte, ist dem Senat das Risiko, die nächsten Monate ohne Ersatzmann durchzustehen, zu groß, und er schließt die Akten dieser Hauptverhandlung.

Zitternde Stimme und Tränen in den Augen

Aber schon Minuten später, um 9.46 Uhr, ruft Biebl die Sache Rotsch erneut auf, Ankläger und Verteidiger verzichten „auf sämtliche Ladungsfristen und Formalitäten", und Manfred Rotsch sagt noch einmal, wann und wo er geboren ist. Er wird in den nächsten Tagen wiederholen, was er dem Hohen Gericht mit zitternder Stimme und Tränen in den Augen schon einmal erzählte, und die fünf Richter plus Ersatzmann werden so tun, als wäre alles neu für sie. Und sie werden dabei mehr Muße haben als während der ersten vier Tage, sich ein Bild zu machen von dem Menschen, der wie ein Häuflein Elend vor ihnen sitzt und hie und da an einem Glas Mineralwasser nippt.



Vor Gericht ging das Lächeln verloren: Manfred Rotsch
FOTO: TEUTOPRESS

Wie ist das Bild des Mannes in der zu groß wirkenden grünen Trachtenjacke in Deckung zu bringen mit den Konturen, die aus der Anklageschrift erkennbar sind? Er habe „die Gefahr einer schweren Beeinträchtigung der Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland" herbeigeführt, verlas der Bundesanwalt in roter Robe gestern noch einmal. Satelliten-Projekte, Skizzen zum Raumlabor Spacelab und wichtige Details über das europäische Kampfflugzeug Tornado sind nur einige der westlichen High-Tech-Produkte, die Rotsch seinen russischen Kontaktleuten gegeben haben soll.

Die Strategie seiner Verteidigung – er hat den aus dem Guillaume-Prozeß bekannten Anwalt Horst-Dieter Pötschke zur Seite – ist offenkundig: Rotsch präsentiert sich als Opfer des Ost-West-Konflikts und als ein obrigkeitshöriger Schlappschwanz, der nicht den Mut aufbrachte, nach seiner Übersiedlung aus der „DDR" im Jahr 1954, für deren reibungslose Abwicklung er die Verpflichtung zur KGB-Mitarbeit unterschrieb, sich den Behörden in der Bundesrepublik zu offenbaren. Hätte er damals gewußt, dadurch straffrei davonzukommen, hätte er sich gemeldet, sagt er heute. Nur widerwillig habe er mitgemacht, eigentlich habe er „die ganze Sache im Sande verlaufen lassen wollen".

Erfolg kann der Angeklagte jedoch nur haben, wenn seine Schilderungen beim Vergleich mit Zeugenaussagen nicht allzusehr an Glaubwürdigkeit einbüßen. Für die Strafzumessung wird die Frage nicht unerheblich sein, ob das Gericht am Ende der Beweisaufnahme die Story vom Panzerschrank als wahr und nicht als geflunkert empfindet.

Die Tresor-Geschichte soll sich nach der Erzählung von Rotsch folgendermaßen zugetragen haben: Als Statiker bereits in der „DDR" mit Problemen des Flugzeugbaus betraut, machte er im Westen seinen Weg von der Stuttgarter Flugzeugfirma Heinkel über Junkers zum Münchner Raumfahrtkonzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB), wo er als Abteilungsleiter mit der Entwicklung von Waffenbehältern für den Tornado beauftragt wurde. Im Panzerschrank seiner Abteilung lagerten zeitweise auch wichtige Verschlußsachen, die den Eintragungen im Panzerschrankbuch zufolge auch Rotsch ausgehändigt wurden.

Verschlußsachen aber will der Angeklagte nicht verraten haben, das Tresorbuch sei manipuliert. Seine Erklärung dafür mag nicht weit entfernt sein von Usancen in Großbetrieben, wenn es gilt, Statussymbole im Arbeitsumfeld zu verteidigen: Überflüssige Tresore sollten abgebaut werden, weshalb der Panzerschrankführer in Rotschs Abteilung die Bedeutung seines Tresors anhob durch fingierte Bewegungen, die der Abteilungsleiter abzeichnete.

Zum Agententreff nach Salzburg

Deutlich ist auch das Bemühen des Angeklagten, seine Familie aus dem Spionage-Schlamassel herauszuhalten. Nie habe Ehefrau Ella etwas gemerkt, wenn er Geschäftspapiere mitbrachte ins Doppelhaus in Poing bei München und sie mit seiner „DDR"-Spiegelreflexkamera „Practica" ablichtete. Auch die Briefe von drüben machten sie nicht stutzig, nur er sah genau aufs Datum: War es in Ziffern geschrieben, steckten verschlüsselte Nachrichten im Kuvert.

Und machte er sich zwei- oder dreimal jährlich auf zum Agententreff in Salzburg, dann trug er bis zu 20 Filme in der Hosentasche und schickte die Frau in Freilassing an der Grenze zum Einkaufen, während er angeblich Kirchen und Ausstellungen besuchen wollte. Dafür habe sie sich nicht interessiert, sagt er. In der Mozartstadt habe er sein Material übergeben, man sei Mittag essen gegangen, und beim anschließenden Spaziergang habe er neue Wünsche empfangen. Weil er vergeßlich ist, schrieb er sich die Aufträge auf.

Zehn solcher Zettel liegen dem Gericht vor und belasten den Angeklagten schwer, denn die Wunschliste reicht von der Raumfahrt über Kernwaffen bis zu „Cruise Missile"-Triebwerken.

Bauer ist nicht gleich Bauer

Der Bauernverband klagt, was in Bonn oder Brüssel auch immer beschlossen wird. Diese nach außen hin demonstrierte Eintracht spiegelt nur einen Teil der Wahrheit wider, denn das Interesse der großen und kleinen Höfe ist sehr unterschiedlich. Das macht das Geschäft für die Politiker noch schwieriger.

Von HANS-J. MAHNKE

Im Prinzip war es wieder so wie in den vergangenen Jahren immer: Da setzten sich in der vergangenen Woche die Unions-Minister Stoltenberg, Kiechle und Blüm mit den Experten der FDP zusammen, um über weitere Hilfen für die Bauern zu beraten, wobei die grundsätzliche Zusage vom Bundeskanzler bereits vorlag. Trotzdem gab es Ärger. Nicht nur, weil sich die Freidemokraten übergangen fühlten, da sie an dem Treffen des Kanzlers mit der Spitze des Bauernverbandes in Hannover nicht beteiligt waren, sondern zum Schluß zog der CDU-Abgeordnete und Bauernverbands-Präsident Constantin Freiherr Heereman seinen abweichenden Vorschlag hervor. Und das, obwohl es intensive Vorbesprechungen mit seiner Organisation gegeben hatte.

Diese Reaktion habe nicht überrascht, kommentiert ein Experte aus dem Hause Kiechle, der bereits zu wissen meint, wie die Reaktion des Verbandes ausfallen wird, wenn – möglicherweise Freitag – die angemahnte Milliarde festgeschrieben werden sollte: ein Schritt in die richtige Richtung oder ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Bundesregierung kann machen, was sie will, dem Verband reicht's nicht.

Als Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle entgegen vielen Erwartungen in Brüssel eine Quotenregelung auf dem Milchmarkt durchsetzen konnte, eine alte Forderung des Bauernverbandes, schall ihm ein „So nicht" entgegen. Und auch das Wehklagen bei der Härteregelung verdeckte, daß sich Kiechle hier auf einen Weg begeben hatte, der von der Standesorganisation empfohlen worden war. Auch als die Milch-Bauern einschließlich des Mehrwertsteuer-Ausgleiches später bessere Erlöse erzielen konnten als vorher, mußte sich Kiechle selber loben. Die Bauern blieben stumm.

Noch ein Beispiel: Vor knapp zwei Jahren machte Kiechle 130 Millionen Mark für die Alterssicherung der Landwirte zusätzlich locker. Die Alterskasse, eine Selbstverwaltungskörperschaft, einigte sich einstimmig auf einen neuen Verteilungsmodus. Obwohl die Beziehung zum Berufsstand eng ist, kamen von dort geharnischte Proteste. Denn beim Nachrechnen stellte sich heraus, daß nach dem neuen, von den Bauern selbst erstellten Schlüssel die süddeutschen Bauern 15 Millionen weniger erhielten als nach dem alten. Die norddeutschen Landwirte bestanden aber auf dem Beschluß. Vorschlag des Bauernverbandes: Der Bund sollte doch die 15 Millionen Mark noch oben drauflegen. Da dies landauf, landab gefordert wurde, sah die Regierung trotz des damaligen finanziellen Kraftaktes bei den Bauern nicht gut aus.

Die Verärgerung war gewaltig, und sie hält an. „Mancher von uns würde schon gern jetzt ein klares Wort sagen, wenn nicht wichtige Wahlen vor der Tür stünden", stellte ein CDU-Abgeordneter aus dem Süddeutschen fest. „Die können doch nicht immer noch mehr fordern und nicht anerkennen, was wir für sie schon alles gemacht haben." Dieser Eindruck hat sich festgesetzt. Und die Gefahr, daß die Stimmung umschlagen könnte, wird auch im Bauernverband gesehen. Trotzdem: Das Spiel geht weiter.

Als Erklärung reicht die Lage, in der sich Teile der Landwirtschaft befinden, nicht aus. Sicher, die Gegensätze innerhalb der Landwirtschaft haben zugenommen. Der Nord-Süd-Konflikt wird unterderhand auch gar nicht geleugnet. Die größeren Betriebe in Schleswig-Holstein haben ganz andere Interessen als die durch die Erbteilung in Süddeutschland entstandenen kleineren Höfe. Bauern mit einem großen Umsatz nutzen höhere, subventionierte Preise mehr als denen, die wenig verkaufen. Diese haben mehr von Sozialmaßnahmen und von direkten Überweisungen als die in den benachteiligten Gebieten.

Für die Veredelungsbetriebe spielt die Fläche kaum noch eine Rolle. Durch den Import billiger Futtermittel haben sich an der Küste andere Standortvorteile herausgebildet. Generell: Der Getreidebauer will einen hohen Preis für sein Erzeugnis. Wer dies im Stall verfüttert, möchte möglichst wenig zahlen.

Dies alles ist nicht neu. Die Gegensätze konnten so lange übertüncht werden, wie ohne allzugroße finanzielle Konsequenzen an der Preisschraube gedreht und auch die Produktion immer mehr gesteigert werden konnte. Damit ist es vorbei. Die Überproduktion ist schon zu den gegenwärtigen Preisen nicht mehr absetzbar, der Ausweg ist verbaut.

Aber, und dies wird im Bauernverband gesehen, auch wenn darüber nicht öffentlich gesprochen wird, das Anspruchsdenken ist ungebrochen. Die totale Absicherung, wie es sie zu Zeiten des Reichsnährstandes gab, ist häufig immer noch die Meßlatte. Eine in der Konsequenz ähnliche Politik wurde in der Bundesrepublik national, später EG-weit mit garantierten Preisen und staatlicher Abnahmeverpflichtung fortgesetzt. Jetzt ist das Ende der Fahnenstange erreicht.

Verbandspolitisch hat dies erhebliche Folgen. Im Präsidium, in dem die Politik formuliert wird, geben die Landesfürsten den Ton an, zum Teil starke Figuren. Sie vertreten Landesverbände, in denen die Gegensätze nicht so groß, die in sich homogener sind, aber untereinander kaum auf einen Nenner gebracht werden können. Und sie sollen sich auf eine gemeinsame Marschroute verständigen, ein Problem, vor dem viele Organisationen stehen. Lösbar ist dieses zum einen dadurch, daß es einen starken Präsidenten gibt, der irgendwann auf den Tisch haut und sagt, hier geht es lang. Oder aber, und dies geschieht beim Bauernverband, man schreibt alles zusammen, was einer gern hätte. Die Verständigung auf Maximalforderungen ist dann der Kitt für den Zusammenhalt und der Grund für die Verärgerung der Politiker, die alles nicht mitmachen können.

Nur: Mit noch so langen Wunschkatalogen gibt sich die Basis nicht zufrieden. Dort ist der Realitätssinn, auch das Verständnis für das Machbare ausgeprägter. Und: Auch wenn es an das Verteilen von Wohltaten geht, gibt es immer wieder Unzufriedene, selbst wenn es nur jene sind, die nicht einsehen wollen, daß dem, der abgeblich schon genug hat, auch noch etwas gegeben wird.

Es rumort in der Landwirtschaft. Auf manchen Versammlungen bekommen die Verbandsvertreter mehr Fett ab als die da aus Bonn. Die ständigen Gerüchte, der Verband würde sich spalten, belegen dies nur allzu deutlich. Immerhin: Wegen der Gegensätze gab es in der Weimarer Republik auch mehrere Bauernverbände. Jetzt wird der Zusammenhalt über einen Aktionismus versucht.

Mit Fahnen und Demonstrationen soll Eindruck gemacht werden. Am meisten wirkt jedoch der angedrohte Liebesentzug bei Wahlen, was Ignaz Kiechle, der sich nun wahrlich für seine Klientel eingesetzt hat, besonders trifft. Der Verdruß ist deshalb besonders groß, weil die Methode so subtil ist. Keiner ruft zum Wahlboykott auf, man distanziert sich sogar davon, um gleichzeitig hinzuzufügen, die Bauern wüßten schon, was sie zu machen hätten.

Auf den ersten Blick ist das Verhalten der Politiker unverständlich. So sind Vertreter der Verbraucherverbände von der SPD enttäuscht, weil sie, die in der Landwirtschaft über keinen großen Anhang verfügt, auch in der Opposition keine klare Alternative formuliert. In der Union, die bei den Bauern einen starken Rückhalt hat, wird nicht von einem quantitativen Problem gesprochen, sondern eher von einem der Stimmung.

Viele Bauern erwarten von ihrem Verband mehr als nur immer neue Forderungen. Sie setzten auf den Selbsthilfe-Gedanken, der früher hoch im Kurs stand. „Wenn der Verband dafür sorgen würde, daß ich mein Getreide nicht im September abgerechnet bekomme, sondern für Lagermöglichkeiten sorgen würde, so daß es erst im Dezember verkauft würde, dann hätte ich mehr davon, als bei den Preisverhandlungen in Brüssel herauskommen kann", meint ein Bauer aus Schleswig-Holstein. Andere erwarten Initiativen für außerlandwirtschaftliche Einkommen – vom Golfplatz bis zum Reiterhof. Aber dieses findet sich nicht in den Katalogen des Verbandes, dafür werden die laufenden Gespräche über mehr Hilfe lautstark begleitet.

„Wir müssen aufpassen", heißt es im Bauernverband. Noch gäbe es Verständnis für die Nöte der Bauern. Es sei jedoch nicht auszuschließen, daß Geschichten, wie die vom Perserteppich im Kuhstall, die nach dem Kriege das Verhältnis belastet haben, wieder auf den Tisch kommen.



Reden vor demonstrierenden Landwirten: Für den Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes, Constantin Freiherr Heereman, eine alltägliche Aufgabe
FOTO: DPA

Die Zeitbombe des Mr. Stockman entpuppt sich als Blindgänger

Fast ist es zur Mode geworden, daß in Washington ehemalige Mitarbeiter des Weißen Hauses ihr dort erworbenes Wissen in Dollar umsetzen. Ex-Budgetdirektor David Stockman legte nun gestern ein Buch vor, das eine politische Bombe werden sollte. Doch diese Bombe scheint nicht hochzugehen.

Von FRITZ WIRTH

Ein Bestseller aus der Retorte war geplant. Die Zutaten schienen zu stimmen. Der Autor: ein junger Mann aus der oberen Hierarchie des Weißen Hauses, der sich seit fünf Jahren als „Wunderknabe" feiern ließ, namens David Stockman, Budgetdirektor und damit in erster Linie Schuldenverwalter der Reagan-Administration.

Der Stoff: das Scheitern der „Reagan-Revolution". Die Opfer: die „kalifornische Mafia" des Weißen Hauses, die „politischen Analphabeten um Ronald Reagan", wie Stockman sie bezeichnete.

Dem angesehenen Buchverlag „Harper & Row" schien diese Mischung so brisant und das Bestseller-Geschäft so sicher, daß es den größten Scheck unterschrieb, den das Verlagshaus je einem Autor zahlte. Stockman erhielt für sein Buch ein Honorar von 2,3 Millionen Dollar. Als Budget-Direktor mit einem Jahresgehalt von 72 000 Dollar hätte er für diese Summe fast dreißig Jahre arbeiten müssen. Zur Abfassung seines Buches „Triumph of Politics: Why the Reagan Revolution failed" benötigte er ein knappes halbes Jahr.

Um sein Geld wieder hereinzubekommen, hat sich der Verlag auf eines der größten geschäftlichen Abenteuer des amerikanischen Buchgeschäfts eingelassen. Er druckte eine Erstauflage von 325 000 Exemplaren. Ein so grenzenloses Vertrauen hatten nicht einmal die Verleger der Autobiographie des Lee Iacocca zu ihrem Autor.

Um Stockman, der in Washington eine interessante Figur, doch landesweit kein Begriff ist, an den Mann zu bringen, veranstaltete der Verlag in den letzten 14 Tagen eine auch für amerikanische Begriffe ungewöhnliche Kampagne. Er versuchte, die amerikanische Öffentlichkeit mit einigen als Vorabdruck in „Newsweek" gelieferten Happen neugierig zu machen. Die Rezensions-Exemplare an die Buchkritiker wurden mit Warnungen versehen, als gingen sie mit Staatsgeheimnissen um, und David Stockman selbst wurde zu Interviews von Fernsehgesellschaft zu Fernsehgesellschaft weitergereicht.

Heute, am Erscheinungstag, steht fest: Was als publizistische Zeitbombe geplant war, entpuppte sich als ein Blindgänger. Die aufwendige Publicity-Kampagne verpuffte. Schuld daran sind „höhere Umstände". Denn was als „David Stockman-Woche" geplant war, entpuppte sich als „Muammar Khadhafi-Woche". Die „Buchbombe" des David Stockman ging restlos in der Libyen-Krise unter. Der Bestseller aus der Retorte wurde zum Randereignis.

Dazu kommt: Es stellte sich schnell heraus, daß der angebliche Wunderknabe des Weißen Hauses dem kargen Flutlicht, das für ihn in dieser bewegten Woche noch übrigblieb, nicht gewachsen war. Er entpuppte sich in den Interviews nicht als das Finanzgenie und als der intellektuelle „Überflieger", als der er bisher verkauft wurde, sondern eher als unsicherer, zögernder und sich selbst anklagender, blasser Staatsfunktionär, der besser als jeder andere zu wissen glaubte, daß seine Regierung finanzpolitisch auf dem Holzwege war, der jedoch nicht die Courage besaß, auszuscheren und sich abzusetzen.



Buchautor David Stockman
FOTO: CAMERA PRESS

Seiner Kritik und seiner Abrechnung mit dem Weißen Haus fehlen daher die Autorität und die Logik. So jammert er einerseits: „Was tun mit einem Präsidenten, der die relevanten Fakten ignoriert und sich im Kreise bewegt", um später festzustellen, es sei kein Wunder, daß Reagan sich nie mit der Tatsache auseinandergesetzt habe, daß nicht genug Geld für seine Staatsausgaben vorhanden war, denn er selbst, Stockman, habe ihn niemals darauf hingewiesen. In einem Fernsehinterview gestand Stockman am Sonntag schließlich ein, er habe der amerikanischen Öffentlichkeit einen schlechten Dienst erwiesen, daß er erst im Sommer 1985 und nicht schon im Jahre 1981 von seinem Amt zurückgetreten sei.

Seine Kritiker sind nicht gnädig mit ihm: „Stockmans Ansichten sind nur für jene neu, die entweder gerade erst lesen gelernt oder die letzten vier Jahre bei den Freiheitskämpfern in Nicaragua verbracht haben", schrieb die „New York Times" sarkastisch.

Ronald Reagan beurteilte das Buch seines einstigen Mitarbeiters Stockman bisher gelassen. „Ich lese keine Romane", sagte er. Mehr erfährt man wahrscheinlich, wenn das authentische Buch über seine Präsidentschaft erscheint. Es soll 1991 auf den Markt kommen. Der Autor der 600 Seiten steht schon fest. Es ist der Pulitzer-Preisträger und Historiker Edmund Morris. Sein Honorar: drei Millionen Dollar.

Eine Reise nach Polen – oder: Briefe an den Präsidenten

Ein Besuch in Polen ohne Funktionäre und ohne offizielles Abkommen, das gelang einem Schulchor aus Husum. Die Jungen und Mädchen waren so begeistert, daß sie spontan ihre Eindrücke dem Bundespräsidenten schrieben.

Von BERNT CONRAD

Ganz unerwartet flatterten auf den Schreibtisch des Bundespräsidenten mehr als 50 Postkarten aus Polen. Die Anreden variierten von „Sehr geehrter Herr Bundespräsident" über „Dziem Dobry, Pan Weizsäcker" (Guten Tag, Herr Weizsäcker) bis zu einem burschikosen „Mein lieber Richard". Der Inhalt aber war überall gleich: Er spiegelte helle Begeisterung über herzliche Kontakte mit polnischen Gastgebern und mündete in der dringenden Bitte, solchen „Kulturaustausch" nachdrücklich zu fördern.

Die Aufforderung wird nicht einfach zu erfüllen sein. Denn hinter dem postalisch übermittelten Enthusiasmus stand eine Unternehmung besonderer Art, deren Wiederholung auf Hindernisse stoßen könnte, gerade weil sie unterhalb der Ebene offizieller Programme stattfand.

Initiator war ein Oberstudienrat, der sich in den Kopf gesetzt hatte, dem Oberstufenchor der Theodor-Storm-Schule in Husum zu einer Begegnung mit jungen Polen zu verhelfen. Er wollte keine Konzertreise im üblichen Sinne, sondern einen Besuch bei einem polnischen Gymnasium, das bereit war, die Jungen und Mädchen aufzunehmen, privat unterzubringen, mit ihnen zu musizieren, zu diskutieren und sie den dortigen Unterricht erleben zu lassen.

Nach Überwindung vieler Schwierigkeiten fand Oberstudienrat Erich Hansen eine Schule in dem Städtchen Jarocin bei Posen – das Licium Tadeusza Kosciuszki –, deren Lehrer, Schüler und Eltern sich bereit erklärten, das Unternehmen mitzumachen.

Mitte März reisten die Husumer Schulsänger also gen Jarocin – und wurden dort in einer Weise aufgenommen, die sie einfach überwältigte. Nicht nur Unterkunft, Verpflegung und Besichtigungen waren kostenlos – alle Schüler wurden auch noch reich beschenkt.

Chorleiter Hansen: „Unsere Konzerte gemeinsam mit dem polnischen Schulchor und in Ostrow mit dem dortigen Schulchor wurden bejubelt. Die Schulen, die Bühnen waren geschmückt mit den Flaggenfarben der Bundesrepublik Deutschland und Polens und dem Wort Frieden in polnisch und deutsch. Der Abschied war tränenreich bei den Schülern und bei den Erwachsenen."

Ein älterer Pole, der die Husumer führte, wies sie auf ein Mahnmal im freien Felde hin und sagte: „Hier wurde mein Vater von Deutschen erschossen. Nach dem Kriege wollte ich nie mehr deutsch sprechen. Aber nach einigen Jahren sagte ich mir: Das ist falsch. Nur wenn Deutsche und Polen Freunde sind, können wir so etwas verhindern."

Der Husumer Chorsprecher, ein 18jähriger Schüler, hielt beim Abschied eine Ansprache, in der er feststellte: „Daß wir jungen Menschen zueinander finden würden, hatten wir gehofft und erwartet: Daß aber Sie als Erwachsene, die Sie so viel Böses durch unser Volk erlebt hatten, uns so aufnehmen würden, das durften wir nicht erwarten – damit haben Sie uns ein Beispiel menschlicher Größe gegeben, das in uns nachwirken wird." Dabei dachte er gewiß an den polnischen Chorleiter, der in einem deutschen KZ war.

Während einer Busfahrt entschlossen sich die Gymnasiasten spontan, ihre Erlebnisse auf Postkarten dem Bundespräsidenten mitzuteilen. Was Richard von Weizsäcker dabei zu lesen bekam, waren durchgehend ganz sachlich formulierte, aber in ihrer Aufrichtigkeit und ihrer Begeisterungsfähigkeit anrührende Bekenntnisse junger Menschen.

„Wir erleben hier die schönsten Tage, die man sich denken kann, und werden von der Freundlichkeit der Menschen nahezu erdrückt", schrieb eine Schülerin. Eine Klassenkameradin „Es konnten hier viele Vorurteile abgebaut und Kontakte geknüpft werden." Auf einer anderen Karte heißt es: „Diese Begegnung von Menschen beider Nationen wird keiner von uns vergessen." Stets von neuem kehrte die Bitte wieder, „solche Partnerschaften zwischen Schulen aus Ost und West zu fördern, denn die Eindrücke sind ungeheuer wichtig für den Frieden in der Welt".

Streit um die Vertragsfolgen bei SDI-Projekt

dpa, Bonn

In einer von scharfen und unüberbrückbaren Gegensätzen bestimmten Debatte hat die Opposition der Regierung gestern im Bundestag vorgeworfen, mit den beiden in Washington unterzeichneten SDI-Abkommen den deutschen Interessen geschadet zu haben. SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel hielt der Regierung in einer von ihm beantragten Aktuellen Stunde vor, den Amerikanern beispiellos großen Einfluß auf den deutschen Osthandel eingeräumt zu haben. Er sagte, die SPD werde das Abkommen kündigen, „sobald wir dazu in der Lage sind".

In teilweise heftigen Wortgefechten wies Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) als Verhandlungsführer die Vorwürfe zurück und beschuldigte die Opposition, „bewußt die Unwahrheit" zu sagen. Jeder wisse, daß die SDI-Forschung militärischen Absichten diene und daß die Beteiligung an dieser Forschung „eine zivile Intention" sei. Auch Forschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) unterstrich die zivile Forschungsnutzung in den „hochinnovativen Bereichen".

Für die FDP verteidigte Otto Graf Lambsdorff das SDI-Abkommen und verwies die Behauptungen über eine Gefährdung des deutschen Osthandels „in das Reich der Phantasie". Der SPD-Wirtschaftsexperte Wolfgang Roth hielt der Regierung dagegen „einen unerträglichen politischen Konkurs" vor und warnte vor großen Schäden für die deutsche Exportwirtschaft. Außerdem habe die Regierung mit dem Zugeständnis des Vorranges bilateraler Konsultationen den Rahmen der europäischen Solidarität verlassen.

Innerdeutsche Städtepartnerschaft

rtr, Berlin

Saarlouis im Saarland und Eisenhüttenstadt in der „DDR" haben erstmals zwischen zwei deutschen Städten eine Städtepartnerschaft vereinbart. Die amtliche „DDR"-Nachrichtenagentur ADN meldete gestern den Abschluß einer entsprechenden Vereinbarung zwischen beiden Städten als Ergebnis zweitägiger Verhandlungen. Die Oberbürgermeister Manfred Sander (Eisenhüttenstadt) und Manfred Henrich (Saarlouis) hätten sich befriedigt über das Ergebnis der Verhandlungen geäußert.

Auf westlicher Seite war die Hoffnung geäußert worden, daß der mit der Städteparnterschaft unter anderem beabsichtigte Besuchsverkehr zwischen beiden Städten nicht nur offizielle Delegationen umfassen würde. Darüber waren dem ADN-Bericht über den Abschluß der Verhandlungen keine Einzelheiten zu entnehmen.

Urteil: Polen können keine Rente verlangen

AP, Kassel

Einwohner der heutigen Volksrepublik Polen können aus der Bundesrepublik keine Rente wegen früheren Versicherungszeiten in Deutschland verlangen. Das hat das Bundessozialgericht in Kassel entschieden. Die ständig in Polen lebenden Rentenberechtigten müssen nach der höchstrichterlichen Feststellung ihren Rentenanspruch allein gegen die polnische Sozialversicherung richten. Die deutsche Rentenversicherung ist nach Auffassung des Gerichts bei dauerndem Aufenthalt der Anspruchsberechtigten in Polen nicht zur Rentenzahlung legitimiert. (Aktenzeichen 4 RJ 71/84.)

Genscher reist nach Algerien

A. REMDE, Bonn

Außenminister Genscher wird am Sonntag zu einem eintägigen Besuch nach Algerien reisen, um seine Vorstellung über eine Intensivierung des Dialogs mit den arabischen Staaten bei der Terrorismusbekämpfung zu erläutern. Ursprünglich wollte Genscher diesen Besuch mit einer Reise nach Senegal verbinden. In Dakar wollte er überprüfen, ob einzelne Aspekte der deutschen Afrikapolitik noch zeitgemäß sind. Die Konferenz wurde im Hinblick auf die Ereignisse in Libyen kurzfristig abgesagt.

Algerien ist führendes Mitglied der Blockfreien-Bewegung und gilt auch im arabischen Lager als einflußreich. Politische Beobachter werten denn auch die Reise Genschers als einen Versuch, den im Gegensatz zur amerikanischen Politik auf Vermittlung zielenden Kurs der Bundesrepublik gegenüber Libyen weiterzuverfolgen. Gleichzeitig erwidert Genscher damit einen Besuch seines algerischen Amtskollegen Talib Ibrahimi, nachdem er im Februar Marokko besucht hat.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Weiss: Neues Gesetz „nicht durchpeitschen"

WELT-Gespräch mit dem Vorsitzenden des CDU-Wirtschaftsrats

GÜNTHER BADING, Bonn

Die geplanten Änderungen im Betriebsverfassungsgesetz müssen nach Ansicht des Vorsitzenden des CDU-Wirtschaftsrates, Heinrich Weiss, keinesfalls mehr in der zu Ende gehenden Legislaturperiode verabschiedet werden. Im Gespräch mit der WELT sagte Weiss, zwar sehe er einen „mittelfristigen" Handlungsbedarf bei der Einführung eines Minderheitenschutzes im Betriebsverfassungsgesetz, doch sei die „Situation in den Betrieben nicht so bedrohlich, daß man diese Änderung quasi durchpeitschen müßte".

Weiss bestritt, daß es zwischen dieser auch vom Wirtschaftsrat befürworteten Neuregelung und den beiden anderen von der Koalition diskutierten Vorhaben – Einführung von Sprecherausschüssen für leitende Angestellte und Erweiterung der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats bei Einführung neuer Technologien – „überhaupt einen sachlichen Zusammenhang" gebe. Hier solle offenbar vielmehr ein „Paket" geschnürt werden, in dem alle Koalitionspartner und alle Parteiflügel für jeweils ihre Klientel etwas Vorzeigbares erhalten sollten. Für die gesetzliche Verankerung der in der chemischen Industrie auf freiwilliger Basis schon existierenden Sprecherausschüsse macht sich die FDP stark. Für die Erweiterung der Mitbestimmung des Betriebsrats bei Einführung neuer Technologien setzt sich der Arbeitnehmerflügel der Union ein.

„Unternehmer eingeengt"

Dazu erklärte Weiss: „Zu einer solchen Gesetzesänderung sagt der Wirtschaftsrat eindeutig nein." Er sei überzeugt, daß das Betriebsverfassungsgesetz von 1972 alle angestrebten Anhörungsrechte des Betriebsrats bei technischer Innovation abdecke. „Was die Arbeitsplatzbedingungen angeht, so wird deren Regelung schon heute durch das Betriebsverfassungsgesetz voll erfaßt." Eine Erweiterung der Mitbestimmungsrechte über Information und Anhörung hinaus würde dagegen „das Prinzip der unternehmerischen Entscheidung unzulässig einengen". In der Praxis könne das sogar bedeuten, daß etwa multinationale Konzerne, die derzeit gutgehende Firmen in Deutschland hätten, dies nicht mitzumachen bereit seien und sich zurückzögen. „Wenn bei der Einführung eines neuen Computers nicht nur die Arbeitsplatzbedingungen mit dem Betriebsrat erörtert werden müssen, sondern sogar gefragt werden muß, ob wir diesen Computer überhaupt aufstellen dürfen –, dann greift das unzulässig in die Unternehmerentscheidung ein."

Problem der Leitenden

Weiss, selber Unternehmer und daher im Umgang mit Betriebsräten erfahren, sieht neben der Frage der Qualifikation des Betriebsrates bei der Beurteilung von Entscheidungen zur Einführung neuer Techniken eine weitere praktische Gefahr. Es könne durchaus sein, daß sich ein stark gewerkschaftsorientierter Betriebsrat nach dem grundsätzlichen Ja des DGB zur Innovation in langen Verhandlungen mit der Betriebsführung die Zustimmung zur Einführung neuer Techniken „abringen" lasse, dafür dann aber als Gegenleistung die Erfüllung anderer Forderungen verlange. „Damit wäre der Kungelei Tür und Tor geöffnet", warnt Weiss.

Die Einführung von Sprecherausschüssen für leitende Angestellte hält Weiss nicht für vordringlich. Dort, „wo die betrieblichen Verhältnisse dies suggerieren", sei man ohnehin schon auf freiwilliger Basis dazu gelangt, solche Vertretungen einzurichten. In der chemischen Industrie hätten sie sich auch bewährt, weil dort die zweite und dritte Ebene unter dem Vorstand noch als „Leitende" akzeptiert würden. Anders in der Metallindustrie, wo in der Regel nur die direkt unterhalb des Vorstands angesiedelten Angestellten als Leitende angesehen würden. Weiss: „Und diese Herren können sich sehr gut selber vertreten."



Haben sich erfolgreich ergänzt: Franz Josef Strauß und Karl Schiller, der heute 75 Jahre alt wird FOTO: DPA

Grundsätzen treuer als der Partei – Karl Schiller

Von F. J. STRAUSS

Vor genau 20 Jahren führten uns die Aufgaben als Wirtschafts- und Finanzminister in der Großen Koalition für eine kurze, aber sehr bedeutsame Wegstrecke zusammen. Damals konnten sich viele nicht vorstellen, daß zwei Minister bei dieser grundsätzlichen Verschiedenheit ihrer politischen Herkunft gerade auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Finanzpolitik miteinander harmonieren könnten. Das Gegenteil war der Fall.

Im gemeinsamen Bemühen, Probleme zu meistern und die Bundesrepublik nach den Jahren des Wiederaufbaus auf einem stetigen Wachstumspfad zu halten, haben wir uns schon deswegen erfolgreich ergänzt, weil keiner von uns das Bedürfnis hatte, ideologische Scharmützel auszutragen und parteipolitische Profilierung auf Kosten des anderen zu betreiben.

Professor Schiller war ein Nationalökonom, der wissenschaftliche Grundsätze nicht für billige Tageserfolge verhökerte. Dies hatte er auch nicht nötig, denn ihn zeichnete eine Gabe aus, die nur bei wenigen anzutreffen ist. Er war klar und überzeugend in der Gedankenführung, und er sprach eine bildhafte Sprache, die von allen verstanden wurde. Die Begriffe „Globalsteuerung", „Mifrifi", „konzertierte Aktion" und „soziale Symmetrie" werden auch heute noch zu Recht mit Karl Schiller in Zusammenhang gebracht.

Er lebte die Soziale Marktwirtschaft

Karl Schiller lebte die Soziale Marktwirtschaft als Beispiel. Seine Devise war, so wenig Staat wie möglich, darum stemmte er sich vor allem gegen jede Form der Investitionslenkung. Mit seiner unbestechlichen Grundsatztreue geriet er bald bei den eigenen Genossen in Mißkredit. Diese sonnten sich zwar gern in seinem Ruhm und seiner Popularität, warfen ihm aber mangelnde ideologische Linientreue vor.

Karl Schiller war vor allem ein Symbol für solide Finanzpolitik und mußte sich darum zwangsläufig mit den Genossen von der Basis und seinem parteiinternen Widersacher Helmut Schmidt anlegen, die schon damals mehr Staat verlangten und behaupteten, alles Wünschenswerte sei auch finanzierbar und machbar. Es war nur eine Frage der Zeit, bis der aufrechte Einzelkämpfer Schiller keine Gefolgschaft in der Partei mehr hatte und schließlich seinen Hut nehmen mußte.

1971 rief er auf dem berühmten Steuerparteitag der SPD den Linken in seiner Partei mutig zu: „Die wollen ja eine ganz andere Republik." Am 7. Juli 1972 trat Schiller zurück. Er hatte zuvor dem damaligen Kabinett 2,5 Mrd. DM Einsparungen für das Haushaltsjahr 1972 vorgeschlagen, konnte sich aber nicht durchsetzen.

Fortschrittlicher als junge Parteifunktionäre

In seinem Abschiedsbrief schrieb er an Brandt: „Ich bin nicht bereit, eine Politik zu unterstützen, die nach außen den Eindruck erweckt, die Regierung lebt nach dem Motto – nach uns die Sintflut."

Als Schiller nicht länger im Weg stand, konnte sein Nachfolger Helmut Schmidt zum Marsch in den Verschuldungsstaat aufbrechen. Wohin die Reise ging und wo sie schließlich 1982 endete, wissen wir alle. Auch Helmut Schmidt ist schließlich ein Opfer dieser Entwicklung geworden, als er seiner Fraktion sagen mußte, sie weigere sich, Einsparungen vorzunehmen, und wolle dafür noch mehr Schulden aufnehmen – das aber sei mit ihm nicht mehr möglich. So zerfiel die „historische Koalition" von SPD und FDP.

Ich bin sicher, für Karl Schiller war es keine Genugtuung, im nachhinein bestätigt zu werden. Er war ein Wirtschaftspolitiker, wie ihn die SPD nie mehr in ihren Reihen hatte und wie sie ihn auch gar nicht mehr haben will, denn heute verläßt sich diese Partei lieber auf die ideologische Engstirnigkeit à la Farthmann als auf den wirtschaftspolitischen Sachverstand à la Schiller.

Die SPD hat zu keiner Zeit erkannt, welches Kapital sie in Karl Schiller hatte. Heute wäre sie mehr denn je gut beraten, auf seinen Rat zu hören, denn mit 75 Jahren ist Karl Schiller immer noch weit fortschrittlicher als die jungen Parteifunktionäre, die meinen, mit den alten Hüten von gestern Staat machen zu können.

Eine Spitze gegen Späth?

Entscheidung über Einspeisung von Eins Plus aufgeschoben

HARALD GÜNTER, Stuttgart

Der Fehlstart war nicht zu übersehen. Noch vor wenigen Tagen hatte Baden-Württembergs Regierungssprecher Matthias Kleinert sibyllinisch „vermutet", die neugegründete Landesanstalt für Kommunikation (LfK) werde im Licht des Versöhnungskurses, der vom Ministerpräsidenten zur Rettung eines bundeseinheitlichen Medienstaatsvertrags eingeschlagen worden war, eine „vorläufige Einspeisung" des umstrittenen ARD-Satellitenprogramms Eins Plus in das Kabelnetz des Landes zulassen. Doch die Anstalt mußte passen: Wegen fehlender „Entscheidungsparameter" vertagte der Vorstand das Problem nach „eingehender Beratung". Dem Nutzungsplan für die in Baden-Württemberg verfügbaren Rundfunk- und Fernsehkanäle, in den die Übertragungsrechte von ARD Eins Plus eingebettet gewesen wären, erging es ebenso.

Neben der Entscheidung, nichts zu entscheiden, verblüffte der defizitäre Informationsstand des ehrenamtlichen Vorstands. Technische Kapazitätsdaten lagen ihm bei seiner zweiten Sitzung, gut einen Monat nach Konstituierung der Landesanstalt, ebenso wenig vor, wie der Text des Einspeisungsvertrags zwischen ARD und Bundespost oder die Kompromißvorschläge Lothar Späths. „Davon habe ich aus der Presse erfahren", gestand Gerhard Mahler, LfK-Vorstandsvorsitzender, langjähriger CDU-Bezirksvorsitzender und Intimfeind des Ministerpräsidenten.

Zu den beschriebenen Wissenslükken gesellte sich obendrein ein wenig kaschierte Hilflosigkeit der Entscheidungsträger. In Sachen ARD Eins Plus sieht man sich nicht nur durch die anhängigen Gerichtsverfahren über die Programmhoheit der öffentlich-rechtlichen Sender lahmgelegt. Der Vorstand macht sich auch keine Illusionen über die Bedeutung der nicht erteilten Freigabe für das ARD-Zusatzprogramm. „Wenn die Bundespost sich entschließen würde, morgen in das baden-württembergische Kabelnetz einzuspeisen", sagte Vorstandsmitglied Haischer, „dann wäre das unter dem Gesichtspunkt der Programmfreiheit vertretbar". Und das kann passieren.

Kohl und die Cohabitation

Kanzler trifft Chirac / Auf Kontakt zu Mitterrand bedacht

BERNT CONRAD, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl wird heute – vor dem Hintergrund der neuen Machtkonstellation in Frankreich – mit Staatspräsident François Mitterrand in Trier aktuelle internationale Fragen erörtern. Auf der Tagesordnung stehen vor allem die Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels in Tokio sowie die EG-Agrarpolitik und der Ausbau des europäischen Binnenmarktes.

Die Begegnung in der einstigen römischen Metropole an der Mosel findet genau eine Woche nach einem Kurzbesuch des neuen französischen Premierministers Jacques Chirac in Bonn statt. Für Kohl bedeutet das die erste Bewährungsprobe in seinem durch die Umstände erzwungenen Balanceakt zwischen Mitterand und Chirac (Cohabitation), die seit dem Wahlsieg der bürgerlichen Parteien über die Sozialisten hinter der Kulisse offizieller Kooperation in Paris mit Flexibilität und Zähigkeit um die politische Vormacht ringen.

Der Kanzler hat die feste Absicht, mit dem ihm parteipolitisch nahestehenden Regierungschef eng zusammenzuarbeiten und gleichzeitig die freundschaftlichen Kontakte mit dem sozialistischen Staatspräsidenten konsequent fortzuführen. Dieser Wunsch, dessen Realisierung unter den gegenwärtigen Verhältnissen sicher die einzige Chance für eine Weiterentwicklung der deutsch-französischen Partnerschaft darstellt, ist den Beteiligten in Paris vom Kanzleramt ohne Umschweife übermittelt worden – und hat dort volles Verständnis gefunden.

Chirac hatte gegenüber Kohl und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher am 17.April in Bonn ein nachdrückliches Bekenntnis zur Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland abgelegt. Er stellte sich nicht nur hinter die zwischen dem Kanzler, Präsident Mitterand und der damaligen sozialistischen Regierung in Paris vereinbarte stärkere sicherheitspolitische Kooperation, sondern plädierte sogar für deren Erweiterung. Damit war Kohl sehr zufrieden.

Nun gilt es für ihn, das seit Jahren bewährte harmonische Zusammenwirken mit Mitterand – ungeachtet der neuen Achse zu Chirac – in freundschaftlichem Geist zu bekräftigen und fortzuentwickeln. Der historische, kulturelle und landschaftliche Reiz der alten Bischofsstadt Trier könnte dies erleichtern. Der Kanzler hat das offensichtlich bewußt einkalkuliert, indem er mit dem Staatspräsidenten heute zunächst im Palais Kesselstadt zu Mittag ißt und dann fünfzig Minuten lang mit ihm durch die Stadt spaziert, deren Geschichte viele Berührungspunkte mit Frankreich aufweist und die heute eine der größten Garnisonen der französischen Streitkräfte beherbergt.

Den Abschluß bilden ein Gespräch und ein Presseauftritt im Kurfürstlichen Palais, dem Sitz der Bezirksregierung. Das Gebäude war von 1794 bis 1814 von den damaligen französischen Besatzungstruppen als Lazarett und als Kaserne benutzt worden.

Kompromiß in Brüssel?

Kiechle will Agrarpreise nach der Produktqualität richten

WILHELM HADLER, Luxemburg

Nicht ungünstig standen gestern die Chancen für einen Durchbruch bei den Luxemburger Agrarpreisverhandlungen. Die Landwirtschaftsminister der EG haben sich in den letzten Tagen so weit zusammengerauft, daß zumindest ein politischer Rahmenkompromiß in greifbare Nähe gerückt zu sein schien.

In der Nacht zum Mittwoch waren die Gespräche unterbrochen worden, um der niederländischen Präsidentschaft Gelegenheit zur Überarbeitung ihres zu Beginn der Woche vorgelegten Kompromißpapiers zu geben. Der gestrige Vormittag blieb außerdem Einzelgesprächen der Delegationen vorbehalten.

Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle berichtete in dieser Pause dem Bonner Kabinett über den Stand der Beratungen und kehrte anschließend nach Luxemburg zurück. Er will heute – unabhängig vom Verlauf der Konferenz – an der Agrardebatte im Bundestag teilnehmen.

Bei den EG-Verhandlungen ging es nach wie vor nicht so sehr um die gemeinsamen Erzeugerpreise, sondern um „flankierende Maßnahmen", die auf eine Minderung der bäuerlichen Einkommen hinauslaufen würden. Dazu gehört eine „Mitverantwortungsabgabe" der Erzeuger für Getreide, die sich preismindernd auslösen würde. Für Preiserhöhungen besteht wegen der gewaltigen Agrarüberschüsse und der angespannten EG-Finanzen keinerlei Spielraum.

Kiechle kämpfte vor allem für eine Differenzierung der Getreidepreise nach Qualitätsmerkmalen. Während die EG-Kommission für schlechteren Weizen einen Preisabschlag vorgeschlagen hat, trat die Bundesregierung dafür ein, Getreide, das sich besonders gut zum Backen eignet, durch einen Preisaufschlag zu belohnen. Dies würde der deutschen Landwirtschaft erheblich zugute kommen und den britischen Bauern schlechtere Preise bescheren.

Allgemein bedeuteten die Vorschläge der EG-Kommission erhebliche Einkommensopfer für die deutschen Bauern. Auch das erste Kompromißpapier der Präsidentschaft brachte zum Beispiel bei Getreide Erlösminderungen um rund 10 Prozent. In den Verhandlungen gelang es Kiechle jedoch, erhebliche Verbesserungen für die deutschen Bauern herauszuholen. Ob diese ausreichen, um das Gesamtpaket akzeptieren zu können, war gestern noch ungewiß.

Die meisten anderen EG-Länder befinden sich in einer günstigeren Lage als die Bundesrepublik. Sie verfügen über eine bessere Agrarstruktur und können sich als Folge der jüngsten Neuordnung der Leitkurse im Europäischen Währungssystem (EWS) sogar leichte Preisaufbeserungen in nationaler Währung erhoffen.

Kiechle hat andererseits vom Bundeskabinett die Zusage erhalten, daß Einkommensverluste der deutschen Landwirte durch nationale Beihilfen ausgeglichen würden. Die Höhe dieser Unterstützung wird sich nach dem EG-Kompromiß bemessen.

„Wallmann-Koalition" auch ohne Frankfurts OB

Kulturdezernent Hoffmann (SPD) will nach 1987 im Amt bleiben

JOACHIM NEANDER, Frankfurt

Wenn Frankfurts Oberbürgermeister Walter Wallmann (CDU) im Januar 1987, wie es seine feste Absicht ist, in die Bundespolitik nach Bonn übersiedelt, wird dadurch die weithin beachtete „Wallmann-Koalition" im Frankfurter Magistrat entgegen bisherigen Befürchtungen nicht in Gefahr geraten.

Der Frankfurter Dezernent für Kultur und Freizeit, Stadtrat Hilmar Hoffmann (SPD), – die Galionsfigur dieses Bündnisses – hat der WELT gegenüber versichert, er werde für den Rest seiner Wahlperiode (noch circa zweieinhalb Jahre) auch unter einem Nachfolger Wallmanns im Amt bleiben und unter Umständen (das kommt auf die Person des neuen Oberbürgermeisters an) dann sogar für eine Wiederwahl zur Verfügung stehen. Vor einigen Jahren hatte Hoffmann immer wieder betont, sein Verbleiben im Magistrat der seit 1977 von einer absoluten CDU-Mehrheit regierten Stadt hänge aufs engste mit der Person Wallmann zusammen.

Walter Wallmann hatte, um in der Frankfurter Stadtpolitik neue, vor allem kulturpolitische Akzente zu setzen und die vielgeschmähte Bankenmetropole endlich aus dem Geruch des „Mainhattan" herauszuführen, gegen teilweise heftigen Widerstand in der eigenen Partei drei sozialdemokratische Dezernenten – neben Hoffmann den Baudezernenten Erhard Haverkampf und den Sportdezernenten Peter Rhein – in seinen Magistrat geholt bzw. deren Wiederwahl mit den Stimmen der CDU-Mehrheit durchgesetzt.

SPD-Dezernenten mit Ärger in ihrer Partei

Dies hatte die drei „Abtrünnigen" angesichts einer ansonsten erbitterten Konfrontation zwischen CDU und SPD beziehungsweise den Grünen zum Teil auch in heftige Konflikte mit ihrer eigenen Partei gedrängt. Rhein trat denn auch im Lauf des Kommunalwahlkampfs 1985 aus der SPD aus, ohne allerdings zur CDU (an deren Dezernentensitzungen er seitdem teilnimmt) überzuwechseln. Hoffmann und Haverkampf blieben ihrer Partei treu und verteidigten ihr Verbleiben im Magistrat mit der auch nach ihrer Ansicht auf vielen Feldern „liberalen Politik des Oberbürgermeisters".

Während Haverkampf mehr der (ideenreiche) Fachmann und Pragmatiker seines Ressorts blieb, spielt Hilmar Hoffmann seit Jahren die Rolle eines Protagonisten einer sozialdemokratischen, nach Meinung vieler sogar „linken" Kulturpolitik. Sein Buch „Kultur für alle" wurde zum Schlagwort. Seine energisch betriebene Förderung auch alternativer Aktivitäten erntete teilweise scharfe Kritik. Doch sein persönlich gutes Verhältnis zu Wallmann und sein in der Bundesrepublik seit Jahren gutes Image halfen ihm stets über drohende Konflikte hinweg.

Wolfram Brück als Nachfolger im Gespräch

Obwohl er nun seit neun Jahren unter Wallmann amtiert und, wie linke Kritiker mäkeln, dem CDU-Oberbürgermeister „wichtige Wählerstimmen zugeschanzt" hat, behielt Hilmar Hoffmann auch innerhalb der SPD Einfluß und Ansehen. So ist er Vorsitzender des sogenannten Kulturforums der SPD, in dem sozialdemokratische Politiker und Intellektuelle zur Zeit den kulturpolitischen Teil eines „revidierten Godesberger Programms" zu formulieren versuchen.

Daß der 60jährige Hoffmann auch unter einem Nachfolger Walter Wallmanns (im Gespräch ist vor allem der CDU-Kreisvorsitzende und Personaldezernent Wolfram Brück) weiter im Amt bleiben will, begründet er mit der Verbundenheit mit seinem Frankfurter Vorhaben. Der Wiederaufbau der Alten Oper, die Bebauung des Dom-Römer-Bereichs mit der kürzlich eröffneten „Kulturschirn" und die Beruhigung der Theaterszene seien erreicht. Schließlich habe er dafür Angebote aus Hamburg und Berlin ausgeschlagen. Nun müsse noch das Museumsufer vollendet werden.

Aber vielleicht ist bei dem geschäftigen Politiker und Kulturfunktionär, der ganz nebenbei noch an einer sechsbändigen Kulturgeschichte Europas werkelt auch Trotz im Spiel. Gerade jetzt attackieren ihn die Linken besonders scharf. Hoffmanns „Kulturschirm" wird ein „Fleischwolf der Kultur für alle" genannt. Der Mann steigere um seines Ehrgeizes willen die „Kunst- und Kulturgier einer ganzen Stadt". So etwas mag einer wie Hoffmann natürlich nicht auf sich sitzen lassen.

Zentralheizung soll weniger Ruß ausstoßen

E. N. Bonn

Dem deutschen Ofen geht es jetzt ans Rohr: Nach Erfolgen mit der Großfeuerungsverordnung, die Industrieabgase bis zur Umweltverträglichkeit minimieren soll, hat das Bundeskabinett am Mittwoch ein von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann vorgelegtes Papier gebilligt, dessen Forderungen auf eine drastische Reduzierung der Emissionen aus Kleinfeuerungsanlagen hinauslaufen.

Während nach der jetzigen Regelung der Bundes-Imissionsschutz-Verordnung für Heizungsneuanlagen Abgasverluste bis zu 14 Prozent zulässig sind, soll die Zulässigkeit auf zehn Prozent gesenkt werden, weil dies dem „Stand der Technik" entspricht. Da von den Schornsteinfegern in der Praxis bei Neuanlagen höhere Werte gemessen werden, will die Bundesregierung auf sachgerechter Einstellung der Anlagen bestehen. Die Staub- und Rußemission bei privaten Ölfeuerungsanlagen könnte nach dem Stand der Technik von der jetzt gültigen „Rußzahl 3" um mindestens einen Punkt herabgesetzt werden, bei neueren mit Zerstäubungsbrenner ausgerüsteten Anlagen könne die „Rußzahl 1„ erreicht werden.

Zur Herabsetzung des Schwefelgehalts in leichtem Heizöl, der zur Zeit bei 0,3 Prozent liegen darf und nach deutschen Vorstellungen auf 0,15 gesenkt werden soll, sind Verhandlungen mit den EG-Mitgliedsstaaten aufgenommen, aber noch nicht abgeschlossen worden.

Die Notwendigkeit der Überwachung von Kleinfeuerungsanlagen durch das Schornsteinfegerhandwerk hat das Bundesinnenministerium mit dem Hinweis darauf unterstrichen, daß zum Beispiel im Jahre 1982 an fünf Millionen häuslicher Ölfeuerungsanlagen und drei Millionen Gasfeuerungsanlagen Messungen durchgeführt wurden, und daß dabei 15 beziehungsweise neun Prozent dieser Heizungen wegen ihrer zu großen Emissionen zu beanstanden worden waren. In Ballungsgebieten könnten die Beiträge der Kleinfeuerungsanlagen zur Luftverschmutzung auf 50 Prozent ansteigen.

Machtlos ist der Gesetzgeber vorerst nur beim mit Braunkohlenbriketts oder Gasflammkohle beheizten „Zimmerofen", weil der Schwefelgehalt dieses Heizmaterials „deutlich über ein Prozent liegt" und deshalb künftig (ohne Terminangabe) nur noch in Feuerungsanlagen mit Abgasreinigung eingesetzt werden soll.

Arbeitgeber und DGB melden Bedenken an

rtr, Bonn

Die von Teilen der Koalition geplante Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes ist gestern in der Anhörung des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung bei Arbeitgebern, DGB und bei der Mehrzahl der Rechtsexperten auf starke Bedenken und Ablehnung gestoßen. Die endgültige Entscheidung darüber, diese Novelle nicht mehr vor der Bundestagswahl 1987 zu verwirklichen, hatte die Regierungskoalition auch vom Ergebnis dieser Anhörung abhängig gemacht. Die Novelle soll die Minderheitenrechte bei Betriebsratswahlen stärken und die Sprecherausschüsse leitender Angestellter gesetzlich verankern. In der Anhörung der etwa 30 Vertreter von Verbänden, Betriebsräten und Arbeitsrechtlern, die wegen des großen Zuhörerinteresses in der Bonner Beethovenhalle stattfand, kritisierte der Arbeitgeber-Vertreter, die Novelle beeinträchtige die Funktionsfähigkeit der Betriebsräte und erleichtere den Einzug radikaler Gruppierungen in die Betriebe. Der stellvertretende DGB-Chef Gerd Muhr lehnte das Gesetzesvorhaben ab.

Späth zieht seine Erfolgs-Bilanz

gü, Stuttgart

Eine „erfolgreiche Halbzeitbilanz" zwischen den Wahlen hat Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) gestern im Stuttgarter Landtag gezogen. „Baden-Württemberg", betonte er in seiner fast zweistündigen Regierungserklärung, „hat den tiefgreifenden Strukturwandel der 80er Jahre unter den deutschen Bundesländern mit am besten bewältigt." Erreicht worden sei dies durch Kontinuität in den langfristigen Zielsetzungen, durch Konzentration der Mittel und Maßnahmen, vor allem in der Forschungs- und Industriepolitik, sowie durch Offenheit gegenüber neuen Problemstellungen. Als Beispiel einer „versäumten Strukturanpassung" nannte Späth den Niedergang des Ruhrgebiets, der Nordrhein-Westfalen „ein Stück wirtschaftliche und soziale Lebensqualität" gekostet habe. Aktivposten der Halbzeitbilanz seien vor allem die unverändert guten Wirtschaftsdaten des Landes: 3,2 Prozent reales Wachstum und 5,4 Prozent Arbeitslosigkeit 1985, 7500 Unternehmensneugründungen seit 1984, jährliche Steigerungsraten im Export von durchschnittlich 9,8 Prozent.

Selbst im eigenen Lager verliert Mugabe Rückhalt

Wieder Stammeskonflikte in Zimbabwe / Weiße beunruhigt

M. GERMANI, Johannesburg

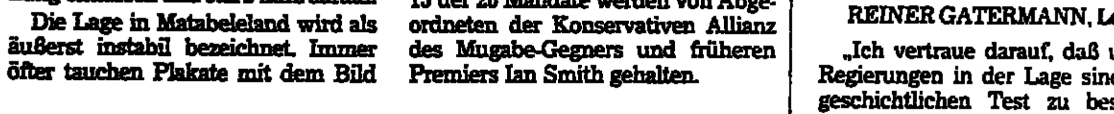
Sechs Jahre nach der Entlassung Zimbabwes in die Unabhängigkeit drohen die Stammeskonflikte, die das Land nie haben zur Ruhe kommen lassen, Regierungschef Robert Mugabe über den Kopf zu wachsen. Es geht nicht länger nur um die historisch begründete Feindschaft zwischen Mugabes Maschonavolk und den Matabele seines früheren Mitstreiters und heutigen Widersachers Joshua Nkomo, sondern auch um scharfe Differenzen in den Reihen der Maschona selbst. Führende Matabele-Politiker sprechen bereits davon, daß Mugabes Stern im Sinken begriffen sei.

Nachdem Nkomo noch vor einem Monat gezwungenermaßen seine Bereitschaft zur Anerkennung Mugabes als uneingeschränkten Führer in einem künftigen Ein-Parteien-Staat erklärt hatte, ist der Konflikt zwischen beiden Stämmen durch den Tod des Chefs der Guerillaorganisation der Matabele, Lookout Masuko, wieder voll entbrannt. Masuko war nach schweren Kämpfen zwischen Maschona und Matabele im März 1982 unter dem Vorwurf der Verschwörung verhaftet worden. In der Haft erkrankte er an einer Hirnhautentzündung, wurde jedoch erst im fortgeschrittenen Stadium der Erkrankung entlassen und starb kurz darauf.

Die Lage in Matabeleland wird als äußerst instabil bezeichnet. Immer öfter tauchen Plakate mit dem Bild des beliebten Guerillaführers Tjongogara auf, der im Dezember 1979, kurz vor der Unabhängigkeit, in einem äußerst mysteriösen Autounfall in Moçambique ums Leben kam. Tjongogara galt als aussichtsreichster Rivale Mugabes im Kampf um die Führung des Landes.

Gleichzeitig hat der Betrugsskandal um den seit Jahren umstrittenen Transportminister Herbert Ushewokunze und Mugabes nur zögernd erfolgte Zurechtweisung eine Kluft innerhalb der regierenden Zanu-Partei aufgerissen. Ushewokunze, wie Mugabe Mitglied des zum Matabele-Volk gehörenden Minderheitsstammes der Zezuru, behielt seinen Kabinettsposten und mußte lediglich als Mitglied des Zentralkomitees zurücktreten. Dagegen wurde sein größter Widersacher, Innenminister Byro Hove, der den Skandal um den illegalen Verkauf von Häusern der Eisenbahngesellschaft aufgedeckt hatte, entlassen. Beobachter weisen immer wieder erstaunt auf den außerordentlichen Einfluß hin, den Ushewokunze auf den Ministerpräsidenten hat.

Unruhe unter den etwa 70 000 Weißen im Land hat Mugabes Ankündigung ausgelöst, er werde dafür sorgen, daß die 20 für die weiße Bevölkerung reservierten Sitze im Parlament im kommenden Jahr verschwinden. 15 der 20 Mandate werden von Abgeordneten der Konservativen Allianz des Mugabe-Gegners und früheren Premiers Ian Smith gehalten.



Auftrieb für Waldheim

Präsident Kirchschläger fordert auf, „sich zu beruhigen"

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

„Ich bin dem Herrn Bundespräsidenten sehr dankbar. Alle Vorwürfe sind mit seiner Erklärung zusammengebrochen." Mit diesen Worten reagierte der Präsidentschaftskandidat der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), Kurt Waldheim, auf die Rede von Bundespräsident Rudolf Kirchschläger, in der dieser die gegen Waldheim erhobenen Beschuldigungen wegen angeblicher „Kriegsverbrechen" weitgehend entkräftet hatte. In politischen Kreisen Wiens werden Waldheim nach der Erklärung Kirchschlägers jetzt noch bessere Chancen für die Wahlen am 4. Mai eingeräumt.

In einer Fernsehansprache hatte Kirchschläger nach dem Studium der von der UNO und vom Jüdischen Weltkongreß übermittelten Waldheim-Akten erklärt: „Wäre ich ein Staatsanwalt, so würde ich es nicht wagen, eine Anklage vor einem ordentlichen Gericht zu erheben."

Als einzigen gravierenden Anklagepunkt gegen Waldheim führte Kirchschläger die Aussage eines inzwischen verstorbenen Oberfeldwebels der Wehrmacht an, der sich in jugoslawischer Kriegsgefangenschaft zu erinnern glaubte, Waldheim habe im Zusammenhang mit einer Desertion im November 1944 mehrere Personen hinrichten lassen. Der Bundespräsident meinte aber, Waldheim sei damals Ordonanzoffizier im Stab der Heerestruppe E gewesen, so daß ihm eine Befehlsgewalt für Vergeltungsmaßnahmen nicht zustand. Es sei nicht auszuschließen, daß Waldheim durch den Oberfeldwebel belastet wurde, weil letzterer sich selbst entlasten wollte.

Zu den Akten des Jüdischen Weltkongresses, die sich mit den Judendeportationen aus Saloniki befassen, sagte Kirchschläger, eine Beziehung zu Waldheim sei auf Grund der vorliegenden Urkunden nicht nachzuweisen. Um ein Wissen Waldheims über diese Judendeportationen festzustellen, reichten die vorgelegten Dokumente nicht aus. Kirchschläger warnte in seiner Rede vor dem Ausbrechen antijüdischer Gefühle: „Sie haben in unserer Geschichte bisher nie Segen gebracht. Sie sind zutiefst inhuman." Zugleich appellierte er an alle Österreicher, zu einem „Beruhigungsprozeß" beizutragen.



Für eine Verhandlungslösung in Sachen Gibraltar: Spaniens König Juan Carlos und Queen Elizabeth verstehen sich – familiär sowie politisch. Dem spanischen Staatsoberhaupt (und Cousin) wurde ein herzlicher Empfang bereitet. Als erster ausländischer Monarch sprach er vor beiden Kammern des britischen Parlaments. FOTO AP

Nur der Felsen belastet das herzliche Verhältnis

REINER GATERMANN, London

„Ich vertraue darauf, daß unsere Regierungen in der Lage sind, den geschichtlichen Test zu bestehen und den einzigen Schatten auf unseren Beziehungen in Harmonie zu verwandeln." Nichts interessierte die Briten während des Staatsbesuches des spanischen Königs Juan Carlos im Vereinigten Königreich mehr, als seine Worte zu diesem „Schatten", der eigentlich ein Felsen ist, namens Gibraltar. Nach spanischer Auffassung kann die Harmonie nur bedeuten: Rückgabe des Felsens an Spanien. Aber das bleibt abzuwarten. Immerhin betrachten die Briten Gibraltar bereits seit 1713 als ihr Eigentum.

Andererseits konnten er und Königin Sofia nicht übersehen, wie sich die Briten, allen voran Königin Elizabeth, bemühten, den langersehnten Gästen Empfang und Aufenthalt im regnerischen und kalten England einmal durch persönliche Wärme und zum anderen durch Anerkennung und Lob der politischen Arbeit des Königs so angenehm und herzlich wie möglich zu gestalten.

Mit dem anglo-spanischen Abkommen von 1984, das nach 16 Jahren wieder die Öffnung der Tore zwischen Gibraltar und Spanien ermöglichte, sowie mit dem EG-Beitritt des Landes waren auch wieder die Voraussetzungen für offizielle Besuche geschaffen worden. Seit dem letzten, 1905, sind immerhin 81 Jahre vergangen, der vorletzte fand 1557 statt.

Dabei sind die beiden Königshäuser, sowohl durch Geburt als auch durch Heirat miteinander verwandt, Königin Elizabeth und König Juan Carlos sind Vettern, aber neben dem Regime Franco stand eben gerade der Affenfelsen engeren staatlichen und zeitweise auch privaten Beziehungen im Wege. So blieben die Spanier vor fünf Jahren der Hochzeit von Prinz Charles und Lady Diana fern, weil diese beschlossen hatten, ihre Hochzeitsreise am Südzipfel Spaniens zu beginnen.

Jetzt stand das Kronprinzenpaar, laut Protokoll dafür eigentlich zu hochrangig, auf dem Flugplatz, um die Gäste zu begrüßen. Auch wider jedes Protokoll beugte sich die Prinzessin von Wales vor dem Spanier zum Hofknicks, bevor dieser ihr zunächst familiär-freundschaftlich die Wange küßte und dann galant die Hand. Bei solch herzlichen Szenen vergaß man schnell, daß man sich offiziell noch nie gesehen hatte.

Die Briten bereiteten den Spaniern auch noch eine andere ungewöhnliche Ehre: Juan Carlos ist der erste amtierende Monarch, der zu einer Rede vor beiden Häusern des britischen Parlaments eingeladen worden war. Nach so viel Herzlichkeit und Anerkennung sollte es nun – trotz Felsen – vielleicht auch möglich sein, daß ein Premierminister des Vereinigten Königreiches offiziell spanischen Boden betritt. Das hat es in der Geschichte noch nicht gegeben.

Libyens Botschaft in Rom Zentrale des Terrorismus?

F. M. Rom

Die Festnahme eines ehemaligen libyschen Diplomaten durch die italienische Polizei und die angebliche Entdeckung einer lange Zeit von Libyern frequentierten, jetzt leerstehenden konspirativen Wohnung in Rom haben den in der italienischen Öffentlichkeit immer wieder geäußerten Verdacht verstärkt, daß in der libyschen Botschaft an der römischen Via Nomentana Fäden des internationalen Terrorismus zusammenlaufen. Die Botschaft liegt in einem gut abgeschirmten Park und soll mit der benachbarten iranischen Botschaft durch einen unterirdischen Gang verbunden sein.

Bei dem Festgenommenen handelt es sich um den ehemaligen Kulturattaché der Botschaft, Arebi Mohammed Fituri, der schon zweimal als „persona non grata" von der italienischen Regierung des Landes verwiesen worden war, dann aber immer wieder nach Italien zurückkehrte. Er wird beschuldigt, gemeinsam mit dem bereits am 5. Februar verhafteten Libyer Rageb Hammouda Daghugh Mordanschläge auf die Botschafter der USA, Ägyptens und Saudi-Arabiens geplant zu haben.

Über die weiteren Ermittlungen, die Fituris Festnahme auslösten, wahren die italienischen Behörden striktes Schweigen. Nach Indiskretionen, die von Rundfunk und Presse verbreitet wurden, sollen weitere fünf bis sechs Botschaftsangehörige im Verdacht stehen, den Terrorismus zu unterstützen. Gegen einen anderen ehemaligen Botschaftsangehörigen, der Italien bereits vor einem Jahr verlassen hatte und dessen jetziger Aufenthaltsort unbekannt ist, wurde Haftbefehl erlassen.

In der nach Zeitungsberichten entdeckten konspirativen Wohnung soll auch Material zur Fälschung von Pässen sichergestellt worden sein.

Telefonnummer führt zu Abu Nidal

W.K. Bonn/Berlin

Der Palästinenser Ahmed Nawaf Mansur Hasi, der im Zusammenhang mit dem Anschlag auf die Berliner Discothek „La Belle" verhaftet wurde, gehörte offenbar zum Kreis einer neuen Deutsch-Arabischen Gesellschaft, die 1985 in Berlin gegründet worden war. Diese Gesellschaft ist mit der vom Staatsminister im Auswärtigen Amt, Jürgen Möllemann, geleiteten Deutsch-Arabischen Gesellschaft e.V. in Bonn und Aachen nicht identisch.

Unter den beschlagnahmten Papieren in der Wohnung Hasis in Berlin-Tempelhof befand sich auch eine Telefonnummer, die der Zentrale des Terroristenführers Abu Nidal zugeordnet wird. Bei der Auswertung der sichergestellten Materialien wurden Verbindungen nach Libyen, Libanon und Syrien festgestellt.

Washington beharrt auf Sanktionen gegen Libyen

Zeichen wachsender Ungeduld über Haltung der Europäer

FRITZ WIRTH, Washington

Präsident Reagan hat die jüngsten anti-libyschen Maßnahmen der EG-Staaten dankbar zur Kenntnis genommen, dennoch wird er die Europäer auf dem Wirtschaftsgipfel in Tokio unter Druck setzen, noch mehr zu tun. Ideal wäre nach amerikanischer Ansicht, wenn die Europäer dabei auf den amerikanischen Kurs einschwenken und sich den Wirtschafts-Sanktionen gegen Khadhafi anschließen würden.

Zumindest im State Department hat man sich darauf eingerichtet, daß dieses Ziel kaum erreicht wird. „Wir werden uns wohl damit abfinden müssen, daß dies ein Punkt sein wird, bei dem wir weiterhin darin übereinstimmen, daß wir nicht übereinstimmen", erklärte ein leitender Beamter des State Department der WELT.

„Wir wissen sehr wohl um die Grenzen von Sanktionen und wissen ebenso, daß sie in der Vergangenheit als politisches Mittel nicht sehr erfolgreich waren. Ironischerweise ist Libyen jedoch ein Fall, bei dem wir glauben, daß Sanktionen wirksam wären. Der einzige Rohstoff dieses Landes ist Öl. Es ist besonders zum gegenwärtigen Zeitpunkt leichter als sonst, Libyen von dieser Quelle abzuschneiden."

Im übrigen deutet man im State Department an, daß das Problem der Beteiligung amerikanischer Firmen an der Ölförderung in Libyen in absehbarer Zeit gelöst werden kann. Es war bei dem Bemühen, die Europäer zu Sanktionen zu gewinnen, bisher ein schweres Hindernis gewesen.

Man hofft in Washingtoner Regierungskreisen dennoch, in Tokio mit den europäischen Partnern ein hohes Maß an Zusammenarbeit in der Terrorbekämpfung erzielen zu können. Das dürfte sich vor allem auf den Geheimdienstbereich und den Informations-Austausch über die internationale Terroristenszene erstrecken.

Das State Department versucht zu überbrücken

Ein transatlantisches Konzept zur internationalen Terroristen-Bekämpfung wäre auf amerikanischer Seite erwünscht, man glaubt im State Department jedoch nicht, daß es in Tokio erreicht werden kann. Man sieht hier vor allem Widerstände von französischer Seite, von der man erwartet, daß sie beim Entscheidungsprozeß in Fragen der Terrorbekämpfung ihre Eigenständigkeit betonen und erhalten möchte. Auf amerikanischer Seite würde man das Scheitern eines solchen gemeinsamen Konzepts nicht allzu tragisch nehmen. „Wir sind nicht so sehr an Konzepten als an Realitäten interessiert", sagt man im State Department.

Im übrigen ist bei der Beurteilung des Verhaltens der Europäer in der Libyen-Krise eine deutliche Kluft zwischen dem amerikanischen Außenministerium und dem Weißen Haus erkennbar. Während man im State Department seit Tagen bemüht ist, die Bruchstellen und die Ressentiments, die über der Libyen-Krise im Bündnis sichtbar wurden, zu beseitigen, verhält sich das Weiße Haus in dieser Sache wesentlich ungeduldiger und aggressiver. So kritisierte Präsident Reagan öffentlich die Franzosen für ihre Weigerung, den amerikanischen F-111-Bombern auf ihrem Weg nach Libyen das Überfliegen französischen Hoheitsgebiets zu erlauben.

Die Sowjets von Anfang an richtig eingeschätzt

Doch auch im State Department ist man der Meinung, daß die Europäer insgesamt zu langsam und schwerfällig auf die Provokationen Khadhafis reagiert haben. „Hätten sie im Januar dieses Jahres beschlossen, was sie gestern als Maßnahme gegen Libyen vereinbarten, hätte die amerikanische Regierung wahrscheinlich anders auf Khadhafi reagiert", erklärte der Beamte des State Departments, der jedoch mit Nachdruck dementierte, daß der Schlag gegen Libyen nur unternommen worden sei, um die Europäer zum Handeln zu bewegen.

Dagegen wird heute innerhalb der Reagan-Administration immer häufiger die Frage gestellt, ob dieser Schlag gegen Khadhafi in seinem Ausmaß und seiner Intensität nicht besser hätte umfangreicher und aufwendiger sein sollen. Dafür sei, nach Pressemeldungen, auch der französische Präsident Mitterrand eingetreten.

Die Haltung der Sowjets in diesem Konflikt hat im State Department nicht überrascht. „Wir haben damit gerechnet, daß sie propagandistisch versuchen werden, das Beste daraus zu machen. Sie lieben es, im Trüben zu fischen. Wir beurteilen ihr Verhalten jedoch nicht nach ihrer Rhetorik sondern an dem, was wirklich geschieht", erklärt man im State Department, „und da haben wir den Eindruck, daß sie zu einem Gipfeltreffen in diesem Sommer noch nicht bereit sind, ebenso wie sie eigentlich zum letzten Gipfeltreffen in Genf noch nicht bereit waren."

Man rechnet jedoch in der Administration fest damit, daß der nächste Gipfel im November oder Dezember in Washington stattfindet. Außerdem ist man in der Reagan-Administration darauf eingerichtet, daß die Sowjets im Schatten der Libyen-Krise größere politische Aktivitäten im Nahen Osten entwickeln und versuchen werden, in den arabischen Staaten aus dieser Krise politisch Kredit zu schlagen.

Über Banken

Warum wir privaten Banken privat mit persönlich, frei und mündig übersetzen

Privat – das ist für uns private Banken ein Schlüsselwort. Weil es für persönlich steht, und weil persönliche Initiativen der Schlüssel zum Fortschritt sind. In Kunst und Kultur, in Wirtschaft und Wissenschaft, in Staat und Gesellschaft. Persönliche Initiativen aber setzen Entscheidungsfreiheit voraus – für mündige Bürger.

Deshalb heißt privat für uns: persönlich, frei und mündig. So verstehen wir die Marktwirtschaft, und so sehen wir auch unsere Rolle. Freie Initiativen und selbstverantwortliche Bürger sind Fundamente unseres Staates und unseres Wohlstandes.

Wir, die privaten Banken, vertrauen auf diese Prinzipien – sei es als große Filialbank, als Regionalbank, als Privatbankiers oder als Hypothekenbank.

Private Banken – die persönlichen Partner

Eine Anzeige des Bundesverbandes deutscher Banken. Mohrenstraße 35–41, 5000 Köln 1 Btx * 45900



Wie die Nation zusammenwuchs

Die erste deutsche Verwaltungsgeschichte

Man muß das zügige Fortschreiten dieses großangelegten Werkes, mithin die Energie seiner Herausgeber K.G.A. Jeserich / H. Pohl / G. Chr. von Unruh bewundern. Wo kann man sonst mit Sicherheit darauf rechnen, daß eine mehrtausendseitige Gesamtdarstellung innerhalb eines halben Jahrzehnts ihre Vollendung findet? 1983 waren die ersten beiden Bände über die Zeit „Vom Spätmittelalter bis zum Ende des Reiches" und „Vom Reichsdeputationshauptschluß bis zur Auflösung des Deutschen Bundes" erschienen. Nur ein Jahr später folgte die Darstellung der Jahre 1871–1918 und wiederum ein Jahr später der die Weimarer und die NS-Zeit betreffende vierte Band. Nun fehlen nur noch zwei Bände, deren einer die Bundesrepublik Deutschland behandeln und der andere das Gesamtregister enthalten soll.

Deutsche Verwaltungsgeschichte
Bd. III (Das Deutsche Reich bis zum Ende der Monarchie), 944 S., 258 Mark. Bd. IV (Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus), 1168 S., 258 Mark. Beide in der Deutschen Verlags-Anstalt, Stuttgart.

Handbücher dieses Umfanges sind heutzutage die Frucht von Gemeinschaftsarbeit. Ohne das arbeitsteilige Verfahren der Mitverfasserschaft, die Sammlung von Einzelbeiträgen geht es anscheinend nicht mehr. Das gilt erst recht für die Rechts- und Verfassungsgeschichte. Abgesehen von der fortschreitenden Spezialisierung der Wissenschaften tritt einer Gesamtdarstellung der Verwaltungsgeschichte ein weiteres Hindernis entgegen. Sie war überfällig und hat doch keinen Alleinbearbeiter finden können. Inzwischen gibt es 65 Mitarbeiter, und ihre Zahl wird noch zunehmen.

Rechtshistorische Forschung bringt heute ideell wie materiell wenig ein. Die Prominenz der Verwaltung und Verwaltungswissenschaft betätigt sich auf anderen Gebieten. Man muß es schon als einen Glücksfall ansehen, wenn den Leuchten des Öffentlichen Rechts die Geschichte ihres Faches wenigstens in ihren Nebenstunden lieb ist.

Die Herausgeber von Sammelwerken sind mit Hypotheken belastet, denen der Alleinverfasser bei seiner Arbeit nicht begegnet. Sie müssen zur Mitarbeit überreden, persönlichen Empfindlichkeiten Opfer bringen, begütigen, drohen, Termine setzen, betteln, schmeicheln, Enttäuschungen über Eingereichtes wegstecken und am Ende manches selbst machen.

Die Herausgeber haben ihre Mitarbeiter überall gesucht und gefunden. Die nichtjuristischen Historiker tragen eine Hauptlast des Bandes. Unter den Namen der Autoren prangen die von Rudolf Morsey, Walter Hubatsch, Hans Fenske, Wolfgang Hofmann. Daß auch die Juristen ihren Teil beitrugen, haben wir vor allem Christoph Link, Michael Stolleis und Wolfgang Rüfner zu verdanken. Dazu haben sich aktive wie pensionierte Verwaltungsfachleute der ersten Garnitur gesellen lassen. Für die aktiven stehen im vorliegenden Band die Namen von Karl Wittrock, Präsident des Bundesrechnungshofes, und Innenminister Karl-Eduard Claussen aus Kiel. Das sonst leicht übersehene historische Interesse der inaktivierten Staatssekretäre und Präsidenten ist für die Verwaltungsgesschichte gewiß ein Glücksfall.

Man mag es als einen Vorteil dieser Gesamtdarstellung ansehen, daß die Erfahrung der Praxis in die Darstellung von Verwaltungs- und Behördengeschichte hat eingebracht werden können. Man kann auf der anderen Seite beobachten, daß dadurch die Auswahl der Quellen unterschiedliche Breite aufweist. Während mancher der Autoren souverän auch mit ungedrucktem Material umzugehen weiß und seinen Beitrag auf eigene Quellenstudien stützt, kann man bei anderen eine bewußte Beschränkung auf die vorhandene Sekundärliteratur und auf gedruckte Quellen beobachten.

Auch das hat seinen guten Sinn. Sammelwerke sollen nicht so sehr Forschungen ersetzen, als vielmehr Forschungsergebnisse sortieren, bündeln und durch Lieferung des Überblicks zu weiteren Forschungen anregen. Handbücher sind niemals letztes Wort, sondern, wenn es gut geht, Vorwort für kommende Forschung. Andererseits können sie die kommende Arbeit dann nur bedingt entlasten, wenn die vorgelegten Einzelbeiträge allzu knapp und allzu beschränkt in der Auswahl der verwerteten Einzeluntersuchungen ausgefallen sind. Das gilt für Theoretiker wie Praktiker im gleichen Maße, prägt aber doch nicht den Stil des gesamten Werke. Die hier angezeigten Bände bieten eine Materialfülle, die jeden Leser begeistert.

Die drei Herausgeber haben den Stoff richtig bemessen, umsichtig alle wichtigen Gebiete betreut. Dennoch darf der Rezensent fragen, ob das Gesamtwerk nach solch glücklichem Voranschreiten heute nicht schon der Ergänzung nach zwei Seiten bedarf. Die eine betrifft das Wörtlein „Deutsch" im Titel. Die Darstellung hat sich mit gutem Grunde an den Gang der deutschen Verfassungsgeschichte gehalten. So enthält der dritte Band keine Beiträge mehr zur österreichischen Verwaltungsgeschichte, die in den ersten beiden zu finden waren. War es die Angst vor einer Verstimmung der Österreicher, daß Band III kleindeutsch angelegt wurde? Sicher hat Österreich seit 1866 sein eigenes staatliches Schicksal genommen. So hart und drastisch war die Trennung aber nicht.

Die deutsche Nation besteht heute, geschichtlich gesehen, aus drei Staaten unterschiedlicher Verfassung. Alle drei gehören daher auch für die Zeit nach 1866 thematisch in eine „deutsche" Verwaltungsgeschichte. Auch wenn die Österreicher heute dieser Nation nicht mehr angehören, gibt es doch bis in die Gegenwart eine gemeinsame Geschichte, also auch Verwaltungsgeschichte, die zwischen Österreich und den beiden deutschen Staaten mehr Gemeinsamkeiten aufweist, als der Laie annimmt.

HANS HATTENHAUER



In typischer Pose: Herbert Wehner im Bundestag
FOTO: DPA

Nicht ohne Bitterkeit

„Politisches Urgestein": Wehner im Buch

Herbert Wehner gehört fraglos zu den Politikern, die als Handelnde die Nachkriegsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland am stärksten beeinflußt, das parlamentarische Erlernen und Ringen am öffentlichkeitswirksamsten mitgeprägt haben. 80 Jahre alt wird dieser Mannn im Juni, dessen politische Entwicklung einst in der diktatorischen kommunistischen Bewegung begonnen hatte und der sich später – als „Gebrannter" und als „illegitimes Kind" der Sozialdemokratie, wie er sich selber bezeichnete – umso nachhaltiger um die Demokratie verdient gemacht hat.

„Politisches Urgestein" ist er von der für Schlagworte so empfänglichen veröffentlichten Meinung später oft genannt worden, obwohl er selbst diese Worte einst für seinen großen Widersacher Adenauer geprägt hat.

Herbert Wehner:
Christentum und Demokratischer Sozialismus
Hrsg. v. Rüdiger Reitz. Dreisam-Verlag, Freiburg. 243 S., 28 Mark.

Der Onkel
Herbert Wehner in Gesprächen und Interviews. Hrsg. v. Knut Terjung. Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg. 288 S., 32 Mark.

Das zweite Etikett, das ihm aufgeklebt wurde und das er oft auch allzu willig annahm, war das des geheimnisvollen Taktikers, dem alle erst zu spät auf die Schliche kämen.

Zwei Bücher sind jetzt über Wehner auf den Markt gekommen: Das eine konzentriert sich vordergründig auf sein lebenslanges Ringen als Sozialist mit dem christlichen Glauben. „Kirche ist keine Tankstelle oder Raststätte für die politischen Autofahrer", lautet sein Credo. Sehr persönlich, fast intim ist der oft allzu Bärbeißige hier dargestellt. Vor allem aber wird in diesem Band auch etwas von dem in der Tat großen, doch gar nicht so geheimnisvollen politischen Taktiker deutlich: Wer beispielsweise seine Äußerungen zur Ost-Denkschrift der EKD nachliest, sieht, wie sehr er sie den politischen Opportunitätsprinzipien eines Oppositionspolitikers untergeordnet hatte. Er wollte sich die Wahlchancen der Partei und damit die von der SPD in Grundzügen geplante neue Ostpolitik nicht dadurch kaputt machen lassen, daß eine Kirchen-Veröffentlichung zur Unzeit das Wahlvolk zu einer Gegenreaktion veranlaßte und wieder wegtrieb. Fast wie ein Eiertanz mutet es an, im zeitlichen Ablauf nachzulesen, wie Wehner zuerst hart ablehnte, um sich dann in homöopathischen Schritten allmählich doch der eigentlich von ihm von Anfang an innerlich für richtig gehaltenen EKD-Position zu nähern.

Es sind die Rückblicke, die Nachdrucke früherer Wehner-Äußerungen und Interviews, die in beiden Büchern für den politischen Zeitgenossen wie den Nachgeborenen den Reiz der Lektüre ausmachen. Es gehört fraglos zu Knut Terjungs, Wehners langjährigem Pressesprecher, Verdiensten, die wegweisende Rede vom 30. Juni 1960 noch einmal zu dokumentieren, mit der Wehner die deutschen Sozialdemokraten fast im Alleingang im Bundestag auf die Westintegration der Bundesrepublik festgelegt hat – wenige Monate nach der Vorlage des aus heutiger Sicht völlig mißglückten Deutschlandplans.

Doch die ersten 64 Seiten sind manchmal geradezu peinlich. Was dieser von Alter und Krankheit gezeichnete Mann dort über sich, seine Partei und manche Spitzengenossen verbittert von sich gibt, wirkt nur auf den ersten Blick erheiternd – auf den zweiten stimmt es traurig. Zeigt es doch, wie sehr manchmal auch (ehemalige) Untergebene sich ihrer Fürsorgepflicht erinnern sollten. Es läßt einen Menschen erscheinen, der mehr in der Vergangenheit als der Gegenwart lebt. Mit einem Wort: den man daran hindern sollte, die Erinnerung an ihn selber zu zerstören. „Si tacuisses", möchte man Terjung zurufen, der offenbar Sorge hatte, allein mit dem zeitgeschichtlich durchaus genügend gewichtigen Dokumentarteil seines Buches nicht genügend Aufmerksamkeit und damit Auflage zu erringen.

PETER PHILIPPS

„Die Sowjets wollen uns doch zu ihrer Kolonie machen . . ."

Aus den Tagebüchern eines finnischen Zeitzeugen

Das kürzliche Erscheinen von Band I des Tagebuches des ehemaligen Staatspräsidenten Juho Kusti Paasikivi war das große Ereignis auf dem Gebiet der zeitgeschichtlichen Forschung in Finnland (Verlag Werner Söderström Osakeyhtiö, Juva). Der cholerische Paasikivi, von 1944 bis 1946 Ministerpräsident und 1946 bis 1956 Staatspräsident, war trotz seines hohen Alters ein fleißiger Tagebuchschreiber, der seine Notizen stenographisch festhielt.

Im Jahre 1958, nach seinem Tod, wurden die Notizen auf mehr als 3000 Seiten ins Reine geschrieben. Der jetzt publizierte, von den Historikern Yrjö Blomstedt und Matti Klinge redigierte Band enthält das Material, das für Paasikivi in den 50er Jahren wichtig war.

Der Schlüssel zum Verständnis seiner Außenpolitik ist sein illusionsloser Realismus. „Alle Großmächte treiben nackte Machtpolitik, die Sowjetunion so wie die anderen", schrieb er am 17. 8. 1946. Und am 22. 7. 1948: „Der russische Imperialismus ist entsetzlich", und wieder nach zwei Monaten: „Die Absicht der Kommunisten ist – mit der Hilfe der Russen – das heutige System in Finnland umzustürzen und die Diktatur herzustellen."

Mit großer Sorge verfolgte der Präsident die Ereignisse im Europa der Nachkriegszeit: „In Estland gibt es heute ebenso viel oder sogar mehr Russen als Esten. Dies ist entsetzlich. So verfahren die Russen."(12. 12. 1947). Der kommunistische Umsturz in der Tschechoslowakei im Februar 1948 machte auf Paasikivi „einen sehr bösen Eindruck": „So etwas darf in Finnland nicht geschehen, und bevor ich erschossen werde, geschieht es auch nicht." (21. 5. 1948).

Er sprach vom Kampf: „Dieser Kampf gilt unseren Kommunisten und dem hinter ihnen stehenden sowjetischen Imperialismus, die beide Finnland zur Kolonie der Sowjetunion im geistigen und realen Sinne machen wollen. Unser Volk muß immer diesen Kampf im Gedächtnis bewahren. Das Sinken in die Arme des Slawentums bedeutet für uns den Tod. Denn wir gehören zu den nordischen Ländern und zum Kulturkreis der nordischen und westlichen Länder." (11. 8. 1948).

Zeitweise war der Staatsmann sehr pessimistisch: „Die gewaltige Mehrheit des finnischen Volkes hält fest an seiner Selbständigkeit, und wenn die Sowjetunion diese zu berühren begänne, würde ein heftiger Kampf – wenngleich nicht mit Waffen – entbrennen. Bevor das finnische Volk niedergeworfen wird, muß man wenigstens eine halbe Million Finnen umbringen oder deportieren." (18. 11. 1946).

Das politische Konzept des Präsidenten war einfach: Der Sowjetunion müsse darauf vertrauen, daß Finnland nie mehr auf der Seite der Feinde der Sowjetunion stehe: „Wenn die Sowjetregierung sieht, daß sie nicht auf Finnland vertrauen kann, erachtete sie es vermutlich als notwendig, hier andere Garantieen, reale Garantien, zu schaffen dafür, daß Finnland nicht in die Hände der Feinde der Sowjetunion fällt." (22. 11. 1945).

In dieser Hinsicht war Paasikivi bereit, sehr weit zu gehen: „Wenn man theoretisch annimmt, daß ein Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion ausbricht, sollten wir nach meiner Meinung auf der Seite Rußlands stehen, auch dann, wenn wir vermuten müßten, daß Rußland verliert." (12. 5. 1948). Wie Mannerheim war Paasikivi der Ansicht, daß ein so großes Volk wie die Russen auf Dauer nicht niederzuhalten sei. Einmal würde es sich wieder erheben und die Rechnung präsentieren.

Aber allzu weit wollte Paasikivi dann doch nicht gehen. Das „Abkommen über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand" vom April 1948 war für ihn die äußerste Grenze: „Die Russen wußten, daß wir nicht weiter gegangen wären, sondern den Konflikt riskiert hätten." (4. 6. 1948). Gerade in jenem Frühjahre schwirrte es von Gerüchten, daß die finnischen Kommunisten einen Umsturz beabsichtigten. Paasikivi ergriff harte Gegenmaßnahmen, zu denen er später anmerkte: „Wir mußten die Frage entscheiden, ob wir das Risiko auf uns nehmen, daß die Sowjetunion gegen uns militärische Gewaltmaßnahmen ergreift und so mit Gewalttaten unsere Kommunisten unterstützt. Aber wir können nicht dulden, daß die Entwicklung so verläuft wie in der Tschechoslowakei." (7. 10. 1948).



Juho Kusti Paasikivi
FOTO: A.F.P.

Schwer litt Paasikivi unter den Kriegsverbrecher- oder Kriegsschuldigenprozessen, wie man in Finnland sagt. Als Molotow im Mai 1946 erklärt hatte, der Angriff und der Einfall in fremde Gebiete könne nicht ohne Strafe bleiben, schrieb der Finne am 29. 5.: „Aber die Sowjetunion hat am 30. 11. 1939 Finnland angegriffen, ist in fremde Gebiete eingefallen. Ist sie nicht auch strafwürdig? Sie ist aber ohne Strafe geblieben. Im Gegenteil, die Sowjetunion hat ihre Beute behalten, hat Finnland verstümmelt. Was für Menschen sind die Führer der Sowjetunion, die so reden und sich so benehmen? Sogar als moralische Sachwalter! Dies ist Verlogenheit und Falschheit, die das Leben erschwert." Mit offenbarer Genugtuung notierte er die zynische Definition seines Gastes Randolph Churchill am 18. November 1945: „Kriegsverbrecher sind alle, die den Krieg verloren haben."

Paasikivi konnte und wollte nicht öffentlich gegen die Siegerthesen über die Schuld der früheren finnischen Staatsmänner protestieren, „aber es ist eine andere Sache, ein Geständnis abzulegen und laut zu verkünden, daß das Falsche das Richtige sei und das Richtige das Falsche. In gewissen Kreisen will man das. Man will, daß unser Volk sich zu Boden wirft, sich selbst beschmutzt und hinausschreit, daß wir Verbrecher sind und alle anderen schuldlos und weiß wie Tauben. Dazu können wir uns nicht erniedrigen, denn gerade dadurch würden wir die Seele unseres Volkes vernichten." (20. 10. 1946).

Über Deutschland und die deutsche Frage schrieb Paasikivi in diesen Jahren relativ wenig. Die Politik des Dritten Reiches sei „kopflos" gewesen, und die Sowjetunion müßte ein Denkmal für Hitler wegen dessen „verrückter" Behandlung der europäischen Völker errichten. Die deutschfeindliche Psychose der Nachkriegszeit fand bei ihm kein Gehör. Als Minister Lukka im April 1945 einen finnischen Doktoranden tadelte, weil er seine Dissertation auf deutsch geschrieben hatte, notierte Paasikivi: „Entsetzlich! Ein derartigr Tölpel ist Mitglied der Regierung!"

Keine Gnade in den Augen von Paasikivi fand auch der finnische Botschafter in Moskau, Cay Sundström, der erklärte, daß die Gebiete östlich der Elbe altes slawisches Land seien und daß die Oder-Neiße-Grenze eine geschichtliche Gerechtigkeit wiederherstelle. Der Präsident warf ihm vor, er betrachte die Lage „gänzlich mit russischen Augen ... Sundström hat keine Kritik und kein Urteilsvermögen." Es wäre besser gewesen, wenn Sundström daran gedacht hätte, daß „Karelien seit 1000 Jahren finnisches Land war und daß die Sowjetunion es uns jetzt mit Gewalt genommen hat". (19. 3. 1947).

Paasikivis Tagebuch war in dieser Saison der große Bestseller in Finnland. Es liest sich nicht leicht wegen der zahlreichen Details, aber es gehört trotzdem unbedingt in die Bibliothek der Interessierten. Eine schwedische Übersetzung liegt zwar schon vor, aber die Übersetzung in andere Sprachen bereitet leider Probleme – vielleicht könnte man da an eine Kurzfassung denken. Tatsache ist, daß man an diesem Buch nicht vorbeigehen kann, wenn man sich mit ernsthaft mit Zeitgeschichte befaßt.

SAMPO AHTO

Lesetip der Woche

DIE ZEIT



In der vergangenen Woche hat Heinrich Franke, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, „traurige Rekorde" ausgemacht. Aufgestellt von der Schattenwirtschaft im Allgemeinen und der Schwarzarbeit im Besonderen. Unser Autor, Professor für Soziologie an der Universität Oldenburg, widerspricht den Thesen von Franke, vor allem ihren gängigen Interpretationen, entschieden. Und er verweist nach ausführlichen Forschungen sowohl die Staatskritik neoliberaler Wirtschaftspolitiker als auch die sich an informelle Wirtschaftsformen knüpfenden Hoffnungen der Grün-Alternativen ins Reich der Illusionen.

Der Mythos Schattenwirtschaft

Nur wer Arbeit hat, ist auch erfolgreich in Schwarzarbeit und Selbsthilfe. Von Walther Siebel.

„Daß in der Diskussion über informelle Ökonomie mit soviel Großzügigkeit über unzuverlässige Daten, methodische und theoretische Abgründe hinweggegangen wird, ist nicht schwer zu erklären. Der Wunsch ist der Vater der Einäugigkeit oder, wie es de Grazia formuliert hat: Ein Mythos ist beileibe keine Lüge, sondern etwas, an das beinahe jeder gerne glauben möchte, und im Glauben daran umarmt man eine kalte Zahl zu heißblütig."

„Die Schattenwirtschaft ebnet die Kluft zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen nicht ein. Sie mildert auch nicht die Ungleichheiten des Einkommens aus beruflicher Arbeit, sondern vertieft diese eher. Je höher das Einkommen aus beruflicher Arbeit, desto höher ist auch das Einkommen aus Nebenerwerb, Eigenarbeit und Selbsthilfe."

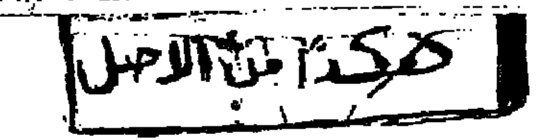
„Viele der illegalen Aktivitäten in der Untergrundwirtschaft gelten als läßliche Sünden. Ihre schärfere Kontrolle und Bestrafung wird eher größere Projekte wie den Einfamilien-Hausbau verschwinden lassen. Damit aber entfielen auch Nachfrage-Effekte der Schattenwirtschaft für die offizielle Wirtschaft."

„Als eine Art Volkssturm auf dem Wohnungsmarkt, als Ersatz für reguläre öffentliche Mittel der Wohnungspolitik wird Selbsthilfe kaum zu mobilisieren sein. Sie taugt dazu, staatliche Politiken besser, nicht, sie billiger zu machen."

„Eine Politik, die die Schattenwirtschaft als eine Alternative zu Lohneinkommen und sozialstaatlicher Absicherung einzuspannen versucht, wird eher gegenteilige Effekte haben, nämlich Schrumpfen auch der Schattenwirtschaft. Die Schattenwirtschaft ist eben weder ein eigenständiger Sektor, noch wächst sie schneller oder zu Lasten der offiziellen Wirtschaft. Daran finden konservative Sparstrategien wie grün-alternative Ausstiegshoffnungen ihre Grenzen."

„Die Hoffnungen, den Markt zu Lasten der Schattenwirtschaft zu stärken oder umgekehrt, mit ihrer Hilfe den Wohlfahrtsstaat zurückzudrängen oder die entfremdete Lohnarbeit zu überwinden, sind wenig realistisch, weil sie an den Tendenzen der Integration von Markt, Staat und Schattenwirtschaft vorbeigehen."

Lesen Sie mehr – diese Woche in der ZEIT



Georg Leber: Eine mögliche Folge des neuen 116 AFG ist die Aufsplitterung großer tariflicher Geltungsbereiche

Gefährdet die Neufassung des Paragraphen 116 AFG den Arbeitsfrieden? Werden die Gewerkschaften dem Gesetz mit einer Umweg-Strategie die Wirkung nehmen? Georg Leber (SPD), der sich zuletzt als Schlichter im Tarifstreit der Metallindustrie Baden-Württembergs bewährt hat, weist in seinem Exklusiv-Beitrag für die WELT auf mögliche negative Folgen der Neuregelung hin, die bislang nicht genügend beachtet worden seien: „Wenn das von Bundestag und Bundesrat beschlossene Recht so in Kraft tritt, ist damit zu rechnen, daß die gewerkschaftliche Tarifpolitik sich an die neue Lage anpaßt und sie durch eine andere Konzeption wirkungslos macht." Leber, Minister in mehreren Bundesregierungen und über Jahre hin Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bau – Steine – Erden, erscheint die zu erwartende Anrufung des Bundesverfassungsgerichtes in Sachen Paragraph 116 problematisch. Karlsruhe könne das Gesetz nur auf seine Verfassungsmäßigkeit hin abklopfen, nicht aber darauf, ob die durch das neue Gesetz geschaffene Lage sozial und wirtschaftlich und vernünftig ist.

„Eines Tages könnte es überall gären und brodeln"

Von GEORG LEBER



Hat sich als Schlichter einen Namen gemacht: Georg Leber FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Bundestag und Bundesrat haben die Neufassung des Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes beschlossen. Die Wolken haben sich zwar etwas verzogen, aber es wird möglicherweise zu einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht kommen, und es ist abzusehen, daß auch der kommende Bundestagswahlkampf mit dem Thema aufgeladen wird. Vielleicht ist die Pause im gegenwärtigen Augenblick geeignet, noch einmal in Ruhe einige Aspekte der Sache zu betrachten.

Ein unbefangener Beobachter konnte in den letzten Monaten leicht den Eindruck gewinnen, als sei der Arbeitskampf ein hervorragendes Kennzeichen unserer sozialen und wirtschaftlichen Wirklichkeit. In Wahrheit sind der soziale Frieden und der Arbeitsfrieden, der im Tarifvertrag zwischen den Tarifvertragsparteien zustande gebracht wird, charakteristischer für unsere Verhältnisse. Daran gemessen leben wir in einer wenig vom Streit gekennzeichneten Gesellschaft einer wirtschaftlichen Großmacht. Das ist von Rang für unser Leben und für unsere Entfaltung.

Daß wir unter den großen Wirtschaftsmächten im Vergleich so geringe Ausfälle durch Arbeitskämpfe hatten, ist gewiß nicht darauf zurückzuführen, daß wir eine größere Friedfertigkeit im Umgang miteinander hätten. Die haben wir nicht, besonders auch dort nicht, wo es im freiheitlich verfaßten Staat und in einer freiheitlich verfaßten Wirtschaft um fast natürliche Verteilungskämpfe um das Sozialprodukt geht.

Ein Hauptgrund unseres relativen Arbeitsfriedens ist das Organisationsprinzip unserer Gewerkschaften in der gewerblichen Wirtschaft. Es beruht auf dem Gedanken, daß in jedem Wirtschaftszweig nur eine Gewerkschaft tätig sein soll. Wo dieses Prinzip verwirklicht ist, gibt es keine Rivalitäten mit einer anderen Gewerkschaft, die zu einem fortwährenden Kräftemessen führen, um zu beweisen, wer die bessere ist. In England

> *Ein Hauptgrund unseres relativen Arbeitsfriedens ist das Organisationsprinzip unserer Gewerkschaften in der gewerblichen Wirtschaft. Es beruht auf dem Gedanken, daß in jedem Wirtschaftszweig nur eine Gewerkschaft tätig sein soll. Wo dieses Prinzip verwirklicht ist, gibt es keine Rivalitäten mit einer anderen Gewerkschaft, die zu einem fortwährenden Kräftemessen führen, um zu beweisen, wer die bessere ist.*

gibt es im Baugewerbe 39 Berufsgewerkschaften statt einer einzigen Industriegewerkschaft bei uns. In Frankreich und Italien sind es ideologisch und parteipolitisch aufgespaltene Gewerkschaften, die immer auch bemüht sind, einander den Rang abzulaufen.

Dazu kommt noch etwas. Wer die deutsche Sozialgeschichte studiert, kann leicht erkennen, daß zwei Entwicklungen fast exakt parallel zueinander verlaufen sind: das Heranreifen der gewerkschaftlichen Organisationen und der Berufsgewerkschaft zur Industriegewerkschaft und, Hand in Hand damit, die Veränderungen im Geltungsbereich der Tarifverträge. Zuerst waren es Verträge für eingefaßte Berufsgruppen in kleineren Regionen. Dann wurden die Verträge in ihren fachlichen und räumlichen Geltungsbereichen immer ausgedehnter und erfaßten mehr und mehr die Gesamtheit der Beschäftigten eines Betriebes und eines ganzen Industriezweiges. Schon vor dem Ersten Weltkrieg wurden auf diesem Wege die ersten Reichstarifverträge abgeschlossen. Für beide Seiten, für die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften wie für die Unternehmer und ihre Verbände, war diese Entwicklung von Vorteil. Für die Arbeitnehmerseite verbanden sich damit Begriffe wie Gerechtigkeit und Solidarität – auch, weil so die Schwächeren mitgenommen werden konnten. Für die Unternehmerseite ergaben sich daraus ein gesicherter Arbeitsfriede und eine bessere Grundlage im Wettbewerb mit der Konkurrenz: weil gleicher Lohn und gleiche Sozialkosten aus einem großräumig gültigen Tarifvertrag die von diesen Kosten verursachten gleichen Wettbewerbsgrundlagen schaffen.

Diese organisatorischen Voraussetzungen und die sich im wesentlichen deckenden gemeinsamen Interessen waren tragende Elemente, für die ein entsprechendes Tarifvertragsrecht den Raum eröffnete; sie haben das möglich gemacht, was wir sozialen Frieden nennen. Es hat den Interessen der Tarifvertragspartner und denen der Allgemeinheit gutgetan und sich bewährt, auch dann, wenn es einmal zum Streit kam. Aber gelegentlichen Streit gibt es doch wohl auch außerhalb des Spannungsbogens, unter dem sich Unternehmerverbände und Gewerkschaften treffen – überall wo Menschen sind. Entscheidend ist, daß nicht des Streites wegen miteinander gestritten wurde, daß auch nach Streik und Streit immer der Frieden zustande kommt und auf beiden Seiten immer wieder vernünftig miteinander geredet wird. So war es auch nach dem letzten großen Arbeitskampf in der Metallindustrie 1984.

Worin besteht nun in diesem Zusammenhang die neue Lage, die sich aus Paragraph 116 ergibt? Sie ist für jemand, der sich auf den Arbeitskampf einläßt und nur ihn ins Auge faßt, nicht leicht erkennbar. Deshalb soll mit diesem Beitrag auch nicht nachgekartet und niemandem ein Vorwurf gemacht werden. Um zu erkennen, worum es in diesem Zusammenhang geht, sind nicht Theorien zum Arbeitskampf und zum Arbeitskampfrecht gefordert, sondern ein paar profane Kenntnisse und Erfahrungen und eine gewisse Übersicht über die tarifpolitische Praxis. Um das zu erläutern, soll ein – allerdings nicht praxisfremdes – Beispiel konstruiert werden:

Für eine Branche sind auf der Ebene der Länder Tarifverträge abgeschlossen, deren räumliche Geltungsbereiche die einzelnen Länder umfassen. Die Inhalte der für ein Land geltenden Tarifverträge sind in der gleichen Branche in der Bundesrepublik annähernd gleich. Das gilt auch für ihre Laufzeiten. Bevor die Tarifverträge auslaufen, klären die Gewerkschaft und der Unternehmerverband in internen Beratungen ihr Verhalten und ihr Vorgehen für die kommenden Verhandlungen. Die Gewerkschaft beschließt eine für alle Tarifbezirke annähernd gleiche Forderung. Sie strebt damit an, wie bisher, in allen Tarifbezirken über annähernd gleiche Verbesserungen zu annähernd gleichen Tarifinhalten zu kommen, zum Beispiel zu einem annähernd gleichen Lohn bei gleicher Tätigkeit.

In unserem Beispiel kommt es noch während der Laufzeit des auslaufenden Tarifvertrags zu Verhandlungen über einen Nachfolgevertrag. Die Arbeitgeber lehnen zunächst in allen Bezirksverhandlungen die Forderungen der Gewerkschaft ab oder machen ein geringes Angebot, das die Gewerkschaft nicht für akzeptabel hält. In der Zwischenzeit geht die Laufzeit der Tarifverträge zu Ende. Damit läuft auch die beiderseitige Friedenspflicht ab. Beide Seiten bleiben zunächst verhandlungsbereit und versuchen auch, in weiteren Verhandlungen zu einem Kompromiß zu kommen. Es stellt sich aber heraus, daß in Verhandlungen auf der Ebene der Bezirke keine Lösung zu finden ist. Nun wird in Abstimmung miteinander der Versuch gemacht, in zentralen Gesprächen zwischen den Bundesvorständen beider Seiten eine für beide Seiten tragbare Verständigungsformel zu finden. Nach Versuchen, die mehrfach bis an den Rand des Abbruchs der Gespräche geführt haben, wird schließlich eine Lösung für die Kernpunkte gefunden, die von beiden Bundesvorständen gerade noch für vertretbar gehalten wird. Wenn das erreicht ist, müssen beide Bundesvorstände versuchen, ihren jeweiligen Bezirks- oder Landesorganisationen die gefundene Lösungsformel schmackhaft zu machen, und sie bewegen, auf dieser Basis nun erneut auf der Bezirks- oder Landesebene in Verhandlungen einzutreten und Tarifverträge abzuschließen. Bei einem solchen Verlauf müssen die Bundesorganisationen oft viel Kraft aufwenden, um ihre Bezirksorganisationen für die zentral gefundene Verständigungsformel zu gewinnen. Es kommt nicht selten vor, daß auf der Bezirksebene beider Seiten gemurrt wird und daß die Bundesvorstände kritisiert werden. Man rauft sich aber zusammen und schließt neue Tarifverträge auf Bezirksebene ab. Das ist ein Regelfall, der sich so oder ähnlich fortwährend ereignet. Daß es dabei keinen lauten Streit gibt, davon wird

> *Entscheidend ist, daß nicht des Streites wegen miteinander gestritten wurde, daß auch nach Streik und Streit immer der Frieden zustande kommt und auf beiden Seiten immer wieder vernünftig miteinander geredet wird.*

in der Presse kaum mit mehr als ein paar Zeilen Notiz genommen. So oder so ähnlich wird in der Bundesrepublik mit Erfolg Arbeitsfrieden gewahrt, neu geschaffen und in oft mühevollen Verhandlungen immer wieder neu gestiftet.

Abweichend von diesem die Regel kennzeichnenden Verlauf des Geschehens kommt es zum Streit, weil eben trotz aller Bemühungen keine Verständigung zu erzielen ist. Dann droht der Arbeitskampf. Diesem bei uns nicht so häufig vorkommenden Tatbestand Arbeitskampf gilt die Regelung des neuen Paragraphen 116 AFG. Dieses neue Recht, das genaugenommen das Verhalten der Arbeitslosenversicherung neu regelt, soll hier in dieser Betrachtung nicht behandelt werden. Darüber ist schon viel geschrieben und gesprochen worden, und dies wird wohl auch noch weitergehen. In diesem Zusammenhang geht es um fast zwangsläufige Folgen, die nicht den Arbeitskampf, sondern die praktische Tarifpolitik betreffen, und zwar nicht nur die wenigen tarifpolitischen Vorgänge, die in einen Arbeitskampf münden, sondern um viel mehr. Dies wird deutlich, wenn man sich ganz einfach das vorher gebildete Beispiel mit einem nicht friedlichen, sondern mit einem strittigen Verlauf vornimmt: In der Branche, in der die Bezirkstarifverträge gekündigt wurden, kommt es nicht zu einer Einigung über neue Verträge. Eine Seite allein oder beide Seiten gemeinsam erklären das Scheitern der Verhandlungen. Danach kann versucht werden, auf dem Wege über eine freiwillige Schlichtung doch noch eine Lösung zu finden. Wir unterstellen in dieser Betrachtung, auch dieser Versuch führe zu keinem Ergebnis, so daß es keinen Ausweg mehr gibt, der am Arbeitskampf vorbeiführt. Die Gewerkschaft greift also zum letzten Mittel, um ihre Forderung zu unterstreichen. Damit kommen die Fragen, die das neue Recht aufwirft. Alle Bezirkstarifverträge sind gekündigt, und für alle Bezirke ist annähernd die gleiche Forderung erhoben worden, weil man ja in der ganzen Branche wieder gleiche oder annähernd gleiche Tarifinhalte haben will. Das ist die Fußangel des Ganzen: Was aus Gründen der Solidarität und der Gerechtigkeit auf der Arbeitnehmerseite und aus Gründen gleicher oder annähernd ähnlicher Wettbewerbsbedingungen auf der Arbeitgeberseite bisher immer vernünftig war und auch weiterhin vernünftig wäre, wird für die Gewerkschaft, wenn es nicht zu einer Verständigung unterhalb der Schwelle des Arbeitskampfes kommt, zur Fußangel.

Wenn die Gewerkschaft in diesem Falle, wie bisher, nicht im ganzen Bundesgebiet, sondern in nur einem Bezirk zum Arbeitskampf aufruft, muß sie damit rechnen, daß in allen anderen Bezirken der gleichen Branche eine Vielzahl der Arbeiter entlassen wird. Die Unternehmer begründen die Entlassung damit, daß sie nicht mehr produzieren können, weil die Zulieferungen aus dem in der gleichen Branche bestreikten Bezirk ausbleiben. Das wird deutlich, wenn man nicht von der gleichen Branche, sondern zum Beispiel von der Automobilindustrie spricht, deren Betriebe im engen Verbund miteinander produzieren und in hohem Maße voneinander abhängig sind. Wenn die Vorräte eines Unternehmens an Teilen, die ihm zugeliefert werden, so gering sind oder angesichts auflaufender Tarifverträge bewußt so gering gehalten werden – was man kann –, statt sie, weil die Tarifverträge auslaufen, bewußt etwas größer zu halten – was man auch kann –, dann ist die Entlassung nicht zu verhindern, auch nicht durch den Betriebsrat. Wenn die Entlassung unter diesen Voraussetzungen vorgenommen wurde, kann den entlassenen Arbeitnehmern eine Unterstützung aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung verweigert werden. Die Arbeitnehmer in allen Bezirken

> *Die Tarifpolitik wird sich einen Weg suchen, der die Wirkungen des neuen Rechts umgeht. Wie dieser Weg aussehen kann und wohin er führen kann, läßt sich für den tarifpolitisch Erfahrenen fast mit Händen greifen.*

müssen bei dem gewählten Beispiel also fürchten, daß sie entlassen werden und keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben.

Das drängt der Gewerkschaft zunächst wohl die Frage auf, ob sie nicht im ganzen Bundesgebiet, für alle Bezirke, in denen die Verträge gekündigt sind, in den Arbeitskampf eintritt. Das will sie aber vielleicht nicht, das kann sie vielleicht auch dann gar nicht wollen, wenn es sich um einen großen Bereich handelt, für den sie selbst bei gefülltesten Kassen auf längere Zeit die Mittel nicht aufzubringen vermöchte.

Sehr entscheidend in der tarifpolitischen Praxis ist die Tatsache, daß die Gewerkschaft im voraus kaum, bestimmt aber nicht mit Gewißheit, erkennen kann, ob es zu einer friedlichen Verständigung durch die beiderseitige Bereitschaft, aufeinander zuzugehen, kommt, auch wenn die Erfahrung lehrt, daß es in der Regel so geschieht. Wenn sich die Gewerkschaft nicht der Ungewißheit oder dem guten Willen der Gegenseite ausliefern will, muß sie sich im voraus darauf einstellen. Der Betrachter darf nicht übersehen, daß ein solches tariffreundliches Geschehen nicht in kleinen menschlichen Gefälligkeiten besteht, sondern daß es sich um ein den Regeln der Marktwirtschaft adäquates Ringen in einem volkswirtschaftlichen Verteilungskampf handelt, um vieles also, was zwischen Menschenwürde und hartem Geld eingebettet ist. Wenn die Gewerkschaft unter der vom Gesetzgeber neu formulierten Prämisse einen Arbeitskampf nicht will und auch nicht in ihn hineinschliddern will, wird sie sich wahrscheinlich mit einer anderen tarifpolitischen Konzeption und Strategie auf die neue Lage einstellen. Die Tarifpolitik wird sich einen Weg suchen, der die Wirkungen des neuen Rechts umgeht. Wie dieser Weg aussehen kann und wohin er führen kann, läßt sich für den tarifpolitisch Erfahrenen fast mit Händen greifen.

Die Erkenntnis aus der neuen Lage in dem hier gebildeten Beispiel lautet: Die für die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften in den Bezirken, in denen nicht gestreikt wird, zu fürchtenden Folgen des Paragraphen 116 sind nur dann zu erwarten, wenn in allen Bezirken die Tarifverträge zur gleichen Zeit auslaufen oder gekündigt werden und wenn für alle Bezirke annähernd die gleichen Forderungen erhoben werden wie in dem Bezirk, *in dem man den Arbeitskampf* zu führen beabsichtigt.

Bei dem in dieser Betrachtung angenommen Beispiel – bleiben wir ruhig bei der Automobilbranche – werden die Tarifverträge folglich künftig nicht zur gleichen Zeit gekündigt wie in der übrigen metallverarbeitenden Industrie.

Und auch in der Automobilindustrie werden in der Bundesrepublik künftig nicht alle Bezirkstarifverträge zur gleichen Zeit gekündigt. Es werden keine zentralen Hauptforderungen, wie der neumodische Ausdruck in dem neuen Gesetz heißt, erörtert und beschlossen und schon gar nicht erhoben. In den einzelnen Bezirken werden unabhängig voneinander Kündigungen vorgenommen und bei unterschiedlichem Auslaufen der einzelnen Verträge deutlich genug voneinander abweichende Forderungen erhoben. Dann werden je nach Auslaufen des jeweiligen Vertrages, in einem Bezirk nach dem anderen, Verhandlungen geführt, denen die Unternehmer sich kaum entziehen können. Wenn die Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen, kann zum Arbeitskampf aufgerufen werden. Wenn dann in einem Nachbarbezirk, in dem der Tarifvertrag noch in Kraft ist, weil keine Zulieferung aus dem bestreikten Bezirk erfolgt, gekündigt wird, dann kann der Arbeitnehmer, wenn er gekündigt wird, natürlich Arbeitslosengeld erhalten. Er ist vom Gesetz nicht betroffen.

Bei einer solchen Entwicklung wird es vermutlich nicht lange dauern, und es wird in der hier beispielhaft genannten Automobilindustrie keine Bezirkstarifverträge mehr mit gleichen oder annähernd gleichen Löhnen für gleiche oder annähernd gleiche Tätigkeiten geben und damit auch keine gleiche oder annähernd gleiche Wettbewerbsgrundlage mehr für die Betriebe. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dort, wo es bisher für einen ganzen Industriezweig in hohem Maße gleiche Tarifinhalte gab und – was vielleicht noch wichtiger ist – Tarifverträge mit gleichen Laufzeiten gegeben hat, die für einen ganzen Industriezweig oder für eine ganze Branche Ruhe und Arbeitsfrieden brachten, künftig Aufsplitterungen vorgenommen werden.

Es kann dazu kommen, daß in der gleichen Branche konjunkturell starke Regionen und Bereiche sich sehr erfolgreich behaupten und durchsetzen, erfolgreicher als bisher, weil man auf Schwachstellen und schwächere Regionen keine Rücksicht mehr zu nehmen braucht. Diese werden zurückbleiben.

Je nach der Konzeption, nach der eine solche Strategie gehandhabt wird, kann es dazu kommen, daß es in der gleichen Branche immer irgendwo gärt, und auch in einer anderen Branche wird es zur gleichen Zeit vielleicht irgendwo gären und brodeln. An diesen Brodeltöpfen können dann diejenigen endlich ihr Süppchen kochen, die es den Gewerkschaften, die den Erfolg auf vernünftige Weise gesucht haben, von außen und im Inneren der Gewerkschaften schon immer schwer gemacht haben.

Schlußfolgerung: Die Voraussetzungen, nach denen die Arbeitslosenunterstützung in Ausführung des Paragraphen 116 zu versagen ist, liegen dann vor, wenn die Tarifpolitik so konzipiert ist, wie in dieser Betrachtung beispielhaft dargestellt. Das ist zwar nicht typisch für alle Tarifbereiche, aber doch für einen wesentlichen Teil, vor allem in der gewerblichen Wirtschaft. Daran kann auch der Ausschuß, der nach Paragraph 116 (5) gebildet werden kann, nichts ändern, denn seine Aufgabe ist es lediglich, festzustellen, ob die im Gesetz genannten Voraussetzungen vorliegen oder nicht. In diesem hier gebildeten Beispiel liegen sie zweifelsfrei vor.

Wenn das vom Bundestag und Bundesrat beschlossene Recht so in Kraft tritt, ist damit zu rechnen, daß die gewerkschaftliche Tarifpolitik sich an die neue Lage anpaßt und sie durch eine andere Konzeption wirkungslos macht. Das, was vom Gesetzgeber für den Arbeitskampf als eine gerechtere Regelung gedacht ist, wirkt sich also viel mehr und viel nachhaltiger auf die Tarifpolitik aus.

> *Die Gefahr der Aufsplitterung großer räumlicher und fachlicher Geltungsbereiche in kleinere Einheiten macht die Tarifpolitik unter Umständen mit dem Blick auf den Arbeitnehmer sogar attraktiver, weil sie näher an ihn herankommt; sie macht den Arbeitskampf für jede große Gewerkschaft viel führbarer, und alles bleibt im Rahmen des neuen Gesetzes.*

Wenn eine solche Entwicklung eintritt, die auch andere Wege als diesen hier angenommenen beschreiten kann, dann sind Folgen zu vermuten, die mit großer Wahrscheinlichkeit für die betroffenen Wirtschaftszweige, vor allem in Teilen der gewerblichen Wirtschaft, heute noch gar nicht bedacht sind und die auch nur schwer einzuschätzen sind.

Die Gefahr der Aufsplitterung großer räumlicher und fachlicher Geltungsbereiche in kleinere Einheiten macht die Tarifpolitik unter Umständen mit dem Blick auf den Arbeitnehmer sogar attraktiver, weil sie näher an ihn herankommt; sie macht den Arbeitskampf für jede große Gewerkschaft viel führbarer, und alles bleibt im Rahmen des neuen Gesetzes.

Eine solche Aufsplitterung wirkt gegen die bisher als segensreich geschätzte Einheitlichkeit in der Regelung für vergleichbare Arbeitsbedingungen eines Industriezweiges. Ein Abgehen davon würde für die Unternehmer aber vermutlich schwerer wiegen als für die Arbeitnehmer.

Es wäre überhaupt nicht auszudenken, was eintreten würde, wenn aus diesen Überlegungen Schlußfolgerungen gezogen würden, die auf eine Schwächung der Gewerkschaften oder auf eine Einengung der sozialen Autonomie durch staatlich verordnete Zwangsschlichtung hinausliefen. Vor dieser Logik sollte jeder, der ein wenig Verantwortung spürt, Angst haben.

Es ist zu vermuten, daß das Bundesverfassungsgericht wegen des Gesetzes angerufen wird. Dieses höchste Gericht hat das Gesetz auf seine Verfassungsmäßigkeit hin abzuklopfen und nicht zuerst darauf, ob die durch das neue Gesetz geschaffene Lage sozial und wirtschaftlich verträglich und vernünftig ist. Angesichts der nicht übersehbaren Folgen kann es eine Last sein, die dem Bundesverfassungsgericht aufgeladen wird, der es rein von Rechts wegen kaum zu entsprechen vermag, weil es für die Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes zuständig ist, nicht aber für die Prüfung, ob etwas, das verfassungsmäßig erlaubt ist, politisch auch klug ist oder nicht.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ladenöffnungszeiten

„In Hannover bummelten die Stadtväter, nicht Käufer": WELT vom 16. April

Manche Leute meinen, daß die „Tante-Emma-Läden" in den Wohngebieten eingingen, weil in den letzten Jahrzehnten die Mietnebenkosten der Hochhäuser den Zuwachs von einer Lohnerhöhung verzehrten. Ob das nicht eher an den geänderten Erwerbsstrukturen liegt?

Als zum Beispiel in Großbritannien die „Shop Acts" verabschiedet wurden, arbeitete der Mann sogar samstags und die Frau noch überhaupt nicht in der Regel. Wir müssen nun aber beide berufstätig sein und verlassen bei Fahrten mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln die Wohnung bereits um 6.00 Uhr; benutzen wir ein Auto, verlassen wir die Wohnung um 6.45 Uhr. So kann der „Tante-Emma-Laden", der erst um 8.00 Uhr öffnet, vormittags gar keine Geschäfte machen, denn die meisten Mitbürger und Mitbürgerinnen nehmen ihre Arbeit schon um 7.00 Uhr oder noch ein wenig früher auf.

Es wäre jedoch sinnlos, die Offenhaltung der Geschäfte in Innenstädten zu ermöglichen, wenn gleichzeitig nach 19.00 Uhr keine öffentlichen Nahverkehrsmittel mehr fahren. Weshalb erlaubt man nicht Ladeninhabern in Wohngebieten, in einem Test von vierzehntätiger Dauer das Geschäft unbegrenzt offen zu halten, wobei ein Ladenöffungsüberwachungsgerät nach Art eines LKW-Fahrtenschreibers zum Einsatz kommt?

Mit freundlichen Grüßen
Heinz Knüttenber,
Liederbach

„Der gute Deutsche"

Am 6. September 1944 wurden, als Repressalie für Angriffe der Partisanen, 120 Männer, alle Einwohner der Bergarbeitersiedlung Eisden (Provinz Limburg, Belgien), von SS-Soldaten an die Wand gestellt. Zwei MG-Schützen stellen ein auf die Geiseln gerichtetes MG auf...

Da erscheint plötzlich ein deutscher Offizier und befiehlt der SS-Soldateska, „keine Schweinereien anzurichten". Den Geiseln rät er, nach Hause zu gehen und sich ruhig zu verhalten.

Diese Geschichte erschien in der Zeitschrift des Vereins für Geschichte und Heimatkunde „Eisden" und wurde in den belgischen Tageszeitungen als Story „des guten Deutschen" übernommen. Der Eisdener Verein aber stellte die Frage: Wer war dieser deutsche Offizier? Man wäre dankbar für jeden Hinweis.

In der Nähe der Siedlung und des Bergwerkes gab es, von Juli 1942 bis September 1944, ein Kriegsgefangenenlager für russische Kriegsgefangene. War dieser Offizier ein Mitglied der Wehrmachtskompanie, die verantwortlich war für die Bewachung und Eskortierung der Gefangenen zum Bergwerk? Gehörte er zu einer Einheit der Kriegsmarine, wovon einige Kompanien in der Schule der Siedlung untergebracht waren? Oder gehörte er zu einer Einheit auf dem Rückzug? Wer war damals als Soldat, Unteroffizier oder Offizier in der belgischen Gemeinde Eisden?

Der Verein für Geschichte und Heimatkunde hofft auf Hinweise aus Deutschland.

G. H. K. Eisden
p/a Jan Kohlbacher,
Paul Nicoulaan 24,
B-3640 Eisden-Maasmechelen

Bitte um Hilfe

Leider ist die Not unter unseren deutschen Landsleuten in den Ostblockländern immer noch sehr groß, so daß wir unsere ehrenamtliche Tätigkeit fortsetzen müssen.

Nach wie vor senden wir Pakete mit Textilien und Lebensmitteln an deutsche Landsleute in Pommern, Ost- und Westpreußen, Danzig, Schlesien, Sudetenland, Siebenbürgen, ferner an Deutsche in Polen, UdSSR und auch nach Mitteldeutschland.

Wir sind sehr dankbar, wenn wir Damen-, Herren- und Kinderkleidung, vor allem Babykleidung, Unterwäsche, Gardinen, Schuhe, alte Brillen, Kinderspielsachen, selbst haltbare Lebensmittel, wenn möglich die Pakete zustellgebührenfrei, gesandt bekommen.

Ganz besonders sind wir um das nötige Bargeld besorgt, damit wir die Paketaktion weiter durchführen können.

Geldspenden erbitten wir auf das Konto der Eckernförder Kreissparkasse Konto Nr. 102 087 (BLZ 21 052 090) zu überweisen, damit wir den Spendern die absetzbare Quittung zustellen können.

Alle Pakete versenden wir privat an Privat. Es ging bisher noch kein Paket verloren.

Kurt Schramm,
Sozialwerk der Pommern e. V.
Prinzenstr. 74, 2330 Eckernförde

Wo Boxberg ist

„Jetzt muß Karlsruhe entscheiden, ob Daimler bei Boxberg Autos testen darf": WELT vom 14. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

immer wieder wird behauptet, die umstrittene Daimler-Teststrecke läge im „nordwürttembergischen Boxberg" oder gar im „Hohenloischen". Beide Aussagen sind falsch. Boxberg und die ganze Teststrecke gehören seit der napoleonischen Errichtung Badens (1803–1810) zu Baden. Vorher war ein Teil des Teststrecken-Gebietes kurpfälzisch und der andere Teil kurmainzisch. Noch heute zeigt das Wappen von Assamstadt das Mainzer Rad.

Das mit Hohenlohe umschriebene Gebiet gehört auch erst seit der Schaffung Großwürttembergs durch Napoleon zu Württemberg. Stammesgeschichtlich ist der ganze Raum fränkisch. Die Teststrecke liegt am Rande des „Baulandes", das insgesamt nach Süden zur Jagst (beziehungsweise Neckar) hin entwässert wird. Boxberg selbst dagegen liegt bereits jenseits der Wasserscheide; es wird zur Tauber beziehungsweise zum Main hin entwässert. Im Nordbadischen gilt diese Ecke seit Jahrhunderten als „badisch Sibirien"; der Frühling pflegt dort stets erst mit wochenlanger Verzögerung einzukehren.

Durch die nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte bessere Verkehrserschließung nach Stuttgart wurden die früheren badischen Landkreise Wertheim und Tauberbischofsheim dem Regierungsbezirk Stuttgart angegliedert. Dadurch wurden die Gebiete aber ebensowenig württembergisch wie Freudenstadt durch die Zuordnung zum Regierungsbezirk Karlsruhe badisch.

Mit freundlichen Grüßen
Willi Frank,
Fachberater für Geschichte und Politik am Oberschulamt, Karlsruhe

Wort des Tages

„Umändern kann sich niemand, bessern jeder."

Ernst von Feuchtersleben, deutscher Autor und Philosoph (1806–1849)

Den Hut nehmen

„‚Sexualität heute' ist abgesetzt": WELT vom 15. April

Wenn ein Intendant eine derart primitive, alles Menschliche (außer niedrigster Denkungsart) außer acht lassende und jeden Zuschauer beleidigende Sendung im TV bringt, hat dieser seinen Hut zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen
R. Huber,
Nürnberg

Dorn im Auge

„Bauern werden belogen": WELT vom 16. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist geradezu rührend, wenn der SPD-Politiker Hans Apel davon spricht, daß den Bauern in einer akuten Notlage die Wahrheit gesagt werden müsse. Hier spielt sich ein ehemaliger Kurpfuscher im Minsterrang als Vertrauensarzt auf.

Die Wahrheit ist doch, daß der SPD der freie, selbständige Bauer schon immer ein Dorn im Auge war und daß durch die Politik der „Förderschwelle" zahlreiche kleine bäuerliche Existenzen vernichtet wurden oder in eine uns heute belastende, gnadenlose Überschußproduktion getrieben wurden.

Die Probleme der Bauern von heute haben ihre Ursachen in den Fehlern der Politik der 70er Jahre. Die SPD klagt zu Recht über finanzielle Nöte der Landwirtschaft, lehnt aber zugleich Preiserhöhungen als unzumutbar ab. Unverzichtbare Stützungsmaßnahmen, wie die Erhöhung der Vorsteuer-Pauschale, bezeichnet sie als „Skandal und Zumutung".

Bei der in der SPD allgemein verbreiteten Erinnerungsschwäche im Zeitraum von 1969 bis 1982 wäre es nicht verwunderlich, wenn Herr Apel nicht mehr wüßte, daß er die Bauern schon einmal als Geldscheffler mit der Mistgabel verunglimpft hat.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Held,
Stv. Generalsekretär der CSU

Personalien

BUCHPREMIERE

Der Hamburger Bürgermeister **Klaus von Dohnanyi** (SPD) stellte bei einem Empfang des Ernst-Kabel-Verlages sein neues Buch „Hamburg – mein Standort" vor. Es ist das vierte Buch des ehemaligen Bildungsministers und Staatsministers im Auswärtigen Amt, der sich in früheren Werken mit Japan, der Jugendarbeitslosigkeit und dem Thema Bildung befaßt hatte. Dohnanyi, der sich im November bei der Bürgerschaftswahl nach fünfjähriger Tätigkeit als Präsident des Senats erneut um ein Mandat bewirbt, beschreibt nach eigenen Worten „sein" Hamburg, in dem er 1928 geboren wurde. Er belegt das mit eigenen Erfahrungen in einer Betrachtung, die von der Wirtschaftspolitik bis zum Lobgesang auf „Die Außenalster – Hamburgs Kleinod" reicht. Kritik am „Flügelschlagen" der eigenen Partei wird nicht ausgespart.

KIRCHE

Zum neuen Patriarchen der maronitischen Christen ist der 66jährige bisherige Generalvikar von Antiochien, Bischof **Nasrallah Sfeir**, gewählt worden. Das 76. Oberhaupt der mit Rom unierten Christen, die in Libanon die größte christliche Bevölkerungsgruppe stellen, ist Nachfolger von Kardinal **Antoine Pierre Khoraiche**, der aus Altersgründen von seinem Amt zurückgetreten war.

MEDIEN

Der Kieler Theologe **Eitel Friedrich Dressler** ist zum ersten Privatfunkpastor für Hamburg von der Nordelbischen Evangelischen Kirchenleitung berufen worden. Der 53jährige Pastor wird seinen Dienst am 1. Juni 1986 aufnehmen. Dressler soll im künftigen Hamburger Privatfunk kirchliche Programmangebote entwickeln.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Stavros Savidis** vom Fachgebiet „Grundbau und Bodenmechanik" im Fachbereich VII Bauingenieur- und Vermessungswesen der Technischen Universität Berlin hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für das gleiche Fachgebiet zum 1. Oktober dieses Jahres erhalten und angenommen.

Professor Dr. **Dietrich Knorr**, Full-Professor an der Universität von Delaware/USA, hat vom Senator für Wissenschaft und Forschung einen Ruf auf den Lehrstuhl für das Fachgebiet „Lebensmitteltechnologie" im Fachbereich 13 Lebensmitteltechnologie und Biotechnologie der Technischen Universität Berlin erhalten.

GEBURTSTAGE

Marianne Hoppe: Ausgerechnet an ihrem Geburtstag darf sie nicht auf den Brettern stehen, die die Welt bedeuten. Dabei hätte es ihr wieder so trefflich ins Konzept gepaßt, auch an ihrem 75. am Samstag im Berliner Schiller-Theater in „Savannah Bay", dem Zwei-Personen-Stück



Marianne Hoppe
FOTO: BRIGITTE FRIEDRICH

der Französin **Marguerite Duras**, das Rampenlicht zu spüren. Spielplanänderungen machten Marianne Hoppe indes einen Strich durch diese Theaterrechnung. Diese Kronzeugin deutscher Film- und Theatergeschichte, eine große Vertreterin der „hohen Schule" des Schauspiels, begnügt sich durchaus gelassen mit einer Feier im kleinen Kreis in Moabit. Der Plattenkuchen dafür ist schon bestellt.

*

Helmut Buschbom, Richter und Berliner Bundestagsabgeordneter, wird am 24. April 65 Jahre alt. Nach dem Krieg studierte er in Köln und Berlin sowie an der Law School der Universität von Virginia Jura. 1954 bis 1981 arbeitete er als Richter in Berlin, zuletzt als Leiter des Amtsgerichtes Charlottenburg. Zudem gehörte er 1967 bis 1982 dem Justizprüfungsamt Berlin an. Sein Spezialgebiet ist die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts. Von 1964 bis 1981 war er als Direktor der Widergutmachungsämter von Berlin tätig, und er ist Mitautor einer Dokumentation über dieses Thema. Der CDU war er 1957 beigetreten. Seit 1980 gehört er dem Deutschen Bundestag an.

EHRUNGEN

Bayerns Ministerpräsident **Franz Josef Strauß** hat an fünf Mitglieder seines Kabinetts hohe Auszeichnungen überreicht: Staatssekretärin **Mathilde Berghofer-Weicher** und Staatssekretär **Albert Meyer** erhielten das Große Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Die Staatssekretäre **Heinz Rosenbauer** und **Georg von Waldenfels** wurden mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und Staatssekretär **Edmund Stoiber** mit dem Verdienstkreuz I. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland geehrt.

*

Der Autor **Peter Handke** hat den mit 70 000 Schilling (10 000 Mark) dotierten Literaturpreis der Stadt Salzburg in Empfang genommen. Der Preis wurde von Bürgermeister **Josef Reschen** überreicht. Bei den kommenden Sommerfestspielen in Salzburg wird Handkes Übertragung des Aischylos-Dramas „Prometheus" uraufgeführt. Handke lebt seit 1979 in der Festspielstadt.

*

Der Zoologe Professor Dr. **Hansjochem Autrum** (79) erhält am Freitag die Ehrendoktorwürde der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fachbereiche der Georg-August-Universität Göttingen. Mit dieser Ehrung – es ist im Bereich der Biologie erst die zweite innerhalb 40 Jahren – wird ein Wissenschaftler gewürdigt, der durch die Einführung und konsequente Anwendung physikalischer Methoden die vergleichende Sinnes- und Nervenphysiologie über mehr als ein halbes Jahrhundert entscheidend geprägt hat.

Aus dem M.A.N.-Dienstleistungsangebot

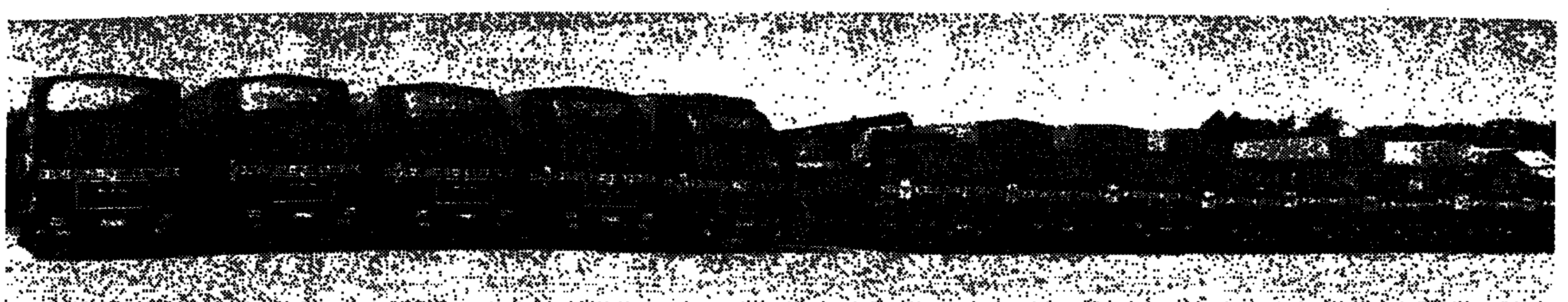
Mit Transportberatung Fuhrparkkosten spürbar senken

Der Weg zu mehr Wirtschaftlichkeit im Fuhrpark
Voraussetzung für einen rentablen Fuhrpark sind nicht nur wirtschaftliche Fahrzeuge, sondern auch entsprechende Dienstleistungen. M.A.N. bietet ein komplettes Paket: Dichtes Service-Netz, Ersatzteil-Schnelldienst, Reparatur-Notdienst, Wartungsverträge, Leasing, Full-Service-Leasing, Fahr- und Spar-Training und Transportberatung.

Die M.A.N.-Transportberatung hilft bei Rationalisierungsentscheidungen
Transportberatung durch Spezialisten von M.A.N. bedeutet: Senkung der Kosten des Fuhrparks bei gleichbleibender oder sogar gesteigerter Leistung. Dafür nötige Rationalisierungsmaßnahmen erfordern laufend aktuelle Informationen über das gesamte Unternehmen. Ein mikrocomputergestütztes Fuhrpark-Informationssystem gewährleistet einen ständigen Überblick über Fahrzeugkosten und -leistungen. Eine tourenbezogene Wirtschaftlichkeitsanalyse zeigt mangelnde Auslastung, falschen Fahrzeugeinsatz oder unrentable Kunden.
Der Nutzen einer so gestalteten Transport-Analyse wird in der Praxis sehr schnell sichtbar: Senkung der Fuhrparkkosten bis 15% netto.

Wirtschaftlichkeit ist unser Konzept





M.A.N. – Das Programm für den wirtschaftlichen Fuhrpark
Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, mit unseren Leistungen die optimale Wirtschaftlichkeit jedes Fuhrparks zu erzielen. Dazu gehört die Kenntnis aller branchenspezifischen Probleme, ein leistungsstarkes, breites Programm und das Know-how über Optimierungsfragen eines modernen Fuhrparks.
Wie wir das im speziellen Einzelfall machen – darüber sollten wir uns unterhalten. Möchten Sie aber erst zu dem Anzeigenthema eine weiterführende Information, bitten wir Sie, das auf dem Coupon zu vermerken.



Nutzfahrzeuge

Bitte senden Sie mir weitere Informationen zum Anzeigenthema

M A N Nutzfahrzeuge GmbH
VMK 15
Postfach 500620
8000 München 50

9 DW 4/86

Anschrift/Firmenstempel

Das aktuelle Fachbuch

Vom Labortisch auf die Titelseite

Ohne den nötigen Input kann auch der einfallsreichste Journalist das Thema „Wissenschaft" nicht in interessante, sprich lesenswerte, Geschichten ummünzen. Diese Binsenweisheit einmal vorausgesetzt: Müssen die Texte aus diesem Bereich eigentlich langweilig und kompliziert sein? Welche Möglichkeiten bieten sich an, um solche Themen verständlich und anschaulich ins Blatt zu bringen?

Schlüssige Antwort auf diese Fragen fallen *nicht leicht* – wie das vorliegende Buch beweist: Der Herausgeber, Publizistik-Professor an der FU in Berlin, hat es immerhin geschafft, Fach-Journalisten mit ihren Meinungen in diesem Lehr- und Handbuch unter einen Hut zu bringen.

Erfahrene Autoren wurden gewonnen, die – aus einer teilweise sehr einseitig vorgetragen Sicht („Der Wissenschaftsjournalist gehört meist noch zu den Exoten") – ihre Arbeitsmittel und Recherchewege ausleuchten. Rundfunk-, Fernseh- und Zeitungs-Redakteure kommen dabei ebenso zu Wort wie freie Journalisten sowie Referenten von Hochschul- und Industrie-Pressestellen. Letztere melden sich unter der beziehungsreichen Schlagzeile „Schwieriges Klima" zu Wort.

Mehr an angehende Youngster als an „alte Hasen" wird bei der Darstellung von Zukunftsperspektiven gedacht. Diese Tips bieten eine willkommene Einstiegshilfe für die Erschließung bestimmter redaktioneller Nischen, deren Bedeutung für die Berichterstattung in den kommenden Jahren ansteigen wird. („Medizin läuft immer" – „Ökologie, in Zukunft ein Dauerbrenner").

Ein „handfestes" Buch zum Einstieg in die Materie; in der täglichen Praxis indes weht dann meist ein etwas schärferer Wind.

D. T.

„Wissenschaftsjournalismus – Ein Handbuch für Ausbildung und Praxis." – Herausgegeben von Stephan Ruß-Mohl, Verlagsgruppe List, München 1986, 288 Seiten, 32 DM.

Der Chirurg im Spannungsfeld

103. Fachkongreß in München / Von der Verantwortung gegenüber dem Patienten

Von VERA ZYLKA

Je mehr Möglichkeiten einem Chirurgen heute zur Verfügung stehen, desto mehr muß er sich fragen, ob es angeraten ist, das Machbare auch zu tun. Bei der Entscheidung zur Operation vor dem Hintergrund eine bestimmten Indikation befindet sich der Chirurg im Spannungsfeld zwischen seiner ärztlichen Erfahrung, dem medizinischen Wissensstand und den zur Verfügung stehenden technischen Möglichkeiten.

Indikation bedeutet letztlich immer eine individuelle Entscheidung des Operateurs angesichts des individuellen Falles seines Patienten. Dies betonte Professor Hans-Joachim Streicher (Wuppertal), Präsident der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie, gestern in seinem Eröffnungs-Vortrag zum 103. Chirurgenkongreß.

Das Leitthema der Veranstaltung, zu der über 4000 Chirurgen nach München gekommen sind, lautet „Die Indikation zur Operation". Reicht möglicherweise eine konservative Behandlung, muß sofort operiert werden, oder sollte man besser noch abwarten? Ist der Eingriff angezeigt, um eine Notfallsituation zu beseitigen oder die Krankheit zu beheben? Welches Ziel soll um welchen Preis erreicht werden? Zum einen kann das Überleben oder die Wiederherstellung der Funktionstüchtigkeit eines Organes, zum anderen die Schmerzfreiheit im Vordergrund stehen.

Ein breites Spektrum von konkreten Themen

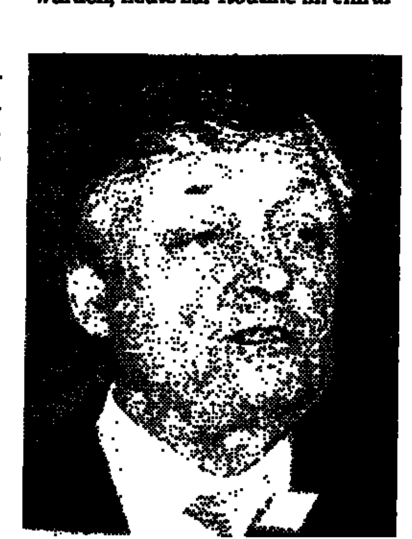
Vor dem Hintergrund dieser Fragen werden sich die Kongreßteilnehmer in den kommenden Tagen insbesondere damit beschäftigen, ob und wie bei Krebspatientinnen die vom Tumor befallene Brust erhalten werden kann, wie man Thrombosen und Embolien vorbeugen und sie – gegebenenfalls – behandeln kann.

Unter dem Gesichtspunkt der Indikation soll die Therapie schwerer Weichteilverletzungen des Unterschenkels sowie des akuten Bauchschmerzes bei verbesserter Diagnostik durch neue bildgebende Verfahren wie Sonographie, Computertomographie und Kernspintomographie zur Diskussion gestellt werden.

Die Verantwortung als Arzt bedeutet für Hans-Joachim Streicher Handeln oder Unterlassen: „Richtlinien sind dabei das als richtig Erkannte und der Blick auf voraussehbare Folgen." Persönliche Verantwortung mag zwar in Regelfällen durch Kollektiventscheidungen vermindert werden, in Grenzsituationen aber, so der Chirurg, ist sie nicht zu ersetzen. Diese Grenzen können verschiedener Art sein: Wissen und Gewissen, Können und Wollen stehen auf der einen Seite, die Grenzen von Technik und Ökonomie auf der anderen. In Notfallsituation spielt dagegen der Faktor „Zeit" die größte Rolle.

Prof. Streicher weiter: „Bei der wissenschaftlichen Tätigkeit heißt Verantwortung für den Chirurgen, daß er vorurteilsfreie und wertneutrale Fragestellungen in Angriff nimmt, geeignete Methoden wählt und objektive Auswertungen vornimmt. Da wissenschaftliche Ergebnisse Irrtumsmöglichkeiten unterworfen sind, kann das Richtige von gestern sich als Irrtum von heute erweisen. Was heute nicht angeraten zu sein scheint, kann sich morgen schon als notwendig herausstellen." Aus diesem Grund mahnte der Mediziner daher seine chirurgischen Kollegen zu Bescheidenheit und Zurückhaltung angesichts der potentiellen Widerlegbarkeit wissenschaftlicher Aussagen.

Andererseits sollte der Chirurg bei Anlegung strengster Maßstäbe auch nicht vor Neuerungen zurückschrekken. Die Vergangenheit habe gezeigt, daß Verfahren, die ehemals als unmöglich eingestuft und schließlich als „Humanexperiment" angesehen wurden, heute zur Routine im chirurgischen Alltag geworden sind. „Unverantwortlich ist nicht die Anwendung des jeweils gesicherten neuen Wissens und der Technik, sondern deren Vorenthaltung. Welcher Art der Arzt ist, hängt nicht von der Technik ab, die ihm zur Verfügung steht, sondern von seinem Charakter, seiner Erziehung und seiner Bildung."



Professor Hans-Joachim Streicher, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie FOTO: DPA

Oft müsse der Arzt auch dort handeln, wo gesichertes Wissen fehle. Da unser heutiges medizinisches Wissen meist nach wenigen Jahren überholt sei, sei dann wahrscheinlich ein großer Teil dessen, was heute für richtig gehalten werde, falsch – aber leider könne niemand sagen, welcher Teil das sei.

„Mut zur Verantwortung heißt Mut zur Schuld"

„Seien wir darauf gefaßt, daß wir bei der nachträglichen Betrachtung von Einzelfällen wünschen, wir hätten anders gehandelt", so Hans-Joachim Streicher. „Dies darf uns jedoch nicht davon abhalten, auch in der letzten Ungewißheit Verantwortung zu übernehmen. Nicht nur Erfolge, sondern Fehlschläge, Fehleinschätzung und Hilflosigkeit begleiten uns. Wer aber handelt oder es unterläßt – auch dies ist eine Handlung –, wird nicht immer richtig entschieden haben und prinzipiell vor seinem Gewissen nicht schuldlos bleiben. Mut zur Verantwortung ist auch Mut zur Schuld. Wer niemals schuldig wird, hat niemals verantwortungsbewußt entschieden."

Die Deutsche Gesellschaft für Chirurgie stellt die Indikation zur Operation unter drei Imperative: sehen – denken – handeln. Zunächst müssen die objektiven Daten des Patienten gesehen und erkannt werden. Dazu gehören Risikofaktoren und Alter, die Besonderheit der Krankheit, ihres Stadiums und ihrer Ausdehnung, aber auch die Motivation des Patienten, seine Bereitschaft und die Möglichkeit zur Mitarbeit.

Alle Entscheidungshilfen, die heute durch Wissen aus klinischen Studien und statistischen Auswertungen vorhanden sind, müssen dann, so der Chirurg, sorgfältig bedacht und abgewogen werden: „Die ärztliche Erfahrung muß zum Vorteil des einzelnen Patienten eingebracht werden. Der Arzt muß im Sinne optimaler technischer Ausführungen und im Streben nach Perfektion handeln."

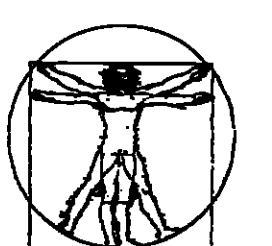
AUS LABORS UND INSTITUTEN

Pollenwarndienst

Bonn (DW.) – Die Pollenflugvorhersage, wichtigste Vorbeugemaßnahme für Millionen von Menschen, die an Heuschnupfen leiden, ist gefährdet, wie jetzt der Allergiker- und Asthmatikerbund mitteilte. Der „Stiftung Deutscher Polleninformationsdienst" fehle es unter anderem an den nötigen Mitteln für die Sach- und Verwaltungskosten.

Neue Laserdiskette

Brüssel (cvb.) – Der amerikanische Lockheed-Konzern hat eine neuartige Laserdisc entwickelt. Auf der optischen Speicherplatte von



5 1/4 Zoll Durchmesser können 600 Millionen Zeichen (600 Megabyte) abgelegt werden. Eine Datei kann von der neuartigen Diskette mit einem Laserstrahl in einer zehntel Sekunde abgerufen werden. Das Speichern von zehn Millionen Zeichen nimmt eine Sekunde in Anspruch. Die Massenproduktion des Systems soll 1987 beginnen.

Meningitis in Indien

Neu-Delhi (dpa) – Innerhalb der letzten drei Monate sind in Indien mehr als 1700 Menschen an Hirnhautentzündung (Meningitis) gestorben. Das sagte Gesundheitsminister Krishna Kumar gestern vor dem Parlament in Neu-Delhi. Ganz besonders betroffen sei die Hauptstadt mit 849 Meningitis-Toten.

Diätplan-Computer

Paris (SAD) – Die Ärzte in Frankreich können ihren Patienten in Zukunft innerhalb kürzester Zeit einen ausführlichen Diätplan verschreiben: Ein Computer nimmt ihnen diese Arbeit ab. Der neue „Diätdienst" wird von einer französischen Software-Organisation, dem Groupement international d'informatique de santé (GIIS) angeboten. Nachdem der Patient einen Fragebogen von 50 Seiten Umfang ausgefüllt hat, erstellt nach diesen Angaben der GIIS-Zentralcomputer einen Diätplan. In zehn Prozent der Fälle erwies sich der Computerspeiseplan – so die GIIS – als ein „Fehlschlag". Die Erstellung eines Plans kostet 350 Francs (115 DM). Man rechnet damit, daß die Zahl der Anfragen auf rund 20 000 pro Monat anwächst.

Atemwegserkrankungen

Bonn (Kü.) – Eine Aktion zur Vorbeugung und Vorsorge von Atemwegserkrankungen ist jetzt in Nordrhein-Westfalen angelaufen. Ein speziell ausgerüsteter Meßwagen zur Lungenfunktionsprüfung, besetzt mit einem Arzt und drei Assistenten, wird in den kommenden Monaten durch die ganze Bundesrepublik rollen. Die Termine werden jeweils in der Lokalpresse bekanntgegeben. Erkrankungen der Atemwege sind nach Angaben der Krankenkassen mit 28 Prozent die häufigste Ursache für Krankschreibungen.

Spende für US-Institut

Essen (DW.) – Die Krupp-Stiftung hat dem „Salk Institute for Biological Studies" im kalifornischen San Diego 720 000 Mark zur Einrichtung eines Labors für Nukleotid-Chemie zur Verfügung gestellt. Es ermöglicht die Untersuchung von bestimmten in den Zellen höherer Organismen ablaufenden Prozessen und wird der medizinischen Grundlagenforschung, vor allem der Krebsforschung, dienen. Die Stiftung hat gleichzeitig mit dem Institut ein Austauschprogramm für junge Wissenschaftler vereinbart.

Samstag auf der Wissenschafts-Seite

„Zwangspause fürs fliegende Juwel" – Harald Steinert über die Regulierung des Energiehaushalts bei Kolibris.

*

Vereinfacht ein Schleimpilz die gentechnische Hormon- und Protein-Herstellung? – Von Arno Nöldechen.

*

Wie ein TV-Satellit dem Hörfunk bald zu neuen Dimensionen verhilft, beschreibt Dieter Thierbach.

Sowjet-Shuttle mit verbesserten Flugeigenschaften

WOLFGANG WILL, New York

Die Nasa horcht auf, die US-Luftwaffe gibt sich alarmiert über Einzelheiten, die Amerikas Geheimdienste hinsichtlich des sowjetischen Raumflugzeugs jetzt in Erfahrung gebracht haben. Nunmehr steht fest, daß der sowjetische Shuttle manövrierfähiger als die US-Shuttle-Typen ist. Diese Überlegenheit erzielten die Sowjets, indem sie zwei herkömmliche, in ihren Jägern und Bombern verwendete Düsentriebwerke in die Leitwerkkonstruktion ihres Raumflugzeuges eingebaut haben.

Bisher war die US-Seite davon überzeugt, daß die Triebwerke in den großen Zusatztreibstofftank integriert sind, auf dem das Sowjet-Raumflugzeug nach amerikanischen Shuttle-Vorbild beim Start „sitzen" wird. Diese Ansicht muß jetzt revidiert werden: Die in den Treibstofftank eingebauten Triebwerke verwenden erstmals in der Geschichte der Sowjet-Raumfahrt eine Kombination aus flüssigem Sauerstoff und Wasserstoff und dienen lediglich als Starthilfen. Diese Haupttriebwerke sind damit – im Gegensatz zum US-Konzept – immer nur einmal verwendbar, weil sie mit dem Treibstofftank abgesprengt werden und in der Atmosphäre verglühen.

Der Vorteil der beiden ins Raumflugzeug eingebauten Düsentriebwerke, die Kerosin verbrennen, liegt auf der Hand: Der Sowjet-Shuttle muß nicht, wie sein amerikanisches Vorbild, gleitend wie ein Segler zur Landung ansetzen, sondern kann dabei manövriert werden. Damit ist der Landeanflug, so ein Nasa-Ingenieur, „sicherer und beruhigender".

Für den Sowjet-Shuttle könnte Ende des Jahres bereits die Phase der Flugerprobung beginnen. Darauf deuten die ersten, offensichtlich zur Zufriedenheit ausgefallenen aerodynamischen Versuche hin. Das in vielen Details amerikanischem Vorbild nachempfundene Raumflugzeugkonzept hat einen weiteren Vorzug.

Die Startkombination von Treibstofftank und Zusatzraketen kann auch dazu verwendet werden, statt eines sowjetischen Raumflugzeugs einen großen unbemannten Transportzylinder zu starten, der dann Frachten in der Größenordnung von rund 100 000 Kilogramm auf eine Erdumlaufbahn befördern kann.

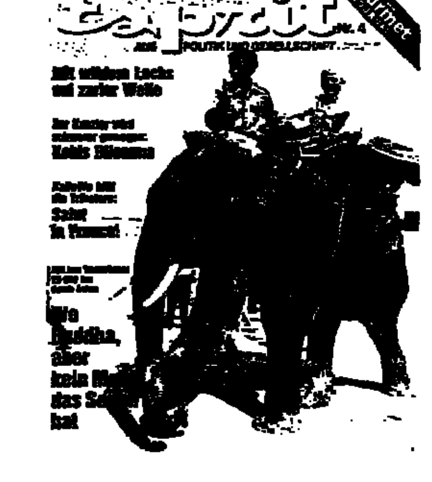
(SAD)

Esprit

Aus Politik und Gesellschaft mit Deutschlands erstem Gourmet-Journal.
Ein Magazin für Lebenskünstler das Spaß macht

In der neuesten Ausgabe:

- Mit dem Bundespräsidenten in Asien: Wo immer noch Buddha, nicht Marx das Sagen hat
- Kohl und die Rechtspflege: Der Kanzler wird schwerer gewogen
- Edler Raubfisch in der Gastro-Küche: Mit wildem Lachs auf zarter Welle
- Wein-Chemie: EG erlaubt 25 Milligramm Schwefeldioxyd pro Liter



COUPON

Bitte senden Sie mir die zwei neuesten Ausgaben von Esprit. Als Schutzgebühr füge ich DM 6,– in Briefmarken bei.

Name ______________________

Anschrift ______________________

HEINZ MÖLLER VERLAG
Provinzialstraße 89-95, 5300 Bonn 1
Dieses Angebot gilt nur für die Bundesrepublik und West-Berlin

WELTKUNST
Aktuelle Zeitschrift für Kunst und Antiquitäten

Zweimal monatlich liefert Ihnen die WELTKUNST Berichte von anerkannten Experten auf dem Gebiet der bildenden Kunst und des Kunsthandwerks, informiert Sie umfassend über bedeutende Ausstellungen, Auktionen, Kunstmessen und den Kunsthandel des In- und Auslandes.
In jeder Ausgabe finden Sie den aktuellen Auktions-, Ausstellungs- und Messekalender.

Ein Probeheft zum Kennenlernpreis von DM 7,– erhalten Sie durch
WELTKUNST Verlag, Nymphenburger Straße 84, 8000 München 19, Telefon 089/18 10 91

Segeln kann jeder!

Natürlich beim DHH.
Deutscher Hochseesportverband „Hansa" e.V., Postfach 13 20 34
2000 Hamburg 13, Tel. 0 40 / 44 11 42 50



Bitte Jahresprospekt anfordern!



Eine Nase für den Duftmarkt?

Ein international renommiertes Unternehmen, das Duft-Kreationen für Körperpflege-, Wasch- und Reinigungsmittel entwickelt, bietet eine faszinierende und gut dotierte Aufgabe. Der neue „Sales Executive Duft" soll die neuen Kreationen bei den verarbeitenden Unternehmen repräsentieren. „Die Nase dafür" muß ihm eigen sein. Ein technisches oder betriebswirtschaftliches Studium qualifiziert ihn zusätzlich für diese Marketingaufgaben.

Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 26. April, im großen Stellenanzeigenteil der WELT. Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

Was TOGAL vielen anderen Kopfschmerzmitteln voraus hat:

70 Jahre Erfahrung und Forschung stehen hinter dieser Kopfschmerz-Tablette. So hat sie ihre Wirksamkeit und Verträglichkeit millionenfach bewiesen. Die kleine Tablette ist leicht einzunehmen. Vertrauen deshalb auch Sie auf TOGAL. Es nimmt rasch die Schmerzen, macht nicht müde und putscht nicht auf. Kann man mehr von einer guten Kopfschmerztablette verlangen? TOGAL – rezeptfrei in allen Apotheken.

TOGAL Tabletten. Anwendungsgebiete: Schmerzen, z.B. Kopfschmerzen, akute Migräneanfälle, Regel-, Zahn-, Gelenk-, Glieder-, Nacken-, Rückenschmerzen, Ischias, Hexenschuß, Muskelschmerzen. Schmerzen und Fieber auch bei Erkältungskrankheiten. Rheumatische Erkrankungen: akute Schübe arthrotischer Erkrankungen. Weichteilrheumatismus. Hinweis: TOGAL Tabletten sollen über längere Zeit oder in höherer Dosierung nicht ohne ärztlichen Rat eingenommen werden. Gegenanzeigen: Nicht anwenden bei Magen- und Zwölffingerdarmgeschwüren, krankhaft erhöhter Blutungsneigung. Kinder unter 17 Jahren. Nur nach Befragen des Arztes anwenden bei gleichzeitiger Therapie mit gerinnungshemmenden Arzneimitteln (z.B.: Cumarinderivate, Heparin), Glucose-6-phosphatdehydrogenasemangel, Asthma, Überempfindlichkeit gegen Salicylate, andere Entzündungshemmer / Antirheumatika oder andere Allergene, chronischen oder wiederkehrenden Magen- oder Zwölffingerdarmbeschwerden, vorgeschädigter Niere, in der Schwangerschaft, insbesondere letzte 3 Monate. Nebenwirkungen: Magenbeschwerden, Magen-Darm-Blutverluste, selten Überempfindlichkeitsreaktionen (Anfälle von Atemnot, Hautreaktionen), sehr selten Blutplättchenverminderung (Thrombozytopenie).
TOGAL-WERK · MÜNCHEN

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Armin Beck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Wer die Waffe der Geduld,
des Ausharrens im Glauben an Gott
immer neu in die Hand nimmt,
der ist unbezwingbar, er erlebt Hilfe.

Mein so sehr geliebter Mann, unser guter Vater

Peter Wilhelm Rentrop

verstarb nach 59 Jahren eines an Glück und Pflicht erfüllten Lebens.

Wir sind ihm von Herzen dankbar.

Barbara, Matthias und Babette Rentrop
im Namen der Familie

5990 Altena, den 20. April 1986
Hermann-Voss-Straße 29

Wir haben in aller Stille von ihm Abschied genommen.

Anstelle der freundlich zugedachten Blumen- und Kranzspenden wäre eine Spende an die Gießener Hochschulgesellschaft (Commerzbank Gießen, Konto-Nr. 2104 131, BLZ 513 400 13), zur Unterstützung der medizinischen Forschung, im Sinne des Verstorbenen.

Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

Nach langer, schwerer Krankheit verstarb am 20. April 1986 im Alter von 59 Jahren Herr

Dipl.-Ing.

Peter Wilhelm Rentrop

geschäftsführender Mitinhaber

25 Jahre hat der Verstorbene die Entwicklung unseres Unternehmens entscheidend mitgeprägt. Er erkannte mit bemerkenswertem Weitblick die unternehmerischen Notwendigkeiten. Dabei galt sein besonderes Interesse jeder technischen Neuentwicklung, die er dann auch in die Tat umsetzte.

Sein Wirken hat maßgeblich zu der heutigen Bedeutung der Firma Joh. Moritz Rump beigetragen.

Seine Hilfsbereitschaft und auch sein soziales Engagement galten ebenso seinen Mitarbeitern, wie auch sein Rat und seine aktive Mitarbeit in zahlreichen Verbänden und Gremien geschätzt wurden.

Wir trauern um einen Mann, dessen große Erfahrung und Rat wir sehr vermissen werden, und nehmen in Dankbarkeit und hoher Verehrung Abschied von einer großen Unternehmerpersönlichkeit.

5990 Altena, den 20. April 1986

Geschäftsführung, Gesellschafter
Betriebsrat und Mitarbeiter
JOH. MORITZ RUMP

Anstelle von freundlich zugedachten Blumen- und Kranzspenden wäre eine Spende an die Gießener Hochschulgesellschaft (Commerzbank Gießen, Konto-Nr. 2104 131, BLZ 513 400 13), zur Unterstützung der med. Forschung, im Sinne des Verstorbenen.

26% der verkauften
WELT-Auflage
werden über den Zeitungshandel abgesetzt.
74% gehen an Abonnenten. 01-302

FINANZANZEIGEN

STADT OSLO

(Königreich Norwegen)

6% Deutsche Mark-Anleihe von 1973/90
– WKN 462501/15 –

Auslosung

Gemäß § 3 der Anleihebedingungen wurden am 16. April 1986 unter notarieller Aufsicht die noch umlaufenden Teilschuldverschreibungen der

Serie 3 – WKN 462503 –
Serie 4 – WKN 462504 –
Serie 15 – WKN 462515 –

mit den Stücknummern

12001 – 18000
18001 – 24000
84001 – 90000 zu je DM 1000,–

im Nennbetrag von insgesamt DM 8.261.000,– zur Rückzahlung zum 1. Juli 1986 ausgelost. Weitere nom. DM 27.000,– Teilschuldverschreibungen werden aus dem Tilgungsfonds zur Verfügung gestellt.

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden ab 1. Juli 1986 gegen Einreichung der Wertpapiermäntel und Zinsscheine per 1. Juli 1987 zum Nennbetrag eingelöst

a) in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) bei den nachstehend genannten Banken und deren Niederlassungen:
Deutsche Bank Aktiengesellschaft
ADCA-BANK Aktiengesellschaft Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
Baden-Württembergische Bank Aktiengesellschaft
Bankers Trust GmbH
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Bayerische Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank Aktiengesellschaft
Delbrück & Co.
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Trinkaus & Burkhardt Kommanditgesellschaft auf Aktien
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank Aktiengesellschaft

b) außerhalb der Bundesrepublik Deutschland bei den Hauptniederlassungen der nachstehend genannten Banken:
Amsterdam-Rotterdam Bank N.V.
Banca Commerciale Italiana
Christiania Bank og Kreditkasse
Den norske Creditbank
Generale Bank N.V.
Kredietbank S.A. Luxembourgeoise
Société Générale
S.G. Warburg & Co. Ltd.

Die Verzinsung der gelosten Teilschuldverschreibungen endet am 30. Juni 1986. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Rückzahlungsbetrag abgezogen.

Die am 1. Juli 1986 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den bereits früher ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serie 14 sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung vorgelegt worden.

Oslo, im April 1986

STADT OSLO

Am 22. April 1986 verstarb Herr

Kurt Weigel

Fabrikdirektor i. R.

Herr Weigel gehörte über 50 Jahre unserem Unternehmen an und hat nach dem Kriege die Leitung des Röntgenwerkes übernommen. In diese Zeit fiel der entscheidende Aufbau des Werkes in Hamburg-Fuhlsbüttel.

Unter seiner Leitung gewann das Röntgenwerk über die Grenzen hinaus im Rahmen der Philips-Organisation internationale Bedeutung.

Mit Kurt Weigel verlieren wir eine unternehmerische Persönlichkeit, die den Geist des Unternehmens wesentlich geprägt hat und dadurch zum Erfolg maßgeblich beitrug.

Seine menschliche Ausstrahlungskraft und sein persönliches Engagement sind in unserem Hause unvergessen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

C. H. F. MÜLLER

Unternehmensbereich der Philips GmbH

GESCHÄFTSLEITUNG BETRIEBSRAT MITARBEITER

Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 25. April 1986, um 14.00 Uhr in Mölln, Friedhofskapelle Hindenburgstraße.

Familienanzeigen und Nachrufe
können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden.
Tel.: Hamburg (0 40) 3 47 – 43 80, oder – 42 30
Berlin (0 30) 25 91 – 29 31
Kettwig (0 20 54) 5 18 und 5 24
Telex: Hamburg 02 17 001 77 as d
Berlin 01 84 611
Kettwig 08 579 104

Sie wohnen in
Italien
und wollen in der WELT inserieren?
Dann wenden Sie sich bitte an folgende Anschrift:
Hans Conraths
Via Giovanni Giorgi 27
I-00 149 Roma
Tel.: 55 66 078
DIE WELT
01-410

N. V. GEMEENSCHAPPELIJK BEZIT VAN AANDEELEN PHILIPS' GLOEILAMPENFABRIEKEN

PHILIPS

Eindhoven/Niederlande

In der ordentlichen Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 22. April 1986 ist die Dividende für das Geschäftsjahr 1985 auf hfl 2,00 in bar je Stammaktie von hfl 10,– festgesetzt worden. Da von dieser Dividende bereits hfl 0,60 je Stammaktie ab 9. Januar 1986 als Interimsdividende gezahlt worden sind, beträgt die **Schlußdividende** für das Geschäftsjahr 1985 hfl 1,40.

Die obengenannte Schlußdividende ist abzüglich 25% Dividendensteuer ab 5. Mai 1986 gegen Einlieferung der **Dividendenscheine Nr. 141** zahlbar.

Die Auszahlung geschieht in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West) bei folgenden Banken:

Dresdner Bank AG, Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Köln, München, Saarbrücken,
Bank für Handel und Industrie AG, Berlin,
Berliner Commerzbank AG, Berlin,
Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Frankfurt a. M., Berlin,
Commerzbank AG, Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Köln, München,
Deutsche Bank AG, Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Köln, München,
Deutsche Bank Berlin AG, Berlin,
Trinkaus & Burkhardt KGaA, Düsseldorf, Frankfurt a. M.,
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co., Hamburg,
Deutsche Bank Saar AG, Saarbrücken,
Sal. Oppenheim jr. & Cie., Köln, Frankfurt a. M.

Die Auszahlung erfolgt in Deutscher Mark, umgerechnet zum jeweiligen Tages-Geldkurs, sofern nicht ausdrücklich eine Gutschrift in holländischen Gulden gewünscht wird.

Von der niederländischen Dividendensteuer von 25% wird auf Grund des deutsch-niederländischen Doppelbesteuerungsabkommens an Steuerinländer zwei Fünftel vergütet, sofern ein vom Wohnsitz-Finanzamt bestätigter Antrag auf dem dafür vorgeschriebenen Formular „92 D" vorgelegt wird, der über die Zentralzahlstelle an die Gesellschaft geleitet wird. Formulare „92 D" sind bei den obengenannten Banken erhältlich.

Für die Anrechnung von drei Fünfteln der niederländischen Dividendensteuer auf die deutschen Steuern vom Einkommen gilt der Art. 13 in Verbindung mit Art. 20 Abs. II des deutsch-niederländischen Doppelbesteuerungsabkommens (vgl. BGBl. 1960 II S. 1781).

Eindhoven, den 24. April 1986

Der Verwaltungsrat

Bilanz zum 31. Dezember 1985

AKTIVA	in Mio hfl	PASSIVA	in Mio hfl
Anlagevermögen		Eigenkapital	2 265
Finanzanlagen	2 265	Kurzfristige Verbindlichkeiten	456
Umlaufvermögen			
Forderungen	456		
Summe	2 721	Summe	2 721

Gewinn- und Verlustrechnung für 1985

	in Mio hfl
Reingewinn	453

Da der Wert der Aktien der N. V. Gemeenschappelijk Bezit van Aandeelen *Philips'* Gloeilampenfabrieken durch das *Eigenkapital* der *N. V. Philips'* Gloeilampenfabrieken und durch das Eigenkapital des United States Philips Trust, in welchem die Aktionäre der obengenannten Gesellschaften Begünstigte sind, bedingt wird, ist es für die Aktionäre wichtig, einen Einblick in den Gesamtwert ihrer Interessen zu bekommen. Mit Genehmigung der Organe des Trusts werden daher jährlich eine konsolidierte Vermögens- und Kapitalübersicht und eine konsolidierte Ergebnisübersicht der N. V. Philips' Gloeilampenfabrieken mit ihren Beteiligungen sowie des Trusts veröffentlicht. Von den im Geschäftsbericht 1985 enthaltenen konsolidierten Übersichten werden nachstehend die Gewinn- und Verlustrechnung der Philips-Gruppe für 1985 sowie die Bilanz der Philips-Gruppe zum 31. Dezember 1985 abgedruckt. Der Geschäftsbericht 1985 ist bei den in Deutschland als Zahlstellen für die Stammaktien der N. V. Gemeenschappelijk Bezit van Aandeelen Philips' Gloeilampenfabrieken tätigen Banken erhältlich.

Bilanz der Philips-Gruppe zum 31. Dezember 1985

	in Mio hfl	in Mio hfl
AKTIVA		
Anlagevermögen		
Immaterielle Anlagewerte	8	
Sachanlagen	18 219	
Beteiligungen	2 237	
Sonstige Finanzanlagen	1 649	
		22 113
Umlaufvermögen		
Vorräte	13 942	
Forderungen	15 094	
Wertpapiere	226	
Flüssige Mittel	1 508	
		30 770
Summe		52 883
PASSIVA		
Gruppenkapital		
Eigenkapital	16 151	
Anteile in Fremdbesitz	2 430	
		18 581
Langfr. Rückstellungen		5 351
Kurzfr. Rückstellungen		2 133
Langfr. Verbindlichkeiten		9 258
Kurzfr. Verbindlichkeiten		17 560
Summe		52 883

Gewinn- und Verlustrechnung der Philips-Gruppe für 1985

	in Mio hfl
Nettoumsatzerlöse	60 045
Herstellungskosten des Umsatzes	–44 632
Bruttoergebnis vom Umsatz	15 413
Vertriebskosten	–11 552
Allgemeine Verwaltungskosten	–1 003
Sonstige betriebliche Erträge	217
Betriebsergebnis	3 075
Finanzierungsberichtigung	567
Finanzielle Aufwendungen u. Erträge	–1 904
Gewinn vor Steuern	1 738
Steuern vom Gewinn	–713
Gewinn nach Steuern	1 025
Anteile am Nettoergebnis nichtkonsolidierter Beteiligungsgesellschaften	73
Gruppengewinn	1 098
Anteile Dritter am Gewinn	–118
Reingewinn aus der normalen Geschäftstätigkeit	980
Außerordentl. Ergebnis nach Steuern	–61
Reingewinn	919

PHILIPS

Sie sind Initiator eines Immobilienfonds und leben vom Verkauf.
Wir auch!
Unser Placierungs-Know-how ist Ihr Gewinn. Senden Sie uns Ihre Objektunterlagen, es lohnt sich.
Zuschriften unter Z 1594 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Deutsche Flug-Ambulanz
unter ärztlicher Leitung
24-Stunden-Notruf.
0211/431717

Krank im Ausland?
Wir fliegen Sie zurück!
Mit einem minimalen Kostenaufwand erwerben Sie ein Maximum an Hilfe und medizinischer Versorgung. Spezial-Jets mit erstklassigen Fachleuten holen Sie im Notfall rund um die Uhr weltweit.
Lassen Sie sich durch uns die notwendige Sicherheit vermitteln. Schon ab DM 30,– pro Person und Jahr erhalten Sie Rückholschutz incl. einer 30-tägigen Auslandsreisekrankenversicherung. Denn Risiko erkennen heißt Vermögen erhalten.
Als Beispiel im unversicherten Ernstfall:
Las Palmas – Frankfurt
Kosten DM 33.000,–
Erhalten Sie Gesundheit und Vermögen durch eine Mitgliedschaft bei der Flug-Ambulanz e.V.
Flug-Ambulanz e.V.,
Flughafen Halle 3
4000 Dusseldorf 30
Tel 0211 45 06 51-53

Coupon
Ich bin an einer Mitgliedschaft bei der Flug-Ambulanz e.V. interessiert.
Bitte senden Sie mir unverbindlich ausführliche Unterlagen
Name:
Vorname:
Straße, Haus-Nr.:
PLZ-Ort:

Werbeberatung – Marketing
Konzeption, Marktanalysen und Publicrelation durch:
Dipl.-Wirtschaftsing. Herbert H. Meyer, 2000 Norderstedt 1, Postfach 1765, Tel. 0 40 / 5 21 76 16 u. 5 21 81 88

Engl. GmbH (Ltd.)
Tel. 0 69 / 59 51 47, Tlx. 4 170 194

Auslieferungslager
in München-Schwabing übernimmt Lagerung/Auslieferung im Raum München.
Tel. 0 89 / 33 88 04 od. 0 89 / 3 19 62 83

Nutzen Sie diese Chance
Wir suchen für alle PLZ-Gebiete (Kapitalmarkt – 50 Milliarden DM)
• 250 000,– DM p. a. und mehr
• **REGIONAL-MANAGER**
• sowie Anlageberater und Hypothekenkreditvermittler
Vertrieb – Festgeld – Anlage: Kapitalverdoppelung in wen. Jahren f. Anleger oder als Hypothek-Kredit-Selbsttilgung. Wir sind Partner einer intern. Bank, keine Vermittler. Vertriebsgruppen angen.
Ihre aussagefähige Bewerbung richten Sie bitte an VG-GmbH, Robert-Koch-Str. 7, 4600 Dortmund 1, Tel. 02 31 / 52 60 66

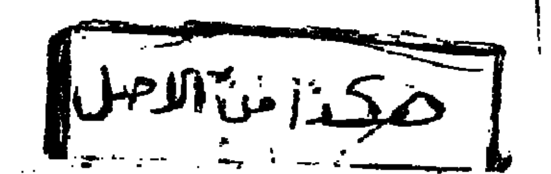
Sichere Existenz
für eine Dame mit Niveau, Geschmack und Freude an schöner Kindermode, die sich selbständig machen möchte.
Geboten wird die einmalige Chance, eine exklusive Kinderboutique zu übernehmen. Die gesamte Ware wird zur Verfügung gestellt, und es wird eine Exklusivbelieferung im gesamten Einzugsgebiet garantiert. Da sie äußerst gründlich eingearbeitet werden, sind Fachkenntnisse nicht unbedingt erforderlich. Eigenkapital sollte jedoch vorhanden sein.
Sie sind interessiert? Dann schreiben Sie bitte an
Büro Artis, Johanneskirchner Str. 145, 8 München 81

Gießereibetrieb
Suchen Sie kurzfristig einen Zusatzauftrag?
Wir suchen Gießereibetrieb für die Herstellung der Seitenteile von gußeisernen Parkbänken im Jugendstil oder ähnlich, ggf. nach Vorlage. Stückzahl ca. 20 000 Seitenteile, Material Grauguß.
Eilzuschriften unter C 1641 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Wir zählen zu den größten Transport- und Verteilerorganisationen der Schweiz und unterhalten mit einer großen Zahl von Fahrzeugen einen täglichen Verkehr Deutschland/Schweiz. Wir verfügen zudem über eine beste Infrastruktur mit modernem und großzügigem Lager- und Bürohaus mit Geleiseanschluß in Zürich.
Im Rahmen unserer mittelfristigen Planung suchen wir interessante, bereits eingeführte oder neue
Generalvertretungen für die Schweiz
Unser dynamisches Management besitzt viel Erfahrung im Marketing von Konsum-Gütern.
Offerten, die streng vertraulich behandelt werden, sind zu richten an Chiffre J 12408 IVA AG, Postfach, CH-8032 Zürich.

Anlageberater
Vertriebsgruppen
Versicherungsaußendienst
für Vertrieb geschlossener Immobilienfonds (gewerbliche Projekte) gesucht.
Vertriebsmöglichkeit auch über Abschluß von Lebensversicherungs-Tilgung.
Initiator: Banken-Tochtergesellschaft.
Kontaktaufnahme unter S 1587 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Großer Importeur von Parfum, Kosmetik und dekorative Kosmetik (franz. Marke)
sucht
Interessenten zur Eröffnung von Parfümerien in der Bundesrepublik Deutschland einschl. West-Berlin und Österreich
Kein Bar-Kapital erforderl., nur geringe Sicherheiten nötig. Beste Konditionen.
Interessierte Bekundungen unter
Telefon 0 68 61 / 7 20 42, mo.–fr. 9–17 Uhr



FUSSBALL / Meisterfeier auf Samstag verschoben. Bremen braucht noch einen Punkt

Wird Bremen nun noch abgefangen?

Wo wird am Samstag der Meister gefeiert – in Stuttgart, wo Werder Bremen zum letzten Saisonspiel antritt, oder in München, wo der FC Bayern auf Mönchengladbach trifft? Die Bremer hatten es schon abgelehnt, daß am Dienstag abend ein Vertreter des Deutschen Fußball-Bundes mit der Meisterschale auftauchte. Jetzt wird das Original der Schale nach Stuttgart gebracht, ein Duplikat nach München. Werden die Bremer – seit dem zweiten Spieltag sind sie Tabellenführer – jetzt etwa doch noch abgefangen? Die Rechnung ist auf einen einfachen Nenner zu bringen: Die Bremer, die weiter um zwei Punkte vor Bayern München liegen, brauchen noch einen Punkt, um zum zweiten Mal nach 1965 den Titel zu gewinnen. Mit einer Niederlage der Münchner dürfen sie nicht rechnen. Und verlieren die Bremer selbst, werden sie noch gestürzt, wenn der FC Bayern gewinnt. Den Ausschlag gibt dann die Tordifferenz. München hat bei 76:31 Toren (plus 45) einen Vorsprung von drei Treffern vor Bremen, das 82:39 (plus 42) Tore aufweist. Sollte München noch Meister werden und auch den Pokal gewinnen, würde es im Europapokal der Meister spielen. Dann wäre der VfB Stuttgart als Finalist am 3. Mai in Berlin für den Europapokal der Pokalsieger qualifiziert. Deshalb sagt auch der Stuttgarter Allgöwer: „Wir wollen München zum Meister machen."

UEFA-Cup ohne Hamburger SV?

Verpaßt der Hamburger SV auch noch sein letztes Saisonziel? Nach der 0:2-Niederlage in Bochum sagte Felix Magath: „Mit solchen Leistungen haben wir die Teilnahme am UEFA-Cup nicht verdient." Vier Bundesliga-Klubs nehmen an diesem europäischen Wettbewerb teil, zwei stehen schon fest: Borussia Mönchengladbach und Bayer Uerdingen. Einer kommt aus dem Kreis der drei Mannschaften, die noch die Chance haben, den Pokal der Meister oder den Cup der Pokalgewinner zu erreichen: München (wenn es nicht Meister wird und nicht den Pokal gewinnt), Bremen (wenn es nicht Meister wird), Stuttgart (wenn es gegen München im Pokalfinale unterliegt). Um den letzten Platz kämpfen Leverkusen und Hamburg. Dabei haben die Leverkusener die bessere Ausgangsposition. Sie benötigen aus ihrem letzten Spiel (in Gelsenkirchen gegen Schalke) nur noch einen Punkt, um Platz sechs vor dem HSV zu erreichen. Verlieren die Leverkusener, wären sie bei einem gleichzeitigen Sieg der Hamburger (zu Hause gegen Frankfurt) nicht qualifiziert, weil die dann punktgleiche Mannschaft von Felix Magath eine um vier Treffer bessere Tordifferenz aufweist. Die Tordifferenz spricht auch für Stuttgart bei einer Niederlage gegen Bremen, sie ist um sieben Tore besser als die des HSV, gar um elf Tore besser als die von Leverkusen.



Entsetzen und Luftsprünge der Freude: Michael Kutzop schlägt die Hände über dem Kopf zusammen. Er verschoß den Elfmeter in der 89. Minute und brachte die Münchner, hier Pflügler und Wohlfarth, zum Jubeln. FOTO: AP

Bleibt Dortmund auf Platz 16?

Es gab ihn schon einmal im Jahre 1969, diesen Dreikampf gegen den Abstieg: Nürnberg, Köln oder Dortmund, wer belegt Platz 16, der zu zwei Relegationsspielen gegen den Dritten der zweiten Liga führt? Damals traf es im letzten Spiel den 1. FC Nürnberg, der vor 17 Jahren Titelverteidiger war. Diesmal ist Dortmund am gefährdetsten, weil es einen Punkt hinter Köln und Nürnberg zurückliegt. Selbst ein Sieg in Hannover (zusammen mit Saarbrücken schon längst abgestiegen) würde den Dortmundern also nichts nutzen, wenn Köln (gegen Bochum) und Nürnberg (gegen Mannheim) ihre Heimspiele gewinnen. Und so sagt denn auch Borussia Dortmunds neuer Cheftrainer Reinhard Saftig: „Unsere Chancen, Platz 16 noch zu verlassen, stehen ungefähr 5:95." Eine fast unglaubliche Rettungsaktion feiert Fortuna Düsseldorf, das lange wie ein sicherer Absteiger aussah, nun aber auf Platz elf der Tabelle steht. Theoretisch gefährdet aber sind auch noch Kaiserslautern und Frankfurt mit ihren 28 Pluspunkten. Aus diesem Grund muß Bayer Uerdingen bereits heute sein Nachholspiel gegen die Frankfurter austragen. Das Spiel wäre verlegt worden, hätte sich Frankfurt am Dienstag abend mit einem Sieg über Saarbrücken endgültig retten können. So aber müssen die Uerdinger in dieser Woche (seit Sonntag) vier Spiele bestreiten.

BUNDESLIGA

Bremen – München	0:0	
Düsseldorf – Nürnberg	2:1	(2:0)
Mannheim – Köln	1:1	(1:0)
Bochum – Hamburg	2:0	(1:0)
Frankfurt – Saarbrücken	1:3	(0:1)
K'lautern – Hannover	1:0	(1:0)
Dortmund – Schalke	1:1	(0:1)
Leverkusen – Stuttgart	2:1	(0:1)
M'gladbach – Uerdingen	1:2	(0:0)

DIE TABELLE

1.Bremen	33	20	9	4	82:39	49:17
2.München	33	20	7	6	76:31	47:19
3.M'gladbach	33	15	12	6	65:45	42:24
4.Uerdingen	32	17	7	8	57:58	41:23
5.Stuttgart	33	16	7	10	67:44	39:27
6.Leverkusen	33	15	9	9	61:49	39:27
7.Hamburg	33	16	5	12	51:35	37:29
8.Mannheim	33	11	11	11	41:41	33:33
9.Bochum	33	14	4	15	55:54	32:34
10.Schalke	33	11	7	15	51:56	29:37
11.Düsseldorf	33	11	7	15	52:73	29:37
12.Frankfurt	32	7	14	11	35:47	28:36
13.K'lautern	33	9	10	14	43:54	28:38
14.Nürnberg	33	11	5	17	49:54	27:39
15.Köln	33	8	11	14	43:59	27:39
16.Dortmund	33	9	8	16	45:64	26:40
17.Saarbrücken	33	6	9	18	39:62	21:45
18.Hannover	33	5	8	20	42:88	18:48

● **Die Torschützen:** Düsseldorf – Nürnberg: 1:0 Demandt (19.), 2:0 Bockenfeld (29.), 2:1 Güttler (72.). – Mannheim – Köln: 1:0 Sebert (27., Foulelfmeter), 1:1 Hönerbach (64.). – Bochum – Hamburg: 1:0 Benatelli (7.), 2:0 Kühn (66.). – Frankfurt – Saarbrücken: 0:1 Szesni (16.), 0:2 Mohr (51.), 1:2 Körbel (56.), 1:3 Blättel (89.). – K'lautern – Hannover: 1:0 Brehme (45.). – Dortmund – Schalke: 0:1 Thon (38.), 1:1 Zorc (78., Handelfmeter). – Leverkusen – Stuttgart: 0:1 Klinsmann (23.), 1:1 Hielscher (67.), 2:1 Tscha (77.). – M'gladbach – Uerdingen: 0:1 Kirchhoff (50.), 0:2 Gudmundsson (72.), 1:2 Rahn (84.). – In der Torschützenliste führt weiter der Bochumer Kuntz mit 22 Treffern vor Neubarth (22/Bremen).

● **Platzverweis:** Der Kölner Ralf Geilenkirchen sah als 29. Spieler in dieser Saison die rote Karte. Er wurde in Mannheim wegen „wiederholten Foulspiels" vom Platz gestellt. Drei Spieler wurden bereits zum siebten Mal verwarnt und sind automatisch für das nächste Spiel gesperrt: Dierßen (Schalke), Kuhlmey (Hannover) und Brinkmann (Uerdingen).

● **Zuschauerzahlen:** 137 300 Zuschauer sahen die neun Spiele am Dienstag abend. Der Durchschnitt von 15 255 sagt nicht viel aus, weil über die Hälfte aller Zuschauer sich nur für zwei Spiele interessierten: In Bremen war das Stadion mit 40 300 Besuchern ausverkauft, das 1:1 zwischen Dortmund und Schalke sahen 34 000. Nur 5400 kamen zur Begegnung Mannheim gegen Köln.

Anzeige

erdgas
IST EINE
SAUBERE
SACHE.

DIE VORSCHAU

Samstag, 15.30 Uhr:

Uerdingen – Düsseldorf	(1:1)
Stuttgart – Bremen	(0:6)
Schalke – Leverkusen	(0:2)
Hannover – Dortmund	(0:2)
Saarbrücken – K'lautern	(1:1)
Hamburg – Frankfurt	(0:3)
München – M'gladbach	(2:4)
Nürnberg – Mannheim	(1:0)
Köln – Bochum	(0:2)

In Klammern die Ergebnisse der Hinspiele.

Zweite Liga, 34. Spieltag: Hertha BSC – Osnabrück 5:2 (2:0), Alemannia Aachen – Hessen Kassel (0:1 (0:0), Solingen – Duisburg 5:2 (3:0).

SAT 1 in den Hallen und Straßen

Bremen, 89. Spielminute: Kutzop verschießt den Handelfmeter. Jubel in der Münchner Olympiahalle. 6000 Fans des FC Bayern verfolgten dort die Live-Übertragung durch SAT 1 aus Bremen. Ermöglicht hat das eine Münchner Boulevardzeitung. Ein 1,2 Millionen Mark teurer Großbildprojektor, extra aus Hamburg herangeschafft, sorgte für das Bild auf der sechs Meter hohen und acht Meter breiten Leinwand.

8000 Fans hatten sich in der Bremer Stadthalle zusammengefunden, 18 000 waren auf dem Domshof in der Innenstadt, um ebenfalls auf großen Leinwänden die SAT-1-Übertragung zu verfolgen. Ein ungewöhnliches Geschenk hatte sich übrigens dieser private Fernsehsender, der das Spiel original übertrug, für die Mannschaft des FC Bayern München ausgedacht. Innenraum-Reporter Peter Glauche überreichte Münchens Co-Trainer Coordes einen Satz Oropax, um die Spieler gegen die Pfiffe der Bremer zu schützen.

Mehr als zwei Stunden vor dem Anpfiff begann sich der Domshof, der von Banken, dem Dom und dem Rathaus umgeben ist, bereits zu füllen. Imbiß- und Bierbuden sorgten für Volksfeststimmung. Viele Fans hatten sich das Werder-Emblem auf Wange oder Haare färben lassen.

Einen ausgefallen Trick hatte sich indes ein anderer ausgedacht, um ohne Eintrittskarte in das bis auf den letzten Platz gefüllte Weser-Stadion zu gelangen. Er klemmte sich zwei große Dosen mit Würstchen unter den Arm und gab sich als Lieferant aus. Der Bremer Ordnungsdienst fiel auf den Trick aber nicht herein.

„Es wäre zu schön gewesen" – das war auf dem Bremer Domshof ein erster Kommentar im Augenblick des verschossenen Elfmeters. Ein 51jähriger Fan, der das Spiel vor dem Fernseher in einem Bremer Kaufhaus-Schaufenster sah, starb. „Als der Elfmeter vorbeiging, bekam der Mann einen Herzschlag, vermutlich vor Aufregung", sagte ein Polizeisprecher.

Ansonsten vermeldete die Bremer Polizei 49 vorläufige Festnahmen und daß ein 18 Jahre alter Bremer Skinhead bei einem Handgemenge mit zwei Ausländern durch einen Messerstich schwer verletzt worden ist.

Bei der Zusammenfassung im ZDF um 22.05 Uhr betrug die Einschaltquote 29 Prozent. Das entspricht rund zwölf Millionen Zuschauern. 170 Anrufer erkundigten sich, warum nicht live übertragen wurde. ZFD-Sportredakteur Karl Senne erklärte das so: „Der DFB hätte eine Live-Übertragung durch das ZDF nicht zugelassen. Dann wäre die Einschaltquote auf 40 Prozent und ein Millionenpublikum geklettert, was den anderen Vereinen Zuschauer gekostet hätte."

Aufatmen, weil Kutzop nur an den Pfosten traf? „Mit Geschenken wollen wir nicht Meister werden"

ULRICH DOST, Bremen

Michael Kutzop hätte der Held werden können, der Mann, der Werder Bremen zur deutschen Fußball-Meisterschaft schoß, der Spieler, über den noch lange gesprochen worden wäre. Wenn er nur den Elfmeter in der 89. Minute zum 1:0-Erfolg über den Widersacher aus München verwandelt hätte, womit der Titelgewinn sicher gewesen wäre. Aber Kutzop versagte: Statt Held nun eine tragische Figur. Die Entscheidung war vertagt. Der Titel ist zwar noch nicht futsch, aber die Hoffnungen sind gesunken. Libero Bruno Pezzey: „Offiziell glauben wir noch an den Titel."

Dabei war es ein Geschenk von Schiedsrichter Volker Roth, das um ein Haar den Bremern die Meisterschale beschert hätte. Rudi Völler, nach fünfmonatiger Pause für 15 Minuten wieder dabei, versuchte in seiner besten Szene den Ball über Sören Lerby im Strafraum zu spitzeln. Roth will gesehen haben, wie Lerby mit der linken Hand zum Ball ging und ihn abwehrte, er gab Elfmeter. Die Bayern-Spieler flippten förmlich aus. Sie gestikulierten, schimpften, brüllten und protestierten. Sie hatten sich in dem Moment aufgegeben. Als Kutzop aber nur den Pfosten traf, freuten sie sich wie die kleinen Kinder über ein unverhofftes Geschenk. Die Bremer Spieler dagegen sackten in sich zusammen, einige ließen sich auf den Rücken fallen, starrten entsetzt in den Nachthimmel.

Michael Kutzop, der Unglücksrabe, konnte sein Mißgeschick kaum fassen: „Ich war mir so sicher, daß ich verwandeln würde." Schließlich hatte er bislang acht Elfmeter für Werder sicher verwandelt. Aber haben die Bremer hier nicht einen Denkfehler begangen? Kutzop hatte immerhin schon 89 Minuten in den Knochen, dieser Streßsituation war er bislang noch nie ausgesetzt gewesen. Einen frischen Rudi Völler schießen zu lassen, der gerade wenige Minuten im Spiel war und auf einer Woge der Begeisterung getragen wurde – wäre das nicht wichtiger gewesen? Rudi Völler war nicht auf den Gedanken gekommen, selbst zu schießen: „Der Michael Kutzop hatte doch bislang immer alle Elfmeter sicher verwandelt." Aber eben noch nie einen unter solchen Bedingungen. Otto Rehhagel nahm den Abwehrspieler in Schutz: „Er hat schon so schöne Freistöße und Elfmeter für uns verwandelt. Jeder Spieler hat einmal einen schwarzen Tag, da muß er eben durch."

Diskutiert wurde noch bis weit nach Mitternacht in Bremen, ob der Elfmeter tatsächlich berechtigt war. „Nie und nimmer", versicherte Sören Lerby, „der Ball sprang mir an die Schulter oder ins Gesicht." „Eine glatte Fehlentscheidung", schimpfte Lothar Matthäus. Trainer Udo Lattek, der schon einmal wegen einer unüberlegten Äußerung über Schiedsrichter Roth 7500 Mark Strafe zahlen mußte, äußerte sich dazu nicht.

Rudi Völler, so meinte Sören Lerby, sei direkt zu ihm gekommen und habe gesagt, daß er gegen die Entscheidung auch nichts machen könne. Der Sport-Informationsdienst (sid) zitierte Völler gestern so: „Es war kein Handspiel." Franz Böhmert, Präsident von Werder Bremen, aber berichtete: „Der Rudi Völler ist eine der größten Spieler-Persönlichkeiten, die wir in der Bundesliga haben. Wenn er zu mir sagt, das war ein Handspiel, dann war es auch eins." Bei der gemeinsamen Fernsebetrachtung stieß Völler seinen Nachbarn Wolfgang Sidka an: „Paß auf, jetzt siehst du, wie die Hand zum Ball geht."

Wer vermag es letztendlich zu sagen, wofür es gut war, daß dieser umstrittene Elfmeter die deutsche Meisterschaft nicht entschieden hat. Die Diskussionen wären ins Unendliche gegangen, und die Bremer hätten den Titel mit diesem faden Beigeschmack feiern müssen. Deshalb war Otto Rehhagel auch noch nicht einmal so tief enttäuscht: „Wenn wir wirklich reif für den Titel sind, dürfen wir eben am letzten Spieltag nicht in Stuttgart verlieren. Noch haben wir zwei Punkte Vorsprung. Und durch Geschenke wollen wir schon gar nicht Meister werden." So sah es später auch Udo Lattek: „Durch ein normales Tor wäre Werder verdient Meister geworden, aber nicht durch so einen Treffer." Noch auf dem Gang in die Kabine hatten die Bayern-Spieler den deprimierten Bremern zugerufen, daß sie wohl am Ende die Nase vorne haben werden. Warum sie daran glauben, begründete Udo Lattek so: „Wir sind an solche Streßsituationen besser gewöhnt als die Bremer." Was zumindest der vergebene Elfmeter von Kutzop bewies.

Aufgegeben haben sich die Bremer selbstverständlich noch nicht. Doch wie die Bayern vertrauen sie auf fremde Hilfe. Franz Böhmert: „Ich sage immer, daß es einen Fußball-Gott gibt, der alles sieht. Die ganze Saison betrachtet, müßten wir Meister werden. Ich werde 90 Minuten in Stuttgart zittern." Wahrscheinlich wird Rudi Völler im Neckarstadion von Beginn an dabei sein. Schmerzen verspürte er in der Leiste nicht. So spielte sich die wohl einzige echt und herzlich gemeinte Szene nach dem Spiel zwischen Rudi Völler und Bayern Torwart Jean-Marie Pfaff ab. Pfaff hatte dem Bremer den Tip mit dem belgischen Professor gegeben, der Völler tatsächlich geheilt hatte. Nun wollte sich Pfaff persönlich erkundigen, wie es Völler geht. „Ach ja", sagte der Bremer, „meine Frau wollte sich noch bei dir bedanken." Was diese dann auch schüchtern tat.

Klaus Augenthaler, der den Bremern im November 1985 so böse gefoult hatte und der jetzt in Bremen natürlich der Buhmann war, verließ das Stadion kommentarlos. Dafür redete sein Trainer. Udo Lattek: „Ich habe ihm nach dem Spiel gratuliert. Vor dem Spiel ließ ich ihn in Ruhe, weil ich wußte, wie sehr ihn die Sache mitnimmt, mit den ganzen Drohungen und anonymen Anrufen."

EISHOCKEY / Sowjetische Eifersüchteleien

Tretjak bleibt der Held

dpa, Moskau

Anatoli Tarassow, Viktor Tichonow und Wladislaw Tretja sind im sowjetischen Eishockey die großen Figuren einer Dreiecks-Geschichte, in der jeder zum anderen am liebsten sagt: Störe meine Kreise nicht. Auf dem Pulverfaß sitzt in Moskau bei der Weltmeisterschaft Nationaltrainer Tichonow. Wenn er im Titelkampf scheitert, werden Vorgänger Tarassow und der mögliche Nachfolger Tretjak an der Lunte zündeln.

Anzeichen für die verhärteten Verhältnisse unter den führenden Vertretern von drei sowjetischen Eishokkey-Generationen gibt es genug. Die Zerwürfnisse begannen im Februar 1980 im Olympia-Turnier von Lake Placid. Tichonow nahm im denkwürdigen Match gegen die späteren amerikanischen Goldmedaillen-Gewinner (4:3) den schon zu Lebzeiten legendären Torhüter Tretjak nach dem ersten Drittel vom Eis. Er hatte in der letzten Sekunde mit einem Fehler dem USA-Team das 2:2 erlaubt.

„Die Maßnahme von Tichonow war eine einzige Katastrophe", sagte Tretjak später in aller Deutlichkeit. Allerdings nur ein einziges Mal, als ihn ein amerikanischer Journalist in seiner Moskauer Wohnung zu einem Interview besuchen durfte. Dort war dann auch die zweite Sünde von Tichonow gegen Tretjak ein Thema. Der Major der Sowjetarmee hatte ein 500 000-Dollar-Angebot der Montreal Canadiens vorliegen und wollte für sein Leben gern in der nordamerikanischen Profiliga NHL spielen, wo ihm das Publikum „standing ovations" bereitet hätte.

Tretjak stand voller Neugier vor dem Sprung ins Profilager. Tichonow sagte „Njet", weil er fürchtete, wegen der ungünstigen Stanley-Cup-Termine seinen Torwart für die Nationalmannschaft zu verlieren. Der erboste Tretjak wehrte sich still. Er war sportlich topfit, als er seinen Rücktritt erklärte.

Tarassow, der große alte Mann des sowjetischen Eishockeys, wagte viel später offenen Widerstand gegen seinen Nachfolger. Erst kurz vor dem Moskauer Turnier gab es bei Testspielen in Schweden eine regelrechte Presseschlacht zwischen beiden. Der 76jährige Tarassow beschuldigte Tichonow, er habe „keine Autorität".

Während eines wichtigen Spiels der CSSR im Luschniki-Sportpalast saßen beide nebeneinander, schauten aber kaum auf die Eisfläche. Tarassow redete ununterbrochen – unterstützt von gestikulierenden Händen und dem Klopfen mit seinem Krückstock – auf den meist stumm bleibenden Tichonow ein. Der 56jährige wirkte hier nach außen wieder so fühllos wie früher, als er sich mit unbewegter Miene an der Bande „Eisberg" taufen lassen mußte. Im Vergleich zu seinen Rivalen ist er isoliert.

Nur der gehbehinderte und schwerbeleibte Tarassow die Arena betritt, tuschelt es überall. Über ihn wird geredet, sicher freundlich. Wenn Tretjak, neben sich seine hübsche Tochter, im schicken Nadelstreifen-Anzug, dessen Weste einen kleinen Bauchansatz nicht mehr verbergen kann, eintrifft, erbitten die Fans ehrfürchtig Autogramme. Der Träger des Lenin-Ordens, wie vor ihm die Puckstars Bobrow und Michailow, ist ein Volksheld. Tichonow ist dagegen nie verziehen worden, daß die ruhmreiche Mannschaft in den USA 1980, Kanada 1984 und – am allerschlimmsten – in Prag 1985 verlor. Er sitzt hier, argwöhnisch beobachtet, und das nicht nur von Tarassow und Tretjak, auf dem Schleuderstuhl.

NACHRICHTEN

Lendl plant Comeback

New York (sid) – Der Weltranglisten-Erste Ivan Lendl plant ein Comeback für das Turnier in Forest Hills (5.–11. Mai). Lendl hat seit dem 30. März, als er im Finale von Chicago gegen Boris Becker verlor, wegen einer Knieverletzung pausiert. In Forest Hills startet auch Boris Becker.

Jubiläum mit Rekorden

Frankfurt (sid) – Mit der Rekordbeteiligung von 25 Mannschaften mit 232 Fahrern aus 19 Ländern begeht das „Rennen um den Henninger Turm" der Radprofis am 1. Mai in Frankfurt sein 25. Jubiläum. Mit dabei sind Kuiper (Holland), Moser (Italien), Lemond (USA) sowie die Deutschen Braun, Thurau und Gölz.

Gutendorfs Rücktritt

Berlin (sid) – Der Fußball-Zweitligaklub Hertha BSC Berlin hat sich endgültig von Rudi Gutendorf getrennt. Nach seinem Rücktritt als Trainer am vergangenen Wochenende löste der 59 Jahre alte Trainer auch seinen Manager-Vertrag mit den Berlinern.

Tor von Uwe Reinders

Paris (dpa) – Mit einem Tor in der ersten Minute schoß der frühere Bremer Fußball-Profi Uwe Reinders seinen Klub Girondins Bordeaux in das Endspiel um den französischen Pokal. Bordeaux gewann das Halbfinal-Rückspiel gegen Paris St. Germain mit 2:1 (Hinspiel: 1:1). Gegner im Finale ist Rekord-Pokalsieger Olympique Marseille, dem ein 1:1 (Hinspiel: 1:0) im Rückspiel beim FC Rennes reichte.

Kohde nicht in Berlin?

Berlin (sid) – Claudia Kohde (Saarbrücken) wird möglicherweise nicht an den 80. Internationalen Deutschen Meisterschaften der Damen in Berlin (12.–19. Mai) teilnehmen. Ihr Stiefvater Jürgen Kilsch: „Sie ist im Moment nach den vielen Starts der letzten Wochen überspielt." Für Berlin gemeldet haben Martina Navratilova (USA), Steffi Graf (Deutschland) als Nummer drei der Weltrangliste, Bettina Bunge (Aschaffenburg) und das Für-ther Talent Claudia Porwick.

Aachen: Chance verspielt

Aachen (sid) – Fußball-Zweitligaklub Alemannia Aachen hat mit dem 0:1 zu Hause gegen Hessen Kassel alle Chancen auf einen der drei Aufstiegsplätze zur Rückkehr in die Bundesliga verspielt. Die Fans forderten die Entlassung von Trainer Werner Fuchs und verbrannten noch im Stadion ihre Fahnen.

Noch ein Belgier

München (dpa) – Bayern München verpflichtete für ein Jahr den belgischen Fußball-Torwart Bobby Dekeyser (21) vom Amateurklub Saint Gilloise. Sein Landsmann Jean-Marie Pfaff hatte ihn empfohlen.

ZAHLEN

HANDBALL

Bundesliga, Frauen, Nachholspiel: Hannover – Engelskirchen 14:23.

FUSSBALL

Erste englische Division, Nachholspiel: Bromwich – Sheffield 1:1.

TENNIS

Damenturnier in Charleston/South Carolina, erste Runde: Drescher (Schweiz) – Rimes (USA) 6:2, 6:2, Dias (Brasilien) – Golos (Jugoslawien) 6:1, 7:6, Tanvier (Frankreich) – Russell (USA) 6:1, 6:2, Cueto (Deutschland) – Vermaark (Südafrika) 6:3, 6:2. – **Grand-Prix-Turnier** in Monte Carlo, zweite Runde: Nystroem (Schweden) – Perez (Uruguay) 6:4, 6:3.

Nationale Olympische Komitees gegen die Öffnung der Spiele für Profis

Athleten-Code übereilt ausgearbeitet

dpa, Seoul

Eine eindeutige Absage hat die 5. Generalversammlung der Vereinigung der Nationalen Olympischen Komitees (ANOC) in Seoul einer überhasteten Streichung der Zulassungsregel 26 und damit der Öffnung der Olympischen Spiele schon 1988 für Profis erteilt. Die Versammlung sprach sich dafür aus, in einer eigenen Kommission alle Aspekte der vom Exekutivkomitee des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) als Ersatz geplanten Einführung eines Athleten-Codes zu erörtern. Sie forderte das IOC auf, nicht vor Anhörung der ANOC eine Entscheidung zu treffen.

IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch will den Athleten-Code schon bei der IOC-Vollversammlung im Oktober in Lausanne verabschieden lassen. Am eindeutigen Votum der Nationalen Olympischen Komitees (NOK) für eine behutsame, intensive Beratung wird er kaum vorbeigehen können, auch wenn das IOC allein über die Änderungen seiner Regeln entscheidet. Der Athleten-Code soll einen „Amateur auf Zeit" kreieren, der sich lediglich während der Olympischen Spiele allen Regeln und Gesetzen des IOC, der NOKs und der internationalen Sportverbände unterwirft.

ANOC-Präsident Mario Vazquez Rana (Mexiko) erklärte nach der mehrstündigen Debatte, in der sich 21 der 23 Sprecher gegen eine übereilte Entscheidung in diesem Jahr und für die Einsetzung eines Ausschusses ausgesprochen hatten: „Wir haben Zeit zur Überlegung. Der IOC-Präsident hat mir zugesichert, daß die Änderung nicht ohne Anhörung der ANOC erfolgen wird." Rana kündigte die Bildung der ANOC-Kommission schon für heute an und definierte ihre Aufgabe: „Wir brauchen ein Dokument, das wir alle unterschreiben können, das aber auch die Welt so widerspiegelt, wie sie ist."

Die Hauptattacke gegen die endgültige Öffnung der Olympischen Spiele für Profis ritt der sowjetische Sportminister und NOK-Präsident Marat Gramow. Er warf dem IOC vor, weder die NOKs noch die internationalen Sportverbände befragt zu haben. „Das ist ein Übergriff auf die Souveränität der olympischen Bewegung." Der Athleten-Code sei übereilt ausgearbeitet, nicht ausgefeilt und werde in dieser Form „Olympia in seinen Grundfesten erschüttern".

Gramow meinte, daß die Zulassung von Profis vor allem die Länder der Dritten Welt treffe: „Von den fünf olympischen Ringen geben zwei verloren: der schwarze und der gelbe." Im Gegensatz zum Generalsekretär des „DDR"-NOK, Wolfgang Gitter, der sich als einziger kompromißlos gegen die Zulassung für Profis und damit gegen eine „Selbstzerstörung der olympischen Bewegung" aussprach, setzte sich Gramow für weitere Erörterungen ein.

Gramow kritisierte aber auch, daß das IOC „schon mehrfach Beschlüsse gefaßt hat, die die olympische Bewegung stören". Ein Beispiel sei die Vergabe der Sommerspiele 1988 nach Seoul. „Wir sind hierher gekommen, um unsere Treue gegenüber der olympischen Bewegung zu demonstrieren, aber die Spiele 1988 sind ein akutes Problem", unterstrich der sowjetische Sportminister. Die Sowjetunion und andere Länder würden es deshalb begrüßen, wenn die Gespräche zwischen IOC sowie Nord- und Südkorea über eine Beteiligung des Nordens als Mit-Gastgeber zum Erfolg führen würden. „Das wäre echter olympischer Geist."

In der Frage der Olympia-Beteiligung erhielt Gramow überraschend deutliches Kontra aus Ländern der Dritten Welt wie Puerto Rico, Kenia und Senegal. Der Sprecher aus Senegal meinte: „Niemand darf vergessen, daß Seoul die Spiele erhalten hat und nicht Nordkorea."

Bei der Diskussion um den Athleten-Code wurde immer wieder deutlich, daß sich die 161 vom IOC anerkannten NOKs (152 sind in Seoul vertreten) bei den Entscheidungen des IOC nicht ihrem Gewicht entsprechend berücksichtigt fühlen. Die Hauptargumente gegen die vorliegende Fassung des Athleten-Code in der ANOC-Versammlung lauteten: „Die Zulassung von Profis führt zur Gewalt im Sport, weiteren Kommerzialisierung und macht das Doping-Problem unkontrollierbar." Der Code sei übereilt verfaßt, unausgegoren und gefährde den Zusammenhalt der olympischen Familie; die derzeit gültige Regelung funktioniere und bedürfe keiner Änderung; die NOKs liefen Gefahr, ihr Recht auf Nominierung der Olympiamannschaft an die Sportverbände und Manager zu verlieren; die Dritte Welt werde in ihrer Entwicklung gestört und weiter ausgeschlossen.

Gerade das stellte der britische NOK-Präsident Charles Palmer in seinem leidenschaftlichen Plädoyer für den Athleten-Code in Abrede. „Chancengleichheit für die Entwicklungsländer besteht doch nur, wenn wir eine Regel mit der Vorschrift schaffen, daß jeder Sportler nur an fünf Tagen in der Woche je zwei Stunden trainieren darf." Palmer forderte seine Kollegen vergeblich auf, „lassen Sie uns den Schritt ins 20. Jahrhundert tun, ehe es in gut zehn Jahren vorbei ist."

Rau erneuert seine Absage an die Grünen

gba. Bonn

Die sozialdemokratisch geführten Bundesländer Hessen, Saarland, Bremen und Hamburg haben sich der von Nordrhein-Westfalen beschlossenen Verfassungsklage gegen die Änderung des Streikparagraphen 116 angeschlossen. Das gab der Ministerpräsident des Landes und SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau gestern in Bonn bekannt. Er begründete die Verfassungsklage, die er schon in der Bundesratssitzung vom vergangenen Freitag angekündigt hatte, sowohl mit verfassungsrechtlicher Kritik an der Gesetzesänderung als auch mit dem Argument, daß damit der soziale Frieden im Lande gefährdet werde.

Auf seiner ersten Pressekonferenz in Bonn seit seiner Nominierung als Kanzlerkandidat der SPD für die Bundestagswahl 1987 nahm Rau auf insgesamt 32 Fragen in der Bundespressekonfernez Stellung. Er bekräftigte seine Absicht, die absolute Mehrheit der Mandate im Bundestag anzustreben und allein mit den Stimmen der SPD-Abgeordneten zum Kanzler gewählt zu werden. Rau erneuerte auch seine Absage an eine *Koalition mit den Grünen, was – für* die Bundespolitik – im übrigen auch von Börner in Hessen gutgeheißen werde. Die Begründung Raus: „Erstens, weil es eine nach meiner Überzeugung unüberbückbare Meinungsverschiedenheit gibt in der Frage der Industriepolitik. Die Grünen wollen den Ausstieg aus der Industriegesellschaft; ich will die Veränderung der Industriegesellschaft mit den Mitteln der Industriegesellschaft. Und zweitens: die Grünen haben außen- und sicherheitspolitisch ein Konzept – Neutralität der Bundesrepublik, sofortiger Austritt aus der NATO – das *mit sozialdemokratischen Positionen* nicht übereinstimmt und nicht in Übereinstimmung zu bringen ist." Nur regional sei eine Zusammenarbeit mit den Grünen möglich.

Rau war vom Sprecher der Bundespressekonferenz *mit einem Bibel*zitat begrüßt worden. Aus Sprüche 15, Vers 13 zitierte der Sprecher den Ratschlag „Freude erfährt der Mensch, der zu antworten weiß. Wie gut ist ein Wort zur rechten Zeit." Predigersohn Rau hatte seine erste Antwort schnell parat – aus der Bibel: „Ich hatte mir oft vorgenommen zu Euch zu kommen, war aber verhindert" (Römerbrief eins, Vers 13 a).

Entscheidung zu SALT II ist kein Präzedenz-Fall

Reagans Konzession ohne Zusammenhang mit Libyen

FRITZ WIRTH, Washington

Der amerikanische Luftangriff gegen Libyen droht zu einem trigonometrischen Punkt der amerikanischen Politik zu werden, zu dem einige Beobachter alle folgenden politischen Entscheidungen in Bezug setzen. So wurde dieser Angriff in den letzten Tagen auch in Zusammenhang gebracht mit der Entscheidung Präsident Reagans, ob er den SALT-II-Vertrag weiter respektieren soll oder nicht.

Es trifft zu, daß die SALT-Entscheidung am 16. April im Weißen Haus fiel, also einen Tag nach dem Luftangriff auf Libyen, doch es trifft ebenso zu, daß das Weiße Haus sich zu diesem Zeitpunkt schon lange seine künftige SALT-Politik abgesteckt hatte. Man versichert im Weißen Haus: Wir können Khadhafi nicht den Gefallen tun, den Libyen-Konflikt zum Angelpunkt unserer künftigen Politik zu machen.

Der SALT-II-Vertrag ist ein Unikum. Er ist vom amerikanischen Kongreß niemals ratifiziert worden, ist offiziell Ende des letzten Jahres abgelaufen und wird von beiden Seiten dennoch respektiert. Er legt unter anderem die Zahl der Abschußvorrichtungen für Raketen mit Mehrfach-Gefechtsköpfen auf 1200 fest. Durch die Umrüstung der bisherigen Poseidon U-Boot-Flotte auf Trident-*Boote, die statt 16 Abschußbehältern* 24 besitzen, sind die Amerikaner in ständiger Nähe des Limits. Es wurde *bereits im letzten Jahr duch die In*dienststellung des Trident-Bootes „Alaska" überschritten.

Kompromiß unter Druck

Reagan glich diese Überzahl aus, indem er die Abwrackung des Poseidon-Bootes „Sam Rayburn" anordnete. Das gleiche Problem entsteht im *Mai wieder, wenn das Trident-Boot* „Nevada" seine Versuchsfahrten aufnimmt und damit die Zahl der Rake*ten auf 1222 erhöht.* Ronald Reagan, seit Jahren entschiedener Gegner von SALT II, entschloß sich dennoch erneut zu einer Konzession und ordnete an, daß die beiden Poseidon-Boote „Andrew Jackson" und „Nathan Hale" abgewrackt werden.

Reagan stand dabei einerseits unter dem Druck von Verteidigungsminister Weinberger, CIA-Chef Casey, seiner eigenen Abrüstungsbehörde ACDA und seinem rechten Parteiflügel, sich nicht mehr länger an den SALT-II-Vertrag gebunden zu fühlen, und wurde andererseits von Außenminister Shultz, dessen Abrüstungsberater Paul Nitze und der überwiegenden Mehrheit der NATO-Verbündeten *aufgefordert, weiter zu diesem* Vertrag zu stehen.

Vertragsverstöße Moskaus

Die Befürworter des Vertrages argumentieren, daß er eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Abrüstungsverhandlungen mit den Sowjets ist. Die Gegner argumentieren, daß die Sowjets selbst schon lange gegen den SALT-II-Vertrag verstoßen. Es müssen den Sowjets ein Denkzettel verpaßt werden, daß man solche Vertragsverletzungen nicht hinnimmt.

Erheblichen Vertragsverletzungen der Sowjets hatte Verteidigungsminister Weinberger bereits im November vorigen Jahres in einer Dokumentation zusammengestellt. Sie weist nach, daß der Bau der sowjetischen SS 25-Rakete *ein klarer Verstoß ge*gen *den SALT II-Vertrag ist.* Nach diesem Vertrag ist es den beiden Großmächten erlaubt, nur einen neuen Typ landgestützter Interkontinentalraketen zu bauen. Die Sowjets taten es mit der Konstruktion ihrer SS 24 und behaupten, daß die SS 25 kein neuer Raketen-Typ sei, sondern nur die Weiterentwicklung des bereits bestehenden Typs SS 13. Das Pentagon beharrt jedoch darauf, daß die SS 25 alle Kriterien einer neuen Rakete erfüllt. Bis heute sind 72 dieser neuen Raketen installiert.

Das bedrückende für Ronald Reagan: Diese SALT-Debatte ist eine Fortsetzungsserie ohne absehbares Ende. Im Weißen Haus warnt man bereits: Keine der gegenwärtigen *Pro-SALT-Entscheidungen sollte als* Präzedenzfall verstanden werden.

Unmittelbar nach der Entscheidung des amerikanischen Präsidenten, die Obergrenze des zweiten SALT-Abkommens vorläufig einzuhalten, hat der Rüstungsbeauftragte des amerikanischen Außenministeriums, Botschafter Paul Nitze, sich am Dienstag zu Konsultationen über Abrüstungsfragen nach Bonn begeben, wo er gestern mit Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher zusammengetroffen ist.

Strauß: Europa kann auf die Luftfahrt als Wirtschaftssektor nicht verzichten

Bayerns Ministerpräsident erzielt in Paris Einigung über Ausbau des Airbus-Programms

P. RUGE/J. SCHAUFUSS, Paris

„Die Entscheidung ist gefallen, die Airbus-Familie wird vergrößert". Franz Josef Strauß schränkte aber ein: „Die anderen müßten davon noch überzeugt werden". Dennoch, der bayerische Ministerpräsident sieht sich in seiner Auffassung bestätigt, durch persönliche Vorsprache die am europäischen Luftfahrtprogramm beteiligten Regierungen von der Notwendigkeit rasch zu treffender Entscheidungen zu überzeugen.

Wie ein Staatsgast

Bei seinem Besuch an der Seine fand er offene Ohren, denn die Franzosen haben für die Entwicklung neuer Modelle bereits Vorleistungen erbracht. Nach einer vorangegangenen Abstimmung mit Bundeskanzler Kohl konnte der bayerische Minister*präsident in Paris jetzt zusagen, daß* im Haushaltsplan 87 von deutscher Seite 370 Millionen Mark für Projektstudien der neuen Airbus-Typen bereitgestellt werden: die A 340, in einer viermotorigen Langstreckenversion, und die A 330 als zweistrahliges Großraum-Mittelstreckenflugzeug.

Der bayerische Ministerpräsident, der offiziell als Vorsitzender des europäischen Konsortiums Airbus-Industrie gekommen war, wurde in der französischen Hauptstadt wie ein Staatsgast empfangen. Sowohl Staatspräsident Francois Mitterrand wie der neue bürgerliche Premierminister Jaques Chirac hatten für Franz Josef Strauß mehr als nur höfliche Gesprächsminuten. Das zeigt das große Interesse der Franzosen an der weiteren Ausdehnung der technischen und industriellen Zusammenarbeit mit den Deutschen.

„Entweder Airbus, oder die Europäer verschwinden vom Himmel der Großraumflugzeuge," sagt Franz Josef Strauß, der sich damit gegen den Vorwurf wehrte, von den europäischen Regierungen würden zu hohe „Subventionen" abgefordert. Die amerikanische Konkurrenz profitiere von Militäraufträgen und davon, daß sie in ihren *Monopolbereichen* spektakuläre Gewinne erwirtschafte, die sie in die Wettbewerbssektoren *pumpen könne. Die Amerikaner, so* sagte der bayerische Ministerpräsident weiter, würden den Europäern vorrechnen, daß ihnen 50 000 Arbeitsplätze durch den Airbus verlorengingen. Europa aber könne mit seinen traditionellen Luftfahrtnationen auf diesen Wirtschaftssektor nicht verzichten.

Das Airbus-Programm A 330/A 340 erfordert nach Ansicht von Strauß einen Investitionsaufwand von rund 2,5 Milliarden Dollar innerhalb von sechs Jahren, wobei der bayerische Ministerpräsident aber deutlich machte, daß dieser Betrag nicht identisch sei mit der Höhe der beantragten *Regie*rungsdarlehen.

Technologisch interessant an der Weiterentwicklung der *Airbus-Fami*lie sei der steigende Anteil für die deutsche Luftfahrtindustrie: von 12 *Prozent* bei der A300 über 17 Prozent bei der A 310 auf 30 Prozent bei der A 320. Das entspräche etwa dem Geschäftsanteil von 37,5 Prozent am Airbus, der auch für die neuen Typen A 330/A 340 gelten soll.

Nach London und Madrid

Frankreich und die Bundesrepu*blik halten mit ihren 37,5* Prozent die größten Anteile an der Airbus Industries, deren weitere Partner Großbritannien und Spanien sind. Strauß wird sich, wie er erklärte, auch noch in London und Madrid für die Weiterentwicklung und Finanzierung des Airbus-Programms einsetzen.

Zu etwaigen Spekulationen um eine *erneute* Wachablösung im Airbus-Industriemanagement erklärte Strauß: „Ich bin mit der neuen Leitung sehr zufrieden. Jean Pierson, der französische Airbus-Chef, ist seiner Aufgabe voll gewachsen."

Marktwirtschaft soll Profil der FDP bestimmen

DIETHART GOOS, Bonn

Die FDP wendet sich entschieden gegen staatliche Beschäftigungs- und Konjunkturprogramme als Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Belebung der Wirtschaft. Bei der Vorstellung der „Liberalen Perspektiven für mehr Beschäftigung" sagte FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann in Bonn, es komme vielmehr jetzt darauf an, durch Steuersenkungen, Subventionsabbau, Privatisierung und allgemeine Forschungsförderung dauerhafte Arbeitsplätze zu schaffen.

Im bevorstehenden Bundestagswahlkampf will sich die FDP als einzige *glaubwürdige* Verfechterin der Marktwirtschaft darstellen. Bei dieser Strategie hat das Beschäftigungsprogramm neben dem steuerpolitischen Konzept herausragende Bedeutung. Mit seiner eindeutigen marktwirtschaftlichen Handschrift sei es das einzig geschlossene Programm aller Parteien, das die steuer-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Aspekte dem Ziel nach mehr Beschäftigung unterordnet. Haussmann ergänzte: „Wir grenzen uns damit sowohl von Sozialdemokraten wie *Christdemokraten* ab, weil wir ohne wenn und aber sagen, nur mehr und konsequentere *Marktwirtschaft* sorgt langfristig für sinnvolle und wettbewerbsfähige neue Arbeitsplätze."

Die FDP fordert die Tarifpartner auf, in ihrer Verantwortung für mehr Beschäftigung auch unkonventionelle Wege zu gehen. Durch zeitlich begrenzte niedrigere Eingangslöhne etwa 20 Prozent unterhalb der Tariflöhne *sollten Anreize für die Einstellung* von Arbeitslosen, Berufsanfängern und Ungelernten gegeben werden.

Allgemein notwendig ist nach Auffassung der FDP ein flexiblerer Arbeitsmarkt mit der Möglichkeit, die Tarifpolitik mehr den betrieblichen Besonderheiten sowie den Branchen und Regionen anzupassen und damit von allgemeinen Regelungen abzuweichen. Außerdem sollte das Vermittlungsmonopol für Arbeitnehmer *durch die* Nürnberger Bundesanstalt gelockert und die nichtgewerbliche private Arbeitsvermittlung ermöglicht werden. Wie schnell das FDP-Programm den Arbeitsmarkt entlasten könnte, vermochte Haussmann nicht zu sagen Es gebe keine kurzfristigen Patentrezepte.

Privat-Uni will Hilfe vom Staat

P.F.R. Witten

Die Universität Witten/Herdecke hat gestern im Düsseldorfer Wissenschaftsministerium beantragt, von 1987/88 an in die „Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau" aufgenommen zu werden, ein gemeinsames Programm von Bund und Ländern. Es geht um dem Endausbau in zwei Stufen von je fünf Jahren. 1997 sollen dann 2100 Studienplätze zur Verfügung stehen. Die am 30. April 1983 eröffnete Universität ist die erste *deutsche Hochschule in freier Träger*schaft. Das Ausbauprogramm ist auf jährlich 18,8 Millionen Mark veranschlagt. Unter anderem soll eine eigene Zahnklinik errichtet werden. Die Finanzierung der laufenden Kosten will die Privatuniversität weiterhin aus eigenen Mitteln bestreiten.

Verdacht auf Ost-Spionage

DW. Karlsruhe

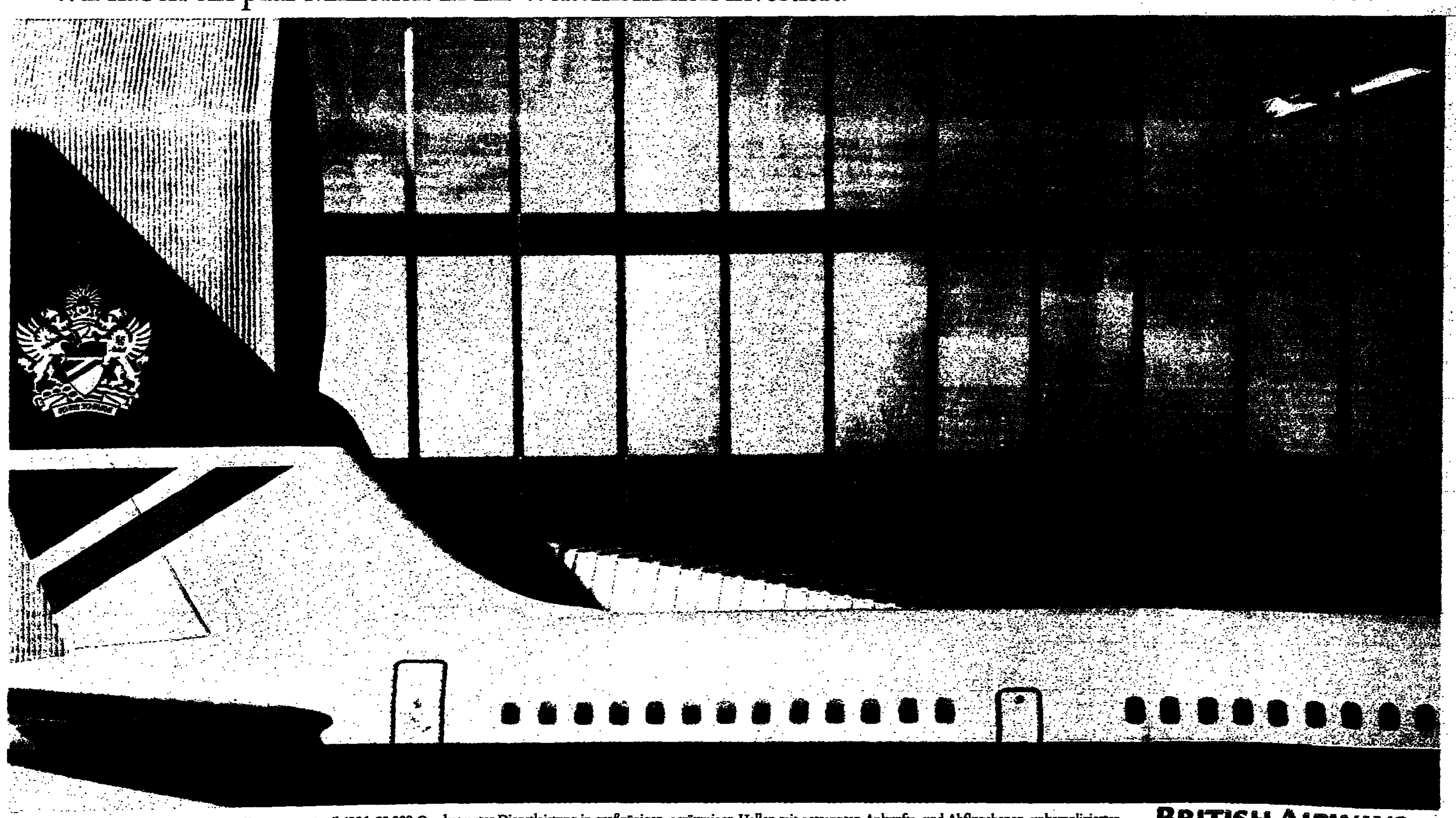
Der Generalbundesanwalt hat gegen einen in Berlin geborenen Kaufmann Anklage wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit erhoben. Der 57jährige ist Alleingesellschafter und Geschäftsführer einer niederländischen Firma, die Osthandelsgeschäfte mit medizinisch-technischen Apparaten betreibt. Im März 1971 soll *er sich in Leipzig während der Früh*jahrsmesse verpflichtet haben, der „DDR" Unterlagen über Dienststellen der Bundeswehr in Koblenz zu beschaffen. Er soll Publikationen mit medizinischer und naturwissenschaftlicher Thematik sowie 17 Reports der amerikanischen Firma Defense Marketing Service (DMS) geliefert haben, die sich mit Fragen der westlichen Verteidigung befassen.

Lockerung der Apartheid-Gesetze

DW. Kapstadt

Die Apartheid-Gesetze zur Kontrolle aller Bewegungen von Schwarzen in Südafrika werden gelockert. Künftig dürfen sich Schwarze auch in städtischen Siedlungen auf eigens dafür ausgewiesenen Grundstücken niederlassen, kündigte die südafrikanische Regierung in Kapstadt an. Gleichzeitig wurde im Parlament ein *Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem* die südafrikanische Bereitschaftspolizei neue umfassende Vollmachten zur Bekämpfung von Rassenunruhen bekommen soll. Danach soll dem Minister für Recht und Ordnung die Möglichkeit gegeben werden, bestimmte Gegenden zu „Unruhegebieten" zu erklären. Die Sicherheitskräfte hätten dort Vollmachten wie bei einem Ausnahmezustand.

Wir haben ein paar Millionen in Ihr Weiterkommen investiert.



London-Heathrow, Terminal 4. Eröffnet am 12. April 1986. 93.000 Quadratmeter Dienstleistung in großzügigen, geräumigen Hallen mit getrennten Ankunfts- und Abflugebenen, unkomplizierter, schneller Abfertigung an 64 Schaltern und 17 direkten Jetways zu den Maschinen. Mit allen interkontinentalen Direktverbindungen rund um den Globus und noch schnelleren Transferzeiten.

BRITISH AIRWAYS
Die Airline

Verlierer Ökonomie

A. G. – Wie die bevorstehende Landtagswahl in Niedersachsen und die Bundestagswahl 1987 auch ausgehen mögen, ein Verlierer steht jetzt schon fest: der Primat der Ökonomie vor billiger Politpropaganda. Dafür nur zwei von leider allzu vielen Beispielen: Die wirtschaftlichen Fakten müßten eigentlich gebieten, daß alle politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern dem Skandal Neue Heimat so schnell wie möglich ein Ende bereiten – so oder so. Aber nein, bis heute haben es nicht einmal alle Länderbauminister geschafft, dem von ihnen selbst berufenen Koordinator Oscar Schneider mitzuteilen, ob sie an dem gemeinsamen Beschluß vom 5. Februar festzuhalten gedenken. Der Kollege aus Hessen zum Beispiel hüllt sich immer noch in tiefes Schweigen. Und die Unsicherheit unter den Betroffenen – Geldgebern wie Mietern – wächst. Und der Mai steht vor der Tür, der Monat, der ursprünglich für die Fertigstellung des neutralen Gutachtens über die Vermögensverhältnisse der NH vorgesehen war. Angst vor der eigenen Courage? Nibelungentreue zu einem Gewerkschaftskonzern?

Themenwechsel: Auch die Bauern sind täglich in aller Munde. Und in der breiten Palette von Hilfsangeboten und ähnlichen Ratschlägen nimmt die Förderung nachwachsender Rohstoffe für Industriezwecke unter dem Stichwort „Bio-Sprit" oder „Pack die Rübe in den Tank" allmählich einen festen Platz ein. Wider besseres Wissen. Wo bleibt die Replik des Forschungsministers auf die Pläne des Landwirtschaftsministers oder des auf die Landwirtschaft schielenden Ministerpräsidenten?

Bohnen

hdt. – 164 Liter Kaffee betrug der Pro-Kopf-Konsum der Bundesbürger im vergangenen Jahr, ein Spitzenwert im internationalen Maßstab genauso wie die hierzulande bevorzugte Qualität. Da sind die Verbraucher auch nicht bereit, irgendwelche Experimente einzugehen. Der Kaffee-Flop von 1984 hat das deutlich gezeigt. Einen höheren Preis für das geliebte Getränk wird die deutsche Hausfrau jedoch zahlen, wenn es die Entwicklung der Rohstoffpreise erforderlich macht, wie es gegenwärtig der Fall ist. Sie hat sich ja auch in jüngster Vergangenheit nahezu widerstandslos über die Zehn-DM-Schwelle für die 500-Gramm-Standard-Packung hinwegheben lassen. Eine gute Tasse Kaffee kostet schließlich nur etwa 16 bis 17 Pfennig, lediglich Tee und Leitungswasser sind noch preisgünstiger. Daran wird auch eine mögliche Preiserhöhung von ein oder zwei Pfennig pro Tasse wenig ändern, und so wird auch diese ohne große Konsequenzen geschluckt werden.

Uhren-Wettlauf

Von WERNER NEITZEL

Am Uhrenmarkt hat sich ein bemerkenswerter Wandel vollzogen. Das Selbstbewußtsein der schweizerischen und deutschen Produzenten auf dem Gebiet der Zeitmessung, das eine ganze Zeitlang durch die mit Macht insbesondere aus Japan und Hongkong vorgetragenen Marktattacken reichlich angeknackst erschien, ist wieder erstarkt. Äußerlich ist dieser Umschwung nicht zuletzt darin erkennbar, daß auf der derzeit in Basel laufenden Europäischen Uhren- und Schmuckmesse erstmals auch die fernöstlichen Anbieter als Aussteller auftreten dürfen. Ihnen war bisher eine Teilnahme verwehrt gewesen.

Immerhin ist es ja beispielsweise auf dem Gebiet der Armbanduhren in den unteren und mittleren Preisklassen den Eidgenossen (Stichwort „Swatch") gelungen, beträchtliche Absatzerfolge zu landen und verlorengegangene Marktanteile zurückzugewinnen. Dieser Erfolgstreffer kam nicht von ungefähr. Die einst in ihren Festen erschütterte schweizerische Uhrenindustrie unterzog sich einer Roßkur. Auf der Basis einer neuen Fertigungsstruktur konnten nunmehr auch Kleinserien rentabel hergestellt werden. Jetzt werden die Früchte geerntet. Bei den Prestigeuhren gab es ohnehin zu keiner Zeit etwas zu rütteln.

Federn mußten auf dem Felde der Armbanduhr freilich auch die deutschen Produzenten lassen. Allerdings hat für die deutsche Uhrenbranche die Kleinuhr einen vergleichsweise geringen Stellenwert. Hier rangiert sie in der Weltproduktionsliste des vergangenen Jahres mit rund drei Millionen Stück etwa an zehnter Stelle, mit großem Abstand zu den der Menge nach führenden Produzenten-Ländern Hongkong (380 Millionen Stück) und Japan (183 Millionen Stück), die auf den ersten beiden Plätzen liegen. Die Schweiz (40 Millionen Stück) nimmt den fünften Platz ein, dürfte aber dem Wert nach eine führende Position belegen.

Die Domäne der deutschen Uhrenindustrie, die zu rund 90 Prozent in Baden-Württemberg ansässig ist, liegt ohnehin ziemlich eindeutig bei der Großuhr, also den Weckern, Tisch-, Stand- und Wanduhren aller Variationen. In diesem Sektor ist die Bundesrepublik in der europäischen Mengenstatistik die Nummer eins und rangiert im Weltmaßstab mit in 1985 produzierten 59 Millionen Großuhren und -uhrwerken hinter Japan (69 Millionen Stück) an zweiter Stelle. Schon immer zählten Hersteller wie Kundo und Staiger, Junghans oder Kienzle mit zu den Schrittmachern moderner Großuhren-Technologie im internationalen Vergleich.

In der Branche räumt man aber ein, daß der einstmals scharfe Wind des Wettbewerbs aus Fernost bei der quarzgesteuerten Großuhr heute relativ wenig Sorgen bereite. Der Kampf um Preise und Konditionen ist vielmehr im Schwarzwald selbst entbrannt. Die schwerpunktmäßig in und um Villingen-Schwenningen beheimateten Großuhren-Hersteller schafften es, mit attraktiven Produkt-Innovationen und konsequenten Kostensenkungsprogrammen den Marktvorstößen aus Fernost nicht nur standzuhalten, sondern vielfach auch Marktanteile zurückzuerobern. Eines der Erfolgsrezepte ist auch die seit Jahren bestens funktionierende Kooperation auf dem Felde der Quarz-Uhrwerk-Fertigung innerhalb der UTS (Uhrentechnik Schwarzwald GmbH), an der drei Firmen (Kundo, Peter, Staiger) beteiligt sind.

Allerdings hat das Streben nach rationeller Fertigung großer Stückzahlen wie auch das nach mehr Flexibilität durch verstärkte Automatisierung zu einer nicht unerheblichen Kapazitätsausweitung bei den Schwarzwälder Großuhren-Produzenten geführt. Da es immer mehr darum geht, die Anlagen möglichst gut auszulasten, die Aufnahmefähigkeit der Märkte aber in einem langsameren Tempo wächst, produzieren die deutschen Hersteller den Verdrängungswettbewerb und den anhaltenden Preisverfall inzwischen weitgehend selbst. Eine Marktbereinigung, über die seit Jahren in der Branche geredet wird und von der jeder insgeheim hofft, daß sie den anderen träfe, steht noch aus, rückt aber näher. Da bleibt vorerst nur die vielleicht trügerische Hoffnung, daß sich die Großuhr durch niedrigen Preis und modische Elemente (Farbe und Form) stärker in Richtung Wegwerfartikel entwickle. Doch auch ein solcher Trend hätte letztlich nur aufschiebende Wirkung.

SOWJETUNION / DIW-Untersuchung zur Wirtschaftslage und Außenhandelspolitik

Trotz des Ölpreisverfalls noch keine Kürzung der Westimporte erwartet

HANS-JÜRGEN MAHNKE, **Bonn**

Die Sowjetunion dürfte trotz der erheblichen Einnahmeverluste aufgrund des Ölpreisverfalls ihre Westimporte nicht rigoros kürzen. Nach Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin spricht dafür die eigene Interessenlage. Denn die Modernisierung der Wirtschaft soll während des laufenden Fünf-Jahres-Plans bis 1990 vorangetrieben werden. Auch die Verschlechterung der politischen Beziehung zum Westen dürfte sich nicht negativ auf den Handel auswirken.

„Der drastische Rückgang des Weltmarktpreises für Erdöl, der im Verlauf des Jahres auch den Erdgaspreis nach unten drücken wird, und die Abwertung des US-Dollar zwingen die Sowjetunion zur Revision ihrer Außenhandelsplanung", schreibt das DIW in seinem neuesten Wochenbericht. Das Institut veranschlagt den rechnerischen Einnahmeverlust auf 8,5 Milliarden US-Dollar oder 38 Prozent der Exporterlöse des vergangenen Jahres auf den Märkten der westlichen OECD-Staaten.

Wie die sowjetischen Planer letztlich darauf reagieren werden, stehe zwar noch nicht fest. Aber nach Ansicht des Instituts darf aus dem rechnerischen Devisenausfall nicht auf Importkürzungen unmittelbar geschlossen werden. Dafür sprächen mehrere Gründe: Die sowjetische Westhandelsbilanz dürfte in diesem Jahr bei Getreide um rund 3,5 Milliarden US-Dollar entlastet werden. Amerikanische Quellen schätzen den sowjetischen Importbedarf bei Getreide für das Agrarjahr 1985/86 auf 31 Millionen Tonnen, verglichen mit 55,5 Millionen Tonnen in der Vorperiode. Bei Erdöl, Erdgas, Gold, Waffen und einer Reihe von nichtenergetischen Rohstoffen bestünde eine begrenzte Möglichkeit, die Ausfuhrmengen zu steigern.

Schließlich könnte die Sowjetunion in größerem Umfang Kredite auf westlichen Kapitalmärkten in Anspruch nehmen. Für westliche Banken sei sie nach wie vor eine Schuldneradresse bester Bonität. Das zeige der Euro-Kredit von einer Milliarde Mark, den sie im April aufgenommen hat. Dafür müsse sie nur eine Marge von 0,25 Prozent über Libor bezahlen.

In bezug auf die politischen Beziehungen meint das Institut, die Sowjetunion habe immer zwischen Politik und Wirtschaft unterschieden, wenn ihre ökonomischen Interessen dies erforderlich machten. Überdies fordere die sowjetische Parteiführung mehr wirtschaftliche Sicherheit in den internationalen Beziehungen. Wenn dies ernst gemeint sei, dann müßte sie die Mitgliedschaft in den internationalen Wirtschaftsorganisationen wie dem Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) oder beim Weltwährungsfond suchen. Sie müßte dann allerdings akzeptieren, daß ihre Stimme nach ihrer relativ geringen handelspolitischen Bedeutung gewichtet wird.

Die sowjetische Außenhandelspolitik befinde sich gegenwärtig in einer Phase der Neuorientierung. So werde die Steigerung des Exportpotentials gefordert, die Rohstofforientierung der Ausfuhr solle beseitigt und die Qualitäts- und Konkurrenzfähigkeit der Fertigerzeugnisse erhöht werden. Dieser Kurs werde hohe Kosten erfordern, und er werde keine schnellen Erfolge bringen. Daher würden in dem neuen Fünf-Jahres-Plan auch keine Angaben über die Entwicklung des Außenhandels bis 1990 genannt. Für dieses Jahr sehe der Plan eine Steigerung des Außenhandelsumsatzes um knapp fünf Prozent vor.

In der Investitionspolitik werde eine Wende angestrebt. Im Mittelpunkt stehe die beschleunigte Erneuerung des Produktionsapparats. Der Anteil der Modernisierungs- und Ersatzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen solle von einem Drittel auf 50 Prozent erhöht, die Aussonderung veralteter Anlagen mindestens verdoppelt werden. Die Entwicklung von solchen Technologien, mit denen Resorcen eingespart werden können, solle vorangetrieben werden.

Zweitrangige Investitionsprojekte sollen gestrichen werden, um Schwerpunkte durchsetzen zu können. Nicht länger geduldet werden solle die Praxis, technisch überholte Investitionsprojekte in Angriff zu nehmen.

MITTELSTAND

Die Eigenkapitalbasis hat sich bisher kaum verbessert

HEINZ STÜWE, **Bonn**

Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Otto Graf Lambsdorff, hat Forderungen nach einer steuerlichen Begünstigung nicht entnommener Gewinne sowie nach einer steuerlichen Investitionsrücklage eine Absage erteilt. „Beide Vorschläge sind finanzpolitisch bedenklich, weil sie sehr teuer sind und sie sind wirtschaftspolitisch bedenklich, weil damit eine staatliche Kapitallenkung betrieben wird", sagte Lambsdorff auf einer Vortragsveranstaltung der Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand (AWM) zum Thema „Mangelndes Eigenkapital – ein Dauerbrenner für den Mittelstand?" in Bonn. Nach wie vor verfügten trotz verbesserter Erträge vor allem viele mittelständische Unternehmen über eine viel zu niedrige Eigenkapitalbasis.

Auch der Geschäftsführer des Verbandes der Vereine Creditreform, Helmut Rödl, wies darauf hin, daß die Eigenkapitalauszehrung der Unternehmen noch nicht gebremst worden sei. Seit der ersten Hälfte der 70er Jahre habe sich die durchschnittliche Eigenkapitalquote von 26 auf 18 Prozent vermindert. Rödl sieht darin einen wesentlichen Grund für die trotz guter Konjunktur nach wie vor erschreckend hohen Insolvenzzahlen.

Eine nachhaltige Stärkung der Selbstfinanzierungskraft und der Eigenkapitalausstattung der Unternehmen – darin waren sich die Experten aus Wirtschaft und Politik einig – setzt eine Verminderung der Steuerbelastung voraus. AWM-Vizepräsident Klaus-Jürgen Lehwald präsentierte dazu Vorschläge. Die Forderungen an eine umfassende Steuerreform in der nächsten Wahlperiode umfassen einen linear-progressiven Einkommensteuer-Tarif mit einem Spitzensteuersatz von unter 50 Prozent, eine analoge Reduzierung des Körperschaftssteuersatzes, eine Ablösung der Gewerbesteuer, die Streichung der Vermögenssteuer auf Betriebsvermögen, um die Doppelbesteuerung des in Kapitalgesellschaften investierten Kapitals aufzuheben sowie eine kritische Überprüfung aller steuerlichen Vergünstigungen.

Als flankierende Maßnahmen wurden die geplanten gesetzlichen Regelungen zur Erleichterung der Außenfinanzierung mittelständischer Unternehmen positiv bewertet.

Über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften könne dem Mittelstand echtes Eigenkapital zur Verfügung gestellt werden, betonte Johannes Puhl, Vorstand der Risikokapital-Beteiligungsgesellschaft der Deutschen Versicherungswirtschaft AG, Düsseldorf. Bereits heute haben die von Banken, Versicherungen, Industrieunternehmen oder ländereigenen Finanzierungsinstituten getragenen rund 30 Beteiligungsgesellschaften in der Bundesrepublik nach Angaben Puhls 800 bis 900 Mill. DM investiert und damit 21 Mrd. DM Umsatz und 115 000 Arbeitsplätze mitfinanziert.

AUF EIN WORT

„Die Konkurrenz der einzelnen Volkswirtschaften wird auch zur Konkurrenz der verschiedenen Steuersysteme. Wer will, daß die Wettbewerbsfähigkeit unseres Finanzmarktes erhalten bleibt, muß angesichts Globalisierung der Kapitalmärkte in erster Linie darauf achten."

Gerhard Burk, Vorstandsvorsitzender der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.
FOTO: DIE WELT

KONJUNKTUR

Ifo: Die Konsumwelle läßt noch weiter auf sich warten

dpa/VWD, **München**

Hersteller und Händler von Gebrauchs- und Verbrauchsgütern sind über ihre Aussichten für das nächste halbe Jahr eher skeptisch. Wie der jüngste Konjunkturtest des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung ergab, hat sich das Geschäftsklima in der Industrie im März bei nachgebenden Preisen weiter verschlechtert. Die Produktion werde voraussichtlich nur schwach steigen. Der Großhandel habe sich pessimistischer geäußert als in den letzten Monaten. Im Einzelhandel seien nur die Warenhäuser zufrieden, während der Versandhandel die Umsätze des Vorjahres verfehlt habe und zusammen mit den eigentlich umsatzbegünstigten Verbrauchermärkten für ein schlechteres Geschäftsklima sorge. Allgemein werde mit stabilen oder nachgebenden Preisen gerechnet.

Optimisten in der Industrie seien die Investitionsgüterhersteller der Elektrotechnik-Branche, die mit steigenden Exporten rechnen. Auch die Stahl- und Leichtmetallbauer erwarten eine belebte Nachfrage. Trotz noch guter Geschäftslage gebe es bei den Vorprodukt-Lieferanten in der chemischen Industrie Abschwächungstendenzen. Bei den Investitionsgütern trügen Lastwagenhersteller zum weniger positiven Gesamtbild bei, während sich die Lage im Maschinenbau eher verbessert habe.

Der Großhandel mit Rohstoffen, Halbwaren und Investitionsgütern schätze seine Aussichten langfristig ungünstiger ein als bisher. Bei Gebrauchsgütern habe die Zahl der Hersteller mit guter Geschäftslage abgenommen, eine geschrumpfte Mehrheit sei aber nach wie vor optimistisch.

Kaffeeverbrauch ist gestiegen

dpa/VWD, **Bremen**

Nach dem Rückgang um fünf Prozent im Jahre 1984 erreichte der Kaffeeverbrauch 1985 mit 288 000 Tonnen fast wieder das Volumen von 1983. Wie der Kaffee-Verein Bremen in seinem Jahresbericht 1985 mitteilte, stieg der Absatz trotz einer Preissteigerung um durchschnittlich 5,5 Prozent auf 21,36 DM pro Kilogramm um vier Prozent. Der Verkauf von Schonkaffee, der 1984 noch um sechs Prozent geschrumpft war, zog um elf Prozent an. Dagegen ging der Absatz von gefriergetrocknetem Kaffeeextrakt um neun Prozent zurück. Bei sprühgetrockneter Ware gab es ein Wachstum von einem Prozent.

HANDEL

BDI fordert, UWG nicht zur Dauerbaustelle zu machen

hg, **Bonn**

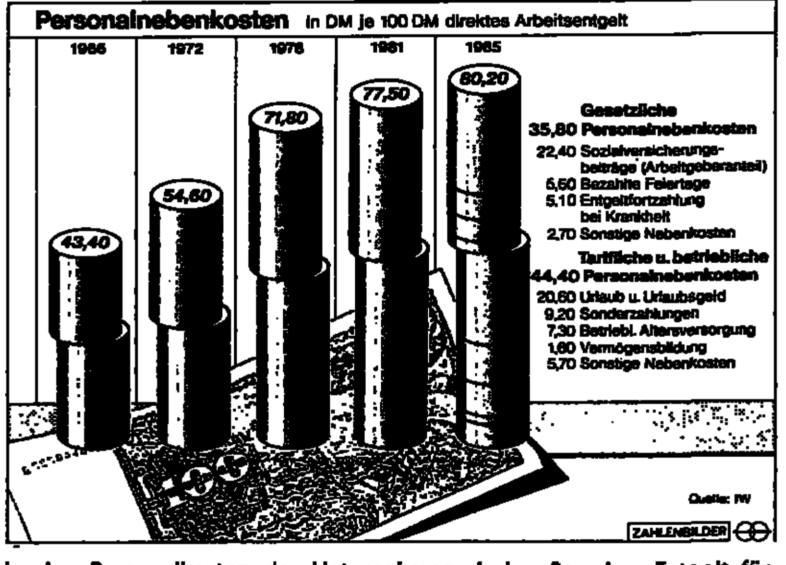
„Für den Kampf gegen die Konzentration im Handel ist das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb das falsche Schlachtfeld." So artikulierte ein Sprecher des Bundesverbands der Deutschen Industrie während der gestrigen Anhörung zur geplanten UWG-Novelle sein Unbehagen an dem, was die Koalitionsparteien als Entwurf auf den Tisch gelegt hatten. Änderungen an diesem Gesetz provozierten nur weitere Reparaturen, „und wir fürchten, daß man das UWG dann zur Dauerbaustelle macht".

Der Direktor des Instituts für Internationales Wettbewerbsrecht, Gerhard Schricker, empfindet die Koalitionsvorlage als „Sünde wider den Geist der Marktwirtschaft". Das vorgesehene Verbot der Werbung mit durchgestrichenen Preisen sei angesichts der geringen Zahl „schwindelhafter Teppichhändler" nicht zu rechtfertigen, denn es treffe viel häufiger den ehrlichen Kaufmann.

Schricker fürchtet, daß der Handel dann in seiner Werbung auf diffuse Begriffe wie „Niedrigstpreise" zurückgreift, und das sei viel verdächtiger als ein Preisvergleich. Er empfiehlt, dem Werbenden die Beweislast dafür aufzuerlegen, daß sein vorheriger Preis seriös und kein „Mondpreis" war. Im übrigen gebe es keine Rechtsordnung, in der ein ehrlicher Preisvergleich behindert wird, „und die EG-Nachbarn werden sich über das, was wir hier tun, sehr wundern".

Kritisches gab es auch zum geplanten Verbot von Räumungsverkäufen für Filialen zu hören. Der Justitiar von Hertie deutete die Folgen an: Wie soll der Konzern denn dieses Jahr überstehen, wenn wir die 15 zur Schließung vorgesehenen Filialen nicht ausverkaufen dürfen?"

WIRTSCHAFTS JOURNAL



In den Personalkosten der Unternehmen sind außer dem Entgelt für unmittelbar geleistete Arbeit noch Nebenkosten von beträchtlichem Ausmaß enthalten. Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) betrug der „zweite Lohn" 1985 bereits 80,20 DM je 100 DM Direktentgelt. Ins Gewicht fallen vor allem die Sozialversicherungsbeiträge, die der Arbeitgeber für die von ihm beschäftigten Arbeitnehmer zahlen muß. Außerdem entstehen durch tarifliche und betriebliche Vereinbarungen hohe zusätzliche Belastungen für die Unternehmen.
QUELLE: ZAHLENBILD

Beiersdorf darf auch sonntags arbeiten

Hamburg (rtr) – Das Hamburger Kosmetik- und Pharmaunternehmen Beiersdorf AG hat eine bundesweit als beispielgebend geltende Ausnahmegenehmigung vom Arbeitsverbot am Sonntag erhalten. Die Hamburger Arbeits- und Sozialbehörde teilte mit, im Harburger Werk des Unternehmens dürfe vom 1. Mai an bis längstens Ende 1990 an einer "Tesa"-Band-Maschine auch an Sonntagen gearbeit werden. Als Bedingung wurde vom Amt für Arbeitsschutz genannt, daß Beiersdorf für die Wochenendschichten neue Mitarbeiter auf Dauer einstellt und eine neue Produktionsanlage bis zum Ende der Ausnahmefrist errichtet. Beiersdorf hatte bereits im September 1985 im Rahmen dieses Modells sechs Mitarbeiter eingestellt, die bisher aber nur am Samstag und von Sonntag 18.00 Uhr bis Montag 6.00 Uhr arbeiten.

Übernahme untersagt

Berlin (rtr) – Der 1. Kartellsenat des Berliner Kammergerichts hat ein Verbot gegen den Zusammenschluß des Konstanzer "Südkurier" mit dem "Singener Wochenblatt" bestätigt. Das Bundeskartellamt hatte im Juni 1984 eine Beteiligung des "Südkurier"-Verlags an der Singener Wochenblatt GmbH & Co KG untersagt, da hierdurch die marktbeherrschende Stellung des "Südkurier" auf dem Anzeigenmarkt weiter verstärkt werde. Die hiergegen eingelegten Beschwerden wies der Senat jetzt zurück (Aktenzeichen: 1 Kart 8/84, B 6 32/82).

Weniger Emissionen

Frankfurt (cd.) – Im März wurden inländische Rentenwerte für brutto 21,7 (Februar 29,2) Mill. DM (Nominalwert) und netto 6,6 (14,0) Mrd. DM abgesetzt. Ausländische DM- Anleihen wurden für netto 3,0 (2,9) Mrd. DM abgesetzt und junge Aktien im Kurswert von 1,4 Mrd.DM. Investmentfonds plazierten Anteile für 1,2 Mrd. DM, und zwar ausschließlich Rentenfonds.

Monetäre Expansion

Frankfurt (cd.) – Die monetäre Expansion hat sich im März wieder verstärkt. Die Zentralbankgeldmenge übertraf den Durchschnitt vom vierten Quartal 1985 um 6,75 Prozent und bewegte sich damit deutlich über dem Zielkorridor (3,5 bis 5,5 Prozent). Kräftiger zugenommen haben vor allem die Bankkredite an den privaten Sektor mit Schwerpunkt bei kurzfristigen Ausleihungen. In den letzten sechs Monaten stiegen die Bankkredite an Unternehmen und Privatpersonen mit einer saisonbereinigten Jahresrate von gut 6,5 Prozent.

„Zielzonen prüfen"

Hamburg (DW). – Der Präsident der Landeszentralbank Hamburg, Wilhelm Nölling, hat sich für eine vorbehaltlose Prüfung der Bedingungen, unter denen für die wichtigsten Währungen Zielzonen eingeführt werden könnten, ausgesprchen. An dieser Prüfung müsse auch die Bundesrepublik mitwirken. Nach wie vor seien die Wechselkursschwankungen zu ausgeprägt, sagte Nölling vor der Vereinigung der Auslandsbanken in Deutschland. Hier gelte es, Abhilfe zu schaffen.

Zinssatz sinkt

Frankfurt (cd.) – Nur noch für Einzahlungen bis Ende April hält die Dresdner Bank den Zinssatz von 4,25 Prozent beim „Extra-Sparen". Danach gibt es nur noch vier Prozent für dieses Sparkonto mit gesetzlicher Kündigungsfrist, dessen Zins für ein Jahr fest zugesagt wird. Den höheren Zins von derzeit noch 4,25 Prozent erhält der Sparer nur, wenn er sein Konto mit einer Mindesteinlage von 5000 DM in diesem einen Jahr nicht antastet.

Ölförderung gestiegen

Hamburg (dpa/VWD) – Die Rohölförderung in der Bundesrepublik Deutschland hat sich 1985 gegenüber 1984 um 1,2 Prozent erhöht. Wie die Deutsche Shell AG in Hamburg mitteilte, wurden im vergangenen Jahr 4,1 Mill. Tonnen Rohöl gefördert. Mit 0,1 Prozent war der bundesdeutsche Anteil an der Weltrohölförderung jedoch verschwindend gering. Das meiste Öl sprudelte aus den Quellen im Gebiet westlich der Ems. Dort wurden 1,4 Millionen Tonnen gefördert. Stark zugenommen hat die Förderung im Gebiet nördlich der Elbe und im Oberrheintal.

VEREINIGTE STAATEN

Verschlechterte Auftragslage schockt die Aktienmärkte

Sbt. **Washington**

Weiterhin gemischt sind die Konjunktursignale, die Washington aussendet. Wie schon im Februar sank der Index der US-Verbraucherpreise im März noch einmal um 0,4 Prozent, so daß sich seit Jahresfrist eine Inflationsrate von nur 2,3 (Gesamtjahr 1985: 3,6) Prozent ergibt. Andererseits sanken die Aufträge des verarbeitenden Gewerbes für langlebige Gebrauchsgüter um 2,5 Prozent oder um 2,7 auf 105,1 Mrd. Dollar. Ohne die kräftige Zunahme der Rüstungsorders hätte das Minus 5,7 Prozent betragen. Nachdem die Ablieferungen der Unternehmen zwei Monate lang stagnierten, schrumpften sie um 2,1 Prozent, wobei der Rückgang im Transportbereich 10,6 Prozent ausmachte.

Nach den für März gemeldeten Einbrüchen im Einzelhandel, der Industrieproduktion und der Kapazitätsauslastung traf die verschlechterte Auftragslage die Märkte wie ein Schock. Am Dienstag fiel der Dow-Jones-Industrie-Index an der New York Stock Exchange um rund 25 auf 1830,98 Punkte. Keinen Eindruck machte die größere Preisstabilität, die hauptsächlich auf das Konto des Ölpreisverfalls ging. So verbilligte sich Energie im März um 6,5, Benzin sogar um 12 Prozent. In den USA liegen die Spritpreise heute um 26,9 Prozent unter ihrem Höchststand im März 1981.

Gegenüber dem Vorjahrsmonat verteuerten sich Dienstleistungen und Unterhaltung in Amerika um 6,2 und 3,7, die Gesundheitsfürsorge um 7,4 Prozent. Die Preise für Nahrungsmittel und Getränke stiegen um 2,1, für Wohnungen um 3,6 und für Bekleidung um 0,5 Prozent.

AUTOINDUSTRIE / Breitschwerdt: Nur hochwertige Produkte können bestehen

Beschäftigung ständig weiter erhöht

DW. **Bremen**

Die deutsche Wirtschaft könne international nur als Anbieter qualitativ hochwertiger und technisch überlegener Produkte bestehen. Darauf verwies Werner Breitschwerdt, Vorstandsvorsitzender der Daimler-Benz AG, auf einer Veranstaltung der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bremen, und erläuterte diese These anhand der Automobilindustrie: Trotz anfänglicher Verunsicherung der inländischen Kunden wurden im vergangenen Jahr in der Bundesrepublik mit 4,2 Mill. Pkw mehr als jemals zuvor produziert, und auch bei Nutzfahrzeugen gab es erstmals nach vier Jahren wieder einen Zuwachs.

Auch 1986 wird nach Breitschwerdts Einschätzung ein gutes Jahr für die Automobilindustrie werden. Zwar sei der Export, vor allem in den Dollar-Raum, schwieriger geworden, doch kämen die stärkeren Impulse wieder aus dem Inlandsgeschäft dank des verbesserten Konjunkturklimas und der gesunkenen Kraftstoffpreise.

Die positive Branchenentwicklung sei indes kein Zufallsprodukt oder das Geschenk einer konjunkturellen Augenblickslaune, sondern vor allem das Ergebnis einer zukunftsorientierten Strategie. Denn schon in den siebziger Jahren – so der Daimler-Benz-Chef weiter – „hätten wir unsere Position als Schlüsselbranche der deutschen Volkswirtschaft verloren, wenn wir in Produkt- und Produktionstechnik auf dem Stand der sechziger Jahre zu lange verharrt hätten".

Durch Produktinnovationen, durch Erweiterung des Ausstattungsumfangs und durch den Trend zu höherwertigen Autos sei nicht nur die Nachfrage gestiegen, sondern es habe sich auch der Wert eines Pkw aus deutscher Produktion seit Anfang der siebziger Jahre real um durchschnittlich 3,5 Prozent pro Jahr erhöht. Die damit verbundene Anreicherung der Arbeitsinhalte habe sich unmittelbar positiv auf die Beschäftigungsentwicklung bei Herstellern und Zulieferanten ausgewirkt.

Im Hinblick auf den Arbeitsmarkt-Effekt stellt Breitschwerdt fest, daß die Autoindustrie als einzige der großen Industriebranchen in der Bundesrepublik ihre Beschäftigung seit Beginn der siebziger Jahre habe weiter erhöhen können. Mit rund 810 000 Mitarbeitern erreichte die Zahl der Beschäftigten im vergangenen Jahr einen Höchststand.

Unter Hinweis auf die in den vergangenen fünf Jahren von den deutschen Automobilherstellern jährlich investierten acht bis zehn Millionen DM konstatiert er, daß dort, wo am meisten investiert werde und wo sich der technische Fortschritt am schnellsten vollziehe, die Arbeitsmarktprobleme am geringsten seien.

ITALIEN

Schuhpreise halten vom Kauf ab

ds. Mailand

Die Italiener werden zwar nicht barfuß gehen, ihre Konsumgewohnheiten auf diesem Gebiet unterliegen neuerdings aber einem einschneidenden Wandel. In den letzten drei Jahren sank der Binnenabsatz von Schuhen um 24 auf 158 Millionen Paar. Verantwortlich war dafür die Preisexplosion, die sich vor allem elegante Lederschuhe gefallen lassen mußten. Infolge dieser Entwicklung mußten 1985 beinahe 400 Einzelhändler ihren Laden schließen.

Wegen der anhaltend schwachen Entwicklung der Inlandsnachfrage sind die Hersteller gezwungen, auch weiterhin ihre Anstrengungen auf den Export zu konzentrieren. Hier verzichten sie auch auf die Margen, die im Inlandsgeschäft üblich sind. 1985 erhöhten die italienischen Exportunternehmen ihre Listenpreise durchschnittlich um fünf Prozent, womit die Inflationsrate nur zum Teil an die Auslandskundschaft weitergegeben wurde.

Nach Angaben des Mailänder Fachverbandes der italienischen Schuhindustrie exportierte die Branche im Jahre 1985 insgesamt 435 Millionen Paar Schuhe, 10,6 Prozent mehr als im Vorjahr; während dem Wert nach die Ausfuhr um 15,3 Prozent auf 7105 Mrd. Lire zunahm. Größter Kunde war 1985 die Bundesrepublik Deutschland, die ihre Bezüge aus Italien um 4,3 Prozent auf 98 Millionen Paar erhöhte. In der italienischen Schuhindustrie gibt es gegenwärtig 9500 Betriebe mit 135 000 Beschäftigten. Viele haben nicht mehr als zehn Angestellte.

Anzeige

Politische Urteilskraft kann man abonnieren.

Bitte:

An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bitte liefern Sie mir vom nächsterreichbaren Termin an bis auf weiteres

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

zum monatlichen Bezugspreis von DM 27,10 (Ausland 37,10, Luftpost auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Vorname/Name: ____
Straße/Nr.: ____
PLZ/Ort: ____
Beruf: ____
Vorw./Tel.: ____
Datum: ____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift: ____ 01-473

Sie haben das Recht, eine Abonnementsbestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

FRANKREICH / Franc-Abwertung zwingt ausländische Pkw-Hersteller zu Preiserhöhungen – Qualität gefragt

Deutsche Autos setzen sich am Markt durch

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französischen Importeure deutscher Automobile haben in den letzten Tagen ihre Verkaufspreise um zwei bis vier Prozent erhöht – mit Ausnahme des Volkswagenwerks, das Ende des Monats folgt. Das sind die Folgen der Abwertung von Anfang April.

Unter Berücksichtigung der noch *zu alten Preisen importierten Wagen* dürften danach die früheren Gewinnspannen erhalten bleiben, während sie die französische Automobilindustrie auf dem deutschen Markt bei unveränderten Preisen entsprechend der Abwertung aufbessert.

Die deutsche Automobilindustrie verdiente in Frankreich bisher gut. Erfolge meldet vor allem Daimler-Benz. Seine französische Tochter Mercedes-Benz France (MBF) weist für 1985 einen Reingewinn von 25 Mill. Franc aus, der dem Pkw-Sektor zugeschrieben wird, nachdem die Verluste im Nutzfahrzeugbereich 1984 ein Defizit von fünf Millionen Franc gebracht hatten. An den um zehn Prozent auf 6,3 Mrd. Franc gestiegenen MBF-Umsatz waren Pkws mit 37,6 Prozent beteiligt.

Die anderen Importeure halten sich mit Angaben zur Ertragslage zurück. BMW spricht von einem unverändert positiven Ergebnis, bei einem um 1,8 Prozent auf 2,25 Mrd. Franc gestiegenen Pkw-Umsatz. Die Firma verkauft in Frankreich nahezu zu deutschen Preisen plus Mehrwertsteuerdifferenz, während die Daimler-Tochter *etwa 20 Prozent* zuschlägt. Dieser Aufschlag wird mit *der außergewöhnlich starken Nachfrage* nach Mercedes-Wagen erklärt, der ein von Stuttgart niedriggehaltenes Angebot gegenübersteht. So muß der französische Mercedes-Kunde trotz des allgemein schwachen Marktes zwischen vier und 15 Monate auf sein Auto warten.

Zwar hat Mercedes seinen Anteil an den gesamten französischen Pkw-Zulassungen 1985 nur auf 1,19 (1,08) Prozent erhöht. Aber in „seiner" Preisklasse von über 100 000 Franc waren es 15,9 (15,1) Prozent. MBF stand damit an zweiter Stelle nach Renault, der dank des R25 auf 30,4 (27,2) Prozent Anteil kam.

BMW litt hingegen unter dem Trend zum Kompaktwagen; der Zulassungsanteil schrumpfte auf 1,66 (1,72) Prozent und in der über 100 000 Franc-Klasse auf 14,7 (17,6) Prozent. Inzwischen aber holen die Bayern wieder auf. Im ersten Quartal dieses Jahres konnten sie ihren Frankreich-Absatz um 20 Prozent steigern, nach*dem schon im letzten Quartal 1985* die Auftragseingänge um 45 Prozent zu*genommen hatten. Nach der* „Konsolidierungsphase" der letzten zwei Jahre ginge es jetzt wieder stark bergauf.

Auch die *Ford-Gruppe* verbuchte wegen des spät eingeführten neuen Escort-Orion Absatzverluste. Ihr französischer Marktanteil ging auf 7,55 (7,86) Prozent zurück, womit die Gruppe allerdings immer noch an erster Stelle unter allen Importeuren stand. Berücksichtigt sind dabei allerdings auch die nicht aus der Bundesrepublik eingeführten Wagen. Demgegenüber konnte Opel seinen Marktanteil auf 4,93 (4,35) Prozent ausweiten.

Eine starke Position in Frankreich besitzt die VW-Gruppe mit einem Marktanteil von 6,27 (5,55) Prozent, davon 1,39 (1,38) Prozent Audi. Auch umsatzmäßig steht die Gruppe mit über sieben Milliarden Franc an zweiter Stelle nach Ford, deren Umsatz von 8,94 Mrd. Franc nicht nur aus den Importwagen resultiert. Bei General *Motors entfällt etwa die Hälfte* des Umsatzes von 6,61 Mrd. Franc auf Opel-Wagen. Die beiden Gruppen profitieren in Frankreich von der behördlichen Begrenzung der japanischen Autoeinfuhr auf drei Prozent der Neuzulassungen. Sonst würden die Japaner einen Marktanteil von zehn Prozent besitzen.

Insgesamt wurden im ersten Quartal neun Prozent mehr Importwagen verkauft, wodurch sich deren Marktanteil auf 37,6 Prozent erhöhte. Im Jahresverlauf wird den Ausländern die allgemeine Nachfragebelebung zugute kommen.

NORDSEEÖL / London verbessert Bohr-Konditionen

Neue Lizenzrunde steht an

fu. London

Trotz der drastisch gefallenen Ölpreise hat die britische Regierung bestätigt, daß sie mit der zehnten Runde der Vergabe von Bohrkonzessionen für die Suche nach Öl und Gas im *britischen Nordseesektor wie geplant* vorangehen wird. Die Lizenzvergabe wird bis Anfang nächsten Jahres abgeschlossen sein. Sie kommt damit zu einer Zeit, in der praktisch alle Ölunternehmen ihre Etats für die Öl- und Gas-Exploration in der Nordsee zum Teil massiv reduziert haben.

So hat etwa der größte britische Ölkonzern BP vor kurzem mitgeteilt, sein Explorations-Budget in diesem Jahr um fast 30 Prozent, nämlich von gut 2,1 auf 1,55 Mrd. DM, zu kürzen. Immerhin 80 Prozent dieser Reduzierung entfällt auf die Nordsee.

Insbesondere für die kleineren Ölunternehmen, die nur mit Mühe die hohen Investitionen in immer unwirtlicheren Nordsee-Gebieten finanzieren und denen mit dem jüngsten Ölpreisverfall auch die Aussicht auf sehr hohe Renditen genommen worden ist, kommt die neue Runde zur Vergabe von Nordsee-Blöcken zur *unpassendsten Zeit*. Die Regierung in London versucht, die *Lizenzvergabe attraktiv zu gestalten.*

So wird im Gegensatz zu den letzten *Lizenzrunden* keiner der demnächst angebotenen Blöcke an den höchsten Bieter versteigert. Darüber hinaus wird zum ersten Mal seit der *sechsten Runde 1978* von einer sofortigen Anzahlung abgesehen. Außer*dem verzichtet* die Regierung darauf, Blöcke in entlegenen Offshore-Gebieten in das Angebot aufzunehmen; vielmehr liegen die Blöcke in direkter Nachbarschaft zu produzierenden oder nachgewiesenen Öl- und Gasfeldern der Nordsee.

Inzwischen hat das Shell-Esso-Konsortium das finanziell bislang ehrgeizigste Nordsee-Projekt aufgegeben. Für 2,5 Mrd. Pfund (8,3 Mrd. DM) sollten vier kleinere Öl- und Gasvorkommen im sogenannten Gannet-Gebiet und das Nachbarfeld Kitiwake östlich von Aberdeen zu einem Feld entwickelt werden.

ÖSTERREICH / Banken kämpfen nicht mehr so stark um Marktanteile – Reserven gestärkt

Kreditinstitute mit 1985 zufrieden

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Ein ausgesprochen gutes Jahr haben die österreichischen Banken und Sparkassen 1985 erlebt. Allerdings wurden die günstigen Rahmenbedingungen keinesfalls wie in früheren Jahren zu heftigen Positionskämpfen um Marktanteile genützt. Statt dessen machte sich allerorts ein Umdenken bemerkbar: Zumindest bei den Großinstituten war das Marktanteilsdenken erstmals seit vielen Jahren von untergeordneter Bedeutung. Im Vordergrund der Geschäftspolitik stand die Verbesserung der *Ertragslage* und die Stärkung der Reserven.

Dieses Umdenken war allerdings keineswegs eine selbstgewählte Disziplinierung. Vielmehr hatten Finanzminister und Notenbankchef mit *Wirkung per Anfang März* ein Selbstbeschränkungsabkommen erzwungen, *das allen Instituten (auch den* ausländischen) ein enges Zinskorsett *anlegte.*

Der Grund war eine über Jahre sich verschlechternde Eigenkapitalausstattung, die in einer Rangliste der *OECD die österreichischen Banken* inzwischen am untersten Ende aufscheinen ließ. Dies kam indes weniger vom sorglosen Handeln der Insti*tutsvorstände, sondern wurde durch* allzu lockere gesetzliche Bestimmungen *geradezu provoziert. Denn nach* der derzeit geltenden Fassung des *Kreditwesengesetzes war lediglich* eine Eigenmittelqoute in Höhe von vier Prozent der Verpflichtungen vorgeschrieben.

Der Finanzminister Franz Vranitzky, vormals Chef der Länderbank, ging allerdings bald nach Amtsantritt im September 1984 daran, die Bankengesetzgebung den internationalen Usancen anzupassen. In dem nun vorliegenden und bereits im parlamentarischen Ausschuß zur Debatte eingebrachten Entwurf wird schon ab dem nächsten Jahr das Eigenmittelerfordernis an der Bilanzsumme gemessen. Ab 1991 – nach einem Übergangszeitraum von *fünf Jahren* mit nur vier Prozent – gelten 4,5 Prozent *als Mindesterfordernis. Gemessen* daran liegt die Eigenkapitalquote derzeit kaum über zwei Prozent. Lediglich die Zentralsparkasse schaffte im *Vorjahr mit 2,87 Prozent den Bran*chenspitzenwert.

*Gemessen an den neuen Erforder*nissen werden die österreichischen *Institute jährlich zumindest zehn Mil*liarden Schilling den Eigenmitteln *zuführen müssen, was in Summe* während der nächsten fünf Jahre zwi*schen 50 und 70 Milliarden Schilling* bedeutet.

Unter diesem Aspekt ist auch zu verstehen, warum das Bankengewer*be sich schon im Vorjahr* mit einem Bilanzsummenwachstum von 8,3 *Prozent (1984: 9,7) zufriedengegeben* hatte – noch bis zu Beginn der achtzi*ger Jahre waren zweistellige Zu*wachsraten eine Selbstverständlichkeit. Die Großinstitute blieben sogar überwiegend hinter dem Branchendurchschnitt zurück.

Nach wie vor unbefriedigend ist in Österreich die Zinsspanne (Zinsensaldo in Prozent der Bilanzsumme), die sich nach allgemeiner Aussage erst ab Herbst 1985 zu verbessern begann und im Jahresdurchschnitt zwischen 0,7 und 1,2 Prozent lag – lediglich die Zentralsparkasse kam über zwei Prozent. Die Erträge aus Gebühren und Provisionen erbringen *lediglich* bei der Creditanstalt (CA) mit annähernd der *Hälfte des Zinsensal*dos ein befriedigendes Einkommen. Auch im vergangenen Jahr *konnte* sich die Branche nicht auf verursa*chergerechte Entgelte einigen.*

Das Einlagengeschäft zeigte einer*seits eine merkliche Verschiebung* hin zu längerfristigen Geldern, war aber auch beeinflußt vom Aktienboom und der Wiederbelebung des *Anleihemarktes, wodurch das Einla*genwachstum beeinträchtigt wurde, *im a. o. Ergebnis aber vor allem bei* CA und Länderbank ebenso erheb*liche Ertragssteigerungen erbrachte* wie das gesamte Dienstleistungs- und *Devisengeschäft.*

Insgesamt verbesserte sich das *Teilbetriebsergebnis* der großen Institute geradezu sprunghaft, liegt aber, gemessen an der durchschnittlichen Bilanzsumme mit Werten zwi*schen 0,32 und 0,79, vom Ziel noch* weit entfernt.

	CABV		Girozentrale		Länderbank		Zentralsparkasse		BAWG		Genoss. bank		Erste Österreichische	
	1984	1985	1984	1985	1984	1985	1984	1985	1984	1985	1984	1985	1984	1985
Bilanzsumme (Mrd. ÖS)	325,9	348,2	232,5	250,6	174	188,2	165,4	180,3	146,5	161,2	136,1	146,6	113,9	123,3
Auslandsanteil (Aktiva in %)	49	50	36	37	34,5	33,7	24,7	25	32	32	38	34	30,6	29,5
Zinsensaldo (Mill. ÖS)	3660	4091	1844	2019	1782	2113	3130	3498	1060	1234	919	1037	1633	1789
Provisionen und Gebühren (Mill. ÖS)	1519	1813	294,3	426,4	630,6	680	628	691	545	597	150,7	266,3	350	430
Reinergebnis (Mill. ÖS)	458,8	877,9	378	373,7	228,3	331,1	331,5	347,8	247	374,3	332,3	311,8	128,5	174,4

CABV = Creditanstalt; BAWAG = Bank für Arbeit und Wirtschaft
Reinergebnis = Jahresreingewinn, versteuerte und Investitionsrückl., Zuweisung an Sammelwertberichtigung

Rhône-Poulenc klagt über Dollarbaisse

J. Sch. Paris

*Dieses Jahr wird für den staatli*chen französischen Chemiekonzern Rhône-Poulenc nach Angaben seines Präsidenten Loik Le Floch-Prigent „schwierig" sein. Bereits im ersten Quartal wurde ein 4,5prozentiger Rückgang des Konzernumsatzes verbucht, nachdem sich dieser 1985 auf 56,10 (51,21) Mrd. Franc erhöht hatte. Auch der auf 2,31 (1,99) Mrd. Franc gestiegene Reingewinn dürfte schrumpfen.

Dafür verantwortlich gemacht wird vor allem die Dollarbaisse. Sie führe zu einer verschärften internationalen Konkurrenz mit besonderen Absatzschwierigkeiten in der Dollarzone. Die den Europa-Export fördernde Franc-Abwertung und DM-Aufwertung würde das nach Prigent nicht ausgleichen, obwohl der Konzern in der Bundesrepublik sehr stark vertreten ist (von seinem Umsatz entfallen 70 Prozent auf das Auslandsgeschäft). Weitere Schwierigkeiten erwartet Rhône-Poulenc aufgrund des Ölpreisverfalls.

Die zwei letzten „fetten" Jahre hatte der *Konzern zwar zur* Verminderung seiner Schulden genutzt. Mit 16,4 Mrd. Franc erreichen sie aber immer noch das 1,2fache der Eigenmittel, was im internationalen Vergleich sehr hoch ist. Das gleiche gilt für die Finanzkosten, die 3,3 Prozent des Umsatzes ausmachten – gegenüber allerdings noch 4,9 Prozent 1983. Die industriellen Investitionen blieben mit 7,14 Mrd. Franc und die Forschungsausgaben mit 2,86 Mrd. Franc korrekt.

Sorgenkind ist nach wie vor der textile Sektor. Er wurde weltweit zwar aus den roten Zahlen gehoben, *in Frankreich selbst ist er aber immer* noch defizitär. Das neue Sanierungs*datum heißt jetzt 1987.* Auch der Filmsektor ist inzwischen in die roten Zahlen geraten. Dagegen hat sich die Ertragslage in der Pharmazie und der Agrochemie verbessert. In den anderen Chemiebereichen, die 39,1 (40,5) Prozent des Konzernumsatzes stellen, ging die Rentabilität leicht zurück.

NACHRICHTEN AUS DEM AUSLAND

Weniger verdient

New York (dpa/VWD) – Der drittgrößte US-Autoproduzent, die Chrysler Corp hat im ersten Quartal diesen Jahres knapp 30 Prozent weniger verdient als ein Jahr zuvor. Der Gewinn von 356,9 Mill. Dollar zählt jedoch zu einem der besten Quartalsergebnisse in der 61jährigen Unternehmensgeschichte. Branchenführer General Motors (GM) verdiente in dem Zeitraum mit 1,064 Mrd. Dollar, ein Prozent weniger als ein Jahr zuvor.

Gespräche mit Australien

Rom/Brüssel (AP) – Von Gesprächen mit der EG-Kommission in Brüssel kommend ist der australische Ministerpräsident Bob Hawke zu Gesprächen mit der italienischen Regierung und einer Audienz beim Papst nach Rom geflogen. Vor seinem Abflug in Brüssel hatte Hawke seine Unterredungen mit dem Präsidenten der EG-Kommission, Jacques Delors, und Kommissionsmitglied Willy de Clery über die Probleme beider Seiten mit dem Agrarhandel als Erfolg gewertet. Der Streit um australische Einfuhren in die EG hatte sich in den letzten Wochen derart zugespitzt, daß de Clerq einen vorgesehenen Besuch in Canberra abgesagt hatte. Der Agrarhandel soll bei den kommenden multilateralen Handelsgesprächen eingehend behandelt werden.

Gewinn verdreifacht

London (dpa/UPI) – Der Triebwerkhersteller Rolls-Royce Ltd. hat seinen Gewinn vor Steuern für 1985 mit 81 Mill. Pfund (268 Mill. DM) gegenüber 1984 mehr als verdreifacht. Wie das Unternehmen mitteilte, stieg der Umsatz um 14 Prozent auf 1,6 Mrd. Pfund. Das Unternehmen soll im nächsten Jahr privatisiert werden.

Kreditanalyse

Rio de Janeiro (dpa/VWD) – Brasiliens Regierung erwägt eine „rigorose Aufklärung" der Herkunft und des Verbleibs der im Ausland aufgenommenen Kredite. Wie aus Pressemeldungen hervorgeht, soll die Bestandsaufnahme dazu dienen, widersprüchliche Angaben über die Verwendung des Geldes auszuräumen und die *künftigen Verhandlungen* mit den ausländischen Gläubigern über eine *umfassende Umschuldung vorzube*reiten. Brasilien ist mit etwa 100 Milli*arden Dollar das am höchsten* verschuldete Land der Welt.

Neue Börsenverbindung

London (VWD) – Die Londoner Börse hat eine elektronische Verbindung zum Handel mit Aktien mit der National Association of Securities Dealers' Automated Quotations System (Nasdaq) hergestellt. Die Nasdaq ist auf den Freiverkehr mit etwa 2200 Aktien in den USA spezialisiert. 270 in den USA im Freiverkehr gehandelten Aktien werden exakt mit den neuesten Kursen auf einem Bildschirm der Londoner Börse dargestellt. Gleichzeitig erfaßt die Nasdaq 288 in London gehandelte Papiere auf *elektronischem Weg. Dieses* Pilotprojekt ist auf zwei Jahre angelegt.

Gipfel-Thema

Washington (AP) – US-Außenminister George Shultz hat die Europäische Gemeinschaft beschuldigt, mit ihren Agrarsubventionen ein „Chaos" auf dem Weltmarkt anzurichten. Die Erweiterung der EG um Spanien und Portugal habe das Problem noch vergrößert. Nachdem die Beratungen über das Problem auf der Pariser OECD-Konferenz zu keinem Ergebnis geführt hätten, müsse auf dem Tokioter Weltwirtschaftsgipfel nach einer Lösung gesucht werden.

Rekord-Konsumausgaben

***London** (fu) – Die Einzelhandels*verkäufe in Großbritannien sind im *März* auf ein Rekordniveau gestiegen. Den jüngsten Statistiken zufolge erhöhte sich der Index der Konsumausgaben saisonbereinigt auf 119,4, nachdem er im Februar bei *117,2* gelegen hatte (1980 = 100). Im März letzten Jahres stand der Index bei 114. Im Wochendurchschnitt erreichten die *Einzelhandelsverkäufe im März 1,66* Mrd. Pfund (5,53 Mrd. DM) gegenüber *1,58 Mrd. Pfund im Februar.*

massa Einkaufszentren der Zukunft

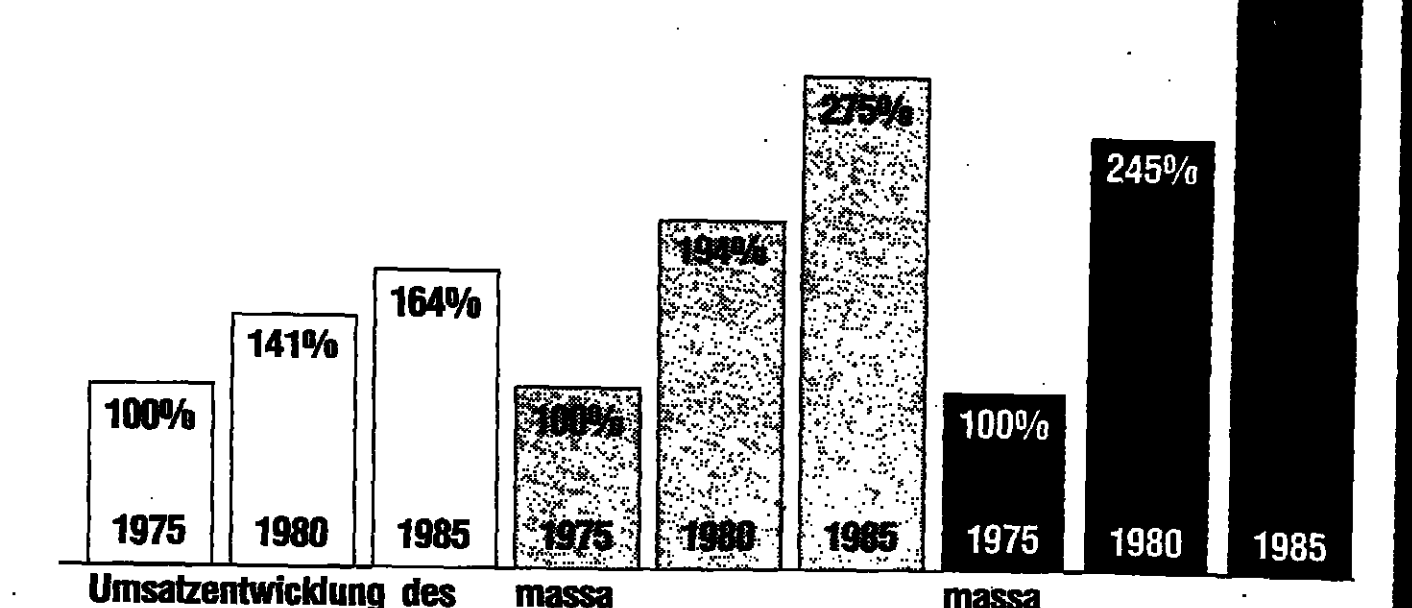
- Einkauf ohne Zeitverlust
- Optimale Standorte in Autobahnnähe
- Keine Parkplatzprobleme

Argumente, die für Handelsunternehmen der 90er Jahre entscheidend sein werden!

482 %



massa Aktien demnächst amtlich notiert.



Umsatzentwicklung des gesamten Einzelhandels
massa Umsatzentwicklung
massa Gewinnentwicklung

GERMAN OIL / Niedersachsen steuert Ausstieg an

Keine Belastung für das Land

dos, **Hannover**

Dem Land Niedersachsen sind aus dem Engagement bei der German Oil GmbH keinerlei Kosten erwachsen. Dies geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine Dringliche Anfrage der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag hervor. German Oil war vor Jahresfrist auf Betreiben des Landes gegründet worden, um die Wiederinbetriebnahme der von Mobil Oil stillgelegten Raffinerie in Wilhelmshaven zu erreichen.

Wirtschaftsministerin Birgit Breuel erklärte im Landtag, daß die Ende März fällig gewordene Konventionalstrafe in Höhe von 2 Mill. DM, die im Rahmen des Vorvertrags über den Kauf der Raffinerie zwischen German Oil und Mobil Oil vereinbart worden war, mittlerweile bezahlt wurde. Weder die German Oil, an deren Kapital von 2 Mill. DM das Land und die Norddeutsche Landesbank mit 45 Prozent beteiligt sind, noch die beiden Minderheitsgesellschafter seien aber dadurch belastet worden. Vielmehr habe der dritte Gesellschafter, die Maroil GmbH, diese Summe aufgebracht.

Auch der neue Optionsvertrag, der bis Ende April läuft und im Falle des Nichtzustandekommens eines Kaufvertrags eine Konventionalstrafe von 1 Mill. DM vorsieht, gehe allein zu Lasten von Maroil. Dies sei zwischen den Partnern der German Oil vereinbart worden.

Unabhängig davon verhandele German Oil weiterhin mit verschiedenen Interessenten, die über den Erwerb der Raffinerie in Wilhelmshaven und ihre Wiederinbetriebnahme nachdenken. Allerdings gebe es keine Erkenntnisse, ob die Verhandlungen erfolgreich zu Ende geführt werden können.

Nach den Worten Frau Breuels gibt es aber noch „andere Lösungen", wenn die Raffinerie von German Oil nicht erworben werden kann. Inzwischen hätten nämlich andere Unternehmen Interesse an der Übernahme bekundet. Kurzfristige Entscheidungen wurden aber wegen der Entwicklung auf den internationalen Rohölmärkten und der Schwierigkeiten innerhalb der Opec-Länder verzögert.

Obwohl die Ministerin über die Dauer des Engagements des Landes keine Angaben macht, wird in Branchenkreisen davon ausgegangen, daß mit Ablauf dieses Monats die 45-Prozent-Anteile an German Oil abgegeben werden. Mit Maroil seien bereits entsprechende Absprachen getroffen worden. Dies bedeute allerdings nicht, daß das Kapitel German Oil beendet sei. Vielmehr dürfte der dann alleinige Gesellschafter erneut um eine Verlängerung der Option bei Mobil Oil nachsuchen, um Zeit für weitere Verhandlungen zu gewinnen.

ERDGASMARKT / Industrielle Verbraucher klagen über Wettbewerbsverzerrungen durch das billige Öl

Die meisten Gaswerke senken vorzeitig ihre Preise

HANS BAUMANN, **Essen**

Rund drei Viertel der 500 selbständigen Stadtwerke in der Bundesrepublik Deutschland haben ihre Preise für Erdgas gesenkt. Die Preisnachlässe bewegen sich zwischen fünf und zehn Prozent. Damit weicht die Gaswirtschaft von ihrer bisherigen Praxis ab, die Gaspreise immer nur nach sechs Monaten zum 1. April und zum 1. Oktober den sich verändernden Heizölpreisen anzupassen.

Dieser Prozeß der Preisangleichung während der Referenzperioden wird mit markttaktischen Überlegungen begründet. Der starke Verfall der Heizölpreise von zum Teil über 90 Pfennig je Liter im Februar vorigen Jahres auf unter 50 Pfennig erfordert vorzeitige wettbewerbliche Reaktionen.

Besonderen Druck auf die Gasversorger üben die gewerblichen Gasverbraucher aus. Sie stehen in unmittelbarem Wettbewerb mit den Ölverbrauchern, die sich zur Zeit sehr günstig mit Energie eindecken können. Aber auch im privaten Bereich will die Gasversorgung Signale für die Verbraucher setzen, daß es sich lohnt auf Erdgas umzusteigen, ohne bei Preisnachlässen auf der Ölseite den Kürzeren zu ziehen. Obwohl die Gaswirtschaft sicher ist, daß der Einbruch der Preise für Heizöl vorübergehender Natur ist, will man doch mit der Herabsetzung des Erdgaspreises das eigene mengenmäßige Wachstum verteidigen.

Der Preisnachlaß für Erdgas wird sich nach Ansicht der Gaswirtschaft bis zum Oktober hinziehen. Zum 1. Oktober soll dann der Erdgaspreis mit dem Heizölpreis gleichgezogen haben. Dieses Datum ist besonders wichtig, weil dann die Heizperiode beginnt.

„Zweistelliger Nachlaß"

Die Ölheizer werden bis dahin während der Sommermonate günstig ihre Tanks füllen und dann kostengünstig während Herbst und Winter heizen können. Zum 1. Oktober muß also die Gaswirtschaft preislich die Wettbewerbsgleichheit wiederhergestellt haben. Die Frage, welches Ausmaß die Preissenkungen bis zum 1. Oktober haben werden, will die Gaswirtschaft zur Zeit nicht beantworten. Durchweg ist man aber bereit, einen „zweistelligen Nachlaß" zu signalisieren, der dann eher bei 20 als zehn Prozent liegen dürfte.

Daß das Erdgas dem Preisverfall beim Heizöl um fast 50 Prozent nicht folgt, wird so begründet: Als der Heizölpreis Anfang 1985 auf über 90 Pfennig je Liter stieg und eine bis dahin nicht erreichte Höhe erklomm, blieb der Erdgaspreis konstant auf einem Niveau, das in etwa einem Ölpreis von 65 bis 70 Pfennig entsprach. Die heutigen Ölpreissenkungen müssen also gegen dieses Preisniveau relativiert werden, um den Erdgaspreis zum 1. Oktober theoretisch zu kalkulieren. Zudem: Auf dem Preisniveau von 65 bis 70 Pfennig für Öl liegt der Erdgaspreis jetzt schon seit 1984.

Im Gegensatz zu Industrie und Gewerbe berührt den privaten Gasverbrauch der Ölpreisverfall nicht besonders. Die vertraglich festgelegten Preisanpassungen alle halbe Jahre vermeiden hektische Tagespreise für Gas, sie moderieren die Kosten. Der Gasverbraucher ist auch insofern dem Ölverbraucher im Aufwand für Energieverbrauch angepaßt, als nur ein Bruchteil der Ölheizer zur Zeit die besonders niedrigen Heizölpreise nutzen kann, weil sie noch aus ihren Tanks feuern, die sie vor Beginn der Heizperiode 1985/86 zu Preisen um 65 bis 70 Pfennig je Liter füllten.

Ölheizung dominiert

Obwohl die Gasindustrie auf den Verfall der Ölpreise ungewöhnlich reagiert, glaubt sie nicht, daß sie wieder Markt an das Heizöl verlieren wird. Ziel der Gaswirtschaft ist ein Anteil von 18 Prozent; 1985 betrug der Anteil 15,2 Prozent.

Zur Zeit werden sieben Millionen Wohnungen mit Gas geheizt. Anfang der neunziger Jahre sollen es rund acht Millionen sein. Aber auch dann wird das Öl dominieren. Es hat heute einen Anteil von 48 Prozent an der Wohnungsheizung. Das Erdgas liegt bei 27 Prozent. Auch am Wärmemarkt insgesamt überwiegt das Heizöl mit 42 Prozent gegenüber 29 Prozent des Erdgases.

BAYER

Dividende wird um eine Mark erhöht

J. G. **Düsseldorf**

Erwartungsgemäß schlägt auch die Bayer AG, Leverkusen, ihren 320 000 Aktionären für 1985 eine Dividendenaufstockung auf 10 (9) DM je Aktie vor (Hauptversammlung am 19. Juni). Nebst Steuergutschrift erhöht sich die Ausschüttung für den anrechnungsberechtigten Inlandsaktionär auf 15,62 (14,06) DM je Aktie. Rund 39 Prozent der Aktien dieser nach jüngster (Januar-) Erhöhung mit 2,84 (2,61) Mrd. DM Aktienkapital noch eindeutiger als zuvor größten deutschen Publikumsgesellschaft gehören ausländischen Aktionären.

Bei einem auf 523 (460) Mill. DM steigenden Ausschüttungsbetrag verwendet die Bayer AG aus ihrem auf 773 (660) Mill. DM verbesserten Jahresüberschuß einen auf 250 (200) Mill. DM erhöhten Betrag für die Rücklagendotierung. Noch stärkeren Akzent der Reservenbildung zeigt der Chemiekonzern in seinen Welt-Ergebnissen. Da besserten sich der Gewinn vor Steuern um 8,4 Prozent auf 3,15 Mrd. DM und der Jahresüberschuß um 22,3 Prozent auf 1,44 Mrd. DM.

Auch BASF schüttet zehn Mark aus

Wb. **Ludwigshafen**

Im Gleichklang mit Hoechst und Bayer will auch die BASF AG, Ludwigshafen, ihre Dividende für 1985 auf 10 (9) DM je Aktie auf 2,378 Mrd. DM voll dividendenberechtigtes Grundkapital erhöhen und die 200 Mill. DM zur Hälfte berechtigten Kapitals mit 5 DM je Aktie bedienen. Die Chemiegruppe hat im vergangenen Jahr 998 (895) Mill. DM nach Steuern bei einem Umsatzsprung im Konzern um knapp zehn Prozent auf 44,4 (40,4) Mrd. DM verdient. Den freien Rücklagen werden wieder 150 Mill. DM zugewiesen. Die Sachinvestitionen wurden im vergangenen Jahr um 36 Prozent auf 2,79 (2,05) Mrd. DM ausgeweitet. Die Belegschaft war um über 12 Prozent auf 130 170 (115 820) Mitarbeiter aufgestockt worden. Die Hauptversammlung findet am 20. Juni statt.

HAMBURGER SPARKASSE / Ergebnis auf hohem Niveau

Kontinuierlich gewachsen

JB. **Hamburg**

Die Hamburger Sparkasse, das mit Abstand größte deutsche Sparinstitut, ist auch im Berichtsjahr 1985 stetig gewachsen und hat das Ergebnis auf hohem Niveau gehalten. Im Zuge der Ausweitung des Geschäfts stiegen sowohl Zins- als auch Provisionsüberschuß. Im Dienstleistungsbereich spielte nach Angaben des Vorstandssprechers Peter Mählmann das überaus rege Wertpapiergeschäft eine überragende Rolle. Der Wertpapierumsatz bei der Haspa nahm einschließlich Eigenemissionen um 7,3 Prozent auf 4 Mrd. DM zu, allein die Aktienumsätze wuchsen um 136 Prozent auf 667 Mill DM.

Das Betriebsergebnis, das 1983 den Höchststand erreicht hatte, lag nach Angaben von Mählmann nur geringfügig unter dem des Vorjahres. Auch der ausgewiesene Jahresüberschuß ist leicht zurückgegangen. Er wird voll der Sicherheitsrücklage zugeführt, so daß die Eigenmittel auf 1,1 Mrd. DM steigen; das entspricht einer Eigenkapitalquote von 4,7 Prozent.

Die Ausweitung der Bilanzsumme um 1 Mrd. DM wurde zu 82,5 Prozent vom Anstieg der Kundengelder getragen. Die Spar- und Termineinlagen wuchsen und das Neugeschäft mit Eigenemissionen war lebhaft. Im Aktivgeschäft erhöhte die Haspa die neuen Kreditzusagen um 14,4 Prozent auf 3,7 Mrd. DM. Expansiv war vor allem das Kreditgeschäft mit der Privatkundschaft und Baufinanzierungen. Die Darlehenszusagen in dieser Sparte erreichten 1,3 Mrd. DM, der Bestand wuchs um 6,3 Prozent auf 7,8 Mrd. DM. Etwa die Hälfte entfiel auf Altbauobjekte, die den Eigentümer wechselten. Neubaufinanzierungen gingen auf ein Viertel zurück.

Die Entwicklung der Baufinanzierungen ist in den ersten Monaten dieses Jahres zurückhaltend. Offenbar, so Mählmann, hofften die Kunden auf weiter sinkende Zinsen. Das übrige Kreditgeschäft mit der Privatkundschaft und der gewerblichen Wirtschaft zeigten sich dagegen lebhaft. Fortgesetzt hat sich die rege Umsatztätigkeit mit Wertpapieren. Über alles erwartet Mählmann für die Haspa ein gutes Geschäftsjahr 1986.

Hamburger Sparkasse	1985	±%
Kundeneinlagen (Mill. DM)	19 148	+ 4,5
Spareinlagen	9742	+ 0,6
Bankengelder	2311	+ 2,8
Forderungen an		
Kunden	13 683	+ 1,9
Banken	3723	+ 4,7
Bilanzsumme	23 261	+ 4,5
Jahresüberschuß	72	- 5,3
Bilanzgewinn	42	- 8,7
Eigenmittel	1094	+ 11,8

Eisenhändler besorgt über die Ertragslage

Py. **Düsseldorf**

Trotz zusehends freundlicheren Konsumklimas sieht die E. D. E. Einkaufsbüro deutscher Eisenhändler GmbH, Wuppertal, in dem an Schärfe zunehmenden und die Ertragslage stark belastenden Wettbewerb sowie in der rückläufigen Wohnungsbau-Nachfrage „weit mehr als nur einen Schönheitsfehler" für künftige Umsatz- und Ertragserwartungen. Die mit gut 1070 Mitgliedern und deren 16 000 Beschäftigten überregional tätige Vereinigung mittelständischer Hausrat- und Eisenwarenhändler sieht für 1986 daher nur Chancen für ein reales Umsatzwachstum von zwei bis drei Prozent.

Dies ist nur etwas mehr als das, was 1985 mit real knapp zwei (6,1) Prozent auf 1,55 Mrd. DM im Durchschnitt erzielt wurde. Mit einem Plus von sieben Prozent auf 381 Mill. DM sah der Bereich Werkzeuge und Industriebedarf noch sehr gut aus, anders das Hausrat-, Glas- und Porzellan-Sortiment mit einem Minus von 3,1 Prozent auf 126 Mill. DM. Gut gehalten hat sich der Bereich Baubeschlag, Baugeräte, Baubedarf und Holz. Hier stiegen die Umsätze leicht um 0,4 Prozent auf 471 Mill. DM.

Der Marktanteil des Verbunds hat sich kontinuierlich auf 15 Prozent ausgeweitet. Die Mitglieder brachten es 1985 auf einen Umsatz von 3,9 (3,8) Mrd. DM. Mit „sehr gedrückt und oft besorgniserregend" bewerten die E. D. E.-Manager Eugen Treutwein und Peter Breidenbach die Ertragsseite der Gruppenmitglieder. Eine Reihe von ihnen weise Verluste aus und lebe daher letztlich von der Substanz. Oftmals würde sich die Investitionstätigkeit auf unvermeidbare Rationalisierungsmaßnahmen beschränken.

SCHIESSER / Marktstellung durch modische Wäsche- und Freizeitkleidung verbessert

Phase der Stagnation abgeschlossen

nl. **Stuttgart**

Mit einer forcierten Ausrichtung ihres Programms bei Wäsche, Homewear und Freizeitbekleidung in den modischen Bereich hinein will sich die zu den bedeutendsten Wäscheproduzenten zählende Schiesser AG, Radolfzell, eine noch bessere Ausgangsposition im Wettbewerb auf den Märkten verschaffen. Die Verkäufe für das laufende Jahr 1986 seien nach Angaben der Verwaltung vor allem bei Kollektionen ermutigend. In den ersten Monaten des laufenden Jahres lägen die Auftragseingänge wertmäßig um etwa fünf Prozent über dem Vorjahr. Für das ganze Jahr steuert man bei Schiesser auf einen Jahresumsatz von rund 460 Mill. DM zu.

In 1985 hatte Schiesser nach Beendigung einer dreijährigen Phase der Stagnation den Umsatz um 3,2 Prozent auf 437,4 Mill. DM ausgeweitet. Dabei lag man im Inlandsgeschäft wieder im Wachstum: Das Herrenwäsche-Geschäft verbesserte sich hier um 1 Prozent auf 172 Mill. DM, Damenwäsche kam auf 134 Mill. DM (plus 2 Prozent), Kinderwäsche- und Bekleidung erzielte 43 Mill. DM (plus 12 Prozent) und Freizeitbekleidung 28 Mill. DM (plus 9 Prozent).

Der Export stieg um 3 Prozent und macht unverändert 11 Prozent des Gesamtumsatzes aus. Die Produktionskapazitäten sind den weiteren Angaben zufolge über das ganze Jahr hinweg voll ausgelastet gewesen. An den Handel versandt wurden 49,6 (Vorjahr: 50,8) Mill. Bekleidungsstücke, wobei der Mengenrückgang durch den gestiegenen Anteil modischer Produkte mit höheren Preisen mehr als ausgeglichen wurde.

Der Preiskampf bei der Wäsche drückte freilich auf den Ertrag wie auch die Umstellung auf modische Sortimente die Rentabilität in der Großserienfertigung beeinflußte. Deshalb habe das Betriebsergebnis unter dem Vorjahr gelegen. Ausgewiesen wird ein auf 5 (7) Mill. DM verringerter Jahresüberschuß, aus dem eine von 14 auf 10 Prozent reduzierte Dividende auf das 48 Mill. DM betragende Aktienkapital ausgeschüttet wird.

Das zur schweizerischen Hesta-Gruppe gehörende Unternehmen investierte im Berichtsjahr 5,7 (6,5) Mill. DM bei 9 (9,2) Mill. DM Abschreibungen und Abgängen. Mit einer Eigenkapitalquote von 39,2 (37,1) Prozent steht Schiesser recht gut da. Beschäftigt wurden im Jahresdurchschnitt 3810 (3885) Mitarbeiter.

VOLKSWAGEN / Arbeitnehmer-Verband protestiert

Streit um Sozialwahlen

dos, **Wolfsburg**

Bei der Volkswagen AG haben Proteste aus der Belegschaft zu einem Stopp der Wahlen für die Vertreterversammlung der Betriebskrankenkasse (BKK) geführt. Nach Angaben eines VW-Sprechers sind die rund 115 000 Wahlunterlagen, die den stimmberechtigten VW-Mitarbeitern der Werke in Wolfsburg, Hannover, Salzgitter, Braunschweig, Emden und Kassel bereits zugesandt wurden, vom Wahlausschuß der BKK für ungültig erklärt worden, weil die Anonymität der Wähler nicht gewährleistet sei.

Die Proteste richten sich gegen die auf dem Wahlumschlag ausgedruckte Personal-Stammnummer, die nur unzureichend verschlüsselt worden war. Dabei handelt es sich um sechs- bis siebenstellige Zahlen, die nach Ansicht der Kritiker Rückschlüsse auf den jeweiligen Mitarbeiter zulassen. Die BKK habe diesen Weg gewählt, um den Wahlvorgang zu vereinfachen.

Diese Version wird indes bestritten. Ein Sprecher des ebenfalls für die Vertreterversammlung kandidierenden Deutschen Arbeitnehmer-Verbandes sieht darin vielmehr eine „von der IG Metall gesteuerte Manipulation". Es gehe darum, die Festigkeit der Gewerkschaftsmitglieder zur eigenen Organisation abzuklopfen; zumindest sei die Möglichkeit einer Kontrolle nicht auszuschließen.

VW weist diesen Verdacht entschieden zurück. Um aber jede Mißbrauchsmöglichkeit auszuschließen, würden nunmehr die Wahlunterlagen neu gedruckt. Die Stimmkarten sollen, wie bei Wahlen üblich, ohne Nummernaufdruck verschickt werden. Der Zeitplan der Wahlen, die bis zum 15. Mai abgeschlossen sein müssen, werde eingehalten.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Alfeld: Thomas König, Inh. e. Holzhandlung, Freden; **Bremen:** Hagedorn Transport GmbH; **Detmold:** E. K. Furnimex Möbelhandelsges. mbH, Lemgo-Hörstmar; **Hannover:** Krone u. Ziemann GmbH u. Co. KG Maschinenfabrikation, Langenhagen; **Hofgeismar:** Walter Becker Bau-Ges. mbH, Wahlsburg; **München:** „Crosby" Textilvertriebsges. mbH; TA-Bau Baurealisation GmbH, Garching; **Offenbach am Main:** ELRUFE Elektro + Sanitär Montage GmbH, Mühlheim a. M.; **Pforzheim:** Nachl. d. Adolf Walter Riehl.

Anschlußkonkurs eröffnet: Biberach/Riß: Josef Zeller & Söhne GmbH & Co. KG, Bauunternehmung; **Fürth (Bay.):** K + P Qualitätsbau Bauträger GmbH.

Vergleich eröffnet: Aschaffenburg: Roland Ritonja, Kaufmann.

Vergleich beantragt: Bielefeld: Mieterverein Bielefeld - Wohnungsbauges. mbH; Wohnbau Mieterverein Wohnungsbauges. mbH & Co. KG; **Saarlouis:** Richard A. Leinen Ingenieurbüro GmbH; **Vaihingen/Enz:** Alunorm-Bauelemente GmbH, Sachsenheim.

ALLGEMEINE KREDITVERSICHERUNG / Mit dem Prämienwachstum zufrieden

Zahl der Insolvenzen bleibt hoch

Py. **Frankfurt**

Prämienaufkommen, Schadenentwicklung und Ergebnis der Allgemeine Kreditversicherung AG (AKV), Mainz, ähneln dem berühmten Januskopf. In Richtung Prämienwachstum von 10,7 Prozent auf 171 Mill. DM kann die Gesellschaft zufrieden sein, der Blick auf das gegenüber dem Vorjahr verringerte Wachstum (24,4 Prozent) ist Ausdruck von Umsatzrückgang und Geschäftsstagnation in einzelnen Wirtschaftsbereichen.

Die günstige Exportkonjunktur sicherte das um 18,5 (38) Prozent auf 45 Mill. DM gewachsene Beitragsvolumen in der Ausfuhrkreditversicherung mit einem Deckungsvolumen von 9,2 (8) Mrd. DM. Dagegen aber bereitete die mit zwei Dritteln des Prämienaufkommens (90 nach 84 Mill. DM) größte Sparte, inländische Warenkreditversicherung, die es zusammen mit der Investitionsgüter-Kreditversicherung auf 32,6 (29,4) Mrd. DM Deckungsvolumen brachte, zunehmend Sorge.

Der Pleitegeier über insolvenzanfälligen Branchen und der Dreiviertel-Anteil von masselosen Konkursen ließ hier die Schadenquote steigen. Daß die gesamte Bruttoschadenquote von knapp 55 (47) Prozent der verdienten Beiträge nicht höher liegt, ist, so Vorstandsvorsitzender Hubert Beuter, der umsichtigen Risiko-Annahmepolitik zuzuschreiben. Das galt insbesondere für Risiken aus Leasing-Geschäften. Dreiviertel des Beitragszuwachses entstammte im Berichtsjahr aus 1985 und aus 1984 bereits angebahntem Neugeschäft, zum kleineren Teil aus der Erhöhung der Deckungssummen.

Das indirekte, überwiegend ausländische Geschäft brachte nicht nur ein gutes Plus von fast 20 Prozent, sondern, so Beuter, auch einen stattlichen Gewinn. Das Geschäft bringt aber nur acht Prozent des Umsatzes. Der höhere Schadensatz ließ auch das versicherungstechnische Ergebnis nach Zuführung von 1 (2,5) Mill. DM zur Schwankungsrückstellung von 4 auf 3,7 Mill. DM sinken. Dieser geringe Rückgang wurde durch um 20 Prozent gestiegene Erträge aus erstmals über 100 Mill. DM Kapitalanlagen mehr als wettgemacht.

Die Kapitalerträge machten auch die Erhöhung der Dividende an neun deutsche und sechs westeuropäische Versicherer (darunter Allianz und Münchener Rück zusammen 50 Prozent) von zwölf auf 14 Prozent möglich. Doch spielen bei der Erhöhung auch „die Interessen der ausländischen Aktionäre eine Rolle, die keine Steuergutschrift erhalten." Mit wieder 1 Mill. DM wurden die Rücklagen dotiert.

Trotz günstiger gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen befürchtet Beuter, daß sich hieraus keine positiven Folgen für die Insolvenzzahlen ergeben. Erste Zahlen ließen erkennen, daß 1986 allenfalls mit einer Stagnation zu rechnen sei. Daraus ergebe sich eine ständige Forderung an den Kreditversicherer nach erhöhten Deckungsvolumina.

Unsere Wertpapierberater empfehlen Ihnen jetzt die beiden neuen Aktienfonds des DIT: DIT-WACHSTUMSFONDS und DIT-SPEZIAL.

Wie erfolgreich der DIT und seine Fonds-Manager auf dem Gebiet der Wertpapieranlage agieren – das zeigt beispielsweise der DIT-Aktienfonds CONCENTRA. Er wurde am 26.3.1986 30 Jahre alt. Für die Anleger hat sich in diesen 30 Jahren das angesparte Kapital mehr als verachtzehnfacht.

Wertentwicklung:*		
Seit Gründung	+	1.706,2 %
10 Jahre	+	234,6 %
5 Jahre	+	207,6 %
4 Jahre	+	179,3 %
3 Jahre	+	122,4 %
2 Jahre	+	95,2 %
1 Jahr	+	68,7 %

* Bei Wiederanlage der Ausschüttungen, ohne Ausgabeaufgeld, per Ende März 1986.

Diese guten Ergebnisse in der Vergangenheit sind die beste Empfehlung für weitere Erfolge in der Zukunft. Sie können jetzt zwei neu aufgelegte deutsche Aktienfonds des DIT kaufen: den DIT-WACHSTUMSFONDS mit Aktien aus dem innovativen Bereich der Industrie und der Finanzdienstleistungen; und den DIT-SPEZIAL, der Aktien hochspezialisierter und in ihrem Bereich führender Unternehmen zusammenfaßt. Damit eröffnen Sie sich Chancen für eine überdurchschnittliche Wertentwicklung.

Auf Wunsch verwahren wir Ihre Fondsanteile für Sie. Aber natürlich können Sie die Zertifikate auch mit nach Hause nehmen.

Sprechen Sie mit einem unserer Wertpapierberater. Er sagt Ihnen gern mehr über die neuen DIT-Aktienfonds.

Dresdner Bank

In Berlin: BHI

DIT 4/1

MELITTA-KAFFEE / Den Flop von 1984 ausgebügelt

Explosive Preisentwicklung

hdt. Bremen

Am heißumkämpften deutschen Kaffeemarkt mit einem Gesamtvolumen von 5,7 Mrd. DM konnte der Melitta-Unternehmensbereich Kaffee seinen Umsatz 1985 um 6,5 Prozent auf 301 (282) *Mill. DM* steigern. Auf das Inland entfielen davon 235 Mill. DM (plus 10,1 Prozent). Im Exportanteil von rund 20 Prozent sind die Umsätze der eigenen Röstereien in den USA, in Japan und Brasilien nicht enthalten.

Seinen mengenmäßigen Marktanteil konnte *Melitta* im *Vorjahr* mit 4,1 (4,0) Prozent konsolidieren, er erhöhte sich im 1. Quartal 1986 auf 4,5 Prozent, nicht zuletzt infolge Ausweitung der Distribution in den Großvertriebsformen des Handels. „Die Verbraucher haben uns Kaffeeröstern den 400-Gramm-Fehltritt von 1984 offensichtlich verziehen", sagt Axel Wegner, Geschäftsführer in Melittas Kaffeebereich, der vor Jahresfrist auf den Standort Bremen konzentriert wurde. Nicht zufrieden ist Wegner jedoch mit der Ertragslage, obwohl diese erheblich besser sei als die „miserablen *Ergebnisse von 1984*".

Die Zukunftsperspektiven würden jedoch weitgehend von der Preisentwicklung bestimmt, die „explosiv" nach oben tendiere. Für 100 Kilogramm Rohkaffee, die im November 1985 am Weltmarkt noch knapp 900 DM kosteten, wurden im Januar 1986 bereits mehr *als 1400 DM* verlangt, immerhin ein Plus von 48 Prozent. *Die Ursache liege zum einen in der* für 1986 erwarteten niedrigen brasi*lianischen Ernte, bedingt durch eine* lange Dürreperiode. Zum anderen *spielten auch dadurch ausgelöste* Spekulationen eine Rolle.

Teilweise *auf spekulativer Basis* beruht nach Ansicht von Melitta auch *der Absatzanstieg in der Bundesrepu*blik im 1. Quartal. Hier spielten Vor*ratskäufe des Handels und der Ver*braucher eine Rolle. Der Endverbraucher-Durchschnittspreis für 500 Gramm Röstkaffee liege derzeit bei *11,70 DM und somit um 1,20 DM hö*her als zu Jahresbeginn. Langfristige *Voraussagen in die Zukunft seien ge*genwärtig nicht möglich, weitere *Preiserhöhungen aber zu befürchten.* Wenn auch die 15-DM-Marke vorerst *noch nicht in Sicht ist, so hält Melitta* ein Erreichen dieses Preisniveaus *langfristig für nicht ausgeschlossen.*

Anzeige

Die STREIF AG informiert:

Bauqualität bis ins Detail

Ein STREIF-Markenhaus, das heißt, die Qualität und die Sicherheit einer großen Marke. Das bedeutet: ein in geschützten Hallen unter gleichen Produktionsbedingungen individuell hergestelltes Haus. Ein Haus mit RAL-Gütezeichen. Ständige Güte-Inspektionen während der Herstellung garantieren *die STREIF-Qualität*. Im Fertigungsprogramm werden die Zwischenprüfungen für jedes STREIF-Markenhaus dokumentiert und als Qualitätszertifikat aufbewahrt. Zur Sicherheit des Bauherrn.

Diese besonders hochwertige und abgesicherte Art des Bauens trifft übrigens auch für die Aufbauleistung und alle handwerklich gefertigten Sonder-*Bauteile zu*. Das sichert Qualitätskonstanz und schützt vor Pfusch am Bau – *auch deshalb* ist die STREIF AG in Europa einer der führenden Hersteller *von Ein- und Zweifamilienhäusern.*

KERAMAG / Im Vorjahr wiederaufgenommene Dividende soll weiter steigen

Klar besser als die schwache Branche

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Konträr *zu dem mit Abstieg des* Wohnungsbaus flauen Geschäft der *deutschen Sanitärkeramikindustrie* beglückt der hier zweitgrößte Produzent *Keramag AG, Ratingen,* seine 2000 Aktionäre für 1985 mit Verbesserung der im *Vorjahr nach zwei Aus*falljahren wiederaufgenommenen Dividendenzahlung auf 4 (2,50) DM je Aktie (Hauptversammlung am 13. Juni). Unbeirrt von der auch für 1986 als flau eingeschätzten Branchenkonjunktur verkündet Vorstandsvorsitzender Wolfgang H. Molitor: „Wir arbeiten an weiterer Dividendenerhöhung."

Das Ertragswunder dieser einzigen Aktiengesellschaft der Branche hat besondere Gründe. Einerseits konnte man sich 1985 dem in der Branche neunprozentigen Produktionsrückgang nicht entziehen. Der Umsatz wurde mit 98,9 (99,8) Mill. DM nur deshalb fast konstant gehalten, weil die mit 87 Prozent von 18 Mill. DM Aktienkapital über die Pariser Allia S. A. zum französischen Konzern Lafarge Coppee gehörende Keramag ihren Handelsumsatz mit Standardware-*Importen von ausländischen* Schwestergesellschaften auf 12 (3) Mill. DM *steigerte. Bei nur noch 554* (612) Beschäftigten fiel das DVFA-Nettoergebnis denn auch auf 8,30 (12,19) DM je Aktie zurück.

Andererseits konnte Keramag den wiederum nur kaum zur Hälfte für die Dividende benötigten Jahresüberschuß von 3,3 (3,1) Mill. DM diesmal auch mit Teilbeträgen aus dem Sonderertrag beim Verkauf von zwei Finanzbeteiligungen füttern. Die bei nun 17,1 (15,3) Mill. DM angelangten offenen Rücklagen, denen 18,5 (10,2) Mill. DM flüssige Mittel gegenüberstehen, will man in kommenden Jahren gleichfalls zum Teil an die Aktionäre auskehren, wenn sich angestrebte („branchenverwandte") Neuerwerbungen aus der reich gefüllten Kriegskasse nicht realisieren sollten.

Erfolgreich im Markt sieht Keramag weiterhin seine modernen Badkeramik-Serien, deren Umsatz 1985 *um 13 Prozent gesteigert wurde. Zu*sätzliche Impulse zumal in der Ent*wicklung neuer Produktionstechnik* erhofft man sich, nachdem Japans *führender Sanitärkeramik-Hersteller* Toto einen Anteil von 14 Prozent (mit *der Option auf bis zu 40 Prozent Be*teiligung) an der Allia S. A. erworben hat.

Wie andere in der Branche auch, muß Keramag bei geschrumpftem Volumen der Wohnungsneubauten bereits 70 Prozent seines Umsatzes auf dem Heimatmarkt aus dem Sektor Sanierung/Renovierung holen; Anfang der 70er Jahre waren das erst 20 Prozent. Angesichts eines Potentials von 13 Millionen Wohneinheiten, die vor 1951 errichtet wurden, sieht der Vorstand da auf viele Jahre hinaus noch beträchtliche Chancen eines riesigen Renovierungsmarktes zumal im kaum importanfälligen Bereich der „oberen Produktsegmente und der Luxus-Kollektionen".

DVS / Kritik an Schadenversicherern

Strapazierte Beziehungen

Py. Düsseldorf

Mit Worten herber Kritik gegenüber der Versicherungswirtschaft wurde auf der Hauptversammlung des Deutschen Versicherungs-Schutzverbands (DVS) nicht gespart. Georg Küpper, Geschäftsführer der 1895 gegründeten und zur Zeit rund 4500 Mitglieder aus Gewerbe und Industrie zählenden Organisation, sah die Beziehungen zwischen „Vertrauen in die Leistung" (Lebensversicherung) und „schwerer Enttäuschung" (Auto- und Betriebshaftpflichtversicherung) arg strapaziert.

Küpper kritisierte vor allem die gegenüber den vorherigen Kraftfahrt-Tarifwerten noch gestiegene Unübersichtlichkeit. Ein Fahrzeug könne als Folge der übertriebenen Regionalisierung in Haftpflicht-, Teil- und Vollkasko in drei verschiedenen Regionalklassen versichert sein.

In eine ernste Vertrauenskrise seien die Versicherer dagegen bei der Deckung von US-Haftpflichtrisiken geraten. Nachdem der US-Markt offenkundig schwierig *geworden* ist, werde von deutschen Versicherern versucht, die deutsche *Industrie mit* Versicherungsprämien zu belasten, die nicht einmal die amerikanischen Gesellschaften ihren US-Kunden zumuten würden. Küpper: „Der DVS hält eine Differenzierung zwischen deutschen und amerikanischen Risiken für dringend erforderlich." Man erwarte, daß der besonderen Risikolage und den langjährigen Geschäftsverbindungen zu *deutschen Indu*striekunden Rechnung getragen werde.

Bei der Regulierung von deutschen Gewässerschäden seien dem DVS nur wenige Fälle *bekannt*, in denen die Versicherer zufriedenstellend reagiert hätten. Fast immer sei zu beobachten, daß sich die Versicherer die Beweisnot der Kunden zunutze machen und Restrisiken ablehnten, weil öffentlich-rechtliche Ansprüche der Kommunen nicht ausdrücklich mitversichert seien.

BUNDESPOST / Wirtschaft wehrt sich gegen die Gebührenpolitik für Mietleitungen

Der Monopolist spielt seine Macht aus

JÜRGEN KARAD, Köln

*Der Dauerstreit zwischen der Deut*schen Bundespost und seinen Miet*leitungsnutzern spitzt* sich zu. Nachdem der Postverwaltungsrat der 29. *Änderungsverordnung* der Fernmeldeordnung noch nicht zugestimmt *hat, ist das Tarifierungsmodell* „nutzungszeitabhängige Tarifierung" („*nT*") *von der Bundespost noch* nicht auf internationalen Mietleitun*gen realisiert.*

Die Einführung dieses Tarifs kann *als Musterbeispiel gelten, wie ein Mo*nopolist seine beherrschende Stellung *rigoros ausnutzt,* um seine Vorstellungen von zukünftiger Telekom*munikationspolitik durchzusetzen.* Im Prinzip geht es um einen einfa*chen Vorgang: Die Deutsche Bun*despost als Netzmonopolist stellt einem *Unternehmen ein* „Datenleitungsleerrohr" zur zeitlich unbe*grenzten Nutzung zur Verfügung. Da*für forderte sie bisher, wie internatio*nal üblich, eine Mietpauschale für* Leitung und Wartung.

Die zahlreichen nationalen und internationalen Mietleitungsnetze wie START, *Lufthansa,* DATEV und andere internationale Firmennetze, sprechen dafür, daß diese Art der Leitungsnutzung den Wünschen der Informationsverarbeiter hinsichtlich Transportsicherheit, Leistungsfähigkeit und Kalkulierbarkeit entsprach. Neue, zukunftsweisende Anwendungen, zum Teil in Geschwindigkeitsklassen, die weit über die Kapazität *des angekündigten* ISDN-Netzes hinausgehen, wurden auf der Basis von pauschaltarifierten Mietleitungen geplant. Dies war und ist der Deutschen *Bundespost ein Dorn im Auge:*

1. Sie befürchtete Einnahmever*luste durch optimale Nutzung der* Mietleitungen; was von der Post als Tarifarbitrage und „Rosinenpicken" diffamiert wird.

2. Sie *sieht eine Konkurrenz zu den* geplanten ISDN-Netzen der Post.

Deshalb *entwickelte die Bun*despost das Prinzip der volumenab*hängigen bzw. nutzungszeitabhängi*gen Tarifierung: Auf die Mietpau*schale wird ein mengenabhängiger* Faktor zugeschlagen. Übertragen auf *einen Wettbewerbsbereich würde das* Ergebnis wie folgt aussehen: Ein Au*tohändler bietet den Kunden Fahr*zeuge zum festen Preis an, verlangt *aber zusätzlich noch monatlich* Kilometergeld.

Doppelter *Effekt der* Poststrategien: Einerseits wird die Lust am „Rosinenpicken" genommen und andererseits der Druck auf die Anwender zur Nutzung des neuen ISDN-Netzes verstärkt. Der DIHT und andere Spitzenverbände fürchten zu Recht, daß durch die Einführung dieses Tarifprinzips der deutschen Volkswirtschaft auf dem internationalen Informationsmarkt nicht gutzumachende Wettbewerbsnachteile entstehen.

Doch die Deutsche Bundespost ist als Monopolist stark genug, um den Kritikern zu trotzen. Zudem sät sie geschickt *Zwietracht* in den Reihen der Gegner, indem sie das Gebührenmodell damit verkauft, daß sie auf Ungleichgewichte in der Tarifstruktur zwischen Miet- und Wählleitungen verweist und die „Harmonisierung" als Grundvoraussetzung für eine spätere Liberalisierung hinstellt. Dabei verschweigt sie, daß die Gebühren für Wählleitungen nach allen möglichen, nur nicht nach Kostengesichtspunkten entwickelt wurden.

Die von den Spitzenverbänden der Wirtschaft in einer gemeinsamen Stellungnahme geforderte und von der Bundesregierung im Jahreswirtschaftsbericht 1986 verankerte Kostenorientierung der Fernmeldegebühren als *Grundlage einer* gesamtwirtschaftlich notwendigen Liberalisierung des Telekommunikationssektors findet weder in der anstehenden 29. Änderungsverordnung der Fernmeldeordnung noch in dem Entwurf einer Telekommunikationsordnung ihren Niederschlag. Der Postverwaltungsrat hat es jetzt in der Hand, eine Kostenorientierung der Gebühr zu verlangen. Der deutschen Volkswirtschaft würde dadurch ein unschätzbarer Dienst erwiesen.

Der Autor ist wissenschaftlicher Referent bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in Köln.

PEDUS / Dollar-Kurs bremst das Wachstum

Büro-Service wird ausgebaut

sz. München

Eine Konsolidierungsphase, die durchaus drei Jahre dauern kann, will die Münchner Dienstleistungsgruppe Pedus International P. Dussmann GmbH & Co. KG in der nächsten Zeit einlegen. Zumindest so lange, wie die beiden 1985 gestarteten neuen Diversifikationsbereiche, die Senioren-Wohnstifte und der Büro-Full-Service, sich noch in der Verlustzone befinden. Für den dynamischen Firmenchef Peter Dussmann bedeutet dies jedoch nicht, sich mit neuen Aktivitäten zurückzuhalten.

Ermuntert durch die Anfangserfolge bei der Vermietung volleingerichteter Büros in München (100 Einheiten) und in Düsseldorf (250) sollen noch in den nächsten eineinhalb Jahren insgesamt 1100 Büros in zehn deutschen und acht ausländischen Städten eröffnet werden. Bei Vollauslastung erwartet Dussmann dann einen Umsatz von etwa 30 Mill. DM. Das notwendige Investitionsvolumen von rund 15 Mill. DM soll aus Eigenmitteln bestritten werden.

Im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.) *konnte die Gruppe, die sich seit 1963* von einem Gebäudereiniger zur größ*ten europäischen Dienstleistungs*gruppe mit Vollverpflegung über Klinikhygiene *bis hin zu* Sicherheits- und Wirtschaftsdiensten entwickelt *hat, ihren Umsatz um 22 Prozent auf* 475,9 Mill. DM ausweiten. Davon ent*fielen 144,4 Mill. DM* (plus 9 Prozent) auf das Inland und *331,5 Mill. DM* (plus 29 Prozent) auf die vier Aus*landstöchter in den USA, Österreich,* Italien und Luxemburg. Die Umsatzrendite stagnierte nach Angaben von Dussmann bei 1,8 Prozent.

Das laufende Geschäftsjahr 1985/86 wird allerdings, so Dussmann, einen Rückgang des Gruppenumsatzes von etwa 4 Prozent auf 460 Mill. DM bringen. Zwar soll das Inlandsgeschäft um beachtliche 28 Prozent auf 185 Mill. DM ausgeweitet werden. Dies wird jedoch nicht ausreichen, das – wegen des Dollar-Kursverfalls – Minus im Auslandsumsatz von 17 Prozent auf rund 275 Mill. DM auszugleichen. Zudem werden die amerikanischen Pedus-Gesellschaften durch „eine bewußte Konsolidierungsphase" und die Aufgabe von unrentablen Kunden nur noch einen Umsatz von 80,4 (82,1) Mill. Dollar beisteuern. Derzeit beschäftigt die Gruppe 20 015 (19 132) Mitarbeiter, davon 9932 (9138) im Inland.

Nach einer in Auszügen vorgeleg*ten konsolidierten Bilanz werden für* 1984/85 langfristige Verbindlichkei*ten von 25,3 (24,7) Mill. DM und kurz*fristige von 51,4 (41,8) Mill. DM bei *einem Eigenkapital von 32,3 (27,9)* Mill. DM ausgewiesen. Das Anlagevermögen gibt *Dussmann mit 30,2* (23,6) Mill. DM, das Umlaufvermögen *mit 78,7 (70,9) Mill. DM* an. Investiert wurden 14,5 (17,4) Mill. bei Abschreibungen von 5,8 (4,8) Mill. DM.

NAMEN

Dr. **Theodor Pieper**, *Haupt*geschäftsführer der Niederrheinischen *Industrie-* und Handelskammer Duisburg-Wesel-Kleve, feiert heute seinen 60. Geburtstag.

Rudolf Ströhlein, bislang Erster *Direktor* der *Hauptstelle* München der Landeszentralbank in Bayern, ist als *Nachfolger* von **Herbert Zimmer**, der Ende April in den Ruhestand treten wird, zum Vizepräsidenten berufen worden. Zum Leiter der Hauptstelle München wurde Dr. **Joachim Lenhardt** bestellt.

Horst P. Herfert, für *Finanzen* und Verwaltung zuständiges Vorstandsmitglied der Deutsche SB-Kauf AG & Co., Bochum, hat im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Verkauf der Agros C & C-Märkte gebeten, von seinen Aufgaben entbunden zu werden. Er scheidet zum 30. April 1986 aus.

Peter E. Klein, seit 1984 Verkaufsleiter der Champion Zündkerzen Deutschland GmbH, Bad Homburg, wurde als Nachfolger von **Hans Jürgen Milsmann** zum *Geschäftsführer* bestellt.

Klemens Weber, Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Güterfernverkehrs, wurde zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für den Güterfernver*kehr gewählt.*

Heinz Döring wurde zum Präsidenten der Vereinigung Freischaffender Architekten Deutschlands e. V. (VFA) gewählt. Zum Vizepräsidenten wurde **Helmut Pralat** ernannt. **Werner Niemann** und **Helmut Bill** sind die neu gewählten Beisitzer im Präsidium. **Horst Schartow**, der bisherige Präsident, wurde zum Ehrenpräsidenten der VFA erklärt.

Deutschlands größtes „Unternehmen", der private Haushalt, bringt uns viel Vertrauen entgegen: Er hat bei uns nicht weniger als 5,2 Milliarden DM angelegt.

Wenn Sie mehr über die KKB Bank erfahren wollen, fordern Sie unseren Geschäftsbericht an.

Name:

BMZ 6214/We.5

Adresse:

KKB Bank, Hauptverwaltung, Kasernenstr. 10, 4000 Düsseldorf 1.

KKB Bank

Die Bank für den privaten Kunden.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Varta erhöht Dividende

Bad Homburg (dos) – Eine von 7,50 DM auf 8,50 DM erhöhte Dividende pro Aktie im Nennwert von 50 DM schlägt die Verwaltung der Varta AG, Bad Homburg, der Hauptversammlung (11. Juni in Hagen) für das Geschäftsjahr 1985 vor. Das zur Quandt-Gruppe gehörende Unternehmen weist einen Jahresüberschuß von 33,6 (29,6) Mill. DM aus. Daraus werden den *Rücklagen 16,8 (14,8) Mill.* DM zugeführt. Das Varta-Grundkapital beträgt 98,94 Mill. DM.

DLW gibt 11 DM

Stuttgart (nl) – Die Verwaltung der DLW AG, Bietigheim, schägt der HV am 7. Juli vor, für 1985 eine Dividende von unverändert 11 DM je 50-DM-Aktie auf das Aktienkapital von 58,5 Mill. DM auszuschütten. Der Umsatz des DLW-Konzerns ist im vergangenen Jahr um 1,9 Prozent auf 724 (Vorjahr: 738) Mill. DM zurückgegangen.

Großaufträge für Claas

Harsewinkel (dos) – Zwei Großaufträge im Wert von rund 40 Mill. DM hat der Erntemaschinen-Hersteller *Claas oHG, Harsewinkel,* hereingenommen. So hat Algerien 500 Mähdrescher bestellt; weitere 200 Maschinen werden in den Nahen Osten geliefert. Erst vor kurzem hat Claas einen Auftrag aus Ungarn über die Lieferung von 300 Großmähdreschern erhalten.

Garny: Neues Kapital

Frankfurt (Wb.) – Die Garny AG, Mörfelden-Walldorf, schlägt ihrer HV am 3. Juli eine Dividende von unverändert 7,50 DM je Aktie vor. Um die weitere Expansion mit hohem Eigenkapital-Anteil – die Quote liegt in der AG bei 67 Prozent, im Konzern bei 39 Prozent – bewältigen zu können, sollen die Aktionäre ein genehmigtes Kapital von 5 Mill. DM schaffen.

Escada geht an die Börse

Frankfurt (Wb.) – Der Damenoberbekleidungshersteller Escada AG, München, will im Mai an die Börse gehen. Geplant ist die Plazierung von 8,5 Mill. DM stimmrechtlosen Vorzugsaktien. Die 22 Mill. DM Grundkapital des Unternehmens bestehen in je 11 Mill. DM Stamm- und Vorzugsaktien. Escada hat 1984/85 bei einem Konzernumsatz von 238 Mill. DM einen Jahresüberschuß von 12,6 Mill. DM verdient.

Plus durch Tennisboom

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Tennisboom soll der Ellen Betrix GmbH, Dreieich, helfen, ihre Umsätze nach oben zu treiben. Das Kosmetik-Unternehmen will *1986* erstmals umfangreich bei deutschen Tennisturnieren werben. Nach einer Umsatzsteigerung der Gruppe 1985 um 12 Prozent auf 250 Mill. DM wird 1986 eine Zunahme von 3 bis 5 Prozent erwartet. Die Zahl der Beschäftigten stieg im Inland erstmals über 1000.

VW: Option auf 11 Prozent

Hamburg (dpa/VWD) – Die Volkswagen AG, *Wolfsburg*, die durch den Verkauf ihrer Tochter Triumph-Adler AG, Nürnberg, an die Ing. C. Olivetti Spa., Ivrea, mit 5 Prozent am Olivetti-*Kapital* beteiligt wird, hat eine Option auf insgesamt 11 Prozent. Die Ausübung dieser Option sei an keine Frist gebunden, sagte der stellvertretende VW-Vorstandsvorsitzende, Horst Münzner, gestern in Hamburg.

BASF / Neues Modell der betrieblichen Sozialpolitik tritt zum 1. Juli in Kraft

Erziehungsurlaub für sieben Jahre

JOACHIM WEBER, Ludwigshafen

Die Entscheidung zum eigenen Kind soll den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BASF AG, Ludwigshafen, künftig leichter fallen: Am 1. Juli tritt ein Modell der betrieblichen Sozialpolitik in Kraft, nach dem jeweils ein Elternteil nach der Geburt eines Kindes und dem anschließenden Erziehungsurlaub für maximal sieben Jahre aus seinem Beschäftigungsverhältnis ausscheiden kann, um danach – mit Wiedereinstellungsgarantie – an einen vergleichbaren *Arbeitsplatz zurückzukehren.*

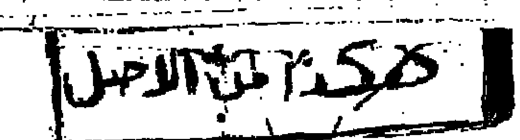
Interessant ist das Beiwerk dieses *Programms: „Wenn wir Mitarbeitern* diese Möglichkeiten einräumen, müs*sen wir erwarten, daß sie von sich aus* alles unternehmen, um ihre berufliche Qualifikation zu erhalten", betont Hanns-Günter Krüger, Chef des Personalwesens im 50 000-Mitarbeiter-Werk Ludwigshafen. Dabei sollen die Aussteiger auf Zeit freilich nicht sich selbst überlassen bleiben.

Um den Kontakt zur Arbeitswelt aufrechtzuerhalten, sollen sie vielmehr Urlaubs- und Krankheitsvertretungen auf der Basis befristeter Verträge übernehmen. Bei der Wiedereinstellung werden diese Zeiten wie auch die früheren Dienstzeiten dann voll angerechnet. Und auch solche Mitarbeiter, die von vornherein nicht ganz aussteigen wollen, sind in dem Programm mit dem schönen Namen „Eltern und Kind" berücksichtigt. Ihnen wird der Anspruch auf eine Teilzeitarbeit von mindestens 20 Wochen*stunden* verbrieft.

Mit diesem Modell verfolgen die *Ludwigshafener mehrere – und kei*neswegs nur uneigennützige – Ziele *gleichzeitig:*

- In der gegenwärtigen Situation ist *es wichtig, daß der Arbeitsmarkt* entlastet wird. Die vorübergehenden Ausstiege ermöglichen die Übernahme von zusätzlichen Ausgebildeten oder befristet Eingestellten.
- Das Unternehmen erhält sich ein wertvolles Reservoir erfahrener Mitarbeiter. Das könnte in den 90er Jahren bedeutsam werden.
- Die Teilzeit-Option trägt zur Flexibilisierung der Arbeitszeit bei. Dieses Ziel wird vom Chemie*konzern schon* seit Jahren verfolgt. Und:
- „*Letztlich soll das* alles unsere Überzeugung verdeutlichen, daß angesichts des extremen Geburtenrückgangs mit seinen langfristigen Auswirkungen auf Berufsnachwuchs und Rentenversicherung familienfördernde Maßnahmen auch *Bestandteil der* betrieblichen Personalpolitik sein müssen", unterstreicht Personalbereichsleiter Peter Eisenlohr.

Ganz klar sieht er aber auch, *daß* das Modell als Vorbild für den Rest der Wirtschaft untauglich ist: „Diese Regelung kann kein allgemeingültiges Evangelium sein. Großunternehmen wie die BASF können so etwas machen. Doch zur Verallgemeine*rung über den Gesetzgeber* oder den Tarifvertrag eignet es sich nicht." Die Schelte *der* anderen Arbeitgeber dürfte dem Chemiekonzern also – wieder einmal – *gewiß* sein. Indessen: „Der Respekt vor den allgemeinen Möglichkeiten würde das Ende der eigenen Personalpolitik bedeuten."



Renten unter Druck

Allgemeines Aufatmen während der Börsenzeit, als sich herausstellte, daß die vorbörslich genannten extrem schwachen Kurse für Bundesanleihen und -obligationen im offiziellen Handel keinen Bestand haben würden. Bundesanleihen lagen meist noch knapp behauptet, doch Abschläge von 1,50 Prozentpunkten, wie sie zunächst genannt worden waren, gab es in keinem Fall. Bei den Bundesobligationen schwankten die Kurse zwischen minus 0,15 und plus 0,10 Prozentpunkten. DM-Auslandsanleihen lagen knapp behauptet. Bei den Pfandbriefen stiegen die Renditen im allgemeinen um 0,10.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

Industrieanleihen

Optionsscheine

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Optionsanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Der neue VICTOR V286 ist da. Er ist deutlich schneller als viele der AT-Klasse, er ist kompatibel zum Industrie-Standard, kostet aber weniger als

25. + 26. April 1986 VICTOR Hard- und Softwarebörse HOLIDAY INN Frankfurt City Tower

13.000,-* DM

Mit dem neuen VICTOR V286 stellen Sie die Zukunft Ihres Unternehmens auf eine sichere, leistungsstarke und intelligente Computer-Grundlage. Er findet überall leicht Anschluß, ist netzwerkfähig und erschließt Ihnen alle denkbaren PC-Programme. Er arbeitet superschnell, kann sich aber auch langsameren PC's anpassen und ist natürlich kompatibel zum Industrie-Standard. Kurz: ein Top-System für das Sie keinen Top-Preis bezahlen müssen.

Hier die wichtigsten Fakten für Ihre VICTOR V286-Entscheidung:
● 16-Bit-Prozessor Intel 80286, Taktfrequenz schaltbar, 6 MHz oder 8 MHz ● Sockel für Arithmetik-Prozessor 80287 ● 20 MB Winchester und 1,2 MB Diskettenlaufwerk 5¼" ● 14" Monitor, monochrom, hochauflösend ● Hauptspeicher 512 KB, auf CPU-Platine bis 1 MB aufrüstbar ● 2 Schnittstellen (1 parallel, 1 seriell).
Und das ist längst nicht alles...

*DM 12.995,- unverb. Preisempfehlung inkl. MwSt.

Ich möchte alles über den neuen VICTOR V286 wissen:
Name: ____ Tel.: ____
Firma: ____
Adresse: ____
Branche: ____ Anwendung: ____
Einsenden an VICTOR Technologies GmbH, Sontraer Straße 18, 6000 Frankfurt 61. Oder rufen Sie uns einfach an: 069/410223.

VICTOR
Computer für Menschen

Schweiz: VICTOR Technologies AG, Heimstraße 27, 8953 Dietikon;
Österreich: VICTOR Technologies Ges.m.b.H., Hackhofergasse 9, 1190 Wien.

Aktien deutlich abwärts

Weiter auf breiter Front Gewinnrealisationen

DW. – Schwächeerscheinungen am New Yorker Aktienmarkt, höhere Renditen bei den US-Bonds und die Dollarschwäche führten zu weiteren Gewinnrealisationen. Zwar konnte sich die Tendenz im Verlauf stabilisieren, doch blieben nennenswerte Kursanhebungen aus. Ebenso wie bei den festverzinslichen Papieren, fehlten auch am Aktienmarkt Kaufaufträge aus dem Ausland. Andererseits halten aber auch die Ausländer weitgehend an ihren deutschen Papieren fest. Das ist der Grund für die vergleichsweise niedrigen Umsätze.

Die Dividendenanhebung bei Hoechst von neun auf 10 DM konnte schon deshalb nicht anregen, weil diese Erhöhung die niedrigste war, die man erwartet hatte. Deshalb gerieten auch Großchemiewerte unter Druck. Auf der Verliererseite blieben erneut die Banken, wo die Aktien der Deutschen Bank mehr als 15 DM einbüßten. Empfindliche Rückschläge auch bei den Fahrzeugwerten, die in erster Linie mit dem schwachen Dollar und den daraus resultierenden negativen Folgen für den Export begründet werden. Daimler wurden um 30, VW um rund 10 DM zurückgesetzt. Von den Gewinnmitnahmen wurden nunmehr auch die in den letzten Tagen noch favorisierten Versorgungswerte betroffen. Ungeachtet der schwachen Tendenz steigert sich die Nachfrage nach Feldmühle-Nobel-Aktien von Stunde zu Stunde.

Frankfurt: Binding erholten sich um 12 DM und Lech zogen um 20 DM an. Degussa und Goldschmidt verloren je 12 DM, Dyckerhoff St. und Springer büßten je 10 DM ein. Henninger gaben um 19,50 DM nach. Rutgers verloren 19,50 DM und Salamander 16 DM.

Düsseldorf: Balcke-Dürr, Kera-mag und Küppersbusch verbesserten sich jeweils um 5 DM. Conc. Chemie verminderten sich um 8 DM, DAT gaben um 20 DM nach. Dyckerhoff St. fielen um 8 DM und Leffers um 5 DM.

Hamburg: Beiersdorf gingen mit plus 5 DM und Reichelt mit plus 5,50 DM aus dem Markt. HEW gaben um 1 DM, Phoenix Gummi um 2 DM und Hapag Lloyd um 1,20 DM nach. Holsten Brauerei wurden um 12,90 DM zurückgenommen.

Berlin: Bergmann wurden um 5 DM und Berliner Elektro um 4,50 DM höher bewertet. Schering schwächten sich um 18 DM, Dt. Hypobank Berlin um 11 DM, Rheinmetall St. um 10 DM und Kempinski um 9 DM ab.

München: Audi AG verbesserten sich um 20 DM, AKS und Dywidag zogen jeweils um 3 DM an. Agrob St. erlitten einen Kursverlust von 5,50 DM, Deckel sanken um 8 DM und Hutschenreuther schwächten sich um 3 DM ab.

Stuttgart: Boss waren um 10 DM ansteigend, Fuchs gewannen 4,90 DM und Württemberg. Hypothekenbank verbuchten einen Gewinn von 25 DM. Aesculap verbilligten sich um 10 DM und DLW kosteten 5 DM weniger.

Nachbörse: schwach

WELT-Aktienindex: 307,69 (315,54)
WELT-Umsatzindex: 4570 (5699)
Advance-decline-Zahl: 61 (114)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Amsterdam

Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Paris

Johannesburg

Stockholm

Singapur

Tokio

Sydney

Oslo

Toronto

Wien

Zürich

Sandoz Part.	1940	2010
Art. A. Saurer	240	255
Schw. Bankges.	5430	5480
Schw. Bankverein	587	591
Schw. Kredit. A. Inh.	3830	3840
Schw. Rückv. Inh.	19000	19100
Schw. Volksb. Inh.	2610	2610
Sika -B-	4025	4070
Gebr. Sulzer Part.	629	630
Swissair	1960	1995
dgl. NA	1570	1610
Winterthur Inh.	7250	7300
Winterthur Part.	6325	6180
Zür. Vers. Inh.	8300	8075
Index: Schw. Kred.	–	524,70

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate

Optionshandel

WELT-Aktien-Indizes

Chemiewerte: 182,12 (187,25); Elektrowerte: 326,26 (334,92); Autowerte: 849,47 (874,42); Maschinenbau: 175,68 (180,44). Versorgungsaktien: 195,30 (199,49); Banken: 450,85 (462,63); Warenhäuser: 154,14 (153,99); Bauwirtschaft: 531,40 (538,15); Konsumgüterindustrie: 178,11 (180,82); Versicherung: 1701,01 (1732,13); Stahlpapiere: 181,16 (186,31)

Kursgewinner (Frankfurt):

Cassella	999,00	+119,0	+13,5%
Lech Elek.	340,00	+20,00	+6,2%
Wanderer	750,00	+40,00	+5,6%
Württ. Hypo	875,00	+45,00	+5,4%
Scheidemandel	200,00	+8,00	+4,1%
Pegulan St.	230,00	+8,00	+3,6%
Stöhr	228,00	+8,00	+3,6%
Binding St.	362,00	+12,00	+3,4%
Eisen u. Hütten	475,00	+15,00	+3,2%
MAB Vz.	365,00	+11,00	+3,1%

Kursverlierer (Frankfurt):

Henninger	190,50	-19,50	-9,2%
Adt	88,00	-7,00	-7,3%
VDM	337,00	-20,00	-5,6%
GHH St.	239,50	-13,00	-5,1%
Dt. Hypo Hannover	390,00	-20,00	-4,8%
Thür. Gas	590,00	-30,00	-4,8%
WMF St.	200,00	-10,00	-4,7%
DAB	114,00	-5,50	-4,6%
Dyckerhoff Z. Vz.	226,00	-11,00	-4,6%
Herlitz St.	209,00	-10,00	-4,5%

Junge Aktien

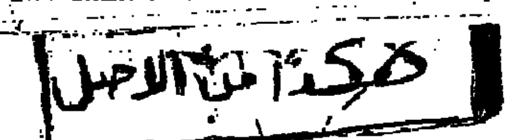
Berlin: Hermes 750G, Kötitzer 1850T, VAB 3000T. **Düsseldorf:** BASF 310, Bayer 311, BHF 550G, Contigas 390G, Dresdner Bk. 461, IWK 305T, KSB St. 208T, KSB Vz. 195T, Linde 720T, Metallges. 330T, Nixdorf 603, Rütgers 410, Salamander 340, VEW 180. **Frankfurt:** Adt 75G, Allweiler St. 294,8, Allweiler Vz. 237, BASF 310, Bayer 315, BHF 556, Commerzbk. 345,5, Contigas 384, Contigummi 242, Dresdner Bk. 462, Hoechst 303, IWK 301, KSB 216T, Linde 720, Magdeburger Feuer NA 795G, Magdeburger Feuer 1477G, Metallges. 340, Moto Meter 285,1, Nixdorf 613, Pfaff 247T, Rütgers 410G, Salamander 340T, Schering 580, VEW 179, Wella 850bG, Ymos Vz. 205. **Hamburg:** Doag 500T, Schering 575. **München:** BASF 308, Bayer 310bG, Bay. Hypobk. 625bG, Br. Wolfk. 275G, Contigas 405T, Dresdner Bk. 475bG, IWK 308bG, Linde 720bG, Nixdorf 617, Rütgers 408T, Salamander 340bG, Stumpf 169, VAB 3300B, VEW 182, Wanderer 740TG. **Bezugsrechte: Frankfurt:** Alte Leipz. 125.

Devisenmärkte

Der US-Dollar hat nach dem Gefühl des Marktes am 23. April seine untere Grenze noch nicht gefunden. Nach einer Erholung in New York bis 2,207 schloß er dort bei 2,185. Sorgen bereitet dem Markt das künftige Verhalten der Japaner. Während der Zentralbankrat an einer Stabilisierung des Dollarkurses interessiert ist, dürften viele Dollarpapier-Besitzer an einem Aussteigen interessiert sein. In Europa war eine Handelsspanne von 2 Pfennig vorhanden, wobei der Kurs am frühen Nachmittag mit 2,177 sein niedrigstes Niveau hatte. Amtlich wurde 2,1819 erreicht. Unter den amtlich notierten Währungen gab es einen historischen Tiefstkurs für den Franc, die Norwegische Krone, die Lira, die Peseta und den Escudo. Der Japanische Yen zog auf 1,3045 an. US-Dollar in: Amsterdam 2,4615; Brüssel 44,53; Paris 6,9545; Mailand 1497,00; Wien 15,361, Zürich 1,8268; Ir. Pfund/DM 3,032; Pfund/Dollar 1,5267; Pfund/DM 3,331.

Devisen und Sorten

23.4.1986	Disk.-satz	Frankf. Geld	Devis. Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Verkauf
New York[1]	6,50	2,1779	2,1859	2,1801	2,14	2,24



هكذا من الأصل



PHILIPS

Philips High Tech:

Warum die Philips MR-Forschung der klinischen Diagnose zu mehr Durchblick verhilft.

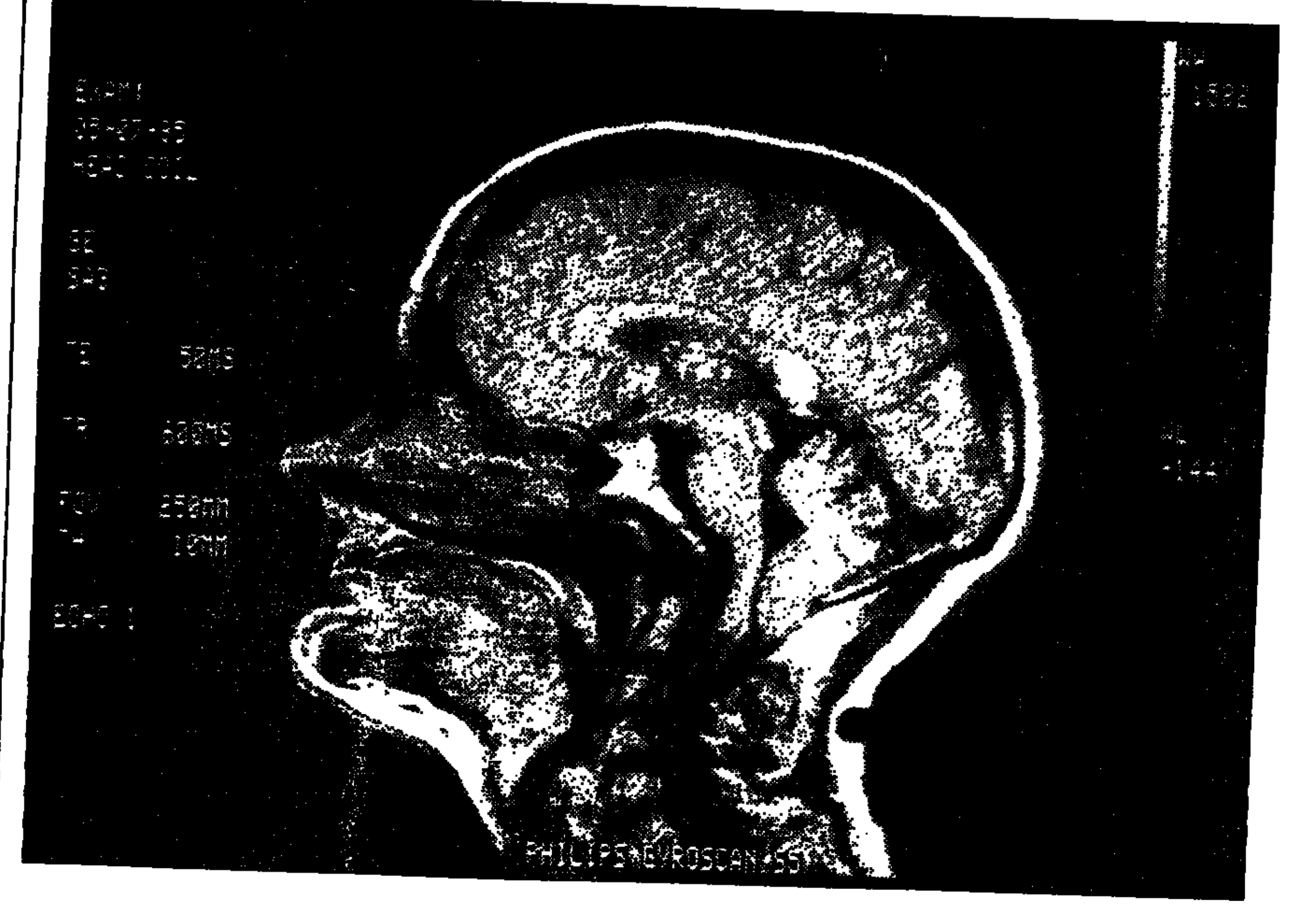
Die Kernspin- (MR-) Tomographie ist ein neues bildgebendes Diagnoseverfahren für die Medizin, das einen seit Jahrzehnten in der Wissenschaft bekannten Effekt ausnutzt, die Kernspinresonanz: Wenn man Atomkerne in einem starken Magnetfeld durch hochfrequente elektromagnetische Impulse beeinflußt, geben sie Resonanzsignale ab, aus denen sich mit einem Computerprogramm Bilder rekonstruieren lassen.

Bei der Untersuchung des menschlichen Körpers werden körpereigene Atomkerne, z.B. Wasserstoff, zur Aussendung hochfrequenter Signale veranlaßt, aus denen Schnittbilder des Körpers berechnet werden. Diese Schnittbilder zeigen eine mit bisherigen Diagnoseverfahren nicht erreichbare Detailvielfalt. So kann man krankhafte Gewebsveränderungen sehen; Tumore und Durchblutungsstörungen werden erkannt. Weitere Beispiele sind die Darstellbarkeit von Infarktbereichen am Herzen und von Herden der Multiplen Sklerose im Hirn.



Auswertung und Befundung der mit Hilfe der Kernspinresonanz gewonnenen Schnittbilder des menschlichen Körpers am Computer-Arbeitsplatz. Durch Anwendung verschiedener Rechenprogramme läßt sich die Darstellung der klinischen Fragestellung entsprechend variieren, so daß der Befund optimal abgebildet wird. Im Hintergrund sind Magnet und Patiententisch erkennbar.

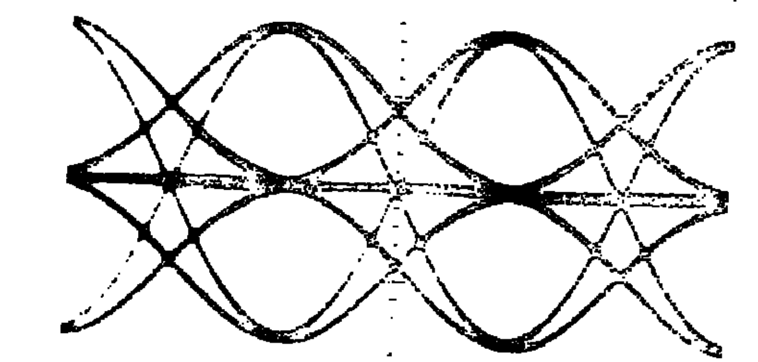
Heute werden bei vielen medizinischen Forschungsprojekten sowie auch in der klinischen Routine MR-Tomographen von Philips eingesetzt. So arbeiten z.B. die Universität Köln, die Universität Bonn und das Universitätskrankenhaus Hamburg-Eppendorf mit dem supraleitenden 1,5 Tesla System Philips GYROSCAN S 15. Diese Institute arbeiten eng mit dem Philips Forschungslabor Hamburg zusammen.



MR-Schnittbild des menschlichen Kopfes, aufgenommen mit einer speziellen Kopfspule. Eine fast lehrbuchartige Darstellung von Gehirn und Gesichtsschädel. Weiße und graue Hirnsubstanz werden deutlich getrennt. Selbst die Organe der hinteren Schädelgrube und des Hirnstamms werden ohne Abbildungsfehler dargestellt, was z.B. mit dem CT-Scanner bis heute nicht möglich ist.

Ziel der Forschungsaktivitäten ist es, die klinische Anwendbarkeit der MR-Tomographie für weitere Organbereiche abzuklären, die Untersuchungszeit zu verkürzen, die Bildgüte zu optimieren und die Darstellung von Stoffwechselvorgängen zu ermöglichen.

Welcher Aufwand für ein solches Projekt notwendig ist, zeigen folgende Zahlen: Philips hat bis zum Jahresende 1985 in den Bereich MR-Tomographie über 400 Mio.DM investiert, und etwa 250 Mitarbeiter sind ständig in der MR-Forschung und Entwicklung tätig.



FORSCHUNG. INNOVATION. KOMPETENZ.

Alexander Demuth Corp. Com.

Warenpreise – Termine

[illegible] schlossen am Dienstag die Gold-, Silber-, [Ku]pfer- und Kaffeenotierungen am Terminmarkt [der] New Yorker Comex. Gut behauptet ging Ka[ka]o aus dem Markt.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	22.4.	21.4.
Mai	277,50	279,50
Juli	248,50	246,25
Sept	249,50	247,25

WEIZEN Winnipeg (can.S/t) Wheat Board of

St.L. 1 CW	271,62	271,62
Am. Durum	269,59	269,59

ROGGEN Winnipeg (can S/t)

Mai	92,70	92,70
Juli	96,60	96,20
Okt.	78,70	99,10

HAFER Winnipeg (can. S/t)

Mai	82,50	82,60
Juli	79,50	79,90
Okt.	78,60	78,70

HAFER Chicago (c/bush)

Mai	95,75	95,50
Juli	99,50	99,00
Sept.	104,75	105,00

MAIS Chicago (c/bush)

Mai	228,50	226,50
Juli	220,50	217,25
Sept.	201,50	198,50

GERSTE Winnipeg (can.S/t)

Mai	88,30	86,20
Juli	89,70	89,40
Okt.	87,50	87,20

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

	22.4.	21.4.
Mai	231,25	228,75
Juli	236,25	234,50
Sept.	240,50	239,25

KAKAO New York (S/t)

	22.4.	21.4.
Mai	1907	1900
Juli	1975	1969
Sept.	2030	2020
Umsatz	3254	3205

ZUCKER New York (c/lb)

Nr. 11 Mai	8,27	8,10
Juli	8,55	8,45
Sept.	8,45	8,52
Okt.	8,52	8,50
Jan.	8,62	8,56
Umsatz	21990	15023

[illegible]-Preis fob karibische Hafen (US-c/lb) 8,03 8,27

KAFFEE London (£/t) Robusta

	22.4.	21.4.
Mai	2255–	2257-2259
Juli	2311-2312	2305-2309
Sept.	2357-2362	2351-2353

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

22.4.	21.4.
24,00	23,50

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk: 16,25 | 18,25

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Mai	17,25	17,10
Juli	17,60	17,44
Aug.	17,70	17,55
Sept	17,80	17,62
Okt.	17,80	17,65
Dez.	19,20	18,10
Jan	18,20	18,20

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk: 15,50 | 16,25

SCHMALZ Chicago (c/lb)

loco lose	11,00	11,25
Choise white hog 4 % fr. F	10,00	10,25

TALG New York (c/lb)

top white	12,25	12,25
fancy	11,75	11,75
bleicht.	11,50	11,50
yellow max. 10 % fr F	10,00	10,00

SCHWEINE Chicago (c/lb)

Juni	44,40	42,40
Juli	44,15	42,95
Aug.	41,85	41,25

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

Mai	54,50	53,05
Juli	54,80	52,85
Aug.	53,10	51,20

HÄUTE Chicago (c/lb)

	22.4.	21.4.
Ochsen einh. schwere River Northern	64,50	63,00
Kühe einh. schwere River Northern	45,00	54,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)

Mai	527,00	525,75
Juli	525,00	521,50
Aug.	521,50	518,00
Sept.	510,00	507,50
Nov.	507,75	503,75
Jan.	515,50	512,00
März	524,50	521,00

SOJASCHROT Chicago (S/sht)

Mai	154,30	153,10
Aug.	154,00	152,60
Sept.	153,30	152,20
Okt.	150,50	150,00
Dez.	148,50	146,90
Jan.	148,30	147,20
März	149,50	148,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb)

Kontr Nr2	22.4.	21.4.
Mai	64,80	64,90
Juli	64,80	64,90
Okt.	37,90	37,80
Dez.	37,99	37,90
März	39,08	39,00
Mai	39,90	39,80

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1: 39,25 | 39,25

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.

	23.4.	22.4.
Mai	486-488	485-488
Aug.	509-510	508-511
Okt.	514-519	516-517
Umsatz	75	126

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.

	23.4.	22.4.
Mai	45,00	45,00
Juli	45,00	45,00
Okt.	45,00	45,00
–	–	–
Umsatz	0	0

Tendenz: ruhig

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard

	23.4.	22.4.
Mai	603,00-605,00	602,50-605,00
Juli	–	617,00-620,00
Dez.	–	–
Umsatz	10	14

SISAL London (S/t) cif eur. Haupthäfen

	23.4.	22.4.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager

	23.4.	22.4.
Mai	12444	12432
Juni	12346	–

KAUTSCHUK London (p/kg)

	22.4.	21.4.
RSS 1 Mai	54,50-55,50	55,50-56,50
RSS 1 Juni	54,50-55,50	55,50-56,50
RSS 2 Mai	53,50-54,50	54,50-55,50
RSS 3 Mai	52,25-53,25	53,25-54,25

Tendenz: ruhig

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)

	23.4.	22.4.
Mai	193,00-195,00	193,00-195,00
Juni	194,00-196,00	194,00-196,00
Nr. 2 Mai	193,00-194,00	193,00-194,00
Nr. 3 Mai	191,00-192,00	190,50-191,50
Nr. 4 Mai	187,50-188,50	187,00-188,00

Tendenz: ruhig

JUTE London (£/lgt)

	23.4.	22.4.
BWC	395	395
BWD	360	360
BTC	395	395
BTD	360	360

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

Devisenterminmarkt

Festere Dollar-Deports am 23.4. führten zu einer Erweiterung der Dollar-Terminabschläge gegen D-Mark.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,49-0,39	1,30-1,20	2,70-2,50
Pfund/Dollar	0,53-0,51	1,28-1,25	2,26-2,21
Pfund/DM	2,50-1,10	5,50-3,90	9,50-8,10
FF/DM	16-p	37-25	55-35

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 23.4.: Tagesgeld 4,85-5,00 Prozent, Monatsgeld 4,45-4,60 Prozent; Dreimonatsgeld 4,35-4,50 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,50 Prozent, 6 Mon. 4,50 Prozent.

Privatdiskontsätze am 23.4.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 23.4.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 23.4.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	6⅞-7	4⅜-4⅝	4⅜-4⅝
3 Monate	6⅝-6⅞	4⅜-4⅝	4-4⅛
6 Monate	6⅝-6⅞	4¼-4½	3⅞-4⅛
12 Monate	6⅝-6⅞	4¼-4½	3⅞-4⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 23.4. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 16,50; Verkauf 19,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 15,58; Verkauf 18,50 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 23.4. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM)

Gesetzliche Zahlungsmittel*

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1000,00	o.W.
5 US-Dollar (Indian)**	680,00	834,60
5 US-Dollar (Liberty)	385,00	518,95
1 £ Sovereign alt	188,25	233,99
1 £ Sovereign Elizabeth II.	175,75	223,16
20 belgische Franken	144,00	192,66
10 Rubel Tscherwonez	189,00	242,82
2 südafrikanische Rand	167,75	212,90
Krüger Rand, neu	750,25	895,79
Maple Leaf	768,75	918,28
Platin Noble Man	955,50	1129,17

Außer Kurs gesetzte Münzen*

20 Goldmark	223,00	282,72
20 schweiz. Franken „Vreneli"	161,00	212,04
20 franz. Franken „Napoléon"	164,50	216,03
100 österr. Kronen (Neuprägung)	716,75	872,96
20 österr. Kronen (Neuprägung)	142,75	185,54
10 österr. Kronen (Neuprägung)	73,25	100,61
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	332,50	413,25
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	77,25	110,87

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Mai 1986 an; Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/5 (Typ A) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,74) – 5,00 (4,14) – 5,50 (4,46) – 6,50 (4,82) – 7,50 (5,21). Ausgabe 1986/6 (Typ B) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,75) – 5,00 (4,16) – 5,50 (4,50) – 6,50 (4,89) – 7,50 (5,32) – 8,00 (5,70) – Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,52, 2 Jahre 4,25. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,50, Kurs 101,60, Rendite 5,13.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 23.4.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	57,292	6,25
BW-Bank E.70	192,14	1.7.95	110,076	6,25
Bed. Bk. E.54	100,00	1.7.95	58,54	6,00
Bed. Bk. E.55	100,00	1.7.00	42,59	6,20
Commerzbank	100,00	22.5.95	57,40	6,30
Commerzbank	100,00	4.8.00	41,25	6,40
Deutsche Bk. $	287,00	23.1.95	137,50	8,79
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	110,55	5,25
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	80,69	5,25
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	57,49	6,15
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	112,78	6,50
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	34,50	6,85
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	59,59	5,85
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	42,81	6,20
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	59,08	5,95
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	30,68	6,35
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	30,55	6,26
SGZ-Bank 040	100,00	12.6.95	58,73	6,00
WestLB 600	100,00	2.5.95	58,40	6,15
WestLB 601	100,00	2.5.00	41,65	6,45
WestLB 603	100,00	1.6.01	38,95	6,46
WestLB 602	100,00	3.10.05	29,00	6,58
WestLB 500	126,86	16.2.89	112,30	4,46
WestLB 501	157,01	16.2.90	114,80	4,77
WestLB 505	115,76	3.10.88	104,65	4,24
WestLB 504	141,85	1.10.91	108,90	4,99

Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34

Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	–	9,14
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	65,875	7,47
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	58,75	9,59
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	64,00	7,98
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	64,00	7,90
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	60,00	7,77
Caterp.Fin (AA)	100,00	17.2.94	52,125	8,70
Penney (A+)	100,00	17.2.94	52,125	8,68
Sears (AA)	100,00	27.5.94	52,875	8,18
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	50,875	8,66
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	50,75	7,94

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.% (Vortag)		Emissionspreis** bei Nominalzins von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,45	(4,45)	100,6	101,4	102,4	103,3	104,3	105,2
2	4,65	(4,65)	100,7	102,4	104,2	106,1	108,0	109,8
3	4,97	(4,95)	100,1	102,6	105,3	108,0	110,7	113,4
4	5,15	(5,10)	99,45	102,7	106,2	109,7	113,2	116,8
5	5,37	(5,38)	98,00	102,3	106,6	110,8	115,1	119,4
6	5,60	(5,53)	96,55	102,0	106,5	111,4	116,4	121,4
7	5,93	(5,85)	94,25	100,4	105,4	111,0	116,6	122,2
8	6,20	(6,15)	92,00	98,75	104,3	110,5	116,6	122,7
9	6,33	(6,25)	90,45	97,15	103,8	110,5	117,2	123,9
10	6,57	(6,30)	89,48	96,60	103,8	111,0	118,2	125,4
15	6,60	(6,59)	84,20	93,50	102,8	112,1	121,4	130,7

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 114,189 (114,416)
Performance-Rentenindex: 242,697 (242,971)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

	22. April	
Fed Funds		7,00-7,313
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	6,50
	60-270 Tage	6,05
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	6,50
	60 Tage	6,40
	90 Tage	6,35
Certificates of Deposit	1 Monat	6,40
	2 Monate	6,40
	3 Monate	6,30
	6 Monate	6,20
	12 Monate	6,35
US-Schatzwechsel	13 Wochen	6,04
	26 Wochen	6,04

Dollar-Anleihen

	22.4.	21.4.
9⅝ EEC 90	105,875	106
11⅛ dgl. 90	112	112,25
10⅝ EIB 93	110,875	111,625
11 dgl. 91	114,25	114,75
11½ dgl. 90	115,125	115,25
11⅝ dgl. 93	122	122,625
12 dgl. 95	124,875	125,625
12⅛ dgl. 90	117,125	117,375
12⅞ dgl. 93	129	129,25
13 dgl. 96	124	124,5
10⅛ Wld Bk 95	114,5	116,75
10⅝ dgl. 88	106,875	107
10⅞ dgl. 90	111,125	111,25

Lux. Franc Bonds

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,52852

SZR-Wert

	22.4.	21.4.
Dollar	1,17779	1,16564
DM	2,56290	2,57059

Hamburger Sparkasse

Jahresabschluß 1985

– unter Auslassung der Vorspalten, Leerpositionen und Vermerke –

Jahresbilanz zum 31. Dezember 1985

Aktivseite	DM
Kassenbestand	299.587.280,56
Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	415.208.849,29
Postgiroguthaben	3.180.181,95
Schecks, fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine sowie zum Einzug erhaltene Papiere	78.288.875,99
Wechsel	17.744.913,48
Forderungen an Kreditinstitute	3.723.377.175,39
Anleihen und Schuldverschreibungen	4.191.456.929,67
Wertpapiere, soweit sie nicht unter anderen Posten auszuweisen sind	31.273.465,63
Forderungen an Kunden	13.663.044.489,08
Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand	31.281.784,71
Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)	20.515.683,80
Beteiligungen	17.904.186,16
Grundstücke und Gebäude	436.050.988,62
Betriebs- und Geschaftsausstattung	93.302.856,22
Eigene Schuldverschreibungen	42.199.836,42
Sonstige Vermögensgegenstände	14.769.457,27
Rechnungsabgrenzungsposten	181.791.911,96
Summe	23.260.978.866,20

Passivseite	DM
Verbindlichkeiten aus dem Sparkassengeschäft gegenüber Kunden	
Spareinlagen	9.741.635.462,44
Andere Einlagen (Verbindlichkeiten)	7.299.133.548,95
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.310.975.482,48
Schuldverschreibungen	2.106.870.312,93
Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	63.300.000,--
Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)	20.515.683,80
Rückstellungen	377.531.267,17
Wertberichtigungen	47.965.178,--
Sonstige Verbindlichkeiten	19.441.582,23
Rechnungsabgrenzungsposten	171.571.033,55
Sonderposten mit Rücklageanteil nach § 52 Abs. 5 EStG	7.956.685,--
Rücklagen nach § 10 KWG	1.052.313.003,45
Bilanzgewinn	41.769.626,20
Summe	23.260.978.866,20

Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1985

Aufwendungen	DM
Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen	896.293.074,74
Provisionen und ähnliche Aufwendungen für Dienstleistungsgeschäfte	2.198.212,61
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	131.812.166,52
Gehälter und Löhne	246.355.540,79
Soziale Abgaben	41.849.311,86
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	33.977.043,37
Sachaufwand für das Sparkassengeschäft	86.526.686,90
Abschreibungen auf Grundstücke und Gebäude sowie auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	38.486.135,75
Abschreibungen auf Beteiligungen	6.382,86
Steuern	239.987.539,55
Sonstige Aufwendungen	20.431.094,11
Jahresüberschuß	71.769.626,20
Summe	1.809.692.815,26

Erträge	DM
Zinsen und zinsähnliche Erträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.335.599.122,94
Laufende Erträge aus festverzinslichen Wertpapieren, Schuldbuchforderungen, anderen Wertpapieren und Beteiligungen	339.666.308,67
Provisionen und andere Erträge aus Dienstleistungsgeschäften	101.339.834,21
Andere Erträge einschl. der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	30.376.505,99
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, soweit sie nicht unter dem vorstehenden Posten auszuweisen sind	1.630.873,45
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	1.080.170,—
Summe	1.809.692.815,26

Anhang zur Gewinn- und Verlustrechnung

Jahresüberschuß	DM 71.769.626,20
Einstellung in die Sicherheitsrücklage	DM 30.000.000,—
Bilanzgewinn	DM 41.769.626,20

Hamburg, den 7. März 1986

Der Vorstand

Mählmann Dreyer Geginat
Peters Schölermann

Der Geschäftsbericht enthält den ungekürzten Jahresabschluß und trägt den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Prüfungsstelle des Hanseatischen Sparkassen- und Giroverbandes vom 18. April 1986. Der Geschäftsbericht kann in den Geschäftsräumen der Sparkasse eingesehen werden.

HEMMOOR ZEMENT

Aktiengesellschaft in Abwicklung
Hemmoor

Wir laden unsere Aktionäre zu der am Montag, dem 2. Juni 1986, 10.30 Uhr, im Sitzungssaal der Hemmoor Zement AG in Abwicklung, Cuxhavener Straße 1, 2170 Hemmoor, stattfindenden

104. ordentlichen Hauptversammlung

ein und bitten, Einzelheiten hierzu der Veröffentlichung im Bundesanzeiger Nr. 77 vom 24. April 1986 zu entnehmen.

Hemmoor, im April 1986 DER ABWICKLER



Hypothekenbank in Hamburg

AKTIENGESELLSCHAFT

Auslosung

Durch unseren Treuhänder wurde heute folgende Auslosung vorgenommen:

Zur Rückzahlung am 1. August 1986:

1. uns. 7 % Hypothekenpfandbriefe (7. Auslosung) sämtliche Stücke mit der Endziffer: 6. Einzureichen sind Stücke mit Zinsscheinen per 1. 2. 1987 uf. (Zinsscheine per 1. 8. 1986 werden separat vergütet).	Em. 99	F/A	–270 060–

Rückzahlungen

Nach den Anleihebedingungen werden folgende Emissionen zur Rückzahlung fällig:

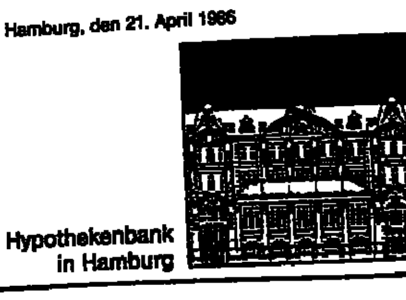
Zur Rückzahlung am 1. Juli 1986			
2. uns. 8 % Kommunalschuldverschreibungen – Einzureichen sind nur Mäntel	Em. 181	J/J	–270 403–
3. uns. 6 % Hypothekenpfandbriefe – Einzureichen sind nur Mäntel	Em. 201	J/J	–270 089–
4. uns. 10¼ % Hypothekenpfandbriefe – Globalurkunden – stückeloser Verkehr –	Em. 299	1. 7. gzj.	–270 112–
Zur Rückzahlung am 1. August 1986			
5. uns. 6 % Hypothekenpfandbriefe – Globalurkunden – stückeloser Verkehr –	Em. 198	1. 8. gzj.	–270 087–
6. uns. 8 % Kommunalschuldverschreibungen – Globalurkunden – stückeloser Verkehr –	Em. 242	F/A	–270 446–
7. uns. 7¼ % Kommunalschuldverschreibungen – Globalurkunden – stückeloser Verkehr –	Em. 414	1. 8. gzj.	–270 584–
8. uns. 4¾ % Kommunalschuldverschreibungen – Globalurkunden – stückeloser Verkehr –	Em. 469	1. 8. gzj.	–270 627–
Zur Rückzahlung am 1. September 1986			
9. uns. 6¾ % Kommunalschuldverschreibungen – Globalurkunden – stückeloser Verkehr –	Em. 199	1. 9. gzj.	–270 417–
10. uns. 11¼ % Hypothekenpfandbriefe – Globalurkunden – stückeloser Verkehr –	Em. 305	1. 9. gzj.	–270 113–
11. uns. 6¾ % Kommunalschuldverschreibungen – Globalurkunden – stückeloser Verkehr –	Em. 418	1. 9. gzj.	–270 586–
Zur Rückzahlung am 1. Oktober 1986			
12. uns. 11½ % Kommunalschuldverschreibungen – Globalurkunden – stückeloser Verkehr –	Em. 311	1. 10. gzj.	–270 503–
13. uns. 7½ % Kommunalschuldverschreibungen – Globalurkunden – stückeloser Verkehr –	Em. 381	1. 10. gzj.	–270 556–
Zur Rückzahlung am 20. Oktober 1986			
14. uns. 4 % Kommunalschuldverschreibungen – Globalurkunden – stückeloser Verkehr –	Em. 477	20. 10. gzj.	–270 634–

Die Einlösung der fälligen bzw. gelosten Stücke erfolgt an unserer Kasse in Hamburg sowie bei allen Kreditinstituten. Die Verzinsung endet am Fälligkeitstag.

Fehlende Zinsscheine werden vom Einlösungsbetrag abgezogen. Bei den in Globalurkunden verbrieften Emissionen erfolgt die Gutschrift über die Kassenvereine.

Restanten Emission 99: Endziffer 3 verl. z. 1. 8. 84; Endziffer 7 verl. z. 1. 8. 85

Hamburg, den 21. April 1986



Hypothekenbank in Hamburg
Hohe Bleichen 17
2000 Hamburg 36
Telefon (040) 35 91 0-0

Dividendenbekanntmachung

Wertpapier-Kenn-Nr. 807 800

Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft beschloß am 23. April 1986 für das Geschäftsjahr 1985 die Ausschüttung einer Dividende von DM 10,– sowie eines Bonus von DM 2,50 je Aktie zu DM 50,–.

Die Auszahlung erfolgt ab sofort unter Abzug von 25% Kapitalertragsteuer gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 41 der Aktien.

In Höhe von 9/16 der Ausschüttung (= DM 7,03) ist mit Dividende und Bonus ein Steuerguthaben verbunden. Dieses wird mit der Kapitalertragsteuer auf die Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer des inländischen Aktionärs angerechnet bzw. erstattet.

Der Kapitalertragsteuerabzug entfällt bei inländischen Aktionären, die ihrer Depotbank eine vom Wohnsitzfinanzamt auf Antrag ausgestellte Nicht-Veranlagungsbescheinigung eingereicht haben. In diesem Fall vergütet die Depotbank auch das Steuerguthaben.

Zahlstellen sind neben den Kassen der Gesellschaft in Frankfurt a. M. und Bremen die nachstehend genannten Banken oder deren Niederlassungen.

Dresdner Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Commerzbank AG
Berliner Commerzbank AG
Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerz-Credit-Bank AG Europartner
Deutsche Bank Saar AG
Bankhaus Reuschel & Co

Frankfurt am Main - Bremen, den 23 April 1986

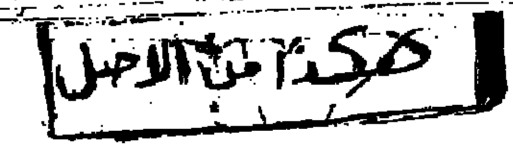
DER VORSTAND

Ich mag mein Alter...



Früher dachte ich immer: Es muß schrecklich sein, alt zu werden. Denn: ist man nicht völlig aufs Abstellgleis geschoben? Muß man nicht auf vieles verzichten? Plagt einen nicht jeden Tag ein anderes »Wehwehchen«? Ich kenne meine Grenzen. Aber dies ist nur die eine Seite des Alters. Glücklicherweise entdeckte ich auch die Kehrseite der Medaille: Im Alter erlebe ich vieles intensiver. Kontakte zu anderen Menschen, für die ich früher zu wenig Zeit hatte, bereichern meinen Alltag. Außerdem kann ich mich ausgiebig mit meinem Hobby beschäftigen. Jetzt weiß ich auch, daß Leben mehr ist als Mühe und Arbeit. Als die tägliche Tretmühle. Ich bin gerne alt, so wie ich vor Jahren gerne jung war. Ich mag mein Alter.

Informationen erhalten Sie durch den Deutschen Evangelischen Verband für Altenhilfe im Diakonischen Werk der EKD, Postfach 476, 7000 Stuttgart 1.



FINANZANZEIGEN

Wir sind ein junges leistungsfähiges Unternehmen, das sich ausschließlich mit Wirtschafts- und Unternehmensberatung sowie Personalberatung befaßt. Wir decken den gesamten Bereich der Unternehmensberatung ab

Betriebsanalyse
Bankengespräche
Liquiditätsbeschaffung
Marketing
Krisenmanagement
Konkursabwendung
Marktanalyse
Standortanalyse

Sollten Sie unternehmerische Entscheidungen treffen, so stehen wir Ihnen mit qualifizierten Mitarbeitern zur Verfügung. Wir leisten Soforthilfe und stehen Ihnen in einem Gespräch in Ihrem Haus zur Verfügung

gwu

Gesellschaft für Wirtschafts- und Unternehmensberatung mbH
Personalberatung
Königsallee 60
4000 Düsseldorf
Telefon 02 11 . 8 90 33 12
Telex 8 587 942 pdus
Telefax 02 11 / 8903 – 999

An alle Gastronomen!

Wollen Sie Ihre Gäste mit etwas ganz Besonderem überraschen? Dann bieten Sie Ihre Tagesmenü-Karte über eine schöne Kassette an, die von einer angenehmen Stimme besprochen sowie mit schöner Musik umrahmt wird.

Melodie Musik-Studio, Karlsruhe
Rudi Lam, Tel. 07 21 / 85 37 67 oder 0 72 71 / 87 75

Standhälter gesucht

für unsere Second-hand-Schallplatten-Börse, den 10 Mai 1986, in das KAB-Gebäude in Arnheim.
Info.: Zebra „Second-hand" Schallplatten, Steenstr. 52a
NL-6828, CM Arnheim, Tel. 0031 / 85-42 11 68

Handelsvertreter

Vertrieb Kfz-Zubehör und -Ersatzteile, Abnehmergruppen Kfz-Zubehörgroßhandel, Kaufhäuser, SB-Warenhäuser, Baumärkte usw., sucht in Programmergänzung weitere Vertretungen von Herstellern für Kfz-Zubehör und -Ersatzteile bzw. -Werkzeugen. Verkaufsgebiet Nordrhein-Westfalen. Angebote unter T 1588 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Versandhandel sucht weitere Produkte

Bisher im Angebot:
Überholte Spielautomaten für Privatbedarf, Flipper, Musikboxen, Billardtische und Neuheiten.
Gesucht wird:
1. Aktuelles aller Art.
2. Sämtliche Artikel, die direkt oder indirekt in unser Vertriebsprogramm passen.
3. Ausstattungs- und Zubehörartikel für Hausbars, Hobby- und Freizeiträume.

Automaten Hoffmann GmbH
Im Teelbruch 415
Gewerbegebiet, 4300 Essen-Kettwig

Das Kontor
Bürozentrum

IHRE PRÄSENZ in HAMBURG
★ Konferenzraum/Schreibservice ★
★ möblierte Büros ★ Telefondienst ★
★ Geschäftsadresse ★ Telex/Telefax ★
Bramfelder Ch. 216, 0 40 / 6 41 49 21

Planen Sie für Ihre Firma eine Telefon-Agentur in Deutschland Nähe Karlsruhe?

Für Ihren Kunden und Außendienst eine erreichbare Telefonkontaktstelle? Telefon-Hauptanschluß und Auto vorhanden. Tätigkeit nur gegen festes Monatsentgelt. Bin selbst. Kauffrau und mit allen kaufmännischen Aufgaben vertraut. Evtl. kleine Zwischenlagerhaltung möglich. Zuschriften unter W 1591 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Lizenznehmer

gesucht für Herstellung/Vertrieb unsichtb. Langwegfederg. f. Fahrradsitze. Bewahrt Wirbelsäule/Organe vor Erschütterung. Schon über 2000 km erprobt. Dtsch. Pat. Amt P 3436070.0. Keine Entwicklungskosten. Einf. Serienfertigung. Enormer Bedarf – über 40 Mio. Räder in der Bundesrepublik! Mind. 100% Gewinn. Ideal f. Metall-/Maschinenbau.

Anfr. erb. unt. D 1642 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Östl. Ruhrgebiet, Großstadt

seit 30 J. eingeführter renommierter Betrieb in der Freizeitbranche tätig, Ausstellungsgelände 5000 m² an viel befahrener Bundesstr., mit gr. Parkpl., sucht Angebote zur Geschäftsausweitung, auch branchenfremde Angebote willkommen. Zuschriften unter N 1474 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir vertreten Ihre Interessen in Italien
Verkauf, Verwaltungen, Finanzaufträge.

Kontakte an: S.I.B. Service International Bernardi, Buechnerstr. 8, CH-8006 Zürich, Telex 8 16 957.

Übersetzer

für Übers. techn. Unterlagen ins Englische (aber auch i. a. Sprachen) in freiberufl. Mitarbeit von Übers.-Büro gesucht. IBM kompatibles Schreibsystem wäre ein Vorteil. Bewerbg. m. Lebenslauf, Fachgebiete, Honorarvorst. usw. unter B 1640 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Marketing – Ihre Zukunft?

Ein führendes deutsches Unternehmen der Verbindungstechnik (Anlagen-, Apparatebau und Massenelemente) expandiert mit mehreren Tochtergesellschaften in Europa und Übersee. Als „Geschäftsführer Marketing/Vertrieb" sollen Sie durch strategische Konzepte den expansiven Kurs sichern. Gut, wenn Sie eine möglichst betriebswirtschaftlich fundierte Hochschulausbildung und kontinuierliche Vertriebserfolge aufweisen können.

Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 26. April, im großen Stellenanzeigenteil der WELT. Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.



EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK

mit vorläufigem Sitz in Luxemburg

7% Deutsche Mark-Anleihe von 1973
– WKN 464 411/20 –

Auslosung

Gemäß § 3 der Anleihebedingungen wurden am 16. April 1986 unter notarieller Aufsicht die noch umlaufenden Teilschuldverschreibungen der

Serie 3 – WKN 464 413 –
und Serie 6 – WKN 464 416 –

mit den Stücknummern
15 001 – 22 500
37 501 – 45 000 zu je DM 1.000,–
78 001 – 79 500
82 501 – 84 000 zu je DM 5.000,–

im Nennbetrag von insgesamt DM 14.437.000,– ausgelost.

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden vom 1. Juli 1986 an gegen Einreichung der Wertpapiermäntel und Zinsscheine per 1. Juli 1987 uff. zum Nennbetrag bei den inländischen Niederlassungen der nachstehend genannten Banken eingelöst:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
ADCA-Bank Aktiengesellschaft Allgemeine Deutsche Creditanstalt
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Delbrück & Co
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –
Bankhaus Hermann Lampe
Merck, Finck & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.
J.H. Stein
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Bankhaus H. Aufhäuser
Bankers Trust GmbH
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co
Berliner Bank Aktiengesellschaft
CSFB-Effectenbank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Georg Hauck & Sohn Bankiers Kommanditgesellschaft auf Aktien
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Reuschel & Co.
Simonbank Aktiengesellschaft
Trinkaus & Burkhardt Kommanditgesellschaft auf Aktien
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co
Westfalenbank Aktiengesellschaft

Die Verzinsung der ausgelosten Teilschuldverschreibungen endet am 30. Juni 1986.

Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Rückzahlungsbetrag abgezogen.

Die per 1. Juli 1986 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den bereits früher zur Rückzahlung ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serien 2, 5, 8 und 10 sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung vorgelegt worden.

Frankfurt am Main, im April 1986

EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK



Einladung zur ordentlichen Hauptversammlung

Wir laden unsere Aktionäre ein zu der ordentlichen Hauptversammlung am Dienstag, dem 3. Juni 1986, 10.00 Uhr, in der Jahrhunderthalle Hoechst, Frankfurt am Main

Tagesordnung (Kurzfassung)

1. Vorlage des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichts der Hoechst Aktiengesellschaft für 1985 mit dem Bericht des Aufsichtsrats sowie des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichts für 1985.

2. Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns.

Für das Geschäftsjahr 1985 wird vorgeschlagen, eine Dividende von DM 10,– je Aktie im Nennbetrag von DM 50,– auszuschütten.

Die Steuergutschrift beträgt für den anrechnungsberechtigten inländischen Aktionär DM 5,63 je Aktie im Nennbetrag von DM 50,–. Dividende und Steuerguthaben zusammen belaufen sich damit auf DM 15,63 je Aktie im Nennbetrag von DM 50,–.

3. Entlastung des Vorstands.

4. Entlastung des Aufsichtsrats.

5. Wahl zum Aufsichtsrat.

6. Ermächtigung des Vorstands, bis zum 2. Juni 1991 mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital um bis zu DM 250 000 000,– durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlagen zu erhöhen (Genehmigtes Kapital); hierbei kann der Vorstand das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre insoweit ausschließen, als die neuen Aktien dazu bestimmt sind, den Inhabern von Optionsrechten aus Optionsanleihen und den Inhabern von Wandelschuldverschreibungen ein Bezugsrecht einzuräumen, das dem der Aktionäre entspricht, oder den Kapitalerhöhungsbetrag aufzurunden oder Belegschaftsaktien auszugeben.

7. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1986.

Die vollständige Bekanntmachung der Tagesordnung mit den Vorschlägen zur Beschlußfassung ist im Bundesanzeiger Nr. 77 vom 24. April 1986 enthalten. Wir bitten, dieser Bekanntmachung ferner Einzelheiten über die Hinterlegung der Aktien zur Teilnahme an der Hauptversammlung zu entnehmen. Letzter Hinterlegungstag ist Freitag, der 30. Mai 1986.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft erhalten mit den üblichen HV-Unterlagen eine Kurzfassung des Geschäftsberichts 1985 zugesandt. Aktionäre, die eine ausführliche Fassung des Geschäftsberichts 1985 wünschen, werden gebeten, sich an unser Finanzwesen/Wertpapierabteilung zu wenden.

Hoechst Aktiengesellschaft
Frankfurt am Main, April 1986

Hoechst

Bezugsangebot

Der Vorstand hat mit Zustimmung des Aufsichtsrats von dem genehmigten Kapital Gebrauch gemacht und das Grundkapital von DM 2583752800,— um DM 160000000,— auf DM 2743752800,— unter teilweisem Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre erhöht. Die neuen Aktien, eingeteilt in Stück 3200000 zu je DM 50,— sind mit voller Gewinnberechtigung für das Geschäftsjahr 1986 ausgestattet. Ein Bankenkonsortium unter Führung der Dresdner Bank AG hat DM 139619350,— neue Aktien mit der Verpflichtung übernommen, diese den Aktionären im Verhältnis 20 : 1, den Inhabern von Optionsscheinen aus der £-Optionsanleihe von 1975 der Hoechst Finance Ltd., London, im Verhältnis 100 : 5 und den Inhabern von Optionsscheinen aus den US-$-Optionsanleihen von 1979 und 1983 der Hoechst Finance N.V., Amsterdam, im Verhältnis 20 : 1 zum Ausgabebetrag von DM 270,— je Aktie im Nennbetrag von DM 50,— zum Bezug anzubieten.

Nachdem die Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister eingetragen worden ist, bitten wir unsere Aktionäre sowie die Inhaber unserer Optionsscheine, ihr Bezugsrecht auf die neuen Aktien zur Vermeidung des Ausschlusses in der Zeit

vom 30. April bis 16. Mai 1986 einschließlich

bei einer der nachstehenden Banken und ihren Niederlassungen während der üblichen Schalterstunden auszuüben.

Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie AG
Bankhaus H. Aufhäuser
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Bayerische Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank Aktiengesellschaft
Delbrück & Co.
Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Georg Hauck & Sohn Bankiers KGaA
Hessische Landesbank — Girozentrale —
Landesbank Rheinland-Pfalz Girozentrale
Landesbank Saar Girozentrale
Merck, Finck & Co.
Metallbank GmbH
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
J. H. Stein
Trinkaus & Burkhardt
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Commerz-Credit-Bank AG Europartner
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.
Schweizerische Bankgesellschaft (Deutschland) Aktiengesellschaft

Belgien:
Banque Bruxelles Lambert S.A.

Frankreich:
Crédit du Nord
Banque Paribas
Crédit Lyonnais
Société Générale
MM. Lazard Frères & Cie.
L'Européenne de Banque
Banque Nationale de Paris
Crédit Commercial de France

Großbritannien:
S. G. Warburg & Co. Ltd.

Luxemburg:
Banque Paribas (Luxembourg) S.A.
Compagnie Luxembourgeoise de la Dresdner Bank AG
— Dresdner Bank International —

Niederlande:
Algemene Bank Nederland N. V.
Amsterdam-Rotterdam Bank N. V.
Bank Mees & Hope NV

Österreich:
Österreichische Länderbank AG
Creditanstalt-Bankverein

Schweiz:
Schweizerische Kreditanstalt
Schweizerischer Bankverein
Schweizerische Bankgesellschaft

Zum Ausgabebetrag von DM 270,— je Aktie zu DM 50,— können jeweils — ohne Börsenumsatzsteuer — bezogen werden:

Aktienbezugsrecht (20 : 1)

Auf 20 Aktien zu je DM 50,— eine neue Aktie zu DM 50,— — gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 49 —

Bezugsrecht Optionsscheine 1975 (100 : 5)

Auf Optionsscheine zum Erwerb von 100 Aktien zu je DM 50,— fünf neue Aktien zu je DM 50,— bzw. auf Optionsscheine zum Erwerb von 20 Aktien zu je DM 50,— eine neue Aktie zu DM 50,— — gegen Einreichung des Legitimationsscheins D —

Bezugsrecht Optionsscheine 1979 und 1983 (20 : 1)

Auf Optionsscheine zum Erwerb von 20 Aktien zu je DM 50,— eine neue Aktie zu DM 50,— — gegen Einreichung des Legitimationsscheins D der Optionsscheine von 1979 bzw. des Legitimationsscheins B der Optionsscheine von 1983 —

Die Bezugsrechte aus Aktien und Optionsscheinen können auch gemeinsam verwendet werden. Wer Aktien sowie Optionsscheine besitzt, muß daher zunächst die Bezugsrechte zusammenzählen. Danach ist festzustellen, wieviel Bezugsrechte gegebenenfalls noch hinzugekauft werden müssen, um die gewünschte Zahl von neuen Aktien zu beziehen.

Unabhängig von dem Besitz von Aktien oder Optionsscheinen können auch Bezugsrechte an der Börse gekauft und dann zum Bezug von neuen Aktien verwendet werden, wie auch eine Veräußerung von Bezugsrechten möglich ist.

Einzelheiten wird Ihnen Ihr Kreditinstitut mitteilen.

Der Bezugspreis ist spätestens am 16. Mai 1986 zu zahlen.

Die Bezugsrechte werden vom 30. April bis 14. Mai 1986 einschließlich an den Börsen Frankfurt am Main, Berlin, Bremen, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart gehandelt und amtlich notiert. Es wird lediglich das Bezugsrecht aus den Aktien notiert. Die Bezugsrechte aus den Optionsscheinen werden aus dem Bezugsrecht der Aktien abgeleitet.

Für den Bezug wird die bankübliche Provision berechnet, es sei denn, daß der Bezug unter Einreichung der genannten Bezugsrechtsausweise am Schalter einer Bezugsstelle ausgeübt wird und ein Schriftwechsel damit nicht verbunden ist.

Die neuen Aktien sind mit Gewinnanteilscheinen Nr. 50 bis 60 und Erneuerungsschein ausgestattet und werden bis zur Auslieferung von Einzelurkunden in einer Globalurkunde verbrieft. Der Stückedruck ist eingeleitet. Die neuen Aktien haben die Wertpapier-Kenn-Nr. 575801.

Die neuen Aktien sollen so bald wie möglich an sämtlichen inländischen Wertpapierbörsen sowie an den Börsen in Amsterdam, Antwerpen, Basel, Brüssel, Genf, London, Luxemburg, Paris, Wien und Zürich amtlich eingeführt werden.

Hoechst Aktiengesellschaft
Frankfurt am Main, im April 1986

WELT-Leser sind näher dran

Sie haben den entscheidenden Informationsvorsprung. 90 Korrespondenten sind an 35 Plätzen des In- und Auslandes für die WELT tätig. Sie berichten aktuell aus nächster Nähe von den Brennpunkten des Weltgeschehens.

Prachtband über die Geschichte des „Musicals"

Katzen, nichts als Katzen

Wenn das kein Zufall ist! Da erscheint, kaum daß die derzeit berühmtesten Katzen der Welt nun auch in Hamburg ansässig geworden sind, ein voluminöser Prachtband aus dem Westermann-Verlag mit dem lakonischen Titel „Musical". Das Umschlagbild zeigt, natürlich, eine Katze. „Geschichte – Produktionen – Erfolge", so der schlagwortartige Untertitel, wollen Joachim Sonderhoff und Peter Weck auflisten: von den Anfängen des amerikanischen Beitrags zur abendländischen Theatergeschichte bis zur Gegenwart. Und die scheint aus nichts anderem zu bestehen als eben „Cats" – in London, New York und vor allem in Wien, wo der Co-Autor des Buches, Peter Weck, für die deutschsprachige Erstaufführung



verantwortlich zeichnet. Ein ausführlicher, wenn auch nicht sonderlich aufschlußreicher Produktionsbericht über die Wiener „Cats" beschließt folglich das reich bebilderte Werk. Da muß der Konsument für teures Geld – immerhin kostet der Prachtband 68 Mark – auch noch die Reklame bezahlen. Ganz schön clever!

Das Buch der als „Kenner der Materie" bezeichneten Autoren ist seit langer Zeit die erste umfangreiche deutschsprachige Publikation über das amerikanische Musical, seitdem vor mehr als 20 Jahren Siegfried Schmidt-Joos das Genre vorgestellt hat („Das Musical", dtv) – fundiert, im wesentlichen sachlich korrekt, allerdings auch ein wenig akademisch-dröge.

Das kann man nun von dem neuen Band nicht sagen. Mit lockerer Hand sind Geschichten, Daten und Namen lässig zusammengestrickt: Ein wenig hastig, wie's scheint, denn mit der Wahrheit im Detail hat man es nicht allzu genau genommen. Da werden Werktitel dem falschen Komponisten zugeordnet, Entstehungszeiten von Songs verwechselt, Fakten zurechtgebogen, damit sie in den dokumentarischen Ablauf des Buches passen. Darüber hinaus wird das Auf und Ab des Broadway-Theaters allzu rasch mit gesellschaftlich-politischen Bewegungen in den USA in Verbindung gebracht, was zwar sehr tiefgründig klingt, sich bei genauerem Hinsehen jedoch nur selten als haltbar erweist.

Das ist schon recht ärgerlich, vor allem, wenn man die Autoren bei offensichtlichen Widersprüchen ertappt. Erwähnen sie zunächst die unabdingbare Professionalität aller am Musical-Theater Beteiligten, so behaupten sie etwas später, daß die Mehrzahl der Komponisten gerade fähig sei, „ein paar Noten in die berühmten fünf Linien zu setzen". Das mag auf einige wenige zutreffen (Irving Berlin etwa, George M. Cohan oder den Engländer Lionel Bart); Tatsache aber ist, daß die meisten jämmerlich gescheitert wären ohne solide musikalische Ausbildung.

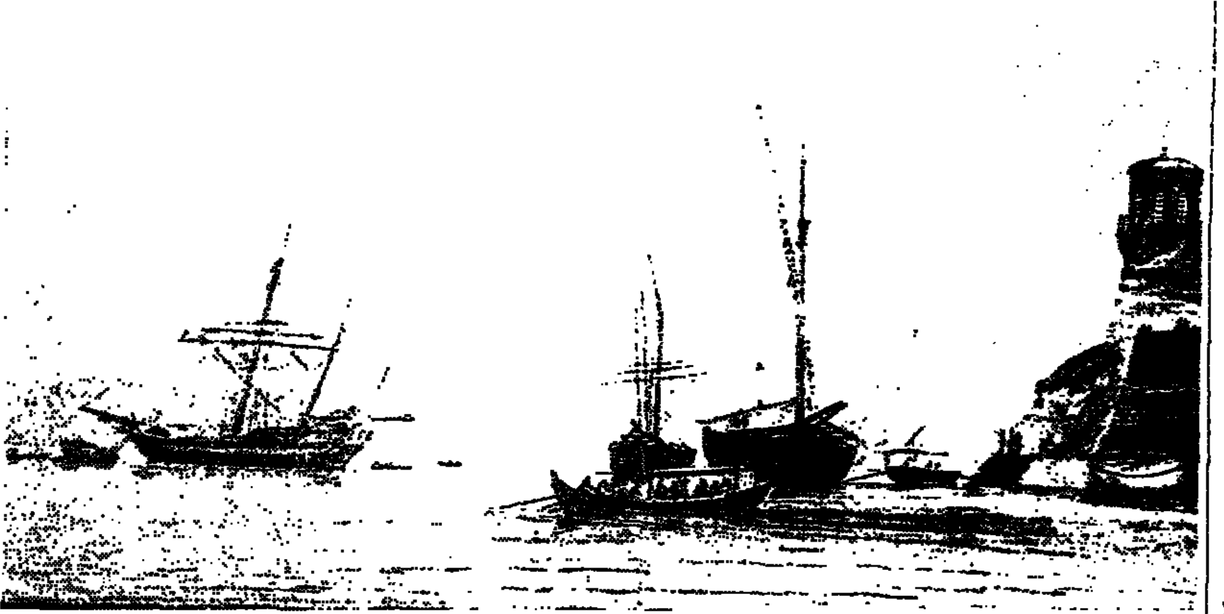
Die Beschreibungen einzelner Werke erschöpft sich in Klischees wie „schmissig" und „locker", und wir erfahren, daß die „Jazzstruktur temporeicher Nummern ein beschwingtes Gefühl vermittelt". Was es allerdings mit „dem so bewunderten Broadway-Sound" auf sich hat, mag das Geheimnis der Verfasser bleiben. Und immer wieder ist, will man ihnen glauben, nach großen Erfolgen „Funkstille" am Broadway – als hätten einige Hits die Kollegen so sehr beeindruckt, daß ihnen vor lauter Ehrfurcht der Stift aus der Hand gefallen wäre.

Natürlich gab und gibt es produktive und dürre Theaterzeiten am Times Square. Es wäre jedoch zu simpel, wollte man das Auf und Ab am Broadway von solchen Ereignissen abhängig machen. Und daß die arrivierten Komponisten die jungen Talente am Vorwärtskommen hindern, ist schlichtweg falsch: Viele Großmeister des Musicals erwiesen sich als wertvolle Förderer junger Komponisten, die aus eigener Kraft den Sprung an den Broadway vielleicht nie geschafft hätten.

Mit diesem „Musical" wurde wieder einmal die Chance vertan, über eines der lebendigsten Theatergenres unserer Zeit ein lesenswertes und informierendes Werk zu verfassen. „Es zahlte sich aus, wenn das Buch mit Sorgfalt geschrieben wurde", heißt es an einer Stelle des Textes. Merke: Das gilt nicht allein für Musical-Libretti.

RAINER NOLDEN

Joachim Sonderhoff/Peter Weck, „Musical". Westermann Verlag, Braunschweig, 256 S., 68 Mark.



Vorgeschmack auf die atmosphärische Malerei eines Turner: „Hafenansicht von La Valetta" (1778) von A. L. R. Ducros, aus der Lausanner Ausstellung FOTO: KATALOG

Kunstmuseum Lausanne: Der Landschaftsmaler Ducros wird wiederentdeckt

Stimmungen aus Luft und Wasser

Abraham Louis Rodolpho Ducros (1748–1810), der Waadtländer Landschafts- und Vedutenmaler der Goethe-Zeit, der den größten Teil seines Lebens in Italien verbracht hat, galt noch bis vor kurzem als Kleinmeister von höchstens lokaler Bedeutung. Wie sehr man ihn damit unterschätzt hat, macht derzeit das Musée des Beaux-Arts Lausanne deutlich. Das kantonale Kunstmuseum hat dafür den größten Teil der mehr als 500 Aquarelle, Zeichnungen und Stiche seiner Ducros-Sammlung mustergültig restaurieren lassen und 100 Spitzenstücke, vorwiegend großformatige Landschaftsaquarelle aus Italien, ausgewählt.

Sie waren großenteils vorher in Manchester zu sehen, was kein Zufall ist, denn englische Adlige gehörten zu den besten Kunden von Ducros in Rom. Hier hat der junge Waadtländer Künstler von 1777 an eine sehr erfolgreiche Werkstatt aufgebaut, wo nach seinen Vorlagen Ansichten der antiken Ruinen gestochen und koloriert werden. Doch sein eigentliches Interesse gilt der Landschaftsmalerei, genauer gesagt, der Darstellung einer Harmonie von Kultur und Natur, von Menschenwerk und Pflanzenwelt. In der ländlichen Umgebung Roms entstehen die von bewegten kleinen Figuren belebten Idyllen baumbestandener Mauerruinen und wasserumrauschter Felsgrotten.

Den Durchbruch zu wirklicher Bedeutung verdankt Louis Ducros einem Schicksalsschlag: 1793 wird er revolutionärer Umtriebe verdächtigt und aus Rom vertrieben. Einige Monate versteckt er sich in den Abruzzen, dann reist er weiter nach Neapel, Sizilien und Malta. Dabei hält er fleißig fest, was er unterwegs sieht.

Wohl unter dem Eindruck der politischen und privaten Tragik jener Zeit wandeln sich seine Landschaftsbilder ins Dramatische: Sturmgepeitschte Meereswellen schleudern ein Schiff gegen steile Klippen, in die der Blitz einschlägt. Darüber thronen die Zinnen und Türme einer Stadt. Und durch die schwarzen Gewitterwolken bricht die Sonne und beleuchtet eine ferne Flotte von Segelschiffen auf dem noch ruhigen Meer.

Es ist dieses fast unwirkliche Licht von einem durchsichtig schimmernden Blau, das auch den ungewöhnlichen Reiz der in Malta entstandenen großen Aquarelle ausmacht. Da gibt es zum Beispiel eine Hafenansicht von La Valetta: Im Vordergrund leuchten Felsen und Mauern in einem goldgetönten Ocker, dahinter breitet sich silbrigblau das Hafenbecken mit den vor Anker liegenden Zweimastern aus, und am Horizont verschwimmen die hellen Häuser der Stadt mit dem grau-weiß-blauen Wolkenhimmel.

Die meisterhaft getroffene Stimmung aus Luft und Wasser ist wie ein Vorgeschmack auf die atmosphärische Malerei Turners, der Ducros gekannt und geschätzt hat. Wie denn überhaupt der Maler, der kurz nach seiner Rückkehr in die Heimat 1810 in Lausanne gestorben ist, mit seinen besten Werken in die Zukunft weist und den bedeutenden Romantikern zuzuordnen ist. (Bis 19. Mai; Katalog: englisch 30 sfr, französisch 36 sfr)

MARIE-LOUISE ZIMMERMANN

Theaterbrief aus Paris: GULag-Stück und Claudel

Hegel ist unschuldig

Es gießt in Strömen auf der Bühne des Pariser Odéon-Theaters; der Regen stimmt den Zuschauer auf eine triste Wirklichkeit ein, die sich jederzeit und überall wiederholen könnte und deswegen für die Autoren des Stücks, John Berger (in England geboren) und Nella Bielski (eine gebürtige Russin), nicht nur eine „Frage der Geographie" (so der Titel des Stückes) ist, sondern eine Frage des Jahrhunderts. „Die Personen sind keine mythenhaften Gestalten, sondern Wesen aus Fleisch und Blut, die gelebt haben und vielleicht noch heute leben", sagt Regisseur Marcel Maréchal vom Marseiller Theater „La Criée, das hier ein Gastspiel gibt. „Als Theatermann habe ich selten ein Manuskript von solch essentieller Dringlichkeit in der Hand gehabt."

Tausende Kilometer von Moskau entfernt, im ostsibirischen Lager Magadan, sehen wir die 38jährige Dacha im Jahre 1951. 1937 wurde sie zu zehn Jahren Straflager und danach zu lebenslanger Verbannung verurteilt, als „Mitglied einer volksfeindlichen Familie". Vater hingerichtet, Ehemann verschleppt, beide waren Geschichtsprofessoren an der Leningrader Universität. Das 15 Monate alte Söhnchen Sascha wurde der Mutter entrissen und der „unverdächtigen" Schwester übergeben.

Sascha ist es nun, der Wirbel in das dumpf eingefahrene Gleichmaß des Lagerlebens bringt. 15 Jahre hat es gedauert, bis er endlich Schulferien in der Verbannung machen darf, um seine Mutter wiederzusehen. Wie aber reagiert ein Kind, das aus der „Freiheit" des Stalin-Sozialismus in das Getto der Verstoßenen gerät? Und die Mutter? Im Lager haben sich Schicksalsgemeinschaften gebildet, Menschen, die rigoros von allem abgeschnitten wurden, was dem Leben Kontinuität geben könnte: Heimat, Familie, Vergangenheit und Zukunft. „Wenn wir wenigstens eine Erinnerung hätten", sagt Lydia, „aber wir sind wie vergreiste Kinder, die kein Gedächtnis haben – das ist schlimmer als der Tod."

Die zentrale Frage des Stückes konzentriert sich auf die Möglichkeit, dem GULag-Leben einen Sinn abzugewinnen. Es gibt bohrende Diskussionen darüber, wie es „soweit hat kommen können". „Hegel darf man nicht unter Anklage stellen; es ist Marx, der alles auf den Kopf gestellt hat, ihm ist es zu verdanken, daß wir heute hier sind", heißt es einmal.

Nicht in Politik und Ideologie finden die Verbannten Trost, sondern in der unmittelbaren menschlichen Solidarität. Das schwache Licht der Hoffnung richtet sich auf die Tür, hinter der Sascha eine Notunterkunft findet, einen Verschlag aus heimlich zusammengetragenen Pappkartons, die aus Dachas armseliger Lagerbude einen Doppelraum machen. Nische zum Überleben. Am Ende will der 16jährige nicht mehr zurück in die „Freiheit", reiht sich ein in die Solidarität der Verbannten.

So läßt das Stück zwar Beklemmung zurück, aber es hat den Zuschauer schon längst in seinen Bann geschlagen. Der Applaus setzt zögernd ein, steigert sich aber dann zu Ovationen, die nicht zuletzt auch den vorzüglichen Protagonisten gelten: Daniel Gélin und Marcel Maréchal.

Ebenfalls aus Marseille ist die Compagnie Chatôt-Vouyoucas zu Gast mit Paul Claudels „Partage de Midi" (Mittagswende) im Pariser Théâtre des Mathurins. Ein Vierpersonenstück, das – ganz ohne Kulissenschnörkel von Vouyoucas inszeniert – nur von seinen Dialogen und Monologen lebt. Auf einem Schiff nach China gibt es kein Entweichen vor der Liebe zwischen drei Männern und einer Frau, die ihren Ehemann verlassen hat. Aufeinander angewiesen auf dieser langen Reise zu viert, sieht sich jeder der Beteiligten durch die intime Konstellation existentiell herausgefordert, steht vor der Notwendigkeit, mit der eigenen Vergangenheit abzurechnen, sich im Zenit seines Lebens neu zu orientieren. Daher auch der Titel: „Höchststand der Sonne am Himmel, Höhepunkt in der Mitte unseres Lebens", sagt Claudel.

In moderner Sprache würde man das wohl nüchtern „Midlife-crisis" nennen, was da die Beteiligten umtreibt. Der klassische Konflikt; doch Claudel, dieser weitgereiste Diplomat, der die Franzosen schockierte, als er seine eigene Schwester in die Psychiatrische Anstalt sperren ließ, weil ihm ihr Konkubinat mit dem Bildhauer Rodin nicht ins moralische Konzept paßte, macht daraus ein handfestes Skandalstück nach allen Regeln der Dramaturgie und mit vielen rhetorischen Feinheiten, wie man sie heute nur noch selten auf den Bühnen erlebt. Glanzleistung auch an Gedächtnisarbeit des Viererteams, das über drei Stunden ohne Bruch durchhielt.

ELISABETH RUGE

„Ich trinke viermal soviel wie Juhnke, aber Vorstellungen schmeiße ich nicht!"

Ein Pfitzmann für Herz und Gefühle

Man muß handfeste Typen mit der Lupe suchen", sagt der „König der Einschaltquoten" Wolfgang Rademann. Einen haben sie gefunden – und lassen ihn nicht mehr los: Günter Pfitzmann (61). Der Boulevard-Schauspieler könnte Tag und Nacht, sonn- und feiertags drehen; die Produzenten stehen Schlange.

Momentan läßt er sich neben der Mammutserie mit den „Drei Damen vom Grill" drei neue Folgen „Berliner Weiße mit Schuß" schmecken. Und Mitte März begann ein anderthalbjähriges Abenteuer als Kassenarzt in einem Armenviertel. „Ich spiele so eine Art Albert Schweitzer vom Bülowbogen", grinst er, „also keinen feinen Professor Brinkmann."

Der Mann, der so herrlich schmollen und nöhlen kann, ist ein Landsertyp. Wo immer auch gedreht wird, er hat stets sein „Sturmgepäck" dabei: Zahnbürste, Seife, Wäsche zum Wechseln, eine Thermosflasche mit Tee, ein paar belegte Brote. „Wie oft habe ich schon erlebt, daß wir nichts zu essen bekommen haben. Manchmal mußte ich auch übernachten. Im Gegensatz zu vielen anderen bin ich auf alles vorbereitet."

Pfitzmann war Mitbegründer der Berliner „Stachelschweine". „War 'ne schöne Zeit damals", schwärmt er. „Aber die Politik gibt für Kabarettisten kaum noch etwas her. Außerdem ärgerte es mich: Wir schossen die CDU an – und gerade die Partei tat für Künstler und Freischaffende mehr als die SPD."

Bei Günter Pfitzmann kann man sich kaum vorstellen, daß ihn etwas „auf die Palme" bringt. Doch da

Berliner Weiße mit Schuß – ZDF, 19.30 Uhr

winkt er ab: „Bei Dummfrechheit und Laienhaftigkeit bin ich nicht mehr zu bremsen. Und genauso ärgert es mich, wenn die Presse überheblich auf das Boulevard-Theater blickt. Ich muß sagen: Für ein klassisches Stück brauche ich zwei Hände, für ein Boulevard-Stück drei. Aber es ist wohl eine deutsche Unart, daß nur Tiefschürfendes zählt." Und wie steht's mit dem progressiven Theater? Pfitzmann: „Ich muß nicht dabei sein, wenn irgendwelche Regisseure Selbstbefriedigung betreiben."

Übrigens, es ärgert ihn nicht, wenn er gelegentlich als Juhnke-Nachfolger bezeichnet wird: „Weil es Quatsch ist. Ich will ja gar nicht machen, was er macht. Obwohl ich viermal soviel trinke wie er, habe ich noch nie eine Vorstellung oder eine Fernsehsendung geschmissen. Das würde ich nie tun, weil die Mitspieler darunter leiden und womöglich keine Gage kriegen. Außerdem tut man das auch dem Publikum nicht an."

Die „Berliner Weiße mit Schuß" spricht in ihren Episoden Herz, Gefühl und Gemüt an. Pfitzmann liebt dieses Metier. „Wenn die Leute sagen, die Rolle sei mir auf den Leib geschrieben gewesen, dann ist das das schönste Kompliment. Wir Schauspieler müssen den Geschmack eines breiten Publikums ansprechen. Etwas anderes können sich nur Kunstbeamte leisten."

Seine Heimatstadt Berlin bedeutet ihm „Zuhause und Nabelschnur". „Manche schwärmen vom Häuschen in der Lüneburger Heide oder im Schwarzwald. Alles Quatsch. In meinem Alter brauche ich Berliner Luft und Berliner Witz."

HORST LIETZBERG

KRITIK

Vom Pinsel zum Skalpell

Was hat die National Portrait Gallery in London mit Schönheitsoperationen zu tun? Elisabeth Pfisters Sendung **Das zweite Gesicht** (ARD) macht's möglich, von dem einen wie von dem anderen zu sprechen. Sie schlenderte durch das Thema des Antlitzes wie in einem Feuilleton, das reichlich illustriert war.

Als man sich noch nicht fotografieren lassen konnte, ließ man sich malen. Statt der unbarmherzigen Linse durchforschte der Pinsel das Gesicht, er verstand auch zu schmeicheln, besonders wenn man darum bat. So ähnelten die Bildnisse nicht länger der Wirklichkeit, sondern den Wünschen der Portraitierten, und von da ist es dann nicht mehr weit zu der Überlegung, vom Messer des Chirurgen verbessern zu lassen, was der Natur nicht hinreichend geglückt ist.

Eine derart umgestaltete junge Dame, deren etwas hochfahrende aber unleugbar wohlansehnliche Miene minutenlang dem Abspann des Filmes unterlegt war, schien sehr glücklich zu sein: „Ich kann gar nicht verstehen, wieso ich so lange so herumgelaufen bin!"

Außerdem bekam man viele Beispiele zweidimensionaler Portraitierkunst vorgeführt. Nicht nur aus dem Hause am Trafalgar Square, das wohl die größte Sammlung von Portraits birgt, die irgendwo versammelt sind – von Thomas Morus bis zu den Beatles. Auch zwei Portraitmaler wurden in ihren Werken und aphoristischen Bemerkungen dargeboten.

HELLMUT JAESRICH

Halbzeit für Werbespots

Welch ein Fußballtag" schwärmte Kommentator Roman Köster vor dem Anpfiff – ein großer Tag vor allem für SAT 1, das das Spiel **Bremen gegen München** exklusiv direkt übertrug. So war der Dienstagabend für zahlreiche Fußballfreunde, die die Übertragung bei Nachbarn, Kollegen oder Freunden sahen, der erste Kontakt mit dem Kabel.

Für diese Neulinge gab es zunächst Ungewohntes: Denn die Übertragung begann eine Viertelstunde vor Spielbeginn – mit zwei Minuten Werbung. Bis zum Anpfiff kamen noch fünf weitere Minuten Reklame hinzu. Der Spannung tat das keinen Abbruch, und in der Halbzeitpause, die überwiegend mit Werbespots gefüllt wurde, hatten sich auch altgediente Fußball-Seher daran gewöhnt. Es blieb jedenfalls neben der Werbung noch Zeit, um die brodelnde Stadion-Atmosphäre einzufangen. Selbst das Einspielen der Mannschaften – ansonsten im Fernsehen nie zu sehen – bekam so dramaturgische Bedeutung. Und während das Spiel lief, hatte die Werbung – anders als in den USA – Pause.

Gut war die Idee, die Spieler vor Beginn einzeln vorzustellen. Über den Informationsgehalt („Bruno Pezzey hat bei jedem Spiel seine Familie dabei") ließe sich streiten.

Als der Ball aber zum ersten Mal an den Pfosten knallte, blieb eine Zeitlupe leider ebenso aus wie bei vielen anderen Torraum-Szenen. Bewußt ungewohnte Perspektiven bot die Bildführung mit sehr vielen Nahaufnahmen, vielleicht wurde dabei etwas übertrieben. Denn eine Kamera hinter dem Tor ist sicher nützlich, bei Spielszenen im Mittelfeld stiftet sie jedoch ziemliche Verwirrung.

Was die Kommentare betrifft, so besteht noch die Möglichkeit, sich von der öffentlich-rechtlichen Konkurrenz abzuheben. Der Sprecher betätigte sich hauptsächlich als Stichwortgeber für Paul Breitner, der einiges („Was mag der Trainer ihm jetzt sagen?") allerdings geflissentlich überhörte.

HEINZ STÜWE

So sollen die Privaten in NRW arbeiten

Ein in Düsseldorf kursierendes Papier „ist eine Diskussionsgrundlage zum Landesmediengesetz, mehr nicht", versicherte gestern der Sprecher der SPD-Fraktion, Jürgen Büssow, der WELT. Er sagte, daß „es keine ideologischen Zerwürfnisse innerhalb der SPD über die Grundsatzfragen gibt". Er erwartet „vor der Sommerpause den Gesetzentwurf". Damit soll Klarheit geschaffen sein, bevor der TV-Satellit im Herbst gestartet werde. Sie aber fehlt zum Teil in dem Diskussionsentwurf. Denn er sieht zum Beispiel keine Regelung für das Veranstaltungs- und Programmgebaren des Westdeutschen Rundfunks (WDR) vor.

In den Schwerpunkten heißt es, eine Landesanstalt für Kommunikation (LfK) solle die Lizenzen für Rundfunkveranstalter vergeben. Dabei soll untersagt sein, mehr als ein Vollprogramm anzubieten. Alle Rundfunkprogramme müßten im Lande NRW veranstaltet werden. Sendungen sollen nicht durch Werbung unterbrochen werden. Rundfunk-Werbung und Sponsoren-Sendungen sollen an Werktagen 20 Prozent der Sendezeit und 15 Minuten pro Stunde nicht übersteigen. Lokale Anbieter könnten nur dann zugelassen werden, wenn sie zwischen 300 000 und 600 000 Einwohner erreichen. Dabei müsse beachtet werden, daß Tageszeitungen, die eine marktbeherrschende Stellung im Verbreitungsgebiet besitzen, als einzelne Anbieter keinesfalls im selben Raum Rundfunkprogramme ausstrahlen. Büssow sagte, eine Beteiligung von Zeitungsverlagen bis zu 20 Prozent sei „erträglich".

Im Diskussionsentwurf heißt es, neben der LfK solle ein Medienrat die Finanzen, die Einstellung und Entlassung des Verantwortlichen der Sender überwachen. Zusammengesetzt werden soll der Rat nach den für den öffentlich-rechtlichen Rundfunkrat geltenden Regelungen. Finanziert werden soll die LfK aus Gebühren und aus Zuschüssen des Landes sowie aus Abgaben, die die Programmanbieter zu zahlen haben.

Der DGB-Landesvorsitzende Dieter Mahlberg forderte eine Bestands- und Entwicklungsgarantie für den WDR. Außerdem will der DGB nicht mehr als 15 Prozent Werbung zulassen. Der Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dieter Weirich, sprach von einem „Verhinderungsgesetz für neue Medien" und „fragwürdigen Mitbestimmungsvorstellungen".

WILM HERLYN

ARD | ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.10 Die Sendung mit der Maus
9.45 ZDF-Info
Arbeit und Beruf
10.00 heute
10.03 Quadrille
Komödie von Noël Coward
11.45 Umschau
12.10 Kennzeichen D
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

12.55 Eishockey-WM
Schweden – Finnland
15.50 Tagesschau
16.00 NDR-Tanztee
Gastgeber: Paul Kuhn
16.45 Tom Sawyer und Huckleberry Finn
12. Die Blutsbrüder
17.10 Fußballschule
8. Standardsituationen: Eckstoß, Freistoß, Einwurf
17.45 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 High-Tech-Imperialismus
Reportage von Hans Lechleitner
21.00 Der 7. Sinn
21.05 Geschichten aus der Heimat
Der Prügelknabe / Ein Fall für Tante Betty / Glück im Spiel
22.00 Titel, Thesen, Temperamente
Kurzfilmtage Oberhausen
Ausstellung ausländischer Künstler in Berlin
Jahrhundertdichter Gottfried Benn
22.30 Tagesthemen
23.00 Schlaflose Tage
Fernsehfilm nach dem Roman von Jurek Becker
Mit Hans-Peter Hallwachs, Hannelore Hoger, Sandra Boehmelt u. a.
Kamera: Lothar Gerber
0.40 Tagesschau
0.45 Nachtgedanken

ZDF

15.25 heute
15.30 Feste ausländischer Mitbürger
1. Die griechische Osterwoche
Anschließend: heute-Schlagzeilen
16.00 Der Stein des Marco Polo
16.25 Eishockey-WM
UdSSR – Kanada
In den Drittelpausen: heute
19.00 heute
19.30 Günter Pfitzmann in
Berliner Weiße mit Schuß
Vier Geschichten zur Unterhaltung
Do it yourself / Und nicht mal'n Stiefmütterchen / Hundepost / Der *nächste Winter kommt bestimmt*
Regie: Ral Gregan
20.30 Das waren Hits
Deutsche Schlager
Mit Mireille Mathieu, Roland Kaiser, Katja Ebstein, Udo Jürgens, *Truck Stop, Karel Gott, Andrea Jürgens*, Nana Mouskouri, Tony Marshall, Howard Carpendale und Mike Krüger
21.00 Kontakte
Gott für den Privatgebrauch
21.45 heute-journal
22.05 Kopfduell: Wie wird deutsche Technik Spitze?
Strategien von Hauff und Riesenhuber
22.50 Zeugen des Jahrhunderts
Dieter Balkhausen im Gespräch mit Karl Schiller
23.50 heute

III.

WEST

18.00 Telekolleg II
Physikalische Technologie (5)
18.30 *Die Sendung mit der Maus*
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Die Ausreißerin
Amerikanischer Spielfilm, 1946
21.40 Filmtip
„La vie de famille"
21.45 Wenn Mutti mit dem Mörser kommt
Pillen für Kinder
22.15 Preiswerte Filme?
Kurzfilmtage in Oberhausen
23.00 Stille und Schweigen
Beckett-Dokumentation
0.20 Nachrichten

NORD

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Christothek
19.15 Die Erde lebt (3)
Die großen Wälder
20.00 Tagesschau
20.15 Ein Gespenst geht nach Amerika
Englischer Spielfilm (1937)
21.35 Kultur aktuell
22.25 Frauen
Geliebt, gelobt, geduldet
23.10 Nachrichten

HESSEN

18.00 Ein Hut voller Wünsche
18.30 Hessen Drei heute
18.33 Grand Café
18.59 *Was tun mit der Zeit?*
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Der Dieb und die Blondine
Amerikanischer Spielfilm, 1945
21.15 Praktische Tips
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 Halluzinationen?
23.05 Frankfurter Poetikvorlesungen
Hermann Burger

SÜDWEST

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Yxilon-Show (4)
18.58 Schlagzeilen
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Gemeinschaftsprogramm:
19.26 Sandmännchen
19.30 Gentleman in Moskau
20.35 Vom Wunderknaben Mozart
21.05 Volkskünste aus der Slowakei
21.35 Die Sünde
Nur für Baden-Württemberg:
21.45 Vis-à-vis
22.30 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
Kultur-Kalender
22.30 Landtag aktuell

BAYERN

18.15 Wegweiser – PS
18.45 Rundschau
19.00 San Diego, ich liebe dich
Amerikanischer Spielfilm (1944)
20.20 Wo der Koder fliegt
20.45 Botschaft der Bilder
21.15 Geistliche Musik
21.30 Rundschau
21.45 Sperrfrist
22.30 Z. E. N.
22.35 Im Gespräch
23.20 Rundschau
23.25 Die Geschichte der Nana S.
Französischer Spielfilm, 1962

SAT 1

15.00 Marco
15.30 Lassie
Anschließend:
Die Hillbilly Bären
16.00 Musicbox – Kinobox
17.00 Drei Engel für Charlie
18.00 Boomer, der Streuner
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick:
18.45 Treibstoff, das Motormagazin
19.45 *In Beirut sind die Nächte lang*
Englischer Spielfilm, 1965
Mit Lex Barker, Mickey Rooney u. a.
Regie: Peter Bezencenet
Abenteuerstory über die Notlandung eines Passagierflugzeuges auf dem Flughafen von Beirut. Die Besatzung wird in eine Vergeltungsaktion einer Schmugglerbande verstrickt.
21.30 APF blick
22.15 VIP Fashion
22.45 High Chaparral
23.35 APF blick



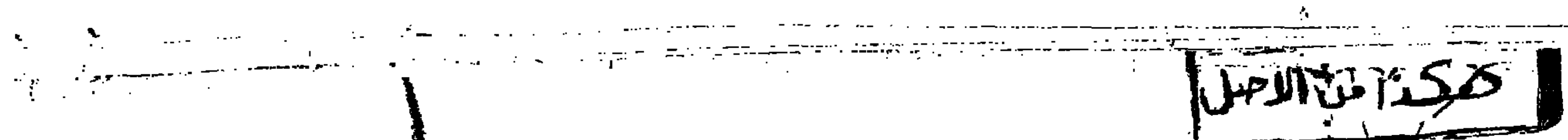
19.00 ARD-Ratgeber Essen und Trinken
19.45 Europa – Deine Weine
4. Jugoslawien
20.00 Tagesschau
20.15 Polizeiinspektion 1
20.40 Franz Xaver Brunnmayr
1. Der 60. Geburtstag
Mit Gustl Bayrhammer
21.05 *Debussy, Mozart und Dvořák*
Das Rundfunk-Sinfonieorchester Saarbrücken spielt Werke
22.40 Bankraub des Jahrhunderts
Englischer Spielfilm, 1959
Mit Aldo Ray, Peter O'Toole u. a.
Regie: John Guillermin
0.05 Nachrichten

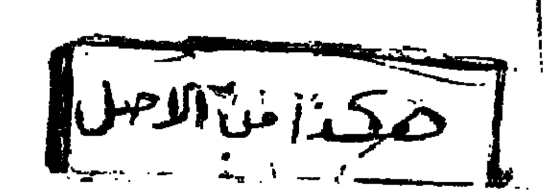
3SAT

18.00 Mini-ZIB
18.10 Sport-Zeit
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Derrick:
Auf einem Gutshof
20.30 Rundschau
Politik und Wirtschaft aus Schweizer Sicht
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 cinema international
Die Frau im Hermelin
Amerikanischer Spielfilm, 1948
Mit Betty Grabel, Douglas Fairbanks jr. u. a.
Regie: Ernst Lubitsch
23.10 Kennwort: Kino
23.35 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.35 Komm doch mal in die Küche
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Hallo Wien – Hallo Luxemburg
19.45 Knight Rider
20.30 RTL-Spiel
20.35 Hallo Wien – Hallo Luxemburg
20.50 Filmvorschau
20.55 Meine Tante – Deine Tante
Deutscher Spielfilm, 1956
22.40 Hallo Wien – Hallo Luxemburg
0.10 Wetter / Horoskop / Betthupferl





Wiedergeburt des Helden

P. F. R. – Nicht nur Bücher, auch Helden haben ihr Schicksal. Der Aufklärer Friedrich Nicolai, dem Goethes „Werther" zu lebensfeindlich-verblasen war, schrieb einfach eine Fortsetzung, in der Werthers Freitod rückgängig gemacht wird: Die Pistole war nicht scharf geladen, enthielt lediglich eine Blase Hühnerblut. Der Held brach zwar blutüberströmt zusammen; aber es war nur Ohnmacht. Er kriegt seine Lotte, und übers Jahr wird Taufe gefeiert. Gar so drastisch machte sich Goethe seinerseits nicht an die Retusche. Er ließ einen Herausgeber Werther-Aufzeichnungen entdecken, die en détail von einer Reise ins Land der Eidgenossen berichten.

Fortsetzung folgt, auch wenn der Held tot ist oder doch eigentlich tot sein müßte. Einen besonders originellen Trick kann der Taschenbuch-Leser jetzt bei Agatha Christie studieren. Die frühen Bände mit ihrem Meisterdetektiv Poirot stehen neuerdings wieder in den Regalen. Die biographische Botschaft, die man daraus nicht ohne Erstaunen entnimmt: Der kleine Belgier, an der Schwelle zum Greisenalter, *wurde als politischer Flüchtling* während des Ersten Weltkriegs nach Großbritannien verschlagen. Er lebt mit einigen Landsleuten in einem Dorf von der Mildtätigkeit einer reichen Lady.

Was tun, um den Helden auch noch in den 50er und 60er Jahren des Jahrhunderts auf Mörderjagd einsetzen zu können? Agatha Christie hat einfach stillschweigend für ihre berühmteren Romane Weltkrieg I und II vertauscht. Mindestens zwanzig Jahre jünger geworden, konnte Poirot seine Abschiedsvorstellung immer wieder hinausschieben. Er war mit der (1891 geborenen) Autorin annähernd gleichaltrig geworden: ein bemerkenswer*ter Triumph der Literatur über das* Leben.

Kein Grund indes zu glauben, der Schriftsteller sei autonom. Agatha Christie hat ihren Helden allmählich gehaßt, doch töten konnte sie ihn nicht. Der Leser wegen.

Sommerhausen: Patrick Meyers' „K 2" erstaufgeführt

Tod auf dem Gipfel

Ein Spiel der eiskalten Farben, eine strahlende Enge, eine tödliche Pracht: Das ist die Szene des Sterbens. Auf einem der höchsten Berge der Welt, dem berüchtigten „K 2" im Himalaya, erleben zwei amerikanische Alpinisten die Faszination des Todes. Und die schillernden Abgründe ihrer Innerlichkeit.

Das Stück „K 2" des amerikanischen Dramatikers Patrick Meyers, lange am Broadway und in Paris gelaufen, jetzt an Veit Relins Sommerhausener Torturmtheater für Deutschland erstaufgeführt, ist nur vordergründig ein Bergsteigerdrama. Die äußere Handlung ist nur ein Anlaß, der Berg eine Metapher. Zwei Bergsteiger, ein Physiker und ein Staatsanwalt, sind abgestürzt. Nur einer kann überleben, sich retten. Und der Physiker, schwer verletzt, zwingt seinen Freund mit einem psychologischen Trick, *nicht* sein Sterben zu teilen: Dem Staatsanwalt wird die Verantwortung für die Familie des Physikers übertragen.

Aber Patrick Meyers, dessen viertes Stück „K 2" ist, wollte kein neues Heldenepos der Berge schreiben. „K 2" – das erinnert eher an Rilkes „Ausgesetzt auf den Bergen des Herzens". Die eisige Schönheit, die äußerste Entfernung vom wärmenden, aber eben auch verdeckenden menschlichen Innenraum, sind das Imaginationsfeld, auf dem der Mensch die tiefsten, letzten Begründungen seiner Existenz erfährt. Veit Relin, wie so oft sein eigener Bühnenbildner, hat das in Sommerhausen treffend dargestellt: Von hinten bemalte Plexiglasscheiben schaffen ein kalt-künstliches Szenarium, das sich als fremde Welt gegen jede menschliche Annäherung sperrt.

Der Physiker und der Staatsanwalt sind Prototypen: der Theoretiker und der Pragmatiker, der Gott-Sucher und der Positivist, der Träumer und der Gefühlsverleugner. Im Grunde sind beide der Kälte nicht gewachsen. Gott, wie der Physiker ihn ermittelt hat, als subatomares Informationsteilchen ist ebenso unerträglich wie die pragmatische Ordnung des Sozialen, wie sie der Staatsanwalt betreibt. Was beide wollen, der eine bekennend, der andere widerstrebend, sind die Momente der Wärme, der Nähe, der Überwindung von Einsamkeit, mögen sie nun Freund oder Frau oder Kind heißen.

Patrick Meyers ist seinem Thema nicht immer gewachsen. Seine Ausflüge in pädagogische, soziologische, zivilisationskritische oder teilchenphysikalische Theorien sind oft aufgesetzt, laufen – viel zu kompliziert – parlierend neben den Figuren her.

Und Regisseur Veit Relin hat viel Mühe daran gesetzt, das zu überdekken. Er hetzt die beiden „Helden" zueinander, gegeneinander, ineinander. Er treibt die Darsteller in jede nur denkbare psycho-physische Krise, um die gesuchte Wärme wenigstens als Angstschweiß gegen die Kälte ins Spiel zu bringen. Leider hat er nur einen Darsteller, der das voll zur Geltung bringen kann: Jürgen Königs Physiker ist deswegen der Stärkere, weil er seine innere Gefährdung immer mitspielen läßt, während Staatsanwalt Wolfgang Thon den Widerspruch aus Menschen-Sehnsucht und intellektueller Beharrung allzusehr mit Aktionismus in den Griff zu bekommen sucht. Dennoch herzlicher Beifall für gutes Gebrauchstheater.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Vorstellungen täglich außer Sonntag und Montag, Informationen: 09333 / 268

Ausgesetzt auf den Bergen des Herzens: Szene aus Patrick Meyers' Stück „K 2" FOTO: BERT FELTHOFER

Will kein Idealtypus sein – Ein Interview mit der Wiener Schauspielerin und Sängerin Erika Pluhar

Schönheit ist für jede Frau ein Problem

WELT: Zwei Frauen haben Sie in der letzten Zeit auf dem Theater verkörpert: die Katherina in den „Dämonen" des Lars Norén und die Monique in dem Einpersonenstück „Eine gebrochene Frau", das Sie zusammen mit Ihrer Regisseurin Margaretha Krajanek nach dem Tagebuch der Simone de Beauvoir erarbeitet haben. Was reizte Sie an diesen beiden Rollen, die so gegensätzlich scheinen?

Pluhar: Die beiden Gestalten loten zwei extreme Seiten aus. Bei beiden Geschichten funktionieren die inneren Beziehungen nicht mehr im gewünschten Sinne. Irgendwo bleibt das Frausein auf der Strecke. Trotzdem gibt es natürlich gewisse Unterschiede. Wenn ich mich als Frau in eine weibliche Figur hineinbegebe, sie mich also interessiert, übt sie auf mich eine Art Sogwirkung aus. Es reizt mich, auf sie zuzugehen. Je verschiedenartiger diese Konfrontation ist, desto eher begrüße ich das, desto mehr fasziniert es mich.

WELT: Trotzdem schien es mir, als wären Sie an der „Gebrochenen Frau" intensiver beteiligt.

Pluhar: Ich habe mir die „Gebrochene Frau" völlig zu eigen gemacht, obwohl das Muster dieser Figur sicher eines ist, das ich persönlich nie gelebt habe. Das Erlebnis selbst betrifft in seiner Durchschnittlichkeit nahezu jeden. Jeder wird einmal verlassen und bleibt dann auf seinen Trümmern *sitzen. Da* die „Gebrochene Frau" überhaupt keine Theaterliteratur ist, wie übrigens auch nicht die „Dämonen", sondern eher eine Fiktion der Banalität, versuche ich darin genau so zu sprechen, wie ich sprechen würde, wenn mir das in Wirklichkeit passierte. Es geht nicht anders. Es gibt keine Verpackung, kein Gebäude, in das man sich zurückziehen könnte. Das ist ein vollkommenes Reduziertsein auf meine Person.

WELT: Identifizieren Sie sich in letzter Zeit eher mit Frauen, die ihre Probleme haben? Nehmen Sie also Abstand von jenem Idealtypus Frau, den Sie früher verkörpert haben?

Pluhar: Ich zucke immer mehr davor *zurück, einfach zu sagen: Ich identifiziere* mich mit Frauen. Ich identifiziere mich mit *Menschen*, und da ich ein weiblicher Mensch bin, sind es notwendigerweise Frauen. Ich höre mehr und mehr damit auf, ein Problem isoliert zu betrachten. Für mich ist das Frausein zu einer Selbstverständlichkeit geworden, deswegen kann ich mich nicht mehr in dieser Weise reduziert verhalten. Ich sehe jede Thematik nicht nur in dem engen Bezirk des Frauseins, sondern bemühe mich, sie aufs Menschsein zu erweitern.

Was das frühere Frauenbild betrifft, habe ich mich davon weitgehend gelöst. Auch war das keine gute Zeit für mich, weil sie mich äußerlich in eine Figur hineingepackt hat, die ich nie gewesen bin: in ein Klischee, das die Umwelt sehr gerne entgegengenommen hat. In Wirklichkeit bin ich keine Kunstfigur. Dieses „Idealbild" ist seinerzeit nur aufgrund bestimmter Rollen entstanden. Aber meine Vergangenheit befähigt mich heute dazu, über Einengung, über Vermarktung, über die eigentliche Abtötung des weiblichen Menschen zu sprechen. Ich weiß, wovon ich rede, weil ich ansatzweise selbst diese Erfahrung gemacht habe.

WELT: Sehen Sie eine Durchbruchsrolle wie in „Bel Ami" heute also eher negativ?

Pluhar: Nein. Im Grunde genommen stehe ich zu jeder Station meines Lebens, weil eines notwendigerweise das nächste mit sich gebracht hat. Außerdem war das eine wunderschöne Arbeit mit Helmut Käutner, da sie mich seinerzeit aus meinem ziemlich stoischen Burgtheater-Dasein herausgerissen hat.

WELT: War Schönheit für Sie je ein Problem?

Pluhar: In der Vergangenheit schon. Schönheit ist für jede Frau ein Problem, weil sie damit so widernatürlich und konstant konfrontiert wird. Eine Frau muß einfach schön sein. Ich selbst hingegen habe mich nie hübsch gefunden. Ich beobachte jetzt die jungen weiblichen Wesen, wie sie mit diesen dummen, von der Mode diktierten Bildern kämpfen, anstatt zu versuchen, mit sich selbst in Übereinstimmung zu gelangen – was ja letztlich Schönheit bedeutet. Aber was weiß man schon, wenn man jung ist!

WELT: Sie sprachen von den jungen Leuten: Sie sehen da eine Änderung?

Pluhar: In letzter Zeit erschrecke ich da immer öfter. Ich spüre einen Umschwung. Man will wieder ausweichen, kriecht in die kleinen Schlupflöcher, weil die Konfrontation mit dem Leben so mühsam ist. Ich sehe, wie sich die Mädchen wieder lieber an den häuslichen Herd zurückziehen, wie überhaupt junge Menschen in ihrer Gestyltheit, in ihrer Konzentration auf ihr Äußeres, so manipulierbar werden.

WELT: Das hat sich geändert in den letzten fünf, zehn Jahren?

Pluhar: Es gab eine wachere, offenere, bewußtere Zeit, die zu Hoffnung Anlaß gab. Jetzt hab' ich das Gefühl, daß sich alles wieder langsam schließt. Die Menschen haben Angst. Der Opportunismus blüht, die stillschweigende Zensur.

WELT: Deprimiert Sie etwa die Erfahrung, durch das Theater „nichts verändert" zu haben?

Pluhar: Vielleicht ist mir deshalb die Arbeit, die Sie noch nicht angesprochen haben, in den letzten Jahren so wichtig geworden: meine Liederabende. Sie sind für mich ein ganz direkter Umgang mit dem Publikum. Anders als bei einer Theaterarbeit gibt's da nicht diese totale Konfrontation, Auge in Auge, sondern einen unmittelbaren Gedankenaustausch mit Menschen, die zuhören wollen. All das ist für mich zu einem wesentlichen Faktor meines Berufs geworden.

WELT: Das Singen und Schreiben ist Ihnen wichtig geworden?

Pluhar: Es gehört einfach dazu. Jetzt könnte ich gar nicht mehr Gewichtungen herstellen. Alles hat eine ungeheure Gleichzeitigkeit gewonnen. In meinem neuen Liederbuch, das bei *Rowohlt erscheint, versuche ich in* einem Vorwort, meine Einstellung zum Lied zu definieren. Ähnlich ist meine Einstellung zum Schreiben: Ich schreibe ja nicht einfach und sage, ich bin ein Schriftsteller. Ich versuche schon, abzuwägen und genau zu spüren, inwieweit etwas mit mir zu tun hat und in diesem Bezug zu mir selbst von irgendeinem Wert für andere sein kann.

WELT: Fühlen Sie sich als Sängerin weniger eingebunden in eine Männerwelt mit ihren Machtstrukturen und Mechanismen?

Pluhar: Ich empfinde das schon deshalb nicht mehr, weil ich eben nicht mehr mit den großen Vermarktungspotentialen umgehe. Es ist eigentlich *sehr schön, klein und direkt gehalten*, da schmerzt mich jetzt nichts mehr, im Gegenteil. Komischerweise finden sich Verbündete an ganz anderen Ekken. Für mich ist das ein sehr signifikanter Weg, der sich da abzeichnet, weil er sich so herauslöst aus dem, was meine Vorstellungen oder Erwartungen jemals bestimmt hat. Jetzt wird es einfach so, und es stimmt.

HARTMUT REGITZ



Das Lied ist für sie „unmittelbarer Gedankenaustausch mit Menschen, die zuhören wollen": Erika Pluhar FOTO: DPA

Passau: K. Obermayers Oper „Lola" uraufgeführt

Eine lustige Blutwurst

Das Stadttheater Passau ist wohl Deutschlands kleinstes Opernhaus. Aber am Mut zur Moderne mangelt es ihm nicht. So hat man jetzt einem gebürtigen Passauer am Vorabend seines 43. Geburtstags die Möglichkeit zu einer Uraufführung gegeben, und heraus kam ein urbayerisches, erzkomödiantisches Volkstheater. Klaus Obermayer, der mittlerweile in München wirkende Komponist, schreibt ansprechend, seine Partitur hat Witz und Esprit. Man spürt, da ist ein Könner am Werk, der es versteht, *sein Publikum zu begeistern, ohne* deswegen den Zeitstil zu verleugnen. Zusammen mit dem Autor Herbert Rosendorfer hat er satirisch-frech die Beziehung zwischen dem Bayernkönig Ludwig I. und seiner Mätresse *Lola Montez zu einer Oper aufgearbeitet.*

Als „Königliche Moritat" spult sich das turbulente Bühnengeschehen ab. Dieser Untertitel ist *klug* gewählt: Die schon ältere, aber immer noch attraktive Gräfin von Landsfeld beauftragt einen Dichter, ein Theaterstück über ihr Verhältnis mit Ludwig zu schreiben. Im Gespräch mit dem jungen Poeten ziehen Bilder aus ihren Münchner Tagen an ihr vorüber, so daß ihr Leben als bunte Abfolge einzelner Projektionen abrollt.

Dieser Moritatencharakter wird noch durch einen Sprecher unterstrichen, dem Rosendorfer ironisch die Züge Richard Wagners verliehen hat. In breitem Sächsisch klopft der Nibelungen-Komponist derbe Sprüche („Erst die Blutwurst, dann das Kunstwerk") und weist darauf hin, daß er seine Protektion durch Ludwig II. letztlich der feschen Lola verdankt. Denn ohne sie hätte der erste Ludwig nicht vorzeitig abdanken müssen, und dessen Nachfolger Maximilian starb so früh, daß er gerade noch rechtzeitig für Wagners Gläubiger dem kunstsinnigen Märchenkönig den Thron freimachte.

Die Hauptperson der Oper ist natürlich die Montez, und in Miyase Kaptan stand für diese Partie nicht nur eine Darstellerin voller erotischsinnlicher Ausstrahlungskraft, sondern auch eine hinreißende Stimme zur Verfügung. Diese junge Sängerin hat Staatsopernformat.

Mit seiner Musik hat Klaus Obermayer die erfrischende *Handlung vortrefflich umgesetzt.* Für die Sänger gibt es dabei genügend Raum zur musikalischen Darstellung. Gestützt werden sie durch ein kammermusikalisch durchsichtig geführtes, gelegentlich durch *elektronische Effekte erweitertes Orchester. Auch in seiner* Tonsprache schöpft Obermayer aus bayerischen Quellen: Carl Orff mit seiner Vorliebe für die häufige Wiederholung bestimmter rhythmischer Formeln läßt ebenso grüßen wie Werner Egks Gesangsstimmen-Behandlung. Anleihen aus der Volksmusik stehen neben süßlichem Operettenschmalz und witzigen Zitaten – ganz nach den Erfordernissen der jeweiligen Szene.

Vor dem Finale verteilen die Türsteher Notenzettel im Publikum, das aufgefordert wird, den Schlußrefrain mitzusingen. Das *ist* gewiß unkonventionell, aber lebendig und amüsant. Die Zuschauer haben jedenfalls ihren Spaß bei der Sache, denn sie werden auf gehobene Weise unterhalten. *Und das ist bei einer komischen* Oper ja schließlich das Wichtigste.

JÖRG RIEDLBAUER

Nächste Aufführungen: 16. 5. und 7. 6., Karteninformationen: 0851 / 39 63 27

Zum Tode des Filmregisseurs Otto Preminger

Diktator ohne Allüren

Ein Wiener voller Charme und Verbindlichkeit? Das mag auf den Privatmann Preminger zugetroffen haben, nicht jedoch auf den Regisseur. Er galt als gefürchteter Studio-Diktator, der nur eine Ansicht gelten ließ: die eigene. Vielleicht liegt darin das Geheimnis seines Erfolges.

„Schauspieler sind wie Kinder. Manchmal muß man eben streng mit ihnen umspringen. Allüren können wir uns in unserem Job nicht leisten", sagte er. Und er duldete sie auch nicht – weder bei Marilyn Monroe, der er mit „Fluß ohne Wiederkehr" zu einer ihrer besten Filmrollen verhalf, noch bei Robert Mitchum, den er während der Dreharbeiten zu „Unternehmen Rosebud" feuerte, weil er seine Probleme mit dem Alkohol nicht in den Griff kriegte.

Ein Mann der versöhnenden Kompromisse war der Anwaltssohn aus Wien gewiß nicht. Er hat nie ein Blatt vor den Mund genommen, sich erfolgreich den rigiden und absurden Zensurbestimmungen widersetzt, offen und öffentlich an allem Kritik geübt, was ihm nicht paßte. Dazu gehörte auch und vor allem Hollywood, das er, durch Beruf und Haßliebe an den Ort gebunden, eine „Würstchenfabrik" nannte, die nur genormte Produkte hervorbringe.

Bei einem Blick in sein umfangreiches Werkverzeichnis fällt sofort die scheinbare Disparatheit seiner Stoffe auf. Da gibt es Filme der schwarzen Serie („Laura") ebenso wie Polit-Streifen („Sturm über Washington", „Exodus"); Musical-Filme („Carmen Jones") stehen neben Kostümfilmen („Amber") und Problemfilmen („Der Mann mit dem goldenen Arm"), melancholische Liebesgeschichten („Bonjour Tristesse") folgen auf leichtgewichtige Komödien wie „The Moon is Blue", einem erotischen Geplänkel, das in Amerika einen Skandal hervorrief, weil darin unbekümmert von „Schwangerschaft", „Jungfrau" und „Verführung" geredet wurde.

Der Vielseitigkeit der Themen steht als einigendes Element die handwerkliche Vollkommenheit gegenüber, mit der Preminger arbeitete. Er entwickelte sich mehr und mehr zum Perfektionisten, was schließlich dazu führte, daß er immer seltener in den Studios, dafür um so häufiger „vor Ort" drehte, um die Atmosphäre bestimmter Plätze und Gegenden aus erster Hand einfangen zu können.

Den promovierten Juristen hatte es immer schon mehr zum Theater als in den Gerichtssaal gezogen. Mit 17 spielte er bereits bei Max Reinhardt, mit 19 führte er Regie, und 1931 übernahm er Reinhardts „Theater in der Josefstadt". Vier Jahre später folgte er bereitwillig den Angeboten aus Hollywood. Preminger ahnte, was in den nächsten Jahren mit seinem Vaterland passieren würde und setzte sich rechtzeitig ab. Ironie des Schicksals: Seines deutschen Akzentes wegen mußte er in Hollywood vermehrt jene spielen, vor denen er aus Österreich geflohen war. Die Regisseure setzten Preminger vorwiegend als Nazi-Deutschen in ihren Filmen ein.

Die großen Erfolge kamen in den 50er und 60er Jahren, mit ihnen Preise und Ehrungen. Daß seine späten Filme von der Kritik verrissen wurden, nahm er achselzuckend hin: „Man kann nicht ständig gut sein." Sein Epitaph hat er vor Jahren schon selbst formuliert: „Ich bin einer der letzten großen Regisseure und Produzenten der alten Garde Hollywoods." Gestern ist Otto Preminger, 79jährig, in seiner New Yorker Wohnung gestorben.

RAINER NOLDEN



Einer der letzten Großen von Hollywood: Otto Preminger (1906–1986) FOTO: CAMERA PRESS

Zürich: Das zeichnerische Werk von R. P. Lohse

Statt Farben Zahlen

Der Irrationalismus heute ist eine List dieser Gesellschaftsordnung, die den kritischen Denkprozessen mißtraut", hat der Maler Richard Paul Lohse in seinen „Entwicklungslinien", Aphorismen über sein Weltbild und sein Kunstideal, notiert. Dort verkündet er auch: „Das serielle Prinzip ist ein radikales Demokratieprinzip."

Dieses Be- und Überladen gegenstandsloser Malerei mit gesellschaftspolitischen Theorien ist in der zeitgenössischen Kunst kein ungewöhnliches Phänomen. Lohse steht damit nicht allein. Aber seine Werke verschließen sich ganz besonders der Einsicht, daß sie mehr als nur ornamentale Effekte und die Demonstration einer Physik des Sehens zu bieten haben, mag der Künstler, was seine Notate nahelegen, auch an gesellschaftliche Funktionen gedacht haben. Das macht die Ausstellung der „Zeichnungen 1935–1985" von Richard Paul Lohse im Kunsthaus Zürich bewußt.

Zu sehen sind Versuchsreihen, ausgeführt mit Blei- und Buntstift, die den Beziehungen der Farben zueinander nachspüren. Das deuten schon Titel an wie „Elf sich durchdringende Stufungen", „Zwölf komplementäre Durchdringungen" oder „Asymmetrische Gruppen innerhalb eines regelmäßigen Systems". Immer geht es um die Reihung oder Zuordnung von Farben in Linien, Quadraten oder Rechtecken. Manchmal sind es Abstufungen derselben Farbskala, zum Beispiel von Gelb zu Orange, gelegentlich auch Muster für Farbmischungen, zum Beispiel, wenn sich auf gelbem Grunde ein rotes und ein blaues Quadrat überschneiden und diese Fläche dann violett erscheint.

Viele der Blätter, die in Zürich zu sehen sind, wirken wie Kartons für Webmuster, insbesonders weil Lohse neben die Farbproben oft mit Bleistift noch ein weiteres Quadrat gesetzt hat, das statt der Farben nur Kennzahlen trägt, und darunter findet man dann Zahlenreihen, bei denen mit Pfeilen die Beziehungen, der Farben untereinander systematisiert wurden. Andere Blätter wirken dagegen wie ein akademischer Vorkurs zur Aneignung von Grundkenntnissen der Farblehre.

„Die Menge enthält das Individuelle", liest man zwar in Lohses „Entwicklungslinien", aber diese Individualität teilt sich in den Zeichnungen nicht mit. Sie verraten nur Fleiß und eine erhebliche Monomanie, gelangen aber über das Dekorative und Ornamentale nicht hinaus. Richard Paul Lohse hat sich sicherlich viele Gedanken, aber uns kein Bild gemacht.

PETER DITTMAR

Bis 19. Mai. Statt eines Katalogs: „Richard Paul Lohse Zeichnungen Dessins 1935–1985", hrsg. von Hans-Peter Riese und Friedrich W. Heckmanns, LIT Verlag, Baden, 78 Mark.

KULTURNOTIZEN

Ein Carl-Orff-Institut soll in München, der Geburtsstadt des 1982 gestorbenen Komponisten, eingerichtet werden.

Die chinesischen Malerinnen Yu Feng und Chow Chung Cheng werden von morgen an im Kölner Museum für Ostasiatische Kunst vorgestellt.

„Musik an der Uni" heißt eine neue Konzertreihe, die heute an der Universität/Gesamthochschule Essen (mit Werken von Franz Liszt) eröffnet wird.

Die „Peggy Guggenheim Collection" in Venedig besitzt als erstes Museum in Italien einen Roboter, der Alarm-, Klima- und ähnliche Anlagen ständig überwacht.

Mit „Malern, die nicht nur malen" hat der Kunstverein Coburg sein neues Ausstellungsgebäude eröffnet.

„Emil Orlik – ein Lebenswerk zwischen Prag und Berlin" heißt eine Ausstellung der Künstlergilde Esslingen, die bis 17. Mai im Deutschordenshof von Heilbronn gezeigt wird.

Cecil Beaton, seinen Kriegs- und Modephotographien sowie den Entwürfen für Hollywood, ist eine Ausstellung vom 16. Mai bis 20. Juli im Londoner Barbican Centre gewidmet.

JOURNAL

Berlin erste deutsche „Kulturstadt Europas"

AP, Berlin

Wie Berlin als erste deutsche Stadt das Jahr 1988 als „Europäische Stadt der Kultur" begehen wird, hat Kultursenator Volker Hassemer erläutert. Danach sollen vorwiegend zwischen Mai und Oktober 1988 in drei Stufen alle Sparten der Künste beteiligt sein. Zunächst sollen die geschichtlichen Entwicklungslinien dargestellt werden. Die zweite Stufe stehe unter dem Motto „Kulturwerkstatt Berlin". In der dritten Stufe werde sich Berliner Kunst in der Begegnung mit europäischer Kunst zeigen. Die Benennung Berlins als „Europäische Stadt der Kultur" nach Florenz 1986 und Amsterdam 1987 durch die EG war auf Vorschlag der Bundesregierung erfolgt, die auch den Großteil der Kosten tragen werde.

Dresdner Schauspiel an den Rhein und nach Hamburg

dpa, Düsseldorf

Das Dresdner Staatsschauspiel wird Anfang Mai auf eine Gastspielreise in die Bundesrepublik kommen. Sieben Produktionen stehen auf dem Programm der zweiwöchigen Reise nach Düsseldorf, Hamburg und Köln. Der Besuch des „DDR"-Ensembles ist die „Antwort" eines Gastspiels des Düsseldorfer Schauspielhauses in Dresden und Leipzig und zugleich der *erste deutsch-deutsche Theateraustausch* seit 25 Jahren. Die Tournee beginnt am 2. Mai mit der Aufführung von Kipphardts „Bruder Eichmann" in Düsseldorf. Außerdem sind Stücke von Gelmann, Heiner Müller und Hebbel vorgesehen.

Torgang zum Tempel von Salomo entdeckt

AP, Jerusalem

In der Altstadt von Jerusalem haben Archäologen den ältesten bisher bekannten Torgang zum Tempelberg entdeckt. Frau Eilat Mazar wies zehn Jahre nach Abschluß der Ausgrabungen ihres Vaters Benjamin Mazar, des Nestors der Altertumsforschung in Israel, nach, daß Gebäudereste im Südosten der Altstadt zu einem 18 Meter langen Torgang gehört haben. Der Zugang war offenbar eines von ursprünglich zwölf Toren zu dem Tempel Salomos aus dem Jahr 975 v. Chr.

Französische Literatur in deutscher Übersetzung

DW. Düsseldorf

„Französische Literatur in deutscher Sprache", so heißt die jüngste Veröffentlichung des Düsseldorfer Heinrich-Heine-Instituts. Der von Bernd Kortländer und Fritz Nies herausgegebene Reader fußt auf Beiträgen eines 1985 in Düsseldorf abgehaltenen Kolloquiums. Behandelt werden Probleme des Übersetzens in Theorie und Praxis. Insbesondere wird eine kritische Bilanz der deutschen Übersetzungen französischer Literatur der letzten 200 Jahre gezogen sowie die Frage gestellt, was an Wichtigem auf dem deutschen Markt fehlt (Droste Verlag, Düsseldorf, 177 S., 18 Mark).

Zeichnungen von Boris Sajtinac

DW. Hannover

„... und Narren sind sie alle" wurde eine Ausstellung mit Bildern und Zeichnungen von Boris Sajtinac überschrieben, die das Wilhelm-Busch-Museum in Hannover vom 27. April bis 17. Juni zeigt. Sie *umfaßt rund 160 satirische Arbeiten* des 43jährigen bulgarischen Künstlers, der seit 1965 in Paris lebt. Während der Ausstellung werden außerdem ein Film über und ein Film von Sajtinac gezeigt. Der Katalog kostet 18 Mark, im Buchhandel 24 Mark.

1. Bonner Landestreffen mit Schriftstellern

akk. Bonn

Das erste Bonner Landestreffen der Autoren veranstaltet der Bonner Literaturverein am kommenden Samstag im Kultur-Forum der Stadt Bonn. Unter dem Motto „Nord Rheinische Worte" stehen Lesungen, Diskussionsrunden und Musikeinlagen auf dem Programm. Rund 40 Autoren und zehn Herausgeber von Literaturzeitschriften werden an der Veranstaltung teilnehmen, darunter Josef Reding, Udo Weinbörner, Jodock Nachtdichter und Ludwig Verbeck.

Alexeij Arbusow †

akk. Moskau

Im Alter von 77 Jahren ist Alexeij Arbusow, einer der bedeutendsten sowjetischen Dramatiker, gestorben. Arbusow, der auch als Schauspieler und Regisseur tätig war, gehörte seit 1934 dem sowjetischen Schriftstellerverband an. Seine Stücke, die in seiner Heimat ständig aufgeführt wurden, zeichnen sich durch eine lyrische Stimmungslage mit Tendenz zur Melodramatik aus. In Deutschland ist Arbusow besonders mit den Stükken „Irkutsker Geschichte", „Tanja", „Grausame Spiele" und „Altmodische Komödie" bekannt geworden.

Hans Joachim Kulenkampff, Nestor der deutschen Show- und Quizmaster, feiert am Sonntag seinen 65. Geburtstag

Die Zuschauer ließen „Kuli" ihre Macht spüren

Seine große Liebe gehört dem Theater. Aber wie das so ist mit großen Lieben – sie erfüllen sich meist nicht in dem Maße, wie der Liebende sich das wünscht. Vielleicht sind sie gerade deshalb so groß.

Das Schicksal hatte nämlich anderes vor mit Hans Joachim Kulenkampff, der am Sonntag vor 65 Jahren in Bremen geboren wurde. Es ließ ihn zwar kurz nach dem Krieg, an dem er hatte teilnehmen müssen, einige Bühnen betreten, aber dann lenkte es seine Wege in die Funk- und Fernsehanstalten. Fortan wurde der kleine Schirm im Holzrahmen seine Heimatbühne, von der er seit 1953 den Kandidaten Fragen stellte; zunächst in der Sendung „Wer gegen wen?", ab 1964 im Samstagabend-Dauerbrenner „Einer wird gewinnen". „EWG", zunächst für drei Jahre geplant, sollte ihn nicht mehr aus den Klauen lassen.

Er wäre wahnsinnig geworden, wenn er „EWG" weitergemacht hätte, erklärte Hans Joachim Kulenkampff 1976, als das populärste Quiz der deutschen Fernsehgeschichte gerade einmal Sendepause hatte. Nun, das Schicksal hat ihn vor ersterem bewahrt – obwohl es ihn vor dem zweiten nicht retten konnte. Die öffentlich-rechtlichen Unterhaltungsspezialisten beugten sich nämlich den Wünschen der Zuschauer und holten Kulenkampff 1968 als Fragesteller der Nation vor die Kameras zurück: ein Jahr später hatte er die Nase wieder einmal voll. „Man kann gar nicht so dumm denken, wie ein Quiz ist", motzte er. Aber es nützte ihm nichts – das Publikum wollte „seinen" Quizmaster wiederhaben.

Dabei war Kulenkampff der TV-Gemeinde durchaus erhalten geblieben – in Sendungen wie „Guten Abend, Nachbarn", „Acht nach Acht" oder „Feuerabend". Nichts davon konnte die Zuschauer befriedigen – sie verlangten nach einer Neu-Neuauflage der Alt-Fragestunde. Und „Kuli" frotzelte nach der „EWG"-Pause im September 1979: „Ich habe noch nie einen Menschen getroffen, der so stolz darauf war, in zehn Jahren nichts dazugelernt zu haben."

Fluch des Fernsehens: Es hatte ihm zu so großer Popularität als Quizmaster verholfen, daß er sein Theater-Publikum kaum davon überzeugen konnte, nicht als Moderator auf der Bühne zu stehen, sondern als „Des Teufels General" oder als „Ein ganz normal verrückter Mensch". Er sei eben auch als Harras, notierte mild ein Kritiker, vor allem ein guter Quizmaster.

Der „Fall EWG" wirft natürlich auch ein denkwürdiges Licht auf den Zustand der televisionären Unterhaltung in diesem Land. Es gibt zwar eine ganze Reihe von Quiz- und Talkmastern, doch keiner kann Hans Joachim Kulenkampff ersetzen. Denn es ist ja nicht allein die Sendung, die das Publikum vor den Schirm lockt, sondern der Mann, der durch sie führt. Das macht „Kuli" nämlich mit einer lässigen Professionalität und einem unwiderstehlichen Charme, der manche seiner Boshaftigkeiten und lockeren Sprüche zu amüsanten Bonmots abmildert. Und so wird er wohl auch jenseits der 65 alle paar Wochen von acht Kandidaten wissen wollen, welche Tapete zu welchen Möbeln paßt oder wer den Bunsenbrenner erfunden hat oder ... „Jetzt ist aber Schluß", drohte er jüngst wieder einmal mit seinem Abschied von „EWG". Warten wir's ab.

RAINER NOLDEN



Mit lässiger Professionalität und augenzwinkerndem Charme mildert Hans Joachim Kulenkampff so manchen lockeren Spruch und so manche Boshaftigkeit zu einem amüsanten Bonmot ab. FOTO: DPA

Viele gute Wünsche von den TV-Kollegen

HANS ROSENTHAL: Aktivität und Temperament lassen das Alter vergessen. In diesem Sinn gehören Sie zu den Teenagern. Der Kuli in unserem Sprachgebrauch war bis in die fünfziger Jahre ein chinesischer Tagelöhner – der Kuli danach ist ein Markenzeichen für Freundlichkeit, Charme, Sicherheit, Können, vermischt mit einem Körnchen Frechheit. Alle, die in der Fernseh-Unterhaltung tätig sind, müssen sich an Ihnen messen lassen, für alle ist die Meßlatte zu hoch.

WIM THOELKE: Daß es einen Hans Joachim Kulenkampff gibt, schmückt den Beruf des Show- und Quizmasters. Wir alle können uns bei Dir nur dafür bedanken. Du bist der lebendige Beweis dafür, daß man mehr als 30 Jahre lang im Fernsehen erfolgreich sein kann, ohne Witze auf Kosten anderer zu reißen. Es kommt halt auf Substanz, Geist und Herz an – Du hast davon jede Menge zur Verfügung. Hoffentlich siehst Du ein, daß der liebe Gott solche Talente nur verteilt, wenn sie auch über das sogenannte Pensionsalter hinaus genutzt werden.

Übrigens – Du bist auch auf der Theaterbühne ein echter Komödiant. Daß Du dabei Deine Persönlichkeit nie ganz verleugnen kannst, wundert nur den, der keine hat. In diesem Sinne herzliche Glückwünsche und noch viele vitale und kreative Jahre.

FRANK ELSTNER: Daß Herr Kulenkampff 65 wird, ist für mich nicht wichtig. Wichtig ist für mich, daß ich ihn noch oft auf dem Bildschirm sehen kann. Er soll doch um Himmels willen nicht solche Dummheiten machen und an seinem Geburtstag an das Pensionsalter denken. Es gibt viele große Künstler, die noch mit 80 Jahren Höchstleistungen vollbringen. Dies ist als Herausforderung von einem großen Verehrer gemeint.

JOACHIM FUCHSBERGER: Es gibt Menschen, auf die man schlicht und einfach nichts kommen läßt – egal, wie lange man sie kennt. Bei uns sind es nachgerade 35 Jahre, seit sich unsere Wege beim Hessischen Rundfunk zum ersten Mal kreuzten. Danach gingen sie in verschiedene Richtungen. Du bist Deutschlands Moderator Nummer eins geworden, und viele sagen: bis heute geblieben. Ich bin in das Lager der Schauspieler übergewechselt und erst nach vielen Jahren in die Kunst des Moderierens zurückgekehrt. In der Zwischenzeit folgtest Du Deinem Herzenswunsch und gingst zielstrebig auf die Bühne. Also haben sich unsere Wege wieder gekreuzt. Ich hoffe nun, daß wir uns bei der nächsten Wegkreuzung treffen und vor der Kamera plaudern werden – Du weißt schon, wann ...

Nach Trennung bleiben viele gute Freunde

SAD, New York

Die Hälfte aller Geschiedenen in den Vereinigten Staaten empfinden keinen Groll gegenüber dem ehemaligen Partner, so daß nach der Scheidung ein freundschaftliches Verhältnis möglich ist. Das fand die amerikanische Psychologin Constance Ahrons heraus, die hundert geschiedene Paare fünf Jahre lang beobachtete und darüber jetzt in der populärwissenschaftlichen Fachzeitschrift „Psychology Today" berichtete.

Nur 12 Prozent konnte die Wissenschaftlerin jedoch in die Kategorie „perfekte Freunde" einstufen, die nach wie vor die Gesellschaft des anderen schätzen. 38 Prozent bezeichnete die Psychologin als kooperativ. Das gemeinsame Interesse gilt jedoch meist nur den gemeinsamen Kindern. 25 Prozent der Geschiedenen sind als „grollende Ex-Partner" einzustufen.

23. Methanolwein-Opfer

AP, Mailand

Der Skandal um den mit Methanol versetzten Wein hat jetzt in Italien das 23. Todesopfer gefordert. Am Montag starb in einem Krankenhaus in Novi Ligure in Piemont eine 50jährige Frau, die Wein getrunken hatte, der etwa zehn Prozent Methanol enthielt. Die Frau lag seit einem Monat im Krankenhaus. Die Mailänder Staatsanwaltschaft hat inzwischen 14 Haftbefehle erlassen.

Bei Löscharbeiten verletzt

dpa, Alfeld/Hannover

Bei der Bekämpfung eines Feuers auf einem Güterwagen wurden in der Nacht zum Mittwoch in der Nähe des Bahnhofs Alfeld etwa 20 Feuerwehrleute verletzt. In einem Waggon befand sich ein Kunststoffgranulat, das durch den Brand offenbar giftige Gase entwickelte. Die Feuerwehrmänner klagten über Atembeschwerden und Brechreiz. Sie wurden in ein Krankenhaus eingeliefert.

25 Millionen leiden an einer Allergie

gh. Bonn

Etwa 25 Millionen Bundesbürger leiden an allergischen Erkrankungen. Der „Deutsche Allergietag", der erstmals morgen in der Bonner Beethovenhalle stattfindet, widmet sich dieser Erkrankung. Wissenschaftler, Ärzte und Patienten wollen bei diesem Treffen unter der Schirmherrschaft des FDP-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Mischnick unter anderem Betroffene über Therapiemöglichkeiten aufklären. Die Tagung wird vom „Allergiker- und Asthmatikerbund e. V., Mönchengladbach" ausgerichtet.

Der Arzt Wolfgang Jorde aus Mönchengladbach berichtete, daß 17,6 Prozent der mehr als 16 Jahre alten Schüler an Pollenallergien leiden. Die therapeutische Erfolgschance nehme mit der Dauer der Erkrankung ab.

Kriegsheld in Florida hingerichtet

rtr, Starke

Ein mehrfach ausgezeichneter Vietnam-Kriegsheld ist am Dienstag in Florida auf dem elektrischen Stuhl hingerichtet worden. Ein Gericht hatte den 38jährigen David Livingston Funchess vor elf Jahren für schuldig befunden, 1974 bei einem Überfall auf eine Bar zwei Menschen erstochen zu haben. Nach Angaben von Funchess' Anwälten führten traumatische Erlebnisse in Vietnam zu der Tat. Funchess hatte im Krieg die Verwundetenauszeichnung „Purple Heart" sowie vier Tapferkeitsmedaillen verliehen bekommen.

Mehr als ein Dutzend Mitglieder einer Kriegsveteranen-Vereinigung hatten gegen die Hinrichtung mit einer Mahnwache protestiert. Ein Gnadengesuch lehnte der Oberste Gerichtshof in letzter Minute ab.

Verschwendete die Nasa Milliarden?

rtr, New York

Die amerikanische Weltraumbehörde Nasa hat nach einem Bericht der „New York Times" beim Raumfährenprogramm und anderen Projekten umgerechnet mindestens 7,6 Milliarden Mark verschwendet. Die Zeitung meldete gestern, dies hätten von der Regierung angeordnete Rechnungsprüfungen ergeben. Die Nasa sei wegen ihrer Ausgabenpolitik mehrfach verwarnt worden.

Wie die Zeitung berichtete, verschwanden mehrfach Ausrüstungsgegenstände im Wert von mehreren Millionen Dollar. Die US-Weltraumbehörde hat sich auch bei den Kosten für die Raumfähren verschätzt. Schätzungen seien von 675 Millionen Dollar je Raumgleiter ausgegangen, die tatsächlichen Kosten hätten bei 1,47 Milliarden Dollar gelegen.

Benimm-Kurs für New Yorks ‚Cabbies'

HANS STÜCK, New York

Die von gewaltigem Verkehr, Lärm und Menschenmassen gestreßten New Yorker sind hektisch, kurz angebunden und meist ungeheuer schlagfertig. Als unhöflich und rüpelhaft gelten sie nur bei Provinzlern und Touristen, die kein Gespür für den von Hektik bestimmten New Yorker Lebensstil haben, der in überfüllten U-Bahnen und Bussen eher Überlebenstaktik genannt werden sollte.

Früher scherten sich die New Yorker nicht darum, was Besucher aus Texas oder Köln von ihnen halten. Doch da die Sieben-Millionen-Stadt inzwischen ein Touristenzentrum ersten Ranges geworden ist, in dem zahllose Menschen direkt oder indirekt vom Tourismus leben, sah sich die Stadtverwaltung 1985 zum ersten Mal veranlaßt, eine „Höflichkeitskampagne" anzukurbeln, mit der das Image der Metropole bei den Besuchern aus aller Welt aufpoliert werden soll.

Seit Beginn der Kampagne veranstaltet der von der Stadt gegründete „Verein für ein besseres New York" Höflichkeitskurse für Taxifahrer, Kellner, Bankbeamte und Angestellte in anderen Dienstleistungsbereichen. Mit anderen Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs sollen die Kurse mithelfen, der Stadt die gewaltigen Einnahmen aus dem Tourismus zu erhalten. Sie beliefen sich im vergangenen Jahr auf umgerechnet 17,5 Milliarden Mark.

„Was, wir sollen unhöflich sein?" meinte ein „Cabbie" im Verkehrsgewühl des Times Square. „Wir haben nur keine Zeit für unnützes Getue. Deshalb kommt mir die Kampagne wie das größte Experiment zur menschlichen Verhaltensänderung seit Mao Zedong vor."

Ein Straßenhändler, der Brezeln und Hot-Dogs an der Fünften Avenue verkauft, drückte sich ähnlich sarkastisch aus: „Was die Provinzler als Unhöflichkeit verstehen, ist nichts als purer Selbsterhaltungstrieb. Wir leben schließlich in einer Stadt, die uns alle hart anpackt."

Immerhin haben inzwischen schon 18 000 oder etwa die Hälfte der New Yorker „Cabbies" solche Benimmkurse besucht, und die andere Hälfte wird sich kaum drücken können, weil Teilnahme an den Kursen mit jeweils 20 Unterrichtsstunden in Höflichkeit, Fahrer-Fahrgast-Psychologie, Stadtgeographie und defensivem Fahren inzwischen für alle behördlich zugelassenen Fahrer vorgeschrieben ist.

Die Fahrer müssen eine Prüfung ablegen, die bisher nur von einigen Dutzend nicht bestanden wurde. Die meisten dieser Leute scheiterten übrigens, weil ihr Englisch zu dürftig war. Viele „Cabbies" stammen aus dem spanisch sprechenden Bevölkerungsteil der Stadt. (SAD)

Unehrenhaft entlassen

dpa, Gießen

Ein 42jähriger US-Soldat, der im Juni vergangenen Jahres im betrunkenen Zustand innerhalb von zwei Tagen mit seinem Privatwagen in der Nähe von Gießen zwei Radfahrer totfuhr, wurde jetzt von einem Militärgericht wegen fahrlässiger Tötung, Trunkenheit am Steuer und Unfallflucht zu fünf Jahren Haft verurteilt. Der Amerikaner, ein Alkoholiker, wurde außerdem unehrenhaft aus der Armee entlassen.

Unfallaufnahme verbessert

AFP, München

Die österreichische Polizei muß vom 1. Mai an bei Unfällen mit Sachschaden gleich welcher Höhe auch Mitteilungen über Lichtverhältnisse, Straßenzustand und nähere Unfallumstände registrieren. Bisher mußte sie lediglich die Namen der Beteiligten, Unfallstelle, Unfallzeit und verursachten Schaden aufnehmen. Das teilte der ADAC gestern mit.

WETTER: Mild

Lage: Auf der Ostflanke eines nahezu ortsfesten Tiefs über den Britischen Inseln fließt von der Biskaya her milde, aber zum Teil wolkenreiche Luft nach Deutschland.

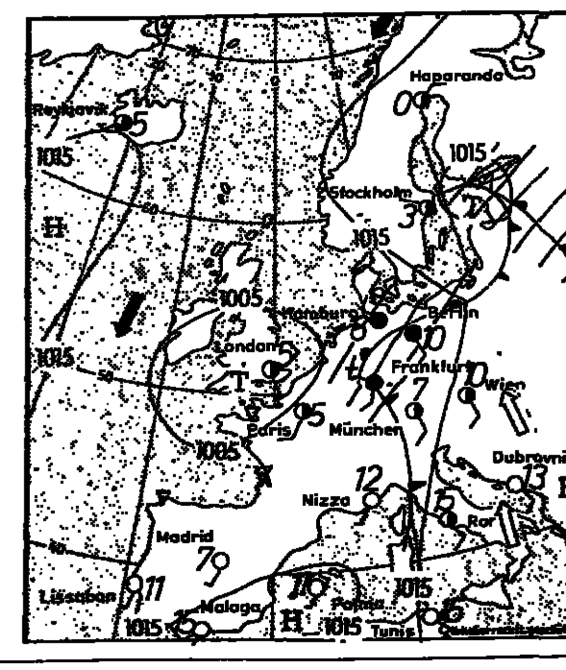
Vorhersage für Donnerstag: Teils aufgelockerte, teils starke Bewölkung und gelegentlich Schauer oder etwas Regen. Tageshöchsttemperaturen um 15 Grad, an der See und in den Mittelgebirgen um 10 Grad. Tiefstwerte nachts 9 bis 6 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus Süd bis Südwest.

Weitere Aussichten: Einzelne Schauer, im ganzen aber freundlich und noch etwas wärmer.

Sonnenaufgang am Freitag: 6.07 Uhr*, Untergang: 20.34 Uhr; **Mondaufgang:** 22.26 Uhr, Untergang: 6.22 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 24. April, 8 Uhr

Hochdruckzentrum, Tiefdruckzentrum, wolkenlos, heiter, halb bedeckt, wolkig, bedeckt, Windstille, Nordwind 10 km/h, Ostwind 20 km/h, Südwind 30 km/h, Westwind 40 km/h, Nebel, Nieseln, Regen, Schnee, Schauer, Gewitter, Niederschlagsgebiet, Temperaturen in °C, Warmfront, Kaltfront, Okklusion, Kaltfront am Boden, Kaltfront in der Höhe, Luftströmung warm, Luftströmung kalt, Isobaren



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:		
Berlin	10	bd
Bielefeld	13	he
Braunlage	5	bd
Bremen	12	bw
Dortmund	11	bw
Dresden	13	he
Düsseldorf	12	Rs
Erfurt	9	bw
Essen	11	bw
Feldberg/S.	-1	bw
Flensburg	10	bd
Frankfurt/M.	10	bd
Freiburg	9	bd
Garmisch	12	bw
Greifswald	7	R
Hamburg	10	bw
Hannover	10	bw
Kahler Asten	6	bw
Kassel	9	bw
Kempten	11	bw
Kiel	7	R
Koblenz	11	bw
Köln-Bonn	12	bw
Konstanz	9	bw
Leipzig	11	bw
List/Sylt	9	bd
Lübeck	7	bd
Mannheim	10	bd
München	11	bw
Münster	12	bw
Norderney	11	bw
Nürnberg	11	bw
Oberstdorf	10	bw
Passau	14	he
Saarbrücken	8	bd
Stuttgart	10	bw
Trier	11	bw
Zugspitze	-3	IW

Ausland:		
Algier	21	he
Amsterdam	10	bw
Athen	19	he
Barcelona	15	bw
Belgrad	22	he
Bordeaux	14	bw
Bozen	13	bd
Brüssel	12	he
Budapest	21	he
Bukarest	23	he
Casablanca	20	bw
Dublin	11	bw
Dubrovnik	17	he
Edinburgh	5	R
Faro	17	bw
Florenz	20	bw
Genf	5	bd
Helsinki	11	bw
Hongkong	21	bd
Innsbruck	17	he
Istanbul	18	he
Kairo	26	he
Klagenfurt	15	bw
Konstanza	18	wl
Kopenhagen	8	bw
Korfu	18	he
Las Palmas	18	bw
Leningrad	16	bw
Lissabon	16	bw
Locarno	10	R
London	8	R
Los Angeles	12	bw
Luxemburg	8	he
Madrid	9	bw
Mailand	13	R
Malaga	18	bw
Mallorca	23	he
Moskau	9	bw
Neapel	23	he
New York	5	bw
Nizza	13	R
Oslo	5	bw
Ostende	11	he
Palermo	20	he
Paris	15	he
Peking	12	bd
Prag	13	he
Rhodos	22	he
Rom	21	he
Salzburg	13	he
Singapur	31	bw
Split	8	bw
Stockholm	11	he
Straßburg	10	bd
Tel Aviv	23	he
Tokio	18	bw
Tunis	22	he
Valencia	13	bw
Varna	16	he
Venedig	16	he
Warschau	20	he
Wien	20	bw
Zürich	11	bw

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Ein Ergebnis ‚verdeckter Ermittlungen'

Größte Mordserie in Hamburg vor der Aufklärung / „Geschäftsstreitigkeiten" auf St. Pauli

DIETER SALZMANN, Hamburg

Mit der Verhaftung des mutmaßlichen Killers Werner „Mucki" Pinzner und dessen vermutlichem Auftraggeber, dem österreichischen Bordellbesitzers Josef Nusser, genannt „Wiener Peter", setzte die Hamburger Polizei einen vorläufigen Schlußpunkt unter eine seit zwei Jahren geführte Ermittlung im Hamburger Zuhältermilieu. Damit steht die größte Mordserie in der Hansestadt unmittelbar vor der Aufklärung.

Der 36jährige Pinzner soll zwischen Juni 1984 und April 1985 mindestens fünf Menschen erschossen haben. Alle Opfer wurden mit Kopfschüssen aus nächster Nähe regelrecht hingerichtet. Drei der fünf Ermordeten waren Bordellbesitzer gewesen. Bei zwei weiteren Morden steht Pinzner im Verdacht, der Täter zu sein. Die beiden Gesuchten wurden, wie gestern in einem Teil unserer Auflage berichtet, in der vergangenen Woche in ihren Wohnungen in Hamburg verhaftet.

Beamte im Milieu

Der Erfolg, den Hamburgs Innensenator Rolf Lange als „nachhaltigen Schlag gegen die Schwerstkriminalität" bezeichnete, geht auf das Konto der Fachdirektion 65, die in Hamburg die organisierte Kriminalität bekämpft. Die Dienststelle mit ihren 40 Mann, 1982 vom damaligen Innensenator Alfons Pawelczyk geschaffen, ermittelt deliktübergreifend. Ihre Spezialität liegt in der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität und der Zuhälterei, Bereiche in denen sich kaum Zeugen finden.

Deshalb setzt die Polizei verstärkt auf verdeckte Ermittlungen. Beamte durchdringen den Bereich der Kriminellen. Sie treten beispielsweise als Rauschgiftkäufer auf. Ihre Aufgabe ist es, hieb- und stichfeste Beweise zu sammeln, die auf anderem Wege nicht zu beschaffen sind. Aber ihre Tätigkeit ist umstritten. So waren Polizeibeamte die einzigen Abnehmer einer Falschgeldbande, die die Polizei im April in Hamburg auffliegen ließ. Ein findiger Verteidiger kann nun behaupten, seine Mandanten seien von der Polizei überhaupt erst zu der Straftat verleitet worden. Fraglich ist auch, inwieweit sich Beamte an Straftaten beteiligen dürfen, um in ihrer kriminellen Umgebung nicht aufzufallen.

Die Polizei tut sich schwer, Methoden der verdeckten Ermittlung zu nennen. Es liegt nicht in ihrem Interesse, daß ein Verbrecher aus der Presse erfährt, wie im einzelnen gegen ihn vorgegangen werden kann. Verdeckte Ermittlungen waren offenbar auch der einzige Weg, der zur Verhaftung von Pinzner und Nusser führte. Seit Frühjahr 1985 war ihnen die Polizei auf der Spur. Der Zuhälter Waldemar Dammer und sein Wirtschafter Ralf Kühne waren im Hamburger Stadtteil Schnelsen am Ostermontag erschossen worden. Es waren die beiden letzten Taten der Mordserie. Die Polizei nahm – wie auch bei den vorangegangenen Morden – „Geschäftsstreitigkeiten" im St.-Pauli-Milieu als Motiv an. Dammer und Kühne wurden aus dem Weg geräumt, weil sie vorhatten, an Nürnberger Zuhälter zu verkaufen.

Unruhe auf dem „Kiez"

Im Mai 1985 bildete die Hamburger Polizei unter Federführung der Fachdirektion 65 eine Sonderkommission. Allmählich erhärtete sich der Verdacht, daß Nusser und Pinzner hinter allen fünf Morden stecken. Sie wurden beschattet, ihre Telefongespräche wurden abgehört.

Anfang des Jahres konnte die Sonderkommission einen Erfolg melden: Die „Nutella"-Bande, ein Zusammenschluß aus Zuhältern auf St. Pauli, konnte endgültig ausgehoben werden, was auf dem „Kiez" erhebliche Unruhe auslöste. Der nächste Schlag der Polizei erfolgte kurz nach Ostern: Eine sechsköpfige Rauschgiftschmugglerbande, die Kokain in Holland kaufte und über Aachen nach Hamburg lieferte, wurde im April zerschlagen. In einem Hamburger Club wurde der Stoff an Süchtige verkauft. Einer der Abnehmer soll Pinzner gewesen sein.

Vietnamflüchtlinge gerettet

dpa, Köln

Aus schwerer Seenot hat das deutsch-französische Rettungsschiff „Cap Anamur II" gestern 23 Vietnamflüchtlinge aus dem südchinesischen Meer – 110 Seemeilen südöstlich des Mekong-Deltas – gerettet. Die Flüchtlinge waren mehr als drei Tage und Nächte in einem kleinen baufälligen Flußkahn unterwegs. Sie hatten nach Angaben des Kapitäns Max Behrens keine Überlebenschance.

Sommerzeit in den USA

AP, New York

Am 27. April um neun Uhr mitteleuropäischer Sommerzeit (MESZ) werden in den USA die Uhren um eine Stunde vorgestellt. Der Zeitunterschied zwischen New Yorker Zeit und MESZ beträgt dann sechs Stunden. Die Sommerzeit in den USA endet am 27. Oktober.

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt eine Spielschein-Kombination: Zahlenlotto-Service-Schein/Auswahlwette System 007 der Westdeutschen Lotterie GmbH & Co. bei.

ZU GUTER LETZT

Bayern und Ostfriesen leben auf deutlich größeren Füßen als Rheinländer, haben Fachleute festgestellt. Die Erwachsenen im Süden und Norden der Bundesrepublik Deutschland tragen im Durchschnitt zwei Nummern größere Schuhe als die Bewohner der mittleren Teile Westdeutschlands.

Das große WELT-Prämien-Angebot

Wenn Sie der WELT einen neuen Abonnenten vermitteln, haben Sie freie Auswahl unter vielen wertvollen Prämien. Hier nur einige Beispiele: Stereo-Radiorecorder, 4-teiliges Patchworkleder-Reiseset, Schallplatten oder aktuelle Bücher. Weitere Prämien im WELT-Katalog.

Bitte anfordern!

An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bitte informieren Sie mich über die wertvollen Prämien, die ich erhalte, wenn ich für die WELT neue Abonnenten gewinne.

Name:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Vorw./Tel.:

01-944

Donnerstag, 24. April 1986

WELT REPORT

Nr. 95 - DIE WELT

Privates Haus- und Wohnungseigentum

Eigenes Heim – auch eine Burg für Freiheit und Marktwirtschaft

Von PETER GILLIES

Mit stolzgeschwellter Brust trägt Herr Normalverbraucher seine Frau über die Schwelle des schmucken Reihenhauses, jubelnd besetzen seine Kinder die eigene Scholle nebst Buddelkiste – das Bild ist aus der einschlägigen Werbung bekannt. Millionenfach wurde in der Geschichte der jungen deutschen Bundesrepublik der erleichterte Seufzer ausgestoßen, daß man es jetzt nach vielen Mühen „geschafft" habe. Der eigene Herd, der angeblich Goldes wert ist, die magischen „vier Wände", diese und andere Begriffe ranken sich um ein schillerndes Faszinosum – das Eigentum.

Nun sind die Deutschen kein Volk, das sich unbändig über Erreichtes zu freuen vermag. Der einzelne mag noch so viel Genugtuung empfinden, in der Gruppe neigt er eher zu jener Düsternis, wie sie ihm von öffentlichen Bedenkenträgern vorempfunden wird. Dabei hätten die Deutschen allen Anlaß, sich über ihre erstaunliche Eigentumsbildung zu freuen, über die breite Streuung vor allem des Haus- und Grundbesitzes, über den massenhaften Wohlstand, der sich in der Stadt- und Kulturlandschaft manifestiert. Die „eigene Scholle" ist keine Domäne von Großgrundbesitzern, die Statistik weist als solche vielmehr breiteste Schichten der Arbeitnehmerschaft, der Rentner, Beamten und Angestellten, der Freiberufler und Gewerbetreibenden aus.

Lustgewinn oder eher eine aufgebürdete Last?

Worin liegt nun der „Lustgewinn" des Haus- oder Wohnungseigentums? Ist es das, was Juristen unter dem „unbeschränkten Recht einer Person an einer Sache" verstehen? Diese Art von Verfügungsgewalt steht auf dem Papier, denn Eigentumsrechte sind heutzutage (vielfach aus guten Gründen) alles anderes als schrankenlos. Vielmehr geht der ständige Kampf darum, das Eigentum gegen die omnipotente Beliebigkeit staatlicher Eingriffe zu verteidigen. Über Eigentum heute zu verfügen ist oft keine Lust mehr, sondern eher Last, über die mancher Besitzer eines Mietshauses ein garstig Lied zu singen vermag.

Ein konstitutives Element des Eigentums ist die Sicherheit. Es bietet einerseits die Chance des Rückzugs in die Individualität, der Zugriff Dritter endet an der Grundstücksgrenze (oder sollte zumindest dort enden). Gewichtiger noch ist die Sicherungsfunktion über die Generationen hinweg: Familien und Kindern Freiräume eröffnen, das Alter und letztlich die Übertragung im Erbfall garantieren. In den letzten Jahrzehnten wurde aber auch immer deutlicher, daß Eigentum nicht nur Sicherheit gibt, sondern mehr noch Sicherheit braucht. Hier ist der Paragraphen-Staat nicht minder angesprochen als der Fiskus.

Die Einkommensfunktion ist nicht minder relevant. Dabei spielt es nur eine untergeordnete Rolle, ob ein Häuslebauer den Profit seines Besitzes als Gewinn an Lebensqualität verfrühstückt und mithin kaum nachrechnet oder ob der Eigner eines Mehrfamilienhauses beim Kampf gegen die schwellende Kostenflut unter dem Strich rentabel bleiben will. In beiden Fällen muß sich die Investition, die durch vorherigen Konsumverzicht ermöglicht wird, auszahlen. Eine jahrelange, stark ideologisierte Debatte hat leider den Blick dafür verstellt. Der zwischen Boom und Rezession geschüttelte und ständiger Staatsintervention ausgesetzte Wohnungsbau legt bis heute ein beredtes Zeugnis dafür ab.

Anthropologen wollen ein gewisses Territorialbedürfnis schon bei den Vorläufern des Homo sapiens festgestellt haben. Der einschlägige Spott über die „Schrebergartenideologie", über Häuslebauers Idylle, ist bis heute nicht verstummt. Diesen Spöttern gilt die Freude, etwas erarbeitet und bewahrt zu haben, nichts. Sie übersehen dabei jedoch, absichtsvoll oder unbewußt, die wichtigste Funktion des persönlichen Eigentums: die Freiheit. Breite Streuung von Grundstücken und Wohnbauten bedeutet Machtaufspaltung, mithin das Gegenteil von freiheitsbeschränkender Machtballung. Ein Blick über nahe Grenzen zeigt es anschaulich: Wo keinem etwas, aber allen angeblich alles gehört, besitzt niemand etwas. Das „Volkseigentum" erweist sich als die tragende Säule noch jeder diktatorischen Staatsform.

Vor allem diesem freiheitserweiternden Akzent privater Eigentumsbildung ist es zuzuschreiben, daß deutsche Bundesregierungen über Parteigrenzen hinweg (wenn auch mit unterschiedlicher Energie) den Bürgern die Wege in „etwas Eigenes" öffnen und ebnen wollten. Dies ist besser gelungen, als manche heute wahrhaben wollen, freilich noch nicht so optimal, wies es hätte sein können. Ein klassischer Irrweg der Politik war dabei der Versuch, das Grundeigentum in ein öffentliches Gemeineigentum und ein privates Nutzungsrecht aufspalten zu wollen.

Von Latschenkiefer und Kellertreppe

Eigentum bleibt sozialverpflichtet, und zwar nicht nur deshalb, weil die Verfassung es gebietet. Ein sehr kunstvolles und perfektioniertes Netz hat der Gesetzgeber hier gehäkelt. Gesetze und Gerichte befassen sich mit dem Pflanzabstand der Latschenkiefer von der Grundstücksgrenze, mit dem Steigungswinkel der Kellertreppe, der Zulässigkeit von Heizröhrchen oder dem Verteilungsschlüssel für die Müllabfuhrgebühren. Viele der Paragraphen sind vom Mißtrauen des Staates in die Funktion des Marktes geprägt. Dem Marktmechanismus, der heute so eindrucksvoll die Preise drückt, traut man seine ausgleichende und damit auch sozial befriedende Funktion noch immer nicht so recht zu.

Ein Bekenntnis zum Eigentum soll jenen, die sich lieber den Freuden des Konsums hingeben, nicht die Lust am Gegenwartsverbrauch nehmen. Aber Eigentum ist vor allem ein Stück Freiheit. Um ein Wortspiel über die Geldwertstabilität abzuwandeln: Eigentum ist nicht alles, aber ohne Eigentum ist alles nichts.



Eigentum ist nach wie vor Ausdruck persönlicher Freiheit FOTO: M. VOLLMER

Festliches Jubiläum in Nürnberg

Ein stolzes Jubiläum begeht der Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer in diesem Jahr: Vom 8. bis 10. Mai 1986 wird in Nürnberg der 100. Zentralverbandstag durchgeführt. Der Verband ist sogar ein paar Jahre älter.

Die Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands schlossen sich am 15. September 1879 zusammen, als mit dem Anstieg der Bevölkerung und ihres Lebensstandards Probleme des Wohnens in den Vordergrund traten. Leitgedanke des Verbandes in all den zurückliegenden Jahren war, daß das Privateigentum Garant für die Freiheit und Fundament jeder freiheitlichen Gesellschaftsordnung sein muß.

Daß bei dieser Zielsetzung in einigen Jahren der Verbandsgeschichte keine Tagung durchgeführt werden konnte, daß also der 100. Zentralverbandstag nicht am 100. Geburtstag stattfinden kann, überrascht nicht.

Doch jetzt ist es soweit.

Im kleinen Foyer der Meistersingerhalle in Nürnberg findet am 8. Mai der Begrüßungsabend statt, nachdem zuvor in drei Seminaren die Themen Mietrecht, Wohnungseigentum und Öffentlichkeitsarbeit diskutiert wurden.

Am nächsten Vormittag findet im großen Saal der Meistersingerhalle eine Vortragsveranstaltung statt mit Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Friedrich Adolf Jahn, und dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, Professor Gerhard Zeitel, als prominenten Referenten.

Am 10. Mai werden zum Festakt im Opernhaus die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen von FDP und SPD, Wolfgang Mischnick beziehungsweise Hans-Jochen Vogel, sowie der Wohnungsbauminister Oscar Schneider sprechen. Den Festvortrag hat Professor Otto Kimminich von der Universität Regensburg übernommen. hhh.

Der Zentralverband spricht ein gewichtiges Wörtchen mit

Von ARNULF GOSCH

Er selbst spielt seinen Einfluß auf die Politik herunter, die Wirklichkeit jedoch sieht etwas anders aus. Tatsache bleibt, daß es seiner Organisation in ihrer über hundertjährigen Geschichte – namentlich nach 1945 – gelungen ist, manche für die Haus- und Grundeigentümer unangenehmen Gesetzesvorhaben zu entschärfen oder positive Schritte zu beschleunigen.

Als besondere Erfolge wertet Theodor Paul, seit 15 Jahren Präsident des Verbandes der Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer, in einem Gespräch mit der WELT, daß die sozialliberale Koalition unter dem damaligen Kanzler Helmut Schmidt den in zähem Kampf vorgetragenen Forderungen nach Lockerung des Wohnraumkündigungsschutzes beziehungsweise der Mietpreisgrenzen Rechnung trug und in der Regierungserklärung von 1982 Erleichterungen auf diesem Feld ankündigte. Ein „großer Erfolg" sei auch die Tatsache, daß – entgegen den Intentionen der sozialliberalen Koalition – verhindert werden konnte, das Bodenrecht in Richtung auf mehr Staatseingriffsmöglichkeiten zu verändern.

Neben der Förderung des Wiederaufbaus war nach dem Krieg eine der vorrangigsten Aufgaben die Lösung der großen Probleme, die sich aus dem Lastenausgleich ergaben.

In allen diesen Jahren hat sich die Haus- und Grundeigentümer-Organisation immer um enge und kontinuierliche Kontakte zum Bonner Parlament und zu den zuständigen Ministerien, vor allem zum Bundesbauministerium (damals noch Wohnungsministerium genannt), bemüht. Das hat nicht zuletzt dazu geführt, daß die Organisation ihren Standpunkt zum Beispiel bei internen Anhörungen zu Referentenentwürfen rechtzeitig zum Ausdruck bringen konnte.

Der älteste heute noch bestehende Haus- und Grundeigentümer-Verein ist der Hamburger Verein von 1832. Beim 25jährigen Bestehen 1904 umfaßte die Organisation erst 219 Vereine mit 120 000 Mitgliedern. Ende 1927 waren es schon 2800 Vereine mit 750 000 Mitgliedern. Heute sind es rund 1000 Vereine mit 800 000 Mitgliedern. 2200 Vereine, die im anderen Teil Deutschlands angesiedelt waren, sind 1945 von den dortigen Machthabern aufgelöst worden.

Die Neugründung in Westdeutschland wurde im Februar 1946 von 10 Verbänden vereinbart. Zunächst war Bielefeld der Verbandssitz – mit einer Außenstelle in Hamburg und in Frankfurt. 1949 wurde Düsseldorf zum Sitz des damaligen „Zentralverbandes der Deutschen Haus- und Grundbesitzer" erkoren. Paul hat dann später – aus juristischen Gründen – den Begriff „Eigentümer" eingebracht. Bayern wartet übrigens auch auf diesem Feld mit Besonderheiten auf: Die Vereine nennen sich auch heute noch Grundbesitzervereine, und außerdem gibt es in einigen bayerischen Städten jeweils einen Parallelverein, der von der Landesbausparkasse getragen wird. Paul will sich bei nächster Gelegenheit darum bemühen, diese Parallelität zu beseitigen.



Theodor Paul, Zentralverband

Im großen und ganzen sind die Vereine auf mittelständischem Hauseigentum aufgebaut. Große Gesellschaften sind keine Mitglieder, wohl aber Städte und Gemeinden, die nicht zuletzt das reichhaltige Informationsmaterial des Verbandes in Anspruch nehmen möchten. Der Organisationsgrad ist sehr unterschiedlich. Es gibt Städte wie Hamburg, in denen fast 80 Prozent der Miethauseigentümer Mitglieder des Hauseigentümervereins und damit auch des Zentralverbandes sind. Grundsätzlich wendet sich das Einzelmitglied bei Wünschen und Beschwerden direkt an seinen Verein. Jedoch kommt es auch immer wieder zu Direktkontakten zum Zentralverband (bei denen es auch einmal um Beschwerden über den jeweiligen örtlichen Grundeigentümerverein gehen kann). Paul bemüht sich, mit seinen insgesamt 24 Mitarbeitern auch solche Anfragen gewissenhaft zu erledigen.

Im übrigen besitzt der Düsseldorfer Zentralverband als Dachorganisation praktisch eine Monopolstellung. Es gibt zwar noch das Volksheimstättenwerk als Spitzenorganisation für das Einfamilienhaus, aber, so Paul, das VHW betreut diese Eigentümergruppe nicht allein. Außerdem gebe es kein Konkurrenzdenken, sondern grundsätzlich „engsten Kontakt".

Anders ist es da schon mit dem Mieterbund. Dieser ist sicher rein von der Interessenvertretung aus gesehen eine Gegenorganisation zum Zentralverband der Haus- und Grundeigentümer. Dennoch sei das Tischtuch zwischen beiden Verbänden keineswegs zerschnitten, auch wenn die gegensätzlichen Meinungen manchmal hart aufeinanderprallen. Paul weist mit Stolz darauf hin, daß es zwischen Mieterbund und Hauseigentümerverband bisweilen gemeinsame Präsidiumssitzungen und durchaus auch gemeinschaftliche Aktivitäten gibt, wenn es um die Durchsetzung gleichgearteter Wünsche an Regierung und Parlament geht. Das galt zum Beispiel für die Heizkostenverordnungen und wurde besonders deutlich bei der Eingabe an den damaligen Bundeskanzler Schmidt, als Mieter, Hauseigentümer und gemeinnützige Wohnungsunternehmer Schulter an Schulter auf eine baldige Volks- und Wohnstättenzählung drangen.

Im übrigen legt Paul Wert auf die Feststellung, daß „schwarze Schafe" in seiner Organisation nicht geduldet werden. An der Tatsache, daß in Notzeiten der Mieter eines größeren Schutzes bedarf als in Zeiten des Wohnungsüberangebotes, gebe es gar nichts zu deuteln. Dies sei auch vom Hauseigentümerverband ständig gesagt worden.

Falls seine Organisation an der Klärung von Eigentümerrechten durch höchstrichterliche Instanzen interessiert ist, läßt sie Musterprozesse von privater Seite führen und hilft dabei mit Rat und (finanzieller) Tat. Selbst darf der Verband keine solchen Prozesse führen.

Daß der Zentralverband eines Tages doch noch seinen Hauptsitz von Düsseldorf in die Bundeshauptstadt verlegt, schließt Paul nicht aus, stellt aber klar, daß dies nicht mehr in seiner „Ära" geschehen wird. Für die nächsten fünf Jahre stellt sich der Präsident noch einmal zur Wahl, aber dann – nach 20jähriger Amtszeit – sollte man, wie er selbst meint, „einem Jüngeren Platz machen".

Einfaches Recht oder bessere Qualität?

Von WILHELM KÜCKER

Das Baurecht basiert seiner historischen Entwicklung nach auf dem Grundsatz der Baufreiheit. Jeder Bürger sollte soviel Entscheidungsfreiheit wie möglich besitzen, die dort endet, wo sie die Freiheit eines anderen zu beeinträchtigen droht. In den fünfziger und sechziger Jahren hingegen wurde das Baurecht durch allumfassende, allmächtige Kontrollinstanzen abgesichert, die die Mechanismen laufend komplettieren und zu immer größerer Perfektion ausbauten.

Früher hieß es: Alles ist erlaubt, was nicht ausdrücklich verboten ist! Heute heißt es: Alles ist verboten, was nicht ausdrücklich erlaubt ist! Der Berg von Gesetzen, Verordnungen, Richtlinien usw. war so groß geworden, daß er selbst für Eingeweihte nicht mehr überschaubar war. Großes wie Nichtiges strebte mit Wucht nach eherner Regelung, um vermeintliche Gerechtigkeit auf allen Ebenen durchzusetzen.

Dabei waren nicht die großen Gesetze wie z. B. das Bundesbaugesetz das eigentliche Übel. Erst das Heer der kleinen Erlöser namens DIN, RAS, RAL, ATV usw. hat zur Optimierung des Paradieses der Protestsicherheit und Verantwortungslosigkeit geführt.

Die Kritik an dieser Entwicklung – „unübersichtlich", „schwer verständlich", „nicht bürgernah", „das Bauen verteuernd", „innovationsfeindlich" – und die vielfach vorgetragene Forderung, Eigenverantwortung und -initiative der Anwender des Baurechts zu stärken, haben in den letzten Jahren durch die dankenswerte Initiative des Bundesbauministers zu einem quantitativen Abbau von Normen und Rechtsvorschriften geführt, den die Architektenschaft ausdrücklich begrüßt.

Eine Veränderung der gesellschaftlichen Bewußtseinslage ist mit der allgemeinen Rechts- und Verwaltungsvereinfachung jedoch noch nicht erreicht worden. Bestes Beispiel dafür ist der vorliegende Gesetzentwurf des Bundeskabinetts für ein neues Baugesetzbuch.

Einige positive Ansätze, zum Beispiel die Zusammenfassung von Bundesbau- und Städtebauförderungsgesetz, rechtfertigen nicht den großen Umbruch und die damit verbundenen Irritationen für alle, die das Gesetz in der Praxis handhaben müssen. Der Gesetzentwurf läßt das ursprüngliche Ziel einer umfassenden Neuordnung des Städtebaurechts unter qualitativen Gesichtspunkten nicht erkennen und genügt weder den anspruchsvollen Zielsetzungen, mit denen die Bundesregierung die Reform in Angriff genommmen hat, noch entspricht er den hohen Erwartungen, die viele Architekten und Planer in das Vorhaben gesetzt haben:

Eine grundlegende Korrektur der als unvollkommen und verbesserungsbedürftig erkannten Planungsregelungen des geltenden Rechts findet nicht statt.

Die Chance, mit dem Gesetz
- durch Integration von Bauleitplanung, Landschaftsplanung und Fachplanungen,
- durch Schaffung einer neuen „Nutzungsordnung" anstelle der Baunutzungsverordnung und
- durch effizientere Ausgestaltung der Stufen des Bauleitplanungssystems durch Einbeziehung informeller Planungsinstrumente

ein Instrumentarium zu entwickeln, mit dem die städtebaulichen Aufgaben unter stärkerer Berücksichtigung der ökologischen und sozialen Belange heute und in Zukunft gelöst werden können, ist nicht wahrgenommen worden.

Die Reformansätze lassen vielmehr Schritte in die entgegengesetzte Richtung erkennen. Zugunsten einer fragwürdigen Erweiterung des gemeindlichen Entscheidungsspielraums wird die Umweltvorsorge in ihrer Bedeutung noch weiter zurückgedrängt, wird die Bürgerbeteiligung verringert, werden sinnvolle Schranken einer Bebauung des nicht beplanten Innenbereiches der Städte abgebaut.

Es ist daher zu hoffen, daß Bundestag und Bundesrat bei den bevorstehenden Beratungen durch Änderung des Gesetzentwurfes diese Entwicklung verhindern und dafür sorgen, daß künftiges Bauen nicht nur vereinfacht wird, sondern auch die rechtlichen Voraussetzungen für eine Verbesserung der Qualität gebauter Umwelt geschaffen werden.

Das Kabelfernsehen steigert den Wohnwert

Von CHRISTIAN SCHWARZ-SCHILLING

Der Ausbau von Kabelnetzen für den vermehrten und verbesserten Empfang von Fernseh- und Hörfunk ist in letzter Zeit in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. Leider geschah dies nicht immer mit der notwendigen Sachlichkeit, sondern oft mit polemischen Begriffen wie „Zwangsverkabelung" oder ähnlichen irreführenden Schlagworten. Dabei ist eine ganz andere Entwicklung offenkundig.

In vielen Zuschriften an die Post wird geschildert, wie in Mieter- und Eigentümerversammlungen eine Minderheit die von der Mehrheit gewünschte Verkabelung zu blockieren versucht oder verzögert. Oder es wird darüber geklagt, daß die Wartezeit bis zur Anschließung noch zu lang ist. Oder es wird sogar über rechtliche Schritte zur schnelleren Durchsetzung nachgedacht.

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Daraus wird allein schon deutlich, wie sehr der Kabelanschluß mit seinem Angebot von Programmvielfalt bzw. wie entsprechend ausgerüstete Wohnungen inzwischen an Attraktivität gewonnen haben.

Die Frage, ob in der Verkabelung eine wohnwertverbessernde Modernisierung zu sehen ist, hat für Vermieter und Mieter gleichermaßen Bedeutung, weil der Gesetzgeber hieran eine Reihe von rechtlichen Bedingungen geknüpft hat, z. B. die Pflicht des Mieters zur Duldung entsprechender Maßnahmen oder, falls es sich um nachhaltige Verbesserungen handelt, das Recht des Vermieters, seine Aufwendungen nach bestimmten Regeln umzulegen.

Da in keiner Norm speziell geregelt ist, welche Maßnahmen den Wohnwert verbessern, und da die Gerichte zunächst unterschiedlich urteilten, gab es jahrelang eine gewisse Rechtsunsicherheit. Inzwischen hat sich die Rechtsprechung durchgesetzt, die eine Verbesserung des Wohnwertes bei einer Vermehrung des Programmangebots anerkennt. Wegweisend war ein Rechtsentscheid des Kammergerichts Berlin vom Vorjahr. Danach ist der Kabelanschluß in Berlin wegen des deutlich verbesserten Programmangebots eine wohnwertverbessernde Maßnahme und zwar auch dann, wenn zuvor über eine Gemeinschaftsantenne mehrere Fernseh-Programme (hier fünf) und alle UKW-Programme empfangen werden konnten.

Ob eine Wohnwertverbesserung vorliegt, ist stets objektiv, also nach der jeweiligen Verkehrsanschauung, und nicht anhand der einzelnen Mietverhältnisse zu bestimmen. Die Verkehrsanschauung sieht jedenfalls eine Wertsteigerung als gegeben an, wenn eine Verbesserung des Programmangebots sofort oder in absehbarer Zukunft (bis ein Jahr) zu erwarten ist, und zwar deshalb, weil mit der Zunahme des Programmangebots auch ein Mehr an Information und Unterhaltung verbunden ist.

Diese Gedanken werden zunehmend auch von anderen Gerichten aufgegriffen, so daß die Entscheidung von bundesweiter Bedeutung ist. Die Erkenntnis, daß der Anschluß ans Kabelnetz nicht als überflüssiger Luxus angesehen werden kann, sondern eine für den Mieter sinnvolle und nutzbringende Modernisierungsmaßnahme ist und eine objektive Verbesserung des Wohnwerts bedeutet, hat auch Eingang in die wachsende Zahl von Gerichtsentscheidungen gefunden, nach denen Eigentümerversammlungen schon mit einfacher Mehrheit die Umstellung auf Kabelanschluß beschließen können.

In Einzelfällen wurde bemängelt, daß beim Kabelanschluß keine Kurz-, Mittel- und Langwellenprogramme verteilt werden und deshalb die Gemeinschaftsantenne weiter betrieben werden müsse. Dabei wurde oft verkannt, daß auch in vielen Gemeinschaftsantennen-Anlagen diese Hörfunkprogramme nicht empfangbar sind. Zudem ist die Akzeptanz dieser Programme beim Zuhörer sehr gering. Wer Lang-, Kurz- und Mittelwellenprogramme weiterhin hören möchte, dem wird diese Information keineswegs verbaut. Leistungsfähige Empfangsgeräte ermöglichen einen guten Empfang der ortsüblichen Programme mit der Geräteantenne. Auch eine zusätzliche Überdachantenne kann so eingesetzt werden, daß die Programme noch zusätzlich eingespeist werden können.

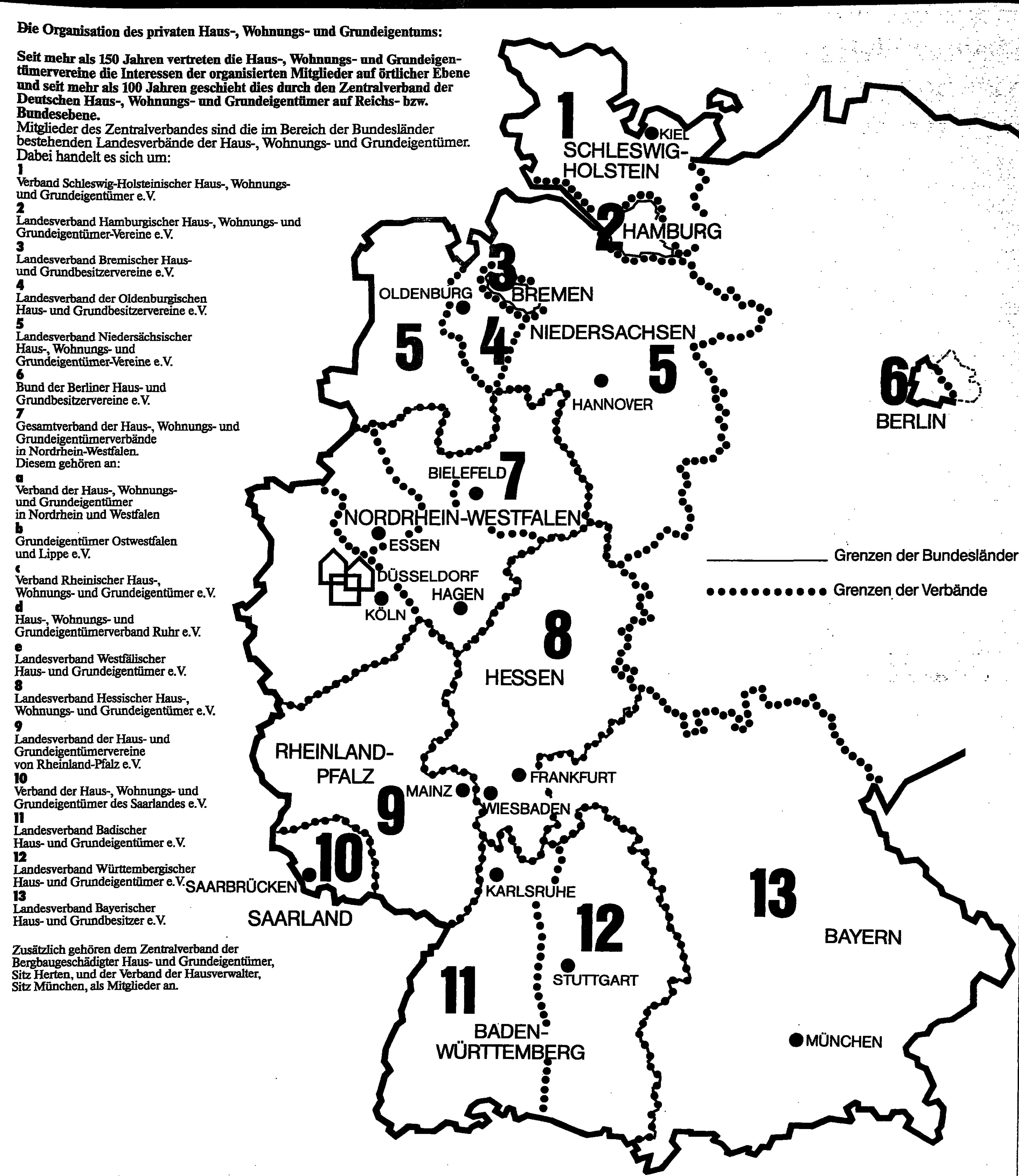
PRIVATES HAUSEIGENTUM – GARANT FÜR GUTES WOHNEN

Die Organisation des privaten Haus-, Wohnungs- und Grundeigentums:

Seit mehr als 150 Jahren vertreten die Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümervereine die Interessen der organisierten Mitglieder auf örtlicher Ebene und seit mehr als 100 Jahren geschieht dies durch den Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer auf Reichs- bzw. Bundesebene.
Mitglieder des Zentralverbandes sind die im Bereich der Bundesländer bestehenden Landesverbände der Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer.
Dabei handelt es sich um:

1
Verband Schleswig-Holsteinischer Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e.V.
2
Landesverband Hamburgischer Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer-Vereine e.V.
3
Landesverband Bremischer Haus- und Grundbesitzervereine e.V.
4
Landesverband der Oldenburgischen Haus- und Grundbesitzervereine e.V.
5
Landesverband Niedersächsischer Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer-Vereine e.V.
6
Bund der Berliner Haus- und Grundbesitzervereine e.V.
7
Gesamtverband der Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümerverbände in Nordrhein-Westfalen.
Diesem gehören an:
a
Verband der Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer in Nordrhein und Westfalen
b
Grundeigentümer Ostwestfalen und Lippe e.V.
c
Verband Rheinischer Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e.V.
d
Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümerverband Ruhr e.V.
e
Landesverband Westfälischer Haus- und Grundeigentümer e.V.
8
Landesverband Hessischer Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e.V.
9
Landesverband der Haus- und Grundeigentümervereine von Rheinland-Pfalz e.V.
10
Verband der Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer des Saarlandes e.V.
11
Landesverband Badischer Haus- und Grundeigentümer e.V.
12
Landesverband Württembergischer Haus- und Grundeigentümer e.V.
13
Landesverband Bayerischer Haus- und Grundbesitzer e.V.

Zusätzlich gehören dem Zentralverband der Bergbaugeschädigter Haus- und Grundeigentümer, Sitz Herten, und der Verband der Hausverwalter, Sitz München, als Mitglieder an.



Die Ziele, die der Zentralverband aufgrund seiner Aufgabenstellung anstrebt, sind im wesentlichen
- **Erhaltung und Ausbau der geltenden Eigentumsordnung und die**
- **Stärkung der Position des privaten, mittelständischen Sektors in der Wohnungswirtschaft.**

Als wohnungswirtschaftlicher Spitzenverband ist der Zentralverband im vorparlamentarischen Raum, d. h. im Vorfeld der eigentlichen Gesetzgebung tätig. Hinzu kommt die Aufgabe der laufenden Information der Mitglieder über Rechte und Pflichten sowie über die Entwicklung von Rechtsprechung und Gesetzgebung.

Die Organisation insgesamt nimmt also im Interesse des einzelnen Mitgliedes im Rahmen ihrer Möglichkeiten am politischen Geschehen teil und stärkt dadurch die Position des privaten Haus-, Wohnungs- und Grundeigentums in der Bundesrepublik Deutschland.
Gemeinsam mit den angeschlossenen Landesverbänden und rund 1.000 örtlichen Vereinen vertritt der Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer heute die Interessen von rund 800.000 Einzelmitgliedern. Er zählt damit zu den mitgliederstärksten Verbänden in der Bundesrepublik.

NEUORIENTIERUNG DER FÖRDERUNG

Steuergerechtigkeit für Hauseigentümer

Von HANS GATTERMANN

Am 3. Juli 1984 hat die Bundesregierung Leitlinien zur Neuorientierung der steuerlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums beschlossen, am 21. März 1986 hat der Deutsche Bundestag das Gesetz zur Neuregelung der steuerrechtlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums in zweiter und dritter Lesung verabschiedet, am 18. April 1986 wird der Bundesrat folgen, bis zum 1. Mai 1986 wird das Gesetz im Bundesanzeiger verkündet sein.

Über die derzeitige steuerliche Behandlung des selbstnutzenden Wohneigentümers brauchen also viele Worte nicht mehr verloren zu werden, zumal da diese Behandlung im Augenblick kein Vergleichsmaß für das ab 1. 1. 1987 geltende Dauerrecht abgibt, weil sich durch den zur Zeit noch im Rahmen eines Konjunkturprogramms geltenden befristeten und begrenzten Schuldzinsenabzug ein schiefes Bild ergeben würde.

Vom 1. 1. 1987 an wird die Nutzungswertbesteuerung für alle selbstgenutzten Wohnungen abgeschafft, gleichgültig, in welcher Gebäudeform die Wohnung gelegen ist, gleichgültig, ob die Wohnung zum Privatvermögen, zum notwendigen Betriebsvermögen oder zum gewillkürten Betriebsvermögen gehört. Das ist ein Stück Wiedergewinnung von Sinnhaftigkeit des Steuerrechtes, weil nicht länger Einkünfte besteuert werden, die dem Steuerpflichtigen gar nicht zufließen. Das ist ein Stück Wiederherstellung von Steuergerechtigkeit, weil alle selbstnutzenden Wohnungseigentümer endlich gleich behandelt werden. Das ist ein Stück Steuervereinfachung, weil eine Vielzahl von Bürgern dadurch nicht mehr verpflichtet sind, Steuererklärungen abzugeben, Belege zu sammeln und auch von der Finanzverwaltung nicht mehr veranlagt werden müssen.

Niemand wird dadurch Nachteile erleiden, daß er Verluste aus der Einkunftsart Vermietung und Verpachtung nicht mehr mit anderen Einkünften steuermindernd verrechnen kann. Während einer zwölfjährigen Übergangsfrist können solche Steuerbürger selbst bestimmen, ab welchem Zeitpunkt das neue Recht auf sie Anwendung finden soll.

Niemand wird dadurch Nachteile erleiden, daß zwangsweise die Überführung von Grund und Boden aus dem Betriebsvermögen in das Privatvermögen erfolgt. Eine Versteuerung dadurch bedingter Auflösung stiller Reserven findet nicht statt.

Die steuerrechtliche Förderung – nunmehr als Sonderausgabenregelung gestaltet – wird gegenüber der Zeit vor Inkrafttreten des Konjunkturprogrammes deutlich verbessert. Der Höchstbetrag der berücksichtigungsfähigen Aufwendungen für Bau bzw. Erwerb, erstmals unter Einschluß der Hälfte der Grundstückskosten, wird auf 300 000 Mark erhöht. Während des unveränderten Förderzeitraums von acht Jahren erhöht sich dadurch der Abzugsbetrag von der steuerlichen Bemessungsgrundlage auf bis zu 15 000 Mark jährlich. Das sogenannte Baukindergeld in Höhe von 600 Mark Abzug von der Steuerschuld wird jetzt auch für das erste Kind gewährt. Der Werbungskostenabzug aus der Zeit vor Beginn der Selbstnutzung bleibt im Ergebnis erhalten. Dasselbe gilt für die Sonderabschreibungesregelungen der Paragraphen 82a ff. DVEStG, allerdings nur noch für eine Übergangsfrist von fünf Jahren. Der Deutsche Bundestag hat der Bundesregierung den Auftrag erteilt, für einige wenige unter Denkmalschutz stehende selbstgenutzte Anwesen, die dauerhaft nur mit erheblichen Verlusten bewirtschaftet werden können, bis 1991 eine befriedigende, Härten vermeidende Anschlußregelung zu finden.

Der jahrelange Streit Investitionsgutlösung hier, Privatgutlösung dort ist entschieden. Das verteilungspolitische Feldgeschrei, Abzug von der Steuerschuld hier, Abzug von der steuerlichen Bemessungsgrundlage dort, wird verklingen. Es bleibt ein Gesetz, das dem Bürger eine dauerhafte Orientierung zur steuerlichen Behandlung seiner selbstgenutzten Wohnung gibt und das, wenn dereinst die vielfachen komplizierten und komplexen Übergangsregelungen aus dem Gesetz gestrichen werden können, auch ein vergleichsweise einfaches und klares Steuergesetz ist.

STADT- UND DORFERNEUERUNG / Privates Engagement für Städte und Dörfer

Mit 1200 Sanierungsmaßnahmen hilft der Bund rund 1000 Kommunen

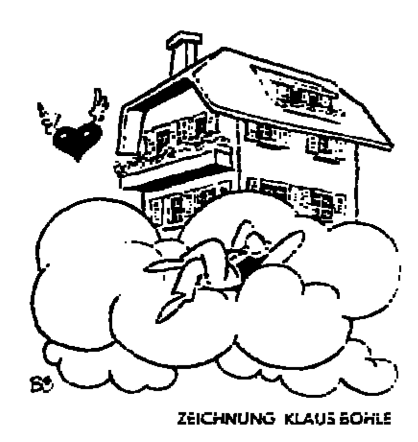
Von OSCAR SCHNEIDER

Im Städtebau stehen wir vor umfassenden neuen Aufgaben. Vorrangig geht es um die Stadterneuerung im Sinne eines ökologisch orientierten Stadtumbaus. Schon seit Jahren rücken Erhaltung und Erneuerung der Innenbereiche unserer Städte wie die Dorferneuerung in den Mittelpunkt der städtebaulichen Bemühungen. Wir können die Erfolge bisheriger Stadterneuerungspolitik in den Innenstädten, in Wohngebieten, im Wohnumfeld und insbesondere in den historischen Stadtkernen ablesen. Sie sind wohnlicher, lebendiger, attraktiver und damit bürgerfreundlicher geworden.

Stadterneuerung ist heute die vorrangige kommunalpolitische Aufgabe. Die Gemeinden selbst geben ihr den höchsten Stellenwert. Der Investitionsbedarf im Bereich der Stadterneuerung ist groß. Infolge der schwierigen Finanzlage in vielen Städten und Gemeinden sind in den letzten Jahren dringend notwendige Investionen im Bereich von Städtebau und Umweltschutz unterblieben. Die Bundesregierung hat auf diesem Feld gehandelt. Mit der außerordentlichen Anhebung der Mittel für die Städtebauförderung hat sie der zunehmenden politischen Bedeutung der Stadt- und Dorferneuerung Rechnung getragen.

Das Ende vergangenen Jahres aufgestellte Städtebauförderungsprogramm '86 ist inzwischen ein großer Erfolg geworden. Gefördert werden insgesamt mehr als 1200 Sanierungsmaßnahmen in rund 1000 Städten und Gemeinden. Unser Programm hat außergewöhnlich breite Zustimmung im kommunalen Bereich gefunden. Die Wünsche der Gemeinden überstiegen das verfügbare Mittelvolumen bei weitem. Die Förderschwerpunkte unseres Programms liegen in den bisherigen Aufgabenfeldern der Stadterneuerung, insbesondere in der Modernisierung, der Verbesserung des Wohnumfeldes, der Stadterhaltung und Ortsbildpflege, in der Verkehrsberuhigung und bei Gemeinbedarfseinrichtungen.

Es ist heute unbestritten, daß gemeindliche Maßnahmen der Stadterneuerung in hohem Maße wirtschafts- und beschäftigungspolitische Bedeutung haben. Sie bereiten in ganz besonderer Weise private Investitionen vor, stärken durch die Anreizförderung Investitionswillen und Investitionsfähigkeit. Mittelständische Betriebe beispielsweise werden im Rahmen der Stadterneuerung erhalten und gestärkt. Kaufkraft wird durch eine gesteigerte Attraktivität im Zug der Innenstadterneuerung angezogen, Brachflächen werden für neue Nutzungen wiedergewonnen. Wie positiv die bisherigen Sanierungswirkungen insgesamt eingeschätzt werden, zeigt eine Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik,



ZEICHNUNG KLAUS BÖHLE

die das Bundesbauministerium in einigen Wochen veröffentlichen wird. Stadtgestaltung und Ortsbildpflege, Verbesserung der Wohnverhältnisse und Verkehrsberuhigung standen im Vordergrund der meisten Maßnahmen.

In fast allen Fällen wurden die besonders hohen investiven Anstoßeffekte der Städtebauförderung bestätigt. Im Laufe der Sanierung hat sich in den Gemeinden die Investitionsbereitschaft privater Investoren deutlich erhöht. Dies blieb nicht nur auf die Sanierungsgebiete beschränkt, sondern strahlte auch über sie hinaus. Investitionshemmnisse liegen offenbar vor allem noch in der Unkenntnis vieler privater Investoren über vorhandene Fördermöglichkeiten.

Neben den Finanzmitteln sind geeignete rechtliche Rahmenbedingungen Voraussetzung für die Bewältigung der neuen städtebaulichen Aufgaben, wichtige Voraussetzung natürlich auch für die privaten Investitionen. Vor allem diesem Ziel dient das neue Baugesetzbuch, mit dem ein wichtiger Schritt zur Modernisierung des Städtebaurechts getan wird.

Die bewährten Grundprinzipien des Bundesbaugesetzes und des Städtebauförderungsgesetzes sind auch Fundament des neuen Baugesetzbuchs. Sie werden jedoch auf die Lösung der Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben ausgerichtet. Nicht mehr die Ausweitung neuer Bauflächen, sondern die Revitalisierung unserer Städte und Gemeinden steht im Vordergrund. Auch in den kommenden Jahren ist die öffentliche Förderung der städtebaulichen Aufgaben unentbehrlich, gerade als auslösendes Element für private Investitionen.

Wie groß der Bedarf noch ist, dies hat das Echo auf die Aufstockung der Städtebauförderungsmittel dokumentiert. Es ist der Lebensraum „Stadt", der vielfältige, sinnvolle und notwendige Tätigkeitsfelder eröffnet, um das Zusammenleben der Bürger besser und bürgerfreundlicher zu gestalten. Stadtsanierung, Modernisierung, Belebung der Innenstädte, das Mischen von Arbeiten, Wohnen und Freizeitgestaltung in unmittelbarer Nachbarschaft sind große Aufgabe für die Kommunen, für Architekten, für Bauwirtschaft und den Bürger.

Der Bürger sollte noch mehr als bisher seinen Bedarf artikulieren, damit gemeinsam die Fortentwicklung der Städte vorangetrieben werden kann. Es wird ganz entscheidend sein, dem Besitzer von städtischen Grundstücken und Gebäuden konkrete Anregungen zur Modernisierung und zur Sanierung zu geben.

So gesehen sind Modernisierung und Sanierung ständige Aufgaben, die zunächst von Eigentümern aus eigenem Antrieb wahrgenommen werden sollten. Die Herausforderung, die die Stadt- und Dorferneuerung heute darstellt, kann nur erfolgreich bestanden werden, wenn alle – Bürger, Planer und Architekten, Politik und Verwaltung – Phantasie und Gestaltungskraft aufbringen.

MIETWOHNUNGSBAU

Kommt das Ende der Verschwendung?

Von KURT H. BIEDENKOPF

Der Skandal um die Neue Heimat und das Mismanagement in diesem größten gemeinnützigen Wohnungsunternehmen sind geeignet, ein allgemeineres, aber wesentliches Problem zu verdecken: Der soziale Mietwohnungsbau in der Bundesrepublik Deutschland hat sich überlebt.

Die aus öffentlichen Kassen regelmäßig fließenden Fördermittel (in den letzten Jahren von Bund und Ländern jährlich etwa 5 bis 6 Milliarden Mark) hatten neben der Neuen Heimat auch viele andere gemeinwirtschaftliche Wohnungsunternehmen in dem Glauben gewiegt, es werde immer so weitergehen.

Dabei hatten schon vor Jahren Wohnungsbauexperten die Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vor der Fortsetzung einer staatlichen Wohnungsbauförderung gewarnt, die zwar in den 50er und 60er Jahren ihre sozialpolitische Berechtigung hatte, aber spätestens seit Beginn der 80er Jahre immer fragwürdiger geworden ist.

Schon 1978 hat das Bonner Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik (IWG) in seiner Studie „Wohnungsbau am Wendepunkt" eindringlich auf die zukünftig abnehmenden Bedarfszahlen im Wohnungsmarkt hingewiesen und eine schrittweise Beendigung des sozialen Mietwohnungsbaus empfohlen.

Die Thesen des IWG wurden damals von den im sozialen Wohnungsbau engagierten politischen und wirtschaftlichen Besitzständen nahezu einhellig verworfen. Heute wächst die Zahl der leerstehenden Wohnungen und mit ihnen die Probleme der gemeinwirtschaftlichen Wohnungswirtschaft.

Auch der Sachverständigenrat hat den sozialen Wohnungsbau in den letzten Jahren zunehmend kritisiert: „Der soziale Wohnungsbau ist sowohl im Hinblick auf den Wirkungsgrad als auch in bezug auf die Verteilungswirkungen der hier eingesetzten Mittel zu einem Exempel für wirtschaftspolitische Fehler geworden" (1982), „Die Förderung (des sozialen Wohnungsbaus) ist schon fiskalisch viel zu teuer. Sie verfälscht die Marktsignale und führt zu Verschwen-



ZEICHNUNG. KLAUS BÖHLE

dung ..." (1983/84). Gehör fand auch diese Kritik nicht.

Die Verantwortlichen wollten nicht wahrhaben, daß der Anteil der Haushalte mit Wohneigentum bereits Anfang der 80er Jahre weit höher lag als die behaupteten knapp 40 Prozent. Ebensowenig waren sie bereit, die wachsende Zahl von Leerständen im sozialen Wohnungsbau zur Kenntnis zu nehmen.

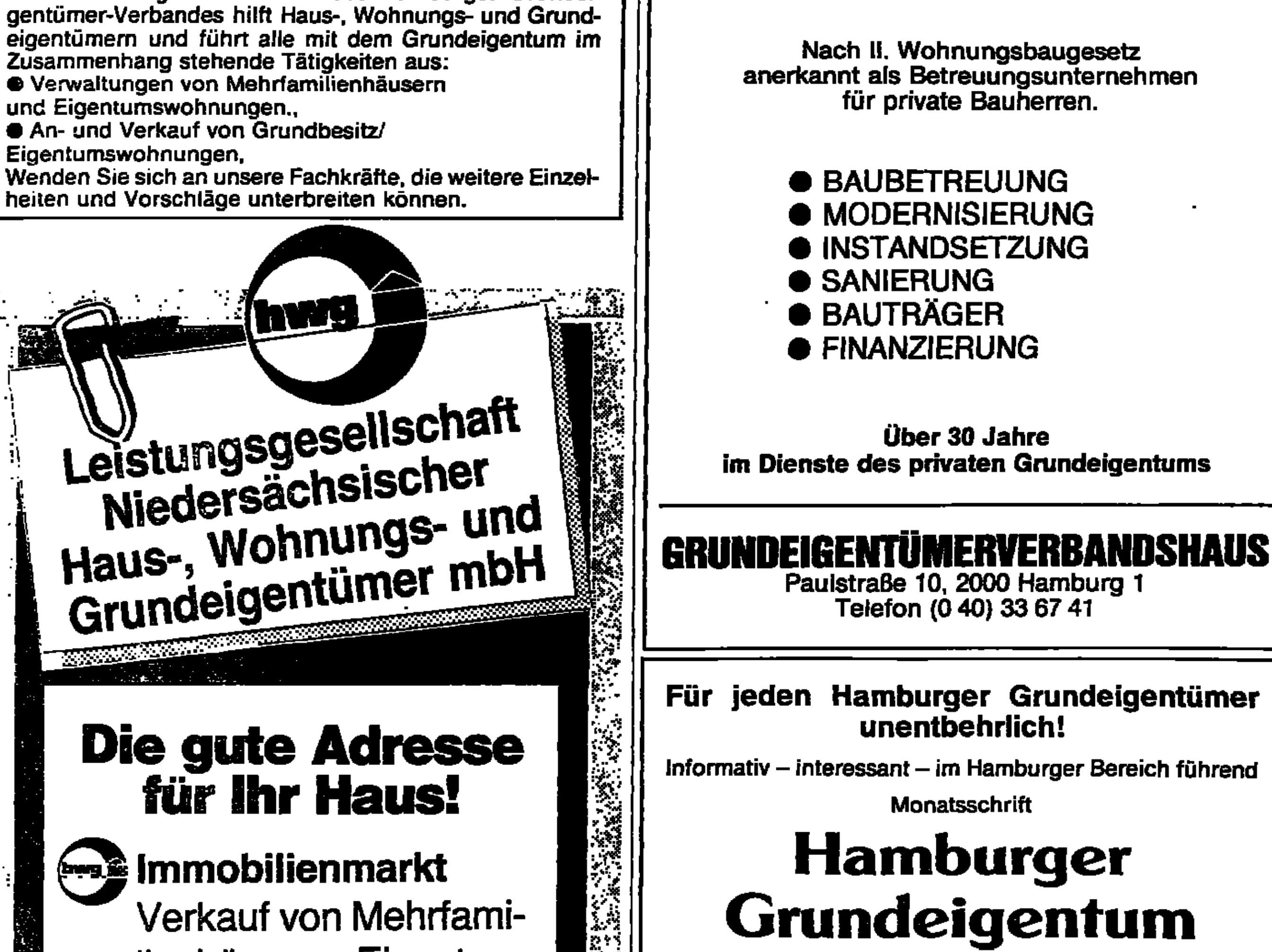
Deshalb wurden notwendige politische Schlußfolgerungen nicht gezogen. Hinzu kam, daß wichtige Trendveränderungen z. B. bei der Einkommens- und Vermögensentwicklung der Bevölkerung sowie im demographischen Bereich unbeachtet blieben. Diese Veränderungen werden jedoch das gegenwärtige und zukünftige Nachfrageverhalten in signifikanter Weise beeinflussen. Diese Einflüsse sind schon heute so groß, daß sie fast alle gemeinnützigen Wohnungsunternehmen erfassen.

Zwar hat der Bund beschlossen, sich aus dem sozialen Wohnungsbau zurückzuziehen (von 1986 an werden keine weiteren Mittel mehr bereitgestellt), gleichwohl werden aufgrund langfristig eingegangener Verpflichtungen noch Folgezahlungen in Höhe von rund 20 Milliarden allein seitens des Bundes erfolgen müssen. Die Länder, die nach bisherigen Äußerungen die Förderung des sozialen Wohnungsbaus fortsetzen wollen, stehen jetzt vor der Frage, ob sie mit dem Geld der Steuerzahler die Zahl leerstehender Sozialwohnungen noch vergrößern und damit die gemeinwirtschaftlichen Wohnungsunternehmen in noch stärkere Bedrängnis bringen wollen.

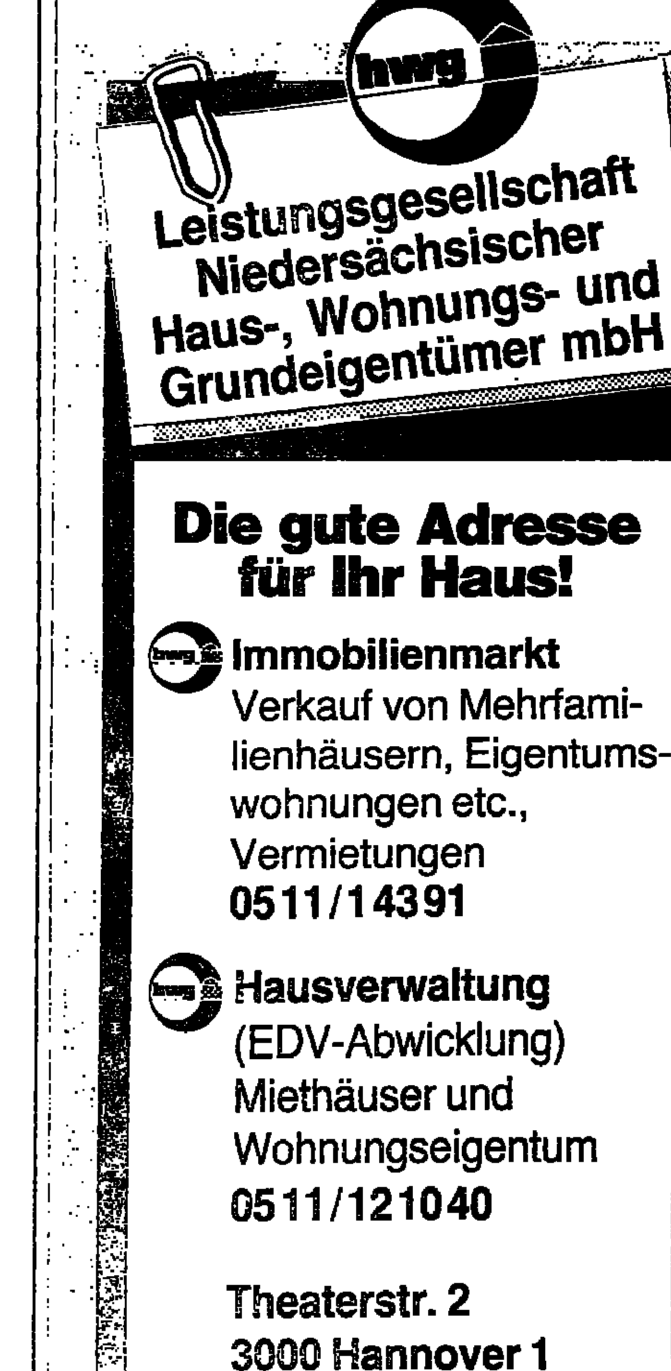
Sinnvoller wäre es, die grundlegend veränderten Bedingungen auf dem Wohnungsmarkt endlich zur Kenntnis zu nehmen, die Förderung auslaufen zu lassen und die ersparten Steuergelder sozialpolitisch besser einzusetzen.



PRIVATGRUND
Haus- und Grundbetreuung GmbH.
Paulstraße 10 – 2000 Hamburg 1
– Grundeigentümerverbandshaus –
Telefon (0 40) 32 22 03 und 32 60 38
Das Betreuungsunternehmen des Hamburger Grundeigentümer-Verbandes hilft Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümern und führt alle mit dem Grundeigentum im Zusammenhang stehende Tätigkeiten aus:
● Verwaltungen von Mehrfamilienhäusern und Eigentumswohnungen,
● An- und Verkauf von Grundbesitz/Eigentumswohnungen.
Wenden Sie sich an unsere Fachkräfte, die weitere Einzelheiten und Vorschläge unterbreiten können.











INSTANDHALTUNG UND MODERNISIERUNG

Schwerpunkte künftiger Wohnungsbaupolitik

Von ALFRED RÖHER

In den ersten dreißig Jahren der Nachkriegszeit wurden zunächst alle Kräfte im Wohnungsbau darauf konzentriert, in möglichst kurzer Zeit zahlenmäßig viele neue Wohnungen zu bauen. Inzwischen hat die Wohnungsversorgung in der Bundesrepublik einen hohen Standard erreicht. Zur Zeit wird der Wohnungsbestand auf etwa 26 Millionen Wohnungen bei rund 25,3 Millionen Haushalten geschätzt. Damit steht jedem Bewohner – statistisch betrachtet – eine Wohnfläche von 32 Quadratmetern zur Verfügung.

Aus diesem statistischen Ausgleich des Wohnungsmarktes darf jedoch nicht geschlossen werden, daß im Wohnungsbau keine Aufgaben mehr zu bewältigen sind. Im Gegenteil: Mehr als eine halbe Million Wohnungen wurden in den 60er Jahren am Rande der Städte in Siedlungen errichtet, auf die damals viele Kommunen stolz waren. Mittlerweile hat sich herausgestellt, daß die meist vielgeschossige, monotone Fertigbauweise dieser Wohnsiedlungen unter den Bewohnern zu großer Anonymität führt. Häufig ist auch das Wohnumfeld wenig attraktiv. Hohe Leerstände und einseitige Zusammensetzung der Wohnbevölkerung in diesen Trabantensiedlungen sind die Folge.

Hier stellen sich für die Wohnungsbaupolitik ebenso neue Aufgaben wie auf dem Gebiet der Modernisierung von Wohnungen, die zu einem noch früheren Zeitpunkt errichtet worden sind. So sind 7,5 Millionen der zur Zeit in der Bundesrepublik vorhandenen Wohnungen vor 1948 und weitere 7,6 Millionen zwischen 1949 und 1964 erbaut worden. Ein Drittel aller Wohnungen hat weder Bad, WC noch Sammelheizung. Sie entsprechen damit nicht mehr den Wünschen der Bürger nach angemessenem Wohnkomfort und sind dringend renovierungsbedürftig.

Altbaubewohner und Eigentümer sollten sich, ebenso wie Architekten, rechtzeitig auf die anstehenden Renovierungen einstellen und sich mit den auf sie zukommenden Aufgaben vertraut machen. Insbesondere müssen sich alle Beteiligten von vornherein darüber klar sein, daß Instandsetzungs- und Modernisierungsarbeiten mit schwierigen und vielschichtigen Problemen verbunden sind.

Die konstruktive und materialtechnische Ausprägung bestehender Altbausubstanz erfordert nämlich in der Mehrzahl der Fälle ein spezielles Fachwissen, wobei die Eigenart der Gebäude eine verallgemeinernde Betrachtungsweise erschwert. Angesichts der geringen Kenntnisse der meisten Eigentümer, Architekten und Handwerker über die vielfältigen Möglichkeiten der Althausmodernisierung wurde schon vor mehr als zehn Jahren der Bundesarbeitskreis Altbauerneuerung (BAKA) e. V. gegründet, der sich zur Aufgabe gestellt hat, diese Personengruppen durch geeignete Veranschaulichung und Vermittlung umfassender Informationen und Beratung die richtigen Wege zur Altbauerneuerung zu weisen.

Dies gilt insbesondere hinsichtlich geeigneter Baustoffe und -methoden, der Planung und Ausführung. Derzeit verfügt der BAKA über ein flächendeckendes Netz von circa 60 Beratungsstellen im ganzen Bundesgebiet. Wo sich die nächste Beratungsstelle befindet, kann bei der zentralen Geschäftsstelle des BAKA in Bonn erfragt werden.

Trotz seines inzwischen erreichten Volumens wird der Altbaumarkt zum Teil überhaupt noch nicht in seiner Dimension wahrgenommen, zumindest aber in seinen Eigenarten und Besonderheiten noch nicht erkannt. Viele Unternehmen und Architekten sehen in der Altbaumodernisierung eine Art Neubau in kleiner Münze, mit der Folge, daß viele der angebotenen Produkte und Verarbeitungsmethoden entweder nicht für die Althausmodernisierung geeignet sind oder falsch vermarktet werden.

Es ist deshalb für die Zukunft eine unverändert dringende Aufgabe, einen ständigen Erfahrungs- und Meinungsaustausch zwischen Marktanbietern und modernisierungsbereiten Hauseigentümern anzuregen und zu institutionalisieren. Der BAKA bietet hierzu eine besonders geeignete Diskussions- und Handlungsplattform, die es ermöglicht, die vielfältigen Erfahrungen von BAKA-Architekten nutzbar zu machen und Produktinnovationen für den weiten Bereich der Altbaumodernisierung anzuregen.

ZIVILSCHUTZ / Die Bundesregierung stellt Geld für mehr Sicherheit bereit

Die Versorgung mit Schutzraum ist noch immer völlig unzureichend

Von F. ZIMMERMANN

Der Schutzraumbau ist ein besonders wichtiger, zugleich aber auch ein mit vielen Problemen belasteter Aufgabenbereich des Zivilschutzes. Als schwierig erweist sich bereits eine vorurteilsfreie Behandlung der Frage „Brauchen wir eigentlich Schutzräume in der Bundesrepublik Deutschland?"

Die Diskussion dieser Frage kommt nicht zur Ruhe. Sie ist oft mehr durch Lautstärke als durch Überzeugungskraft geprägt und wird mit emotionalem Engagement stärker von den Gegnern als von den Befürwortern des Schutzraumbaus geführt. Es verwundert deshalb nicht, daß der Bürger Schwierigkeiten hat, sich selbst ein zuverlässiges Urteil über die Notwendigkeit von Schutzräumen zu bilden.

Unter Fachleuten unterschiedlicher politischer Couleur, die durch umfassende Sachkunde als Experten der zivilen Verteidigung legitimiert sind, ist indessen unbestritten: Schutzräume sind notwendig und unverzichtbar, weil sie – weit mehr als alle anderen Zivilschutzmaßnahmen – die Überlebenschancen der Bevölkerung in einem Verteidigungsfall vergrößern. Schutzraumbau kann nicht ersetzt werden durch noch so aufwendige Rettungsmaßnahmen, die ihre Wirkung erst entfalten, wenn der Schutz versagt hat.

Dieser Erkenntnis entspricht die Intensität unserer Schutzbauaktivitäten leider nicht. Die Wirklichkeit zwingt vielmehr zu der nüchternen Feststellung: Die Schutzraumversorgung in der Bundesrepublik ist noch immer unzureichend. Ende 1985 standen bundesweit nur rund 2,4 Mill. Schutzplätze zur Verfügung. Dies bedeutet: Nur für vier Prozent der Bevölkerung, d. h. nur für jeden 25. unserer Bürger, sind tatsächlich Schutzräume vorhanden. Der Grund für die bestehende Mangelsituation ist ebenso einfach wie einsichtig: Es ist nicht gelungen, den Wiederaufbau unserer Städte für die gleichzeitige Errichtung von Schutzräumen in ausreichender Zahl zu nutzen.

Hinzu kommt, daß gewisse politische Kräfte – allen voran Friedensbewegung und Grüne – nicht müde werden, den Zivilschutz insgesamt, insbesondere aber den Schutzraumbau als Akt der Kriegsvorbereitung zu diffamieren. Diese Diffamierung hat leider gerade auf die privaten Schutzbauaktivitäten einen starken negativen Einfluß. Ihr muß nachdrücklich entgegengetreten werden.

Kein vernünftiger Mensch käme auf den Gedanken, die Schweiz oder Schweden, Staaten mit einem vorbildlich ausgebauten Zivilschutz und einer nahezu vollständigen Schutzraumversorgung ihrer Bevölkerung, der Kriegsvorbereitung zu verdächtigen!

Einen solchen Verdacht kann und muß auch die Bundesregierung von



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

sich weisen, weil sie eine konsequente Politik der Friedenserhaltung und Friedenssicherung betreibt. Gegenwärtig wird Schutzraumbau in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich auf freiwilliger Grundlage betrieben. Eine gesetzliche Verpflichtung zur Errichtung von Schutzräumen, wie sie im Schutzbaugesetz von 1965 vorgesehen war, mußte wieder suspendiert werden, weil die verfügbaren Haushaltsmittel zur Finanzierung nicht ausreichten. Das Freiwilligkeitsprinzip ist im Grunde die entscheidende Ursache für die noch immer unbefriedigende Situation im Schutzraumbau. Doch Besserung ist in Sicht.

Seit dem Amtsantritt der neuen Bundesregierung im Herbst 1982 ist es gelungen, die Investitionsmittel für den Schutzraumbau im Bundeshaushalt beträchtlich zu erhöhen. 1986 stehen erstmals mehr als 100 Mill. Mark für die Förderung des Schutzraumbaus zur Verfügung, ein Betrag, mit dem mehr als 100 000 neue Schutzplätze geschaffen werden können. Schutzräume mit weiteren ca. 500 000 Schutzplätzen befinden sich im Bau bzw. in der Planung und werden voraussichtlich bis 1989 fertiggestellt sein.

Bei aller Freude über diesen Fortschritt stimmt es bedenklich, daß die Schutzplätze in privaten Hausschutzräumen nur mit ca. 3 Prozent am gesamten Schutzplatzzuwachs beteiligt sind, wo doch gerade der Bau eines neuen Wohngebäudes die unwiederbringliche Gelegenheit bietet, sich eine wirksame Schutzmöglichkeit im eigenen Haus zu schaffen. Ich appelliere deshalb an alle Bürger, sich ihrer Eigenverantwortung bewußt zu sein und die ihnen möglichen Vorsorgemaßnahmen zu treffen.

Keiner ist hierbei auf sich selbst gestellt, jeder kann mit der Hilfe des Staates rechnen. Für die Errichtung von Hausschutzräumen in Wohngebieten werden unabhängig von der Höhe des Einkommens des Bauherrn – gestaffelt nach der Zahl der zu schaffenden Schutzplätze – Zuschüsse in Höhe von 4900 Mark bis 16 800 Mark gewährt, die auf Antrag baubegleitend – also ohne Wartezeiten – zur Verfügung stehen. Darüber hinaus können die mit den Zuschüssen nicht gedeckten Mehrkosten im Rahmen von Höchstbeträgen steuerlich abgesetzt werden.

Allerdings kann die Hilfe des Staates immer nur eine Hilfe zur Selbsthilfe des Bürgers sein. Die Finanzkraft des Staates reicht nun einmal nicht aus, den Bürger auf Staatskosten, sozusagen „prämienfrei", gegen alle Fährnisse des Lebens zu sichern und zu schützen.

Bei einer nüchternen Beurteilung der tendenziellen Entwicklung gerade der privaten Schutzbauaktivitäten besteht heute wenig Anlaß zu optimistischer Erwartung. Es verrät schon eher Realitätssinn, wenn man davon ausgeht, daß ausreichende Zuwächse im Schutzraumbau auch mittel- und langfristig wohl nur durch Einführung einer gesetzlichen Schutzbaupflicht erzielt werden können. Der Bund jedenfalls geht im Bereich des öffentlichen Schutzraumbaus mit gutem Beispiel voran.

EIGENTUMSBILDUNG / Was man beachten muß

Herr in der Wohnung, aber nicht im Hause

Von VOLKER BIELEFELD

Als vor nunmehr 35 Jahren das Wohnungseigentumsgesetz verabschiedet wurde, ist damit nicht nur ein neuer Weg zur Eigentumsbildung für breite Bevölkerungskreise beschritten, sondern gleichzeitig eine neue, besondere Form des Wohnens in den „eigenen vier Wänden" geschaffen worden.

Inzwischen dürfte es rund 1,9 Millionen Eigentumswohnungen geben, deren Eigner in der überwiegenden Mehrheit mit und in „ihrem Eigentum" zufrieden wohnen und leben. Nun hat die Eigentumswohnung aber in jüngster Zeit wieder Schlagzeilen geliefert, die auch Schatten auf diese Art des Wohnens geworfen haben. So hat sich nicht nur manche „Kapitalanlage" inzwischen als Fehlinvestition erwiesen, sondern auch mancher Wohnungseigentümer zeigte sich enttäuscht, weil er sich sein „Wohnen in den eigenen vier Wänden" anders vorgestellt hatte. Doch überall dort, wo sich Ärger und Enttäuschung einstellten, wäre dies in den meisten Fällen vermeidbar gewesen, wenn sich die Betroffenen rechtzeitig darüber informiert hätten, was es mit der Eigentumswohnung auf sich hat.

Wohnungseigentum ist echtes Eigentum, aber in einer „Mischform" von Alleineigentum an der Wohnung und Miteigentum am gemeinschaftlichen Eigentum, also am Grundstück und vor allem an solchen Anlagen und Einrichtungen, die der Nutzung und dem Gebrauch durch alle Eigentümer dienen. Wer eine Eigentumswohnung erwirbt, muß sich also darüber im klaren sein, daß er zwar „Herr in der eigenen Wohnung", nicht aber „Herr im Hause" ist. Das hat Vorteile, aber auch Nachteile.

Vorteile wiegen die Nachteile auf

Die Vorteile liegen vor allem darin, daß eine Eigentumswohnung nach wie vor billiger ist als ein Eigenheim und daß sich ein Wohnungseigentümer an den Kosten, die das gemeinschaftliche Eigentum betreffen, nur anteilig zu beteiligen braucht. Wenn also das Dach, die Fassade oder die Heizungsanlage reparaturbedürftig sind, wird der Wohnungseigentümer nur mit einem Bruchteil der Kosten belastet. Die Vorteile einer Eigentumswohnung im Vergleich zum Eigenheim liegen also vor allem in den insgesamt niedrigeren Kosten.

Die Nachteile einer Eigentumswohnung liegen darin, daß jeder Eigentümer an mehrheitlich getroffene Beschlüsse der Wohnungseigentümergemeinschaft gebunden ist. Für eine Wohnungseigentümergemeinschaft gilt also insoweit das demokratische Mehrheitsprinzip, das jedoch dort seine Grenzen findet, wo die Rechte einzelner über das normal zulässige Maß hinaus beeinträchtigt werden.

Erst informieren, dann kaufen

So ist es beispielsweise unzulässig, mehrheitlich ein Tierhaltungs- oder Musizierverbot auszusprechen, weil alle Angelegenheiten, die über die ordnungsmäßige Verwaltung hinausgehen, immer der Zustimmung aller Eigentümer bedürfen. Das gilt vor allem für bauliche Veränderungen, wie etwa die Verglasung eines zur Wohnung gehörenden Balkons. Hier sind wiederum die Rechte des einzelnen Eigentümers zugunsten der Mehrheit eingeschränkt. Andererseits bewirkt dieses Einstimmigkeitsprinzip aber auch, daß zum Beispiel eine im gemeinschaftlichen Eigentum stehende Gartenfläche nicht gegen den Willen eines einzelnen Eigentümers oder einer Minderheit in einen Kfz-Stellplatz umgewandelt werden darf.

Es wird also von Fall zu Fall zwischen den schutzwürdigen Interessen des einzelnen bzw. der Minderheit und denen der Mehrheit unterschieden, so daß letztlich immer ein Interessenausgleich gegeben ist.

Welche Rechte und Pflichten der Wohnungseigentümer nun im Einzelfall übernimmt, ergibt sich zunächst aus den Vorschriften des Wohnungseigentumsgesetzes. Wer sich über diese Rechte und Pflichten umfassend vor dem Kauf einer Eigentumswohnung informiert und sich beraten läßt, wird selten enttäuscht werden und wird auch in einer Eigentumswohnung zufrieden leben können.

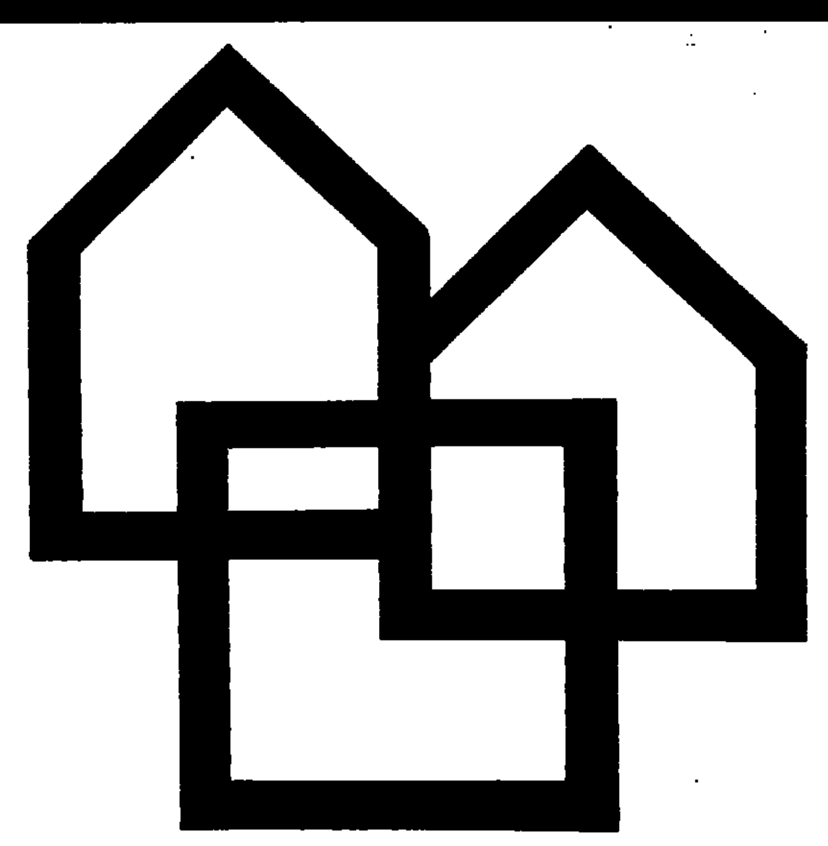
PRIVATES HAUSEIGENTUM – GARANT FÜR GUTES WOHNEN

ZENTRALVERBAND DER DEUTSCHEN HAUS-, WOHNUNGS- UND GRUNDEIGENTÜMER e.V.
Postfach 32 12 20 – 4000 Düsseldorf 30

SPITZENVERBAND DER PRIVATEN WOHNUNGSWIRTSCHAFT

● DEM EIGENTUM VERPFLICHTET ●

Die Organisation des privaten Haus-, Wohnungs- und Grundeigentums vertritt die Interessen der mittelständischen Eigentümer im Bund, im Land und in der Gemeinde. Ihr Beitritt würde uns noch stärker machen!



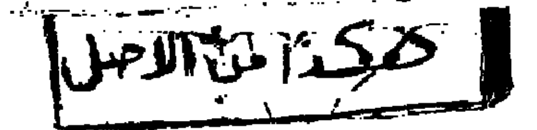
ZENTRALVERBAND DER DEUTSCHEN HAUS-, WOHNUNGS- UND GRUNDEIGENTÜMER e.V.
Postfach 32 12 20 – 4000 Düsseldorf 30

Ich interessiere mich für die Arbeit, Ziele und Aufgaben Ihres Verbandes. Bitte senden Sie mir weitere Unterlagen.

Name: ____________________

Straße/Nr.: ____________________

PLZ/Ort: ____________________



HAUSVERWALTUNG / Strukturwandel schuf ein neues Berufsbild

Abschied vom Ärger mit den Nebenkostenabrechnungen

Von F. W. WARNECKE

Max S., Eigentümer eines Miethauses mit zehn Wohnungen, ist verzweifelt. Soeben hat der dritte Mieter in seinem Haus die Betriebskostenabrechnung angezweifelt und bis zur Klärung der strittigen Frage Zahlung verweigert.

Dabei hatte S., der als Inhaber eines Sanitärinstallationsbetriebs mittlerer Größe den Umgang mit Zahlen gewohnt ist, gerade bei der Abrechnung der Nebenkosten besondere Sorgfalt aufgewendet. Er wußte, daß die Versuchung der Mieterschaft groß ist, das von Gesetzes wegen schwierige Abrechnungsverfahren zu nutzen, um einen Zahlungsaufschub, wenn nicht gar – wie bei der Heizkostenabrechnung – einen Zahlungsnachlaß zu erwirken.

Sein Entschluß steht fest: Ehe er die Anwälte und Gerichte bemüht, wird er die gesamte Verwaltung seines Hauses einer Tochtergesellschaft seines Haus- und Grundeigentümer-Vereins übertragen, die ihm diese Last gegen Entgelt von 5 vH der Jahresbruttomiete abnimmt.

Max S. ist kein Einzelfall. Eine wahre Flut von immer komplizierteren Vorschriften und die „Mündigkeit der Bürger" haben die richtige Bewirtschaftung einer Immobilie zu einer komplexen Aufgabe werden lassen, die umfassende rechtliche, technische und betriebswirtschaftliche Kenntnisse voraussetzt.

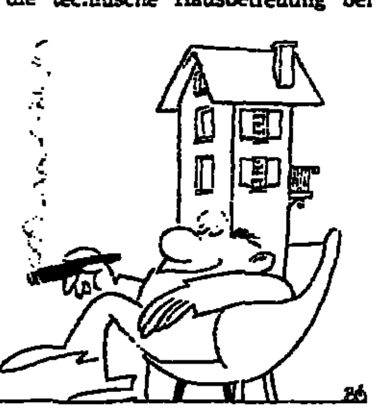
Die Zahl derjenigen Hauseigentümer, die vor den Unannehmlichkeiten mit Mietern, Behörden und Handwerkern kapitulieren, nimmt ständig zu. Ihre Problemlöser sind Fachleute der Wohnungswirtschaft, die als gewerbliche Hausverwalter Gewähr dafür bieten, daß ihr Vermögen wertsteigernd bewirtschaftet wird.

Der Leistungsumfang ist von Unternehmen zu Unternehmen verschieden. Er wird durch den zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer abzuschließenden Vertrag bestimmt.

Im Idealfall übernimmt der Verwalter alle Maßnahmen, die für die Erhaltung, Verbesserung und Nutzung des Objektes erforderlich sind. Grundlage jeder fachgerechten Hausverwaltung ist das Rechnungswesen.

Eine einwandfreie Hauskontenführung mit Hilfe einer leistungsfähigen Datenverarbeitungsanlage bietet den Auftraggebern eine vollständige Übersicht über sämtliche Einnahmen und Ausgaben. Der monatliche Mieteinzug gehört ebenso zu den Aufgaben eines versierten Verwalters wie die Anpassung der einzelnen Miete an die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse.

Betriebs- und Nebenkostenabrechnungen, die einer Überprüfung durch die Gerichte standhalten, aber auch die technische Hausbetreuung bei



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Modernisierung und Instandhaltungsmaßnahmen werden von Fachunternehmen ebenso angeboten wie die Abwicklung von Mieterwechseln mit Wohnungsabnahme und Neuvermietung zur aktuellen Marktmiete. Das Leistungsangebot wird abgerundet durch die Bearbeitung des erforderlichen Schriftverkehrs mit Behörden, Mietern und Anwälten sowie durch eine Finanzierungsberatung, die geeignete Vorschläge für Bestandspflegemaßnahmen und Umschuldungen unterbreitet.

Aber nicht nur die Bewirtschaftung von Miethäusern erfordert den Einsatz von Fachleuten, sondern auch die Verwaltung von Wohnungseigentum.

Die Probleme von Wohnungseigentümern sind inzwischen so vielschichtig, daß der Oberlehrer als Feierabendverwalter zum teuren Irrtum für die Gemeinschaft werden kann. Nicht zuletzt von den Fähigkeiten des Verwalters hängt es ab, ob und inwieweit ein reibungsloses Zusammenleben der Gemeinschaft im Hause möglich ist. Dabei fordern die Eigentümerversammlungen den Verwalter in besonderem Maße. Es gilt, unter Beachtung der Vorschriften des Wohnungseigentumsgesetzes und der Teilungserklärung als Verfassung des jeweiligen Objektes unterschiedliche Interessen der einzelnen Wohnungseigentümer auszugleichen.

Der Verwalter von Wohnungseigentum hat für jedes Jahr einen Wirtschaftsplan aufzustellen, und es sollte selbstverständlich für ihn sein, daß er zum Jahresende eine Bilanz erstellt, auch wenn dies vom Gesetz nicht ausdrücklich gefordert wird. Die Reparaturrücklage ist treuhänderisch verwaltetes Geld der Gemeinschaft, das der zinsgünstigen Anlage auf Sonderkonten harrt.

In zunehmendem Maße gewinnt auch die technische Betreuung des Objektes durch den Verwalter an Bedeutung. Die Überwachung der technischen Einrichtungen und Gebäudeteile ist für die Substanzerhaltung genauso bedeutsam wie die Vergabe notwendiger Wartungs- und Reparaturaufträge.

Durch den tiefgreifenden Strukturwandel in der Wohnungswirtschaft sind die Probleme für den Haus- und Wohnungseigentümer noch vielschichtiger geworden. Aus den Nachfragemärkten sind Angebotsmärkte geworden, und Leerstände erfordern wie nie zuvor einen genauen Überblick über den örtlichen Markt. Hier liegt eine weitere neue Aufgabe für den Hausverwalter.

Er und seine fachgerechte Dienstleistung werden in zunehmendem Maße gefragt und unentbehrlich. Denn die Wohnung des privaten Hauseigentümers konkurriert mit denen der Wohnungsbaugesellschaften und gemeinnützigen Unternehmen, die samt und sonders von hochkarätigem Management geführt werden – Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel. In diesem Wettbewerb kann langfristig nur derjenige bestehen, der seine Immobilie fachgerecht bewirtschaftet.

Genau dies ist die Chance für Hausverwaltungen, die diesen Namen verdienen.

MIETRECHT

Die Rechtsstellung des Eigentümers wurde verbessert

Von HANS A. ENGELHARD

Mieterschutz in Zeiten der Wohnungsnot, Lockerung in Phasen befriedigender Wohnungsversorgung – auf diesen Nenner läßt sich die Rechtsentwicklung seit dem Ersten Weltkrieg bringen. Sozialdemokratischen Bundesministern blieb es vorbehalten, diese Wechselwirkung von Wohnungsnot und Mieterschutz gleichsam auf den Kopf zu stellen und 1974, trotz immer neuer Rekorde im Wohnungsbau und ständig besserer Versorgungslage, den Kündigungsschutz zu erweitern und als Dauerrecht auszugestalten. Durch Fallstricke und Fußangeln im Mieterhöhungsrecht wurde die Erzielung marktgerechter Mieten behindert.

Folgerichtig hat die 1982 neugebildete Koalition unverzüglich die Auswüchse der früheren Regelung beschnitten. Kann es damit sein Bewenden haben?

1. Der zulässige Mietzins ist jetzt stärker am Marktgeschehen ausgerichtet.

2. Beim Abschluß neuer Mietverträge können die Mietparteien für zehn Jahre einen nach ihren Vorstellungen gestaffelten Mietzins frei vereinbaren.

3. Beim Kündigungsschutz des Mieters zeichnet sich ein Wandel in der Rechtsanwendung ab. So hat das Bundesverfassungsgericht einer Rechtsprechung Bahn gebrochen, wonach für die Kündigungen wegen Eigenbedarfs der Wunsch des Vermieters maßgebend sein soll, sein Eigentum selbst als Wohnung zu nutzen. Er *soll nicht mehr nachweisen* müssen, daß er unzureichend untergebracht ist. Die Rechtsstellung des Eigentümers wird damit erheblich verbessert.

Der soziale Bezug und die soziale Funktion des Eigentumobjekts Mietwohnung gebieten es jedoch nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, auf die Belange des Mieters Rücksicht zu nehmen, der auf die Nutzung der Wohnung angewiesen ist. Diese Erkenntnis und der besondere Charakter der Wohnung als Lebensmittelpunkt und Angelpunkt vielfältiger sozialer Beziehungen lassen weitere Abstriche am Kündigungsschutz auch auf einem ausgeglichenen Wohnungsmarkt nur in begrenztem Maße zu.

MITTELSTÄNDISCHE INVESTOREN / Die Modernisierung hat jetzt Vorrang

Größter Wohnungsanbieter sind mit Abstand die privaten Haushalte

Von THEODOR PAUL

Am Jahresende 1985 gab es insgesamt rund 27 Millionen Wohnungen. Seit 1949 sind rund 17,8 Millionen Wohnungen erbaut worden. Im vorhandenen Bestand entfallen rund zwei Drittel aller fertiggestellten Wohnungen auf private Bauherren. Die private Wohnungswirtschaft ist mittelständisch strukturiert. Sie ist leistungsstark und anpassungsfähig und hat sich immer wieder im Auf und Ab der Konjunkturphasen als stabil erwiesen.

Es hat sich herausgestellt, daß eine ausreichende Wohnungsversorgung nur über die Bildung privaten Hauseigentums möglich ist. Der Unterschied zwischen der Bundesrepublik Deutschland und jenen Staaten, in denen das Privateigentum abgeschafft worden ist, macht dies deutlich. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß die Wohnungswirtschaft ihre marktwirtschaftliche Überlegenheit sozialistischen Systemen gegenüber nur bedingt nachweisen kann, weil nach wie vor zahlreiche administrative Fesseln die Bildung freier Wohnungsmärkte verhindern.

Die meisten Grundbesitzer sind Landwirte

Im Jahre 1983 verfügten in der Bundesrepublik knapp elf Millionen Haushalte über Haus- und Grundeigentum. Das waren 45,5 Prozent der insgesamt 23,5 Millionen privaten Haushalte. Im Jahre 1969 lag die Eigentumsquote bei 38,8 Prozent, sie stieg dann auf 39,5 Prozent im Jahre 1973 und auf 43,6 Prozent im Jahre 1978. Gegenüber 1969 hat sich damit die Zahl der Eigentümerhaushalte um 33,7 Prozent erhöht, während im gleichen Zeitraum die Zahl der gesamten Haushalte nur um 14 Prozent zugenommen hatte.

Die Eigentümerquote fiel bei den verschiedenen Haushaltsgruppen je nach sozialer Stellung unterschiedlich hoch aus. Sie lag mit 92,6 Prozent bei den Landwirten am höchsten. Es folgten die Selbständigen mit einer Eigentümerquote von 72,3 Prozent und die Beamten mit einer solchen von 54 Prozent. Bei den Arbeitern verfügten 49,9 Prozent, somit jeder zweite Haushalt, über Haus- und Grundeigentum. Bei den Angestelltenhaushalten lag dieser Anteil mit 48 Prozent geringfügig niedriger. Bei den Nichterwerbstätigen ist die Eigentümerquote mit 35,6 Prozent und bei den Arbeitslosen mit 27,7 Prozent am geringsten.

Die Zahl der Haus- und Grundeigentümerhaushalte steigt mit zunehmender Haushaltsgröße deutlich an. So verfügten 1983 von den 7,4 Millionen Ein-Personen-Haushalten nur 22 Prozent über Haus- und Grundeigentum. Dagegen waren es bei den rund 1,6 Millionen Haushalten mit fünf und mehr Personen 77,6 Prozent. Bei den Zwei-Personen-Haushalten lag der Anteil der Eigentümerhaushalte bei 47,3 Prozent, bei den Drei-Personen-Haushalten bei 56,5 Prozent, und



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

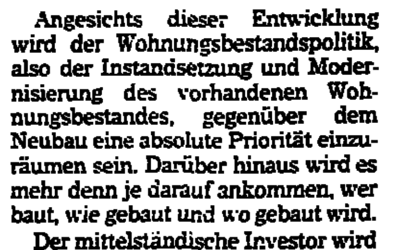
bei den Vier-Personen-Haushalten waren es 65,5 Prozent aller Haushalte, die über Haus- und Grundeigentum verfügten.

Die Gruppe der privaten Haushalte ist der mit Abstand größte Wohnungsanbieter in der Bundesrepublik. Sie verfügt über 77 Prozent der insgesamt vorhandenen 26,7 Millionen Wohnungen. Zum Vergleich: 15 Prozent der Wohnungen befinden sich im Eigentum gemeinnütziger Wohnungsbaugesellschaften, vier Prozent gehören der öffentlichen Hand, und die restlichen fünf Prozent verteilen sich auf sonstige Unternehmen und freie Wohnungsbaugesellschaften.

Damit ist der Mittelstand überwiegend Träger der guten Wohnungsversorgung in der Bundesrepublik, die quantitativ und qualitativ einen Stand erreicht hat, um den uns viele beneiden. Die ausreichende Wohnungsversorgung wäre ohne private Initiative und Investitionsbereitschaft nicht gewährleistet.

Jedem Bürger dieses Landes stehen heute statistisch betrachtet 36 Quadratmeter Wohnfläche zur Verfügung. 1950 mußten sich 5,1 Einwohner eine Wohnung teilen, 1984 waren es nur noch 2,2 Einwohner. 90 Prozent aller Wohnungen sind mit Bad und WC ausgestattet, und rund zwei Drittel verfügen über eine Sammelheizung.

Was die Politiker beachten müssen



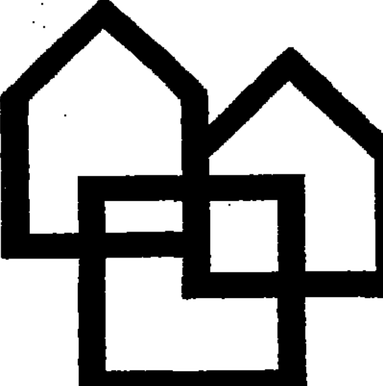
Angesichts dieser Entwicklung wird der Wohnungsbestandspolitik, also der Instandsetzung und Modernisierung des vorhandenen Wohnungsbestandes, gegenüber dem Neubau eine absolute Priorität einzuräumen sein. Darüber hinaus wird es mehr denn je darauf ankommen, wer baut, wie gebaut und wo gebaut wird.

Der mittelständische Investor wird in der Regel eine sorgfältige Abwägung von Standort, Ausstattung und Miethöhe vornehmen, die ihm eine langfristige Sicherung seines Eigentums ermöglicht.

Es kommt hinzu, daß das Selbstinteresse privater Eigentümer dem Eigentum eine Behandlung zuteil werden läßt, die dem Gemeininteresse und dem Gemeinwohl in aller Regel mehr Nutzen bringt, als es die bürokratische Verwaltung eines Eigentums vermag, das zwar den Namen Gemeineigentum trägt, für das sich aber letztlich niemand verantwortlich fühlt und das daher nicht die ideellen Funktionen des Privateigentums erfüllen kann.

Es ist an der Zeit, daß sich die Wohnungspolitik an die Leistungsfähigkeit des mittelständischen Investors erinnert und auf die regulierenden Kräfte eines freien Wohnungsmarktes vertraut, der durch die Unterstützung Bedürftiger durch den Staat sozial korrigiert werden kann. Eine neue Wohnungspolitik muß dieser Erkenntnis Rechnung tragen.

Sterbegeld- und Unfallvorsorge jetzt bis DM 10 000,–!



Gemeinnütziges Sozialwerk des privaten Haus-, Wohnungs- und Grundeigentums e.V.

Cecilienallee 45, Postfach 32 12 20, 4000 Düsseldorf 30, Telefon (02 11) 43 45 55

Alle reden von „Sicherheit" – aber wer tut wirklich etwas für seine Sicherheit? Hand aufs Herz: Haben Sie ausreichend und sinnvoll vorgesorgt, um den Risiken und Notfällen des Lebens zu begegnen?

Ein mit der **Hamburg-Mannheimer Versicherungs AG** abgeschlossener Gruppenversicherungsvertrag gibt jedem Mitglied die Gelegenheit, eine vorteilhafte Sterbegeldversicherung abzuschließen. Zusätzlich kann ein Unfallversicherungsschutz in Form einer Volks-Unfallversicherung beantragt werden.

STERBEGELD-VORSORGE UND IHRE VORTEILE!

Abhängig von den Einkommensverhältnissen unserer Mitglieder ist die Höhe des Sterbegeldes gestaffelt. Es beträgt mindestens DM 500,–, höchstens DM 10 000,–.

1. Günstige Beiträge, die nicht unerheblich unter den Beitragssätzen einer vergleichbaren Einzelversicherung liegen.
2. Beitrittsmöglichkeiten bis zum vollendeten 80. Lebensjahr für alle Mitglieder und deren Ehegatten.
3. Die Dauer der Beitragszahlung hängt vom Eintrittsalter ab, sie geht längstens bis zum Alter von 85 Jahren.
4. Die Versicherungssumme wird fällig beim Tode, spätestens beim Alter 90.
5. Keine Aufnahme- oder sonstige Gebühren, keine Gesundheitsprüfung, lediglich Staffelung der Versicherungssumme beim Tod im 1. Versicherungsjahr mit Ausnahme bei Unfalltod.
6. Mitversicherung der Kinder bis zum vollendeten 25. Lebensjahr im Rahmen der festgesetzten Höchstgrenze gegen einen Zusatzbeitrag von DM 0,35 je Kind.
7. Auszahlung des Sterbegeldes nach Vorlage der Sterbeurkunde und des Versicherungsscheines durch unsere zuständige Geschäftsstelle.

UNFALL-VORSORGE UND IHRE VORTEILE!

1. Versicherungsschutz für berufliche und außerberufliche Unfälle bei **Tod durch Unfall, Invalidität durch Unfall** und ein **Unfall-Krankenhaustagegeld** für den Versicherten selbst oder den Familienvorstand.
2. Im Rahmen der Familienversicherung auch Versicherungsschutz für außerberufliche Unfälle für die Ehefrau bei **Tod durch Unfall, Invalidität durch Unfall** und ein **Unfall-Krankenhaustagegeld** sowie für die Kinder bei **Tod durch Unfall und Invalidität durch Unfall.**
3. Beitritt und Beitragszahlung in Verbindung mit der Sterbegeld-Vorsorge.
4. Keine von Berufstätigkeit oder Unfallgefahren abhängigen Beiträge und keine Gesundheitsfragen.

Voraussetzung für das Wirksamwerden der Versicherung ist eine 50%ige Beteiligung des zu versichernden Personenkreises an der Sterbegeld-Vorsorge.

Bitte ausschneiden

Ich interessiere mich für die Sterbegeld- und Unfallvorsorge und bitte um weitere Informationen.

Name

Straße

PLZ Ort

Mitglied des Vereins in

Koll. 967



HAUSBANK MÜNCHEN
Bank für Haus- und Grundbesitz in München eG

– der richtige Partner für die Wohnungswirtschaft

Gebührenfreundliche Führung von Hauskonten
für Mietobjekte und Wohnungseigentümer-Gemeinschaften

Günstige Finanzierungen
für Erwerb und Werterhaltung von Immobilien

Verwalter-Service
der sachkundige Partner zur kostensparenden und übersichtlichen Buchhaltung und Abrechnung von Mietobjekten und Wohnungseigentum – auch EDV-ONLINE

Führung von Mietkautionskonten
kostenlose Verwaltung von Mietkautionskonten mit separater EDV-Aufstellung am Jahresende für jedes Mietobjekt

HAUSBANK MÜNCHEN
Bank für Haus- und Grundbesitz in München eG
Institut der VOLKSBANK-Organisation

Sonnenstraße 13, 8000 München 2, Telefon-Sammel-Nr. 0 89 / 5 51 41-0

Zeitschriften Broschüren Bücher

Verlag Deutsche Wohnungswirtschaft GmbH.

Cecilienallee 45
4000 Düsseldorf 30
Telefon (02 11) 43 45 56

Bestellschein

Bitte liefern Sie mir/uns:

☐ Ex. Der Wohnungseigentümer
Ratgeber zum Wohnungseigentum
(Stückpreis: 17,50 DM + Versandk.)

☐ Ex. Die Mietfibel
(Stückpreis: 8,– DM + Versandk.)

☐ Ex. DWW-Sonderheft
Rechtsentscheide
(Stückpreis: 15,– DM incl. Versandk.)

Name

Straße

Postleitzahl, Ort

Datum, Unterschrift

zum Beispiel:

Der Wohnungseigentümer

Ratgeber zum Wohnungseigentum
Von Volker Bielefeld

2. Auflage, 448 Seiten, Format: 11,5 x 18 cm, kartoniert, Preis: 17,50 DM + Versandkosten.
Dieser Ratgeber soll vor allem den Wohnungseigentümern und Verwaltern bei der Beantwortung ihrer Fragen aus der Alltagspraxis des Wohnungseigentums behilflich sein.

Die Mietfibel
für Vermieter und Mieter

4., überarbeitete und ergänzte Auflage, 152 Seiten, Format: 11,5 x 18 cm, kartoniert, Preis: 8,– DM + Versandkosten.
Die Mietfibel befindet sich auf dem neuesten Stand der Gesetzgebung. Sie gibt Auskunft über alle Fragen, die ein Mietverhältnis betreffen, wie z. B. Staffelmiete, Zeitmietvertrag, Schönheitsreparaturen, Betriebskosten, Mieterhöhung, Kündigungsgründe und -fristen, Heizkostenabrechnung und viele andere Punkte, die von Anfang an klar und eindeutig geregelt sein sollten, um späteren Ärger zu vermeiden.

NEU



DWW-Sonderheft
Rechtsentscheide

Leitsätze nach Sachgebieten geordnet (1980 bis 1986), 76 Seiten, Format: DIN A 4, geheftet, Preis: 15,– DM incl. Versandkosten.
Um aus den rund 300 im Rechtsentscheidsverfahren ergangenen Beschlüssen auf Anhieb den „richtigen" herauszufinden, bedarf es auch für den geübten Praktiker einiges an Sucharbeit. Hier bietet nun das DWW-Sonderheft 1986 „Rechtsentscheide" die entscheidende Neuerung. Eine bislang einzigartige Übersichtlichkeit ergibt sich durch die Beschränkung auf die Leitsätze. Durch die Gliederung nach Sachgebieten wird der Leser automatisch zu der einschlägigen Entscheidung hingeführt.

PRIVATE INVESTITIONEN / Gute Versorgung muß gesichert bleiben

Was die Expertengruppe empfiehlt

Von VOLKER GIERTH

Bei der Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum, und zwar gemessen sowohl an Wohnfläche als auch an Ausstattungsqualität, nimmt die Bundesrepublik ohne Zweifel international eine Spitzenstellung ein. Zu verdanken ist dies in allererster Linie der Investitionsbereitschaft privater Haushalte.

Auch im vergangenen Jahr waren private Haushalte wiederum die stärkste Bauherrengruppe. Von den insgesamt für den Wohnungsneubau im Jahre 1985 erteilten Baugenehmigungen entfielen 58,7 Prozent auf Privathaushalte, die damit einen noch deutlicheren Einbruch in der Bauwirtschaft verhinderten.

Der Rückgang der an diese Bauherrengruppe erteilten Baugenehmigungen lag mit 20,4 Prozent deutlich unter dem durchschnittlichen Rückgang von 26,5 Prozent. Welche Bedeutung die Bautätigkeit der privaten Haushalte für die Wohnungsversorgung auch und insbesondere einkommensschwächerer Mieterhaushalte tatsächlich hat, stellte bereits die sozialliberale Bundesregierung 1982 in ihrem Bericht über das Zusammenwirken finanzwirksamer wohnungspolitischer Instrumente fest, in dem sie ausführte, daß die Mehrzahl der für den Sozialwohnungsbau berechtigten Mieter heute in Eigenheimen und Altbauwohnungen angemessen oder sogar besser untergebracht sind als in Sozialmietwohnungen.

Wer also die erreichte gute Wohnungsversorgung nicht leichtfertig aufs Spiel setzen will, muß sich angesichts der gewandelten Verhältnisse auf den Wohungsmärkten für eine Wohnungspolitik entscheiden, die den verschiedenen Anbietergruppen gleiche Chancen im Wettbewerb einräumt. Dazu zählt nicht nur die sofortige und endgültige Beendigung der öffentlichen Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus, sondern auch und vor allem eine Reform des Wohnungsgemeinnützigkeitsrechts.

Eine von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg eingesetzte unabhängige Kommission schlägt vor, das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz von 1940 aufzuheben.

Diesen zutreffenden Erkenntnissen kann nur beigepflichtet werden. Es müssen allerdings jetzt auch Taten folgen. Jedes weitere Zögern auf diesem wichtigen Gebiet treibt die Wohnungswirtschaft tiefer in die Krise und führt letztlich zu einer Vernichtung von Vermögenswerten in gewaltigem Ausmaß.

Volker Gierth ist Generalsekretär des Zentralverbandes der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer.

ENERGIEEINSPARUNG IN GEBÄUDEN / Der Verbrauch von Heizöl ging seit 1973 um 35 Prozent zurück

Eine langfristige Aufgabe der Wohnungspolitik

Von MARTIN GRÜNER

Sparsame und rationelle Energieverwendung bleibt trotz der gegenwärtigen Ölpreisentwicklung ein vernünftiges und notwendiges Ziel. Zum Hintergrund: Nahezu 80 Prozent der in Haushalten verbrauchten Energie entfallen auf die Heizung; etwa ein Viertel unseres Endenergieverbrauchs.

Im Gebäude wird der Energieverbrauch insbesondere auch von den wärme- und heizungstechnischen Gegebenheiten bestimmt. Jeder Eigentümer müßte das heute wissen und weiß es vermutlich auch. Das zeigt jedenfalls der bemerkenswerte Verbrauchsrückgang. Im Durchschnitt werden heute pro Quadratmeter rd. 35 Prozent weniger Heizöl benötigt als 1973. Insgesamt wird in Gebäuden nicht mehr Energie verbraucht als 1973, obwohl wir rund zehn Prozent Wohnungen (etwa 3 Millionen) mehr haben. Dabei sind Wohnfläche und Komfort im Durchschnitt deutlich gestiegen. Ganz wesentlich hat zu diesem erfreulichen Ergebnis natürlich auch das sparsame Verhalten der Mieter beigetragen.

Die Bundesregierung hat diesen Prozeß von Anfang an durch finanzielle Förderung heizenergiesparender Maßnahmen unterstützt. Sie hat ferner mit den Energieeinspar-Verordnungen über baulichen Wärmeschutz, Heizungsanlagen und verbrauchsabhängige Heizkostenabrechnung wichtige Weichen gestellt.

Zu kurz gedacht wäre es, die Wirtschaftlichkeit etwa von wärmedämm- oder heizungstechnischen Maßnahmen nur aus dem Blickwinkel der heutigen Energiepreise zu beurteilen. Die Langfristigkeit von Gebäudeinvestitionen gebietet vielmehr auch eine langfristige Amortisationsbetrachtung. Dabei ist man gut beraten, die derzeitigen Energiepreisturbulenzen nicht zur Basis der Kalkulation zu machen. Im übrigen brauchen z. B. neue Heizungen nicht selten bis zu einem Drittel weniger Energie als alte Anlagen. Dies bringt selbst bei niedrigen Preisen eine nachhaltige Entlastung der Betriebskosten.

Um den Modernisierungsprozeß auf dem Heizungssektor nicht zuletzt auch im Interesse der Umweltentlastung zu beschleunigen, hat die Bundesregierung wirksame steuerliche Anreize geschaffen. Auch Eigenheimer können jetzt die Kosten für den Einbau einer neuen Heizung steuerlich absetzen, wenn das Gebäude älter als zehn Jahre ist.

Wer sich vor der Durchführung energiesparender Maßnahmen interessenneutral und unabhängig beraten lassen will, kann dies z. B. bei einer der zahlreichen Energieberatungsstellen der Verbraucherzentralen tun. Diese Beratung wird kostenlos angeboten. Die Rahmenbedingungen für Energiesparmaßnahmen in Gebäuden sind nach wie vor gut.

Die Bundesregierung hält an ihrer Einsparpolitik fest. Sie hat diese von Anfang an als Langfristaufgabe begriffen. Preiseinbrüche, wie wir sie derzeit erleben, ändern nichts daran, daß sparsame und rationelle Energieverwendung die Sicherheit der Versorgung erhöht, die Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft stärkt und zur Verminderung der Umweltbelastung beiträgt.

Privates Haus- und Wohnungseigentum

Redaktion: Arnulf Gosch und H.-H. Holzamer, Bonn

Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg



Es ist die Wahrheit, die da brennt . . .

„Die Schatten" – Aus dem Nachlaß von Franz Fühmann

Wer war dieser Franz Fühmann aus Rokytnice in Böhmen, dessen Leben sich zwischen Extremen verzehrte und der schrieb, um sein Gewissen zu erforschen, unerbittlich gegen sich selbst, gepeinigt vom „Salz der Fragen" und keiner Antwort endgültig vertrauend? Er war ein Goldgräber der Wahrheit, ein von den Worten Besessener, versiert in allen literarischen Gattungen und Formen, und Gnade Gott dem, der die hohen, strengen Maßstäbe nicht anerkannte!

Dieser manische Büchersammler und exegetische Tiefen-Leser war rigoros; er lobte überschwenglich oder verachtete abgrundtief. Den nachdrängenden Jungen war er ein väterlicher Mentor; von denen jedoch, die es sich zu leicht machten, die nicht vordrangen bis zum Zentrum der Wahrheit, wandte er sich ab auf Lebenszeit. Radikal war der physische Koloß in jeder Hinsicht: Eines Tages unterwarf er sich einer extensiven Abmagerungskur, die ihn zur Vogelscheuche entstellte, und seither galt ihm schon ein Schluck Mineralwasser als Bacchanal.

Seine äußeren Lebensdaten sind die des Blutzoll-Jahrgangs 1922: Gymnasium, Wehrmacht, Kriegsgefangenschaft. Aber die Schründe der Biografie werden erst sichtbar in den Polarisationen, in die er gerissen wurde und denen er sich aussetzte. Er erlebte *Faschismus, Krieg und einen neuen Anfang.* Darüber schrieb er; als Zwanzigjähriger ratlos und klagend, nach Kriegsende in überschäumend begeisterten, vom Optimismus der „Zeitenwende" getragenen Versen und Reportagen.

Später, nach den Enthüllungen über Stalin, *nach dem 17. Juni,* nach Ungarn und Polen, nach dem Einmarsch der Bruderländer in das Bruderland Tschechoslowakei, das Land seiner geistigen Wurzeln, beginnt die Wandlung; er schreibt anders und über anderes, skeptischer, wahrhaftiger, ein strenger Untersuchungs-Richter. Damals, 1968, trennte er sich aus Protest vom Ostberliner Aufbau-Verlag; 1976, nach der Biermann-Ausbürgerung, legte er die Ehrenämter nieder.

Dieser schmerzliche Prozeß der Wahrheitsfindung kündigt sich bereits in den Antikriegserzählungen an, vor allem in der meisterhaften *Novelle „Kameraden" (1955),* in der er die Entwertung des Menschen im Faschismus gestaltete. Hier hat Fühmann, ein „schuldlos schuldig gewordener König Ödipus", zum ersten Mal gezeigt, worauf sein künftiges Werk gerichtet sein wird: auf die existentielle Anatomie einer Figur.

Er, der große Arbeiter, befaßte sich mit Spieltheorie und mathematischer Logik, mit Semantik und Semiotik, um den Stoffen gerecht zu werden, die ihn in den siebziger und frühen achtziger Jahren als Erzähler interessierten. Dabei entwickelte er einen Prosatypus von höchster Kunstfertigkeit *und narrativer Präzision.* Mit derselben *Leidenschaftlichkeit* widmete er sich einem Projekt, das sein letztes werden sollte: ein Geflecht von biblischen, mythologischen und auf den Tag bezogenen Erzählungen, die er sich „so zurückhaltend wie möglich, allerdings in der Sache gnadenlos" vorstellte. Ein Buch der unbehauenen Fabulier-Blöcke, rauh wie die Realität; er hat das Ziel, unfreiwillig, erreicht.

Dann kam die Krankheit, Rückgratoperation, verlegter Darmausgang; dreimal wurde er für tot erklärt, plötzlich ließ auch die Sehkraft rapid nach. Im Rollstuhl sitzend, von einem Stahlkorsett schmerzhaft aufrecht gehalten und den Tod vor Augen, der in ihm fraß, las er mühselig mit der Lupe und schrieb „ein Kaschperlspiel, und damit's ein Bücherl wird, schreib ich gleich drei." Das war sein Abschiedsgruß.

Jetzt wird der Nachlaß gesichtet. Einen ersten Einblick bietet der Band „Die Schatten": sechs Erzählungen, ein Aufsatz über die Erfahrungen mit ihren Gegenständen und ein Hörspiel (zwei Gedenkreden der Freunde), vermehrt um den Editionsbericht von Ingrid Prignitz, Fühmanns Lektorin im Rostocker Hinstorff Verlag, der die Entstehungsgeschichte des auf 13 Texte angelegten, nicht mehr vollendeten Werkes kenntnisreich dokumentiert und zugleich die historischen und strukturellen Dimensionen vor Augen führt; er sollte sorgfältig und an erster Stelle gelesen werden.

Die Sammlung basiert auf der Hinstorff-Ausgabe „Das Ohr des Dionysios" (1985), wurde aber ohne Not stark verändert. Verzichtet wird nicht nur auf die kongenialen Steingravuren Werner Schinkos, auf die Nennung der Herausgeberin und auf die Entstehungsdaten der Erzählungen (man hat sie sich aus der Nachbemerkung zu rekonstruieren), verzichtet wird auch auf die 1982 geschriebene Erzählung „Der Mund des Propheten", zu der Fühmann nach der Berliner Begegnung zur Friedensförderung vom Dezember 1981 angeregt wurde und in der er sich für die Friedensbewegung in seinem Staat, für eine „Weltinnenpolitik von unten", engagiert.

Ihr Schicksal ist bekannt. Der zentrale Satz der Erzählung lautet daher demonstrativ: „Da reckte sich der Prophet und sprach: ‚So will ich für den Verstummten sprechen!'" Dieser Text ist Fühmanns politisches Testament, es wird quälend vermißt: und wo sonst wäre sein Ort, wenn nicht hier, im originären Erzählzusammenhang?

Der zyklische Charakter des Erzählungskranzes geht aus Fühmanns Notizen für die Gesamtkomposition hervor; da die Lücken jedoch beträchtlich sind, entschloß sich *Hinstorff für die chronologische Abfolge der* ausgearbeiteten Teile. Hoffmann und Campe durchbricht die Chronologie willkürlich und kommentarlos und ergänzt den Torso mit dem in Fühmanns Todesjahr vollendeten Hörspiel „Die Schatten", das sich im Kontext fremd ausnimmt. Warum muß ein *Sprechstück herhalten, den Titel für einen* Erzählungsband zu liefern? Die innere Verklammerung gelingt allenfalls über die Stoffverwandtschaft zu den drei griechisch-mythologischen Erzählungen.

> Franz Fühmann:
> **Die Schatten**
> Mit den Gedenkreden von Christa Wolf und Uwe Kolbe. Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg. 240 S., 29,80 Mark.

Die beiden anderen Reservoires, aus denen er schöpft, sind die Bibel und die Gegenwart. *Der Plan nennt fünf Gegenwartsentwürfe,* von denen einzig „Das Glöckchen" (als Fragment) vorliegt. In einem Brief vom Juni 1984 bezeichnet Fühmann es als „mißlungen" (er irrt sich nicht) und spricht vom „Scheitern", „wie weiland das Bergwerk" gescheitert sei. Seit Mitte der siebziger Jahre *beschäftigte er sich,* Geologie, Mineralogie und Mythen *studierend,* mit dem Bergwerk als einer Metapher für die heutige Standortbestimmung im politisch-geistigen Koordinatensystem der Zeit; 1983 mußte er das Vorhaben, das er zu seinem Hauptwerk erklärt hatte, aus gesundheitlichen Gründen aufgeben.

Von den Bibel-Geschichten wurden drei vollendet: „Der Mund des Propheten", „Amnon und Tamar", „dies Stück Ungeheuerlichkeit", und die bereits 1968 entstandene, das Abraham-Motiv variierende Erzählung „Erzvater und Sohn", in der Fühmann ein Modell für die „Manipulierbarkeit des Menschen zur Unmenschlichkeit gegen sich selbst und seinesgleichen" sah. Gerade an diesem Text läßt sich beweisen, wie es Fühmann verstand, tradierte Handlungsmuster so zu verändern, daß daraus etwas „erregend Neues" entsteht, wie er im Aufsatz „Meine Bibel" sagt: „eine Wendung ins Ungeahnte, das den Geschichten jählings die Dimension" verleiht, „die ihnen im Naiven gefehlt hatte: Tiefe".

Der Vergleich macht Größe und Souveränität Fühmannschen Erzählens sichtbar. 1. Mose 22, 1–19: Gott versucht Abraham, seinen einzigen Sohn Isaak zu opfern; als er das Messer faßt, ruft der Engel des Herrn: „Lege deine Hand nicht an den Knaben." Fühmann erzählt die Geschichte so: Abraham empfängt im Traum den Befehl, Isaak zu schlachten. Satan gelingt es nicht, seinen, dann Saras, Opfermut zu brechen; im „blinden Gehorsam" erkennt er „die schönste Blüte auf dieser Welt". Erst als ihm Satan, in der Gestalt des Herrn, Einhalt gebietet, läßt er von Isaak ab und lobt Gott, während „der Oberste" „voll Wut betrogen die Fäuste" schüttelt und Sara sich, aus Gram über das Opfer, „den Leib aufschlitzt bis zu jener Höhle, darin das unbotmäßige Herz hockt".

„In der Sache gnadenlos", *hatte er gefordert* – Fühmanns sich in legendären und mythischen Fernen verknotende Erzählcollagen sind allesamt Gegenwartsgeschichten, gesellschaftssezierend, bösartig und in ihren Übersteigerungen ein realistisches Abbild der sogenannten Wirklichkeit.

*In „Das Ohr des Dionysios", der Historio*graphie einer überdimensionalen Abhöranlage unter wechselnden Herrschaften, kulminiert Fühmanns Spottfähigkeit. Eine Grotte von einmaliger akustischer Beschaffenheit, durch einen Erdspalt mit der Oberwelt verbunden, bietet sich dem „Selbstherrschenden Strategen" als Überwachungsanlage für Staatsgefangene an, denn „Gewißheit" kann „nur aus Erkenntnissen wachsen", eine „Grotte der Läuterung" mithin, bis sie, „der Staatskunst undienlich" geworden, der Unterhaltungsindustrie überantwortet wird: Man errät nun aus dem Geschrei die Art der Folterung, später den Grad der Liebeserregung, eine Hör-Peep-Show, „das historische Erbe neu zu beleben", wird erwogen: „Und dann ging es noch eine Stufe tiefer (es geht immer noch eine Stufe tiefer hinunter)."



Franz Fühmann
FOTO: HANS-JÜRGEN BOLLE

Der Aufsatz „Meine Bibel" stellt den Schlüssel zum Verständnis für Fühmanns späte Arbeiten dar: Ihn interessierte in den Welten der Bibel und der Mythen „das Sensationelle der Seelen", in dem er nichts anderes als das „Alltägliche" erblickte; das zutiefst Subversive der Erotik und der Dichtung bezauberte ihn. Und es sind immer wieder die Schatten der Vergangenheit, die in seine eigene Biografie tief hineinreichen, und die von ihm hellsichtig wahrgenommenen Gefährdungen der Gegenwart und Zukunft. Fühmanns Werk ist ein singulärer Beweis für eine Wandlung in Würde. Und schließlich, gegen Ende dieses Credos, der außerordentliche, auf die Geschichte Israels bezogene, aber auch auf unsere Geschichte zu beziehende Satz: „Das Volk kann über sein Schicksal verfügen, da es über seine Haltung verfügt."

Nachgelassene Erzählungen: Bei der Erwähnung „weicher Stellen" ist Vorsicht geboten, hier steht Fertiges neben Unfertigem. Gewiß wäre Fühmann, hätte er die Drucklegung erlebt, mit jedem einzelnen Satz noch einmal ins Gericht gegangen: was jetzt störend wirkt (sich widersprechende Beschreibungen von Details, allzu poetisierende Formulierungen, syntaktische Verwirrungen in einigen langen Perioden usw.), ihn hätte es als ersten gestört.

Unverzeihlich hingegen ist der schludrige Umgang mit dem Text, für den allein der Verlag verantwortlich ist: Absätze verschwinden, Prosapassagen werden wie Verse („Das Glöckchen": überraschend sind fünf Zeilen wie eine Morolfstrophe typographiert), Verse wie Prosa („Die Schatten") behandelt. Bemerkenswert einfallsreich war man um die Steigerung der Druckfehlerquote bemüht – Hoffmann und Campe wirbt für das Buch mit dem Slogan: „Fühmanns Vermächtnis".

Aus den Gedenkreden, die auf der Trauerfeier in der Ostberliner Akademie der Künste und an Fühmanns Grab in Märkisch-Buchholz gehalten wurden, sind die von Christa Wolf und Uwe Kolbe dem Band als Zeugnisse langjähriger Schriftstellerfreundschaften beigegeben. Sie zeichnen, den großen Verlust beklagend, auf sehr persönliche *Weise ein Bild von diesem wunderbaren* Menschen. Es bleibt hinzuzufügen: Fühmann hat gern darauf hingewiesen, daß er aus der böhmischen „Knödelkultur" stamme, in der sich alles langsam entwickle.

Aber welche Intensität, welche künstlerische Kraft birgt diese Langsamkeit, dieses *Zusichselberkommen, dieses allmähliche* Augenaufschlagen vor der Wahrheit in sich! Ja, Fühmanns Abschied ist ein Vermächtnis, und wie er es verstanden wissen wollte, hat er uns in einem Gedicht, dreifach beschwörend, zugerufen: „Dem Grund zu, wir zerrn an den Strängen."

BERND JENTZSCH

Beim Kaviar in Nikitas Datscha

Erlebte Geschichte: Die beiden ersten Bände in einer neuen Reihe des Herder-Verlags

„Europäische Zeit-Zeugen" lautet der Titel der neuen Reihe der Herder-Bücherei. Der Herausgeber ist Professor Wolfgang Leonhard, ein bekannter Forscher des Sowjetsystems und des Kommunismus. Wir vernehmen hier die Stimmen von Menschen, die über ihre Erlebnisse berichten – darüber, wie sie mit der Realität des Totalitarismus *konfrontiert wurden. In diesem Jahr* sollen fünf Bände dieser Reihe erscheinen. Zwei davon liegen vor.

Kein Wunder, daß der erste Band dem besonders tragischen Ereignis gewidmet ist – dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges; konkreter, der Reaktion in den Kreisen der *Kommunisten verschiedener Länder auf die* politische Tat, die den Krieg ermöglicht hatte, den Hitler-Stalin-Pakt im Jahr 1939.

Insgesamt kommen in diesem Buch 70 Zeugen zu Wort, unter ihnen Chruschtschow und Honecker, Trotzki, Herbert Wehner, der sowjetische Superspion Leopold Trepper, *die Schriftsteller Ilia Ehrenburg* und Arthur Köstler, die Führer der Komintern Manuilskij und Gottwald, der finnische Präsident Paasikivi, die deutschen Intellektuellen Wolfgang Abendroth und Klaus Mehnert, der Altkommunist Willi Münzenberg und andere.

Man könnte außer diesen 70 noch viele andere Zeitzeugen heranziehen. Jeder von uns, der in jenem sonnigen Frühherbst 1939 schon erwachsen genug war, um sich für das politische Geschehen zu interessieren, hat seine Erinnerungen an das aus unserer damaligen Sicht Undenkbare – das Bündnis *zwischen der Sowjetunion und dem Nazi-*Reich. Noch heute sehe ich die demonstrative Hakenkreuzfahne mitten in Moskau, gehißt über dem Gebäude der Deutschen Botschaft aus Anlaß des Besuches von Reichsaußenminister Ribbentrop; noch jetzt höre ich das Geklatsche, mit dem wir, Studenten *der Moskauer Universität, die Mitteilung* unseres Professors für Marxismus-Leninismus über den Einmarsch sowjetischer Truppen in Polen am 17. September 1939 in einer Stehovation begrüßen mußten – die Aufteilung Polens zwischen Hitler und Stalin.

Im Buch stehen zwei kurze Geschichten nebeneinander, beide traurig. Nach Bekanntwerden des Nazi-Sowjet-Paktes hatte sich der damalige kommunistische Emigrant in London und spätere „DDR"-Starwissenschaftler Jürgen Kuczynski eine teure Zigarre gekauft – „zur Feier des Paktes".

Ein kommunistischer Emigrant in Paris, Thorwald Siegel, stellte über die Nazi- und Sowjetbonzen fest: „Die einen gleichen den anderen" – und schluckte Zyankali. Gefeiert wurde der Pakt selten. „Gleiche Brüder, gleiche Kappen", „Pack schlägt sich, Pack verträgt sich" – solche Einschätzungen verbreiteten sich.

Während der erste Band der neuen Herder-Reihe ein Kollektivzeugnis von 70 Autoren darstellt, hat der zweite die Erinnerungen eines einzelnen, des sowjetischen Orthopäden Vladimir Goljachowski, zum Inhalt. Der international anerkannte Arzt gehörte zur Elite der sowjetischen Medizin und durfte sogar Chruschtschow behandeln. Jetzt lebt er in den USA.

> Wolfgang Leonhard:
> **Der Schock des Hitler-Stalin-Paktes**
> Erinnerungen aus der Sowjetunion, Westeuropa und USA. 221 S., 12,90 Mark.
> Vladimir Goljachowski:
> **Arzt in der Sowjetunion**
> 255 S., 12,90 Mark. – Beide im Herder-Verlag, Freiburg.

Das Schicksal brachte Goljachowski in Berührung mit verschiedensten Schichten *der Sowjetbevölkerung. Die tragische Ge*schichte einer jungen Polin, der er die Beine amputierten mußte und die dann in einem abscheulichen Versehrtenheim bis zum Lebensende vegetierte, steht neben der Geschichte, die ihm Stalins letzte Mätresse, die berühmte Valetschka (Valentina Istomina), über den Tod des Diktators erzählte. Der Autor berichtet über seine Begegnungen mit Boris Pasternak vor und nach der gegen den Verfasser des „Dr.Schiwago" entfesselten Hetzkampagne. Damals sagte ihm der lungenkrebskranke Schriftsteller: „Ich möchte sterben" – so unerträglich lastete die brutale Behandlung durch die Behörden auf seiner Seele.

Goljachowski schreibt über den bekanntesten sowjetischen Chirurgen, Dr. Judin, der plötzlich nach Sibirien strafversetzt wurde, wo er in einem kleinen Krankenhaus für Häftlinge nicht etwa operieren durfte, sondern den Operationssaal sauberhalten mußte. Detailreich schildert der Autor seinen Besuch auf der Staats-Datscha Chruschtschows, wo er mit den Mitgliedern des Präsidiums des ZK (wie damals das Politbüro hieß) speisen durfte.

Hier muß man zitieren: „Hinter jedem von uns stand ein Diener, der sich nicht von seinem Platz rührte. An der Geschicklichkeit, mit der sie ihren Dienst versahen, konnte man erkennen, daß sie die Gewohnheiten und Bedürfnisse der Gäste genau kannten. Sie wurden unterstützt von einigen Hilfskellnern, die zwischen den einzelnen Gängen die *Teller* wechselten ... *Auf silbernen* Platten türmten sich Kaviar, Lachsrogen, Räucherlachs, Stör, Schinken, kleine Gewürzgurken ... Nach der Vorspeise legten uns die Kellner Speisekarten vor, auf denen wir uns die gewünschte Suppe und das Hauptgericht aussuchen konnten. Jedes Me*nü war mit dem Namen eines Präsidiums*mitglieds bezeichnet ... Für diese kommunistischen Funktionäre war es ein ganz gewöhnliches Abendessen, aber ich hatte in meinem ganzen Leben noch nie so köstliche Speisen gesehen."

Neben der Schilderung von Lebensfreuden der Nomenklatura findet der Leser wieder ein unheilverkündendes Kapitel: Wie mitten *in* Moskau in einem streng geheimen Institut an bakteriologischen Waffen gearbeitet und mehrere Leute im Bezirk von Bruzellose-Viren infiziert wurden. Vorbeugungsmaßnahmen ergriff man erst, nach*dem General Karpets vom Innenministeri*um der UdSSR diesen Viren zum Opfer gefallen war.

Anfang April 1986 veröffentlichte das sowjetische Regierungsorgan „Iswestija" nach einem Vierteljahrhundert Schweigen die Nachricht über den tödlichen Unfall eines sowjetischen Kosmonauten – in einem Labor in Moskau, in einer Höhenkammer. Er starb an Verbrennungen. Diese Publikation erklärt sich mit großer Wahrscheinlichkeit durch das Erscheinen des Buches von Goljachowski. Denn dieser war unter den Ärzten, die vergebens versucht hatten, den Fliegeroffizier zu retten. Zwar gibt „Iswestija" einen anderen Namen an (Bondarenko statt Sergejev) und ein anderes Datum (März 1961 statt Oktober 1960), aber alle Umstände sind so identisch, daß es sich kaum um zwei verschiedene Unfälle handeln kann.

Man soll diese Bücher lesen. Sie bringen den Menschen im Westen die Realität des Realsozialismus näher, ohne Feindbilder zu malen. Dadurch fördern sie das Begreifen des anderen Systems – und heilen von Illusionen.

MICHAEL VOSLENSKY

Die Rückkehr des Danziger Tafelsilbers

Zwischen Großstadtkommune und Bauernkate: Neue Erzählungen von Arno Surminski

Nur 25 Jahre alt ist er geworden, der Berthold Witt; dann verließ ihn die Lust am Leben. Zu seiner Beerdigung in Albersdorf tauchen sechzehn Mitglieder der Hamburger Kommune auf, in der der Verstorbene Zuflucht gesucht hatte aus *der Enge seiner provinziellen Heimat. Und* siehe da: Die bunten Paradiesvögel erweisen sich selbst in den Augen der mißtrauischen Pfahlbürger als „richtige Menschen". Eine kleine Begebenheit.

Alle Begebenheiten, die Arno Surminski in seinem neuen Erzählband mitteilt, scheinen ohne die dramatische Dimension des *Unerhörten im Sinn der Novellengattung;* ihr Handlungsablauf ist durchweg schlicht. Doch sie gewinnen ihr Gewicht durch ihre ganz unaufdringliche, wie unbewußt eingeflochtene Paradigmatik. Was da in den dreizehn kurzen Geschichten steht, läßt sich weiterdenken.

> Arno Surminski:
> **Gewitter im Januar**
> Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg. 219 S., 29,80 Mark.

*Unter den Sujets darf bei Surminski na*türlich nicht die Heimat des gebürtigen Ostpreußen fehlen. Gleich zu Beginn geht's nach Königsberg und Insterburg, unmittelbar vor der Katastrophe des Frontzusammenbruchs im Osten, und weiter in den winzigen Grenzflecken Tarrenbude, dessen Geschick in einer dräuenden Ungewißheit bleibt. Hier wird in der knappen Erzählung die zeitgeschichtliche Tragödie transparent – angedeutet nur, aber um so ergreifender.

Oder der Bericht über die Familie Broschek, die gerade noch den letzten Zug von Danzig nach Schleswig erreicht und dem Bauern, der sie dort widerwillig in seiner Wagenremise aufnimmt, nach und nach das gerettete Tafelsilber für Lebensmittel hergibt. Vierzig Jahre später kauft der inzwischen zum Rechtsanwalt avancierte Fritz Broschek die Löffel, Messer und Gabeln mit dem Danziger Stadtwappen von dem alten Bauern *zurück – Erfahrungen von zwei* Generationen Vertriebener und westlicher „Gastgeber". Das erinnert thematisch an die großen Romane des Autors, an „Jokehnen oder Wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland" (1974), „Kudenow oder an fremden Wassern weinen" (1978) und „Polninken oder Eine deutsche Liebe" (1984).

Daneben klingen neue Töne an: melancholisch untermalte Skurrilität in der Figur des häßlichsten Menschen der Welt, dem erst im dritten Glied die Schönheit geschenkt wird, die er verzweifelt mit seinem vielen Geld kaufen wollte, oder das allmähliche Verzagen des einst hochgestellten Pensionärs, der schließlich die Visitenkarten seiner internationalen Geschäftsfreunde von der Spitze des Kirchturms herabsegeln läßt.

Nur vier Buchseiten braucht der Autor, um an der *Haltestelle „Schlesisches Tor"* in Berlin die Zerrissenheit der Stadt und des Landes in einer einzigen Szene so zu Bewußtsein zu bringen, daß sich tiefe Betroffenheit einstellt und ohne jedes Pathos die unausgesprochene Warnung, sich an den widernatürlichen Zustand zu gewöhnen. Quali*tät des Einfalls und der Sprache fallen bei* Arno Surminski zusammen. Er ist ein überaus ehrlicher Erzähler, dem man gelegentliche Popular-Philosophismen nicht übelnimmt; insgesamt stimmt es bei ihm. Man liest ihn gern und immer mit Gewinn.

ALFRED STARKMANN



Probleme in der neuen Heimat für die Vertriebenen: Blick auf den Bootshafen von Neuharlingersiel
FOTO: BAVARIA





Bei Ihrem Buchhändler

Klassiker, die wirklich gelesen werden: Reclam Lese-Klassiker

Johann Wolfgang Goethe: Die Wahlverwandtschaften DM 22.– Heinrich von Kleist: Sämtliche Erzählungen und Anekdoten. DM 22.– Karl Philipp Moritz: Anton Reiser. DM 25.– Anton Tschechow: Erzählungen DM 22.–. Emile Zola: Germinal. DM 28.–. Leinen im Schmuckschuber

Liebesgeschichten
Reclam



Emily Brontë
Sturmhöhe
Neu übers. von I. Rein., 464 S. Geb. DM 18,80

Francis Carr
Mozart und Constanze
Übers. und hrsg. von D. Klose 266 S. 28 Abb. Geb. DM 13,80 (Deutsche Erstausgabe)

Liebesgeschichten
Von Arthur Schnitzler bis Hermann Broch. Hrsg. von W. Kirsten und K. Paul. 574 S. Geb. DM 23,80.

Mozart und Constanze



Rheinreise
Gedichte und Lieder. Textsammlung. Hrsg. von W.-D. Gurnz und F. J. Hennecke. Einf. von W. Ross. 415 S. 21 Abb. Geb. DM 18,80

Hans Christian Andersen
Märchen
Übers. von H. Denhardt. Ausw. und Nachw. von L. L. Albertsen. Ill. von Th. Hosemann, Graf Pocci, R. de Beux, L. Richter, O. Speckter. 462 S. 28 Abb. Geb. DM 18,80.



Neuer Gesamtkatalog von Philipp Reclam jun. Verlag GmbH · Postfach 11 49 · 7257 Ditzingen

Warum das Schöne wieder fasziniert

Ein Philosoph untersucht die Geschichte der Ästhetik

Walter Schulz hat seine Tübinger Vorlesungen zur Geschichte der Ästhetik überarbeitet und sie als „Metaphysik des Schwebens" herausgegeben. Seine Absicht ist es, für bestimmte Zeiten gültige Zusammenhänge zu zeigen, indem er einzelne Kunstauffassungen von Philosophen so zusammensetzt und aufeinanderfolgen läßt, bis man glaubt, so sei es gewesen, so habe man voneinander gewußt und aufeinanderreagiert, so zum Beispiel blicke Schelling auf Hegel, so Nietzsche auf beide zurück.

Der Nutzen eines so aufgebauten Buches ist, daß man zentrale und von Schulz sehr gut verdichtete Grundauffassungen von Philosophen zur Ästhetik bekommt, manchmal über – und dies ist ebenso von Reiz – auch periphere Auffassungen. Der Verfasser hat die Geschichte der Ästhetik nämlich so eingerichtet, daß sie als eine einzige Rutschbahn in eine Kunstauffassung erscheint, in der das „anything goes" möglich wird, zugleich aber einer solchen Kunst die alte numinose Berückungsfunktion eingeräumt bleibt.

Walter Schulz:
Metaphysik des Schwebens
Untersuchungen zur Geschichte der Ästhetik. Verlag Günther Neske, Pfullingen. 527 S., 72 Mark.

Wie und auf welche Weise das Buch zu einer eigenen Aussage sich aufschwingt, zum Schweben in „Negativität" und „Potenzialität" moderner Kunst, trägt es die bekannten Züge des Tübinger Philosophen, die vielleicht die eigentliche Bedeutung der Arbeit ausmachen: Belesenheit, knappe, gut leserliche Diktion im Weitläufigen, Umsicht und milder Blick auf Konträres und Spannungen.

Wenn, um den Ausdruck Nietzsches aufzugreifen, unsere Welt seit dem 19. Jahrhundert „aus den Fugen geraten ist" und nicht mehr von einer ontologischen Metaphysik getragen wird, sondern, wie Schulz meint, „ihr entsagt hat", dann ist es also nur noch die Kunst, die als ein Residuum der Metaphysik wird betrachtet werden dürfen. Sie enthält sich dabei sowohl im „Welt-" wie im „Selbstbezug" eindeutig „normativer Anleitung". Dieser „Mangel", meint Schulz, ist positiv zu sehen. Er ist sich dabei der Hinwendung zum Subjektivismus bewußt. Die Zwecklosigkeit der Kunst muß ertragen werden, ebenso „negative" und „entartete Kunst".

Dies hebt aber nicht den Sachverhalt auf, daß jedes Kunstwerk für uns etwas *be-deutet* in der Weise der *Erhebung* in eine ontologisch nicht mehr abgedeckte Dimension, die in der *Kunst* erscheint und nur hier erscheinen kann, „weil sie ja keinen dogmatischen Wahrheitsanspruch erhebt, sondern nur ‚indirekt zeigt'".

Diese Epiphanie des Indirekten entnimmt Schulz Sören Kierkegaards Existenzmitteilung: Indirektheit in der Kunst bringt das „fraglos erscheinende fest Seiende in die Schwebe". Die Metaphysik des Schwebens – ein von Schulz eingeführter Zustand und Terminus für die ortlos gewordene Gegenwartskunst – kann dann jede Position problematisieren. In der Abstoßung von jedem und im Freibleibenwollen von allem gleicht sie der romantischen Ironie, was ihr eigentlich den Vorwurf der Weltflucht einbringen müßte.

Im Gegensatz aber zur romantischen Ironie, die Schritt für Schritt alles in Frage stellte, bis sie zuletzt genötigt wurde, sich selbst in Frage zu stellen, stellt sich die Philosophie des Schwebens selber (noch) nicht in Frage, sondern sie stellt zunächst einmal alles um sich herum, vor allem die metaphysische Tradition, in Frage.

Übernimmt die Kunst die Rolle einer zahn- und anspruchslos gewordenen Metaphysik, so entspräche sie einem ontologischen Bedürfnis, dem jede Verbindlichkeit ausgetrieben wäre. Eine Verbindlichkeit zum bloßen Spiel ist aber – um Kant zu variieren – eine offenbare Ungereimtheit, da aus einem „anything goes" niemals numinose Wirkungen und damit auch keine bedeutende Kunst entstehen würden.

Heute präsentiert sich die Ästhetik anders. Man sieht zum Beispiel in der Architektur, daß sich gegen ein Abräumen der Schönheit bis auf die bloße Funktion ein großer Widerwille aufgetan hat – die Postmoderne gegen das Erbe des Bauhauses –, und daß an den neuen Häusern unschuldig-metaphysisch, als wäre nie etwas gewesen, die geschmähten alten, symbolischen Formen und Zitate wieder angebracht sind. Man sieht es zum Beispiel an der Wissenschaftstheorie, die – über ihrem Genauigkeits-Tick relativistisch geworden – zurückweicht und dem Interesse an einem ganz anderen, mythischen und wiederum metaphysischen Denken Platz macht.

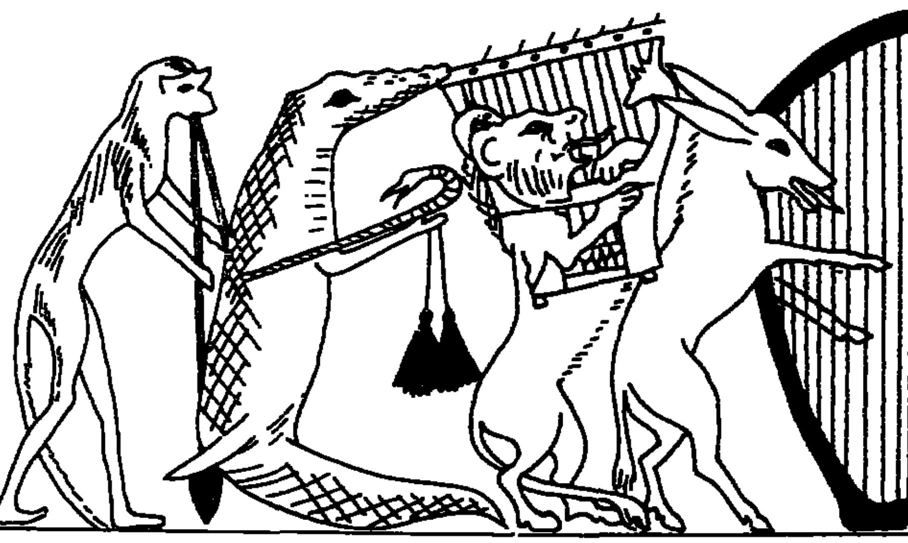
Walter Schulz hat ohne Frage ein wichtiges Buch geschrieben, aber in dieser traditionell-idealistischen Sprache gibt es viele Bücher, und deren Schwierigkeit besteht darin, daß sich die Sachen schon gar nicht, nicht einmal die Meinungen über sie ändern, wenn sich schon die Begriffe in Frage stellen und austauschbar werden:

„Die Erfahrung, daß die Welt durch die Kunst in die Schwebe gebracht wird und daß umgekehrt die Welt die Kunst als scheinhaft und irreal deklariert, hat etwas *Beunruhigendes und Tröstliches* zugleich. Die Chance wird eröffnet, daß im ästhetischen Erlebnis eine Ver-gleichgültigung wach wird: Wirklichkeit und Kunst bestätigen sich wechselseitig in *ihr Recht*, indem sie sich gegenseitig in Frage stellen."

Wenn die Zeit inzwischen über ein solches Infragestellen hinweggegangen ist und recht daran hatte, dies zu tun, stellt sich eher die Frage, ob Abräumungen dieser Art überhaupt wünschbar sind? Denn diese luftige Chance von Schwebe und Aufbruch täuscht nicht darüber hinweg, daß es sehr leicht fällt, eine Sache wie einen Anspruch auf ein Minimum zu bringen, es sehr schwer aber fällt, etwas Neues zu erfinden und, schwerer noch, innerhalb der Tradition.

Zu Resümieren ist also, daß die Beobachtung und die Gedankenarbeit Schulz' etwa um 1975 aufzuhören scheint, zu einem Zeitpunkt, da ein modischer Kritizismus und Hinterfragen euphorisch in allen Wissenschaftsdisziplinen wucherten.

FRIEDRICH WILHELM KORFF



Elizabeth Romer: Ägyptisches Tierorchester (Umzeichnung)

Sie bauten die Nekropolen

Aufschlüsse über eine altägyptische Arbeitersiedlung

Bücher über Geschichte und Kultur des Pharaonenreiches berichten uns ausführlich über Glanz, Gold und Taten der Könige, die gewaltigen Tempel und die riesigen Pyramiden und Königsgräber. Über die Menschen jener Zeit, ihr tägliches Leben, ihre Freuden und Sorgen und selbst ihre Häuser und Siedlungen wissen wir aber merkwürdig wenig.

Das liegt einmal daran, daß nur die Häuser der Götter und der Toten aus oder in Stein für die Ewigkeit gebaut waren. Dörfer und Städte wurden im wesentlichen aus getrockneten Nilschlammziegeln errichtet, und selbst die Paläste der Pharaonen besaßen nur ein paar Türumrahmungen oder Säulen aus Stein.

Bei den – freilich seltenen – Regenstürmen sank das Ganze in sich zusammen, und um das immer kostbare Fruchtland nicht zu verkleinern, wurde das neue Haus am alten Platz gebaut, ebenso bei Vergrößerung der Familie oder wachsendem Wohlstand. Im Lauf der Jahrtausende verfielen so die altägyptischen Siedlungen zu formlosen Lehmhügeln, und dieser Lehm wurde und wird noch heute von den fleißigen Fellachen des Nillandes abgegraben und als „Sebbach" auf ihren Feldern als fruchtbarer Dünger benutzt.

John Romer
Sie schufen die Königsgräber
Geschichte einer altägyptischen Arbeitersiedlung. Aus dem Englischen von Joachim Rehork. Mit 36 Strichzeichnungen von Elizabeth Romer. Max Hueber Verlag, München. 352 S., 36 Mark.

Gewiß sind seit dem Alten Reich auf den Reliefs und Wandgemälden der Gräber unzählige Darstellungen von Saat und Ernte, Viehzucht und Handwerk zu sehen, doch es ist im Einzelfall oft schwer zu entscheiden, ob es sich wirklich um Szenen aus dem täglichen Leben handelt oder um hundertfach wiederholte, zum rituellen Topos erstarrte Wiedergaben.

Um so größer war die freudige Überraschung der Ägyptologen, als seit den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts eine ganze Siedlung ausgegraben werden konnte, deren Reste so gut erhalten waren, daß man bisweilen sogar noch bestimmen konnte, welcher Familie einzelne Häuser gehört hatten: das sogenannte Dorf der Nekropolenarbeiter Deir el-Medine, zwischen dem „Tal der Könige" und dem „Tal der Königinnen" weit vom Fruchtland entfernt in der thebanischen Wüste gelegen. Diese Lage in der Einöde ist einer der Gründe für die gute Erhaltung.

Ein weiterer ist die Tatsache, daß das Dorf nur wenige Jahrhunderte besiedelt war, denn die königlichen Felsgräber in den beiden Tälern wurden lediglich im Neuen Reich, also in einem Zeitraum von etwa 400 Jahren, angelegt. Davor oder danach wäre kein vernünftiger Ägypter je auf den Gedanken verfallen, sich in der öden Wüste in der immer etwas unheimlichen Nähe der Friedhöfe anzusiedeln.

Ein letzter Grund liegt darin, daß die Bezeichnung „Nekropolenarbeiter" für die Bewohner, wie sie sich in der Ägyptologie eingebürgert hat, eigentlich ein falsches Bild gibt: Es waren vielmehr hochqualifizierte Handwerker und Künstler, welche die uns heute noch begeisternden Gräber der Pharaonen und ihrer Familien schufen, und sie wurden entsprechend hoch entlohnt.

So konnten sie sich nicht nur die Grundmauern ihrer Häuser, sondern auch weitere Bauteile aus Stein leisten und sich selbst und ihren Familien wunderschön bemalte Gräber in den Hügeln beim Dorfe höhlen, in denen natürlich auch Namen und Titel nicht fehlen durften.

Zu den Grabinschriften tritt eine geradezu überquellende Fülle an Papyri, beschrifteten Kalksteinplatten und Felsinschriften. Diese Hinterlassenschaft, im Wüstensand vorzüglich konserviert und von den Grabfledderern der Jahrtausende als uninteressant liegengelassen, bringt uns nun ein interessantes, lebendiges Bild einer solchen Handwerkergemeinschaft. Da finden sich die täglichen Anwesenheitslisten, offizielle, religiöse und private Feiertage, der Krankenstand und ein gelegentliches „Blaumachen".

Sorgsam geführte Protokolle unterrichten uns über Prozesse – vom Streit um einen Topf Fett bis zu den Staatsaffären der aufkommenden Räubereien an den Königsgräbern. Und nicht zu vergessen die ersten Belege in der Geschichte der Streiks, die zudem erfolgreich waren. Aus dem reichen Material hat John Romer ein fesselndes Sachbuch gemacht; er benutzt als Leitlinien die oft über vier oder fünf Generationen zu verfolgenden Schicksale von Familien und Sippen. Dabei hält er sich eng an die Quellen.

PETER H. SCHULZE

Die Sprache der Melodie, die Melodie der Sprache

Anspruchsvolles Handbuch der Musikpsychologie

Von Handbüchern erwartet man, daß sie umfassend über eine wissenschaftliche Disziplin informieren. Diese Anforderung pflegen sich meistens mehrere Autoren zu teilen. Wenn das hier eine Wissenschaftlerin allein unternimmt, muß sie über ein ungewöhnliches Wissen verfügen. Diese Voraussetzungen erfüllt die Autorin erstens durch ihre psychologischen Studien, während deren sie schon von ihrem Lehrer Wellek auf das Thema Musikpsychologie hingewiesen wurde, und zweitens durch nachfolgende musikwissenschaftliche Studien. Mit diesen seltenen interdisziplinären Voraussetzungen vermag sie den Anspruch an ein solches Handbuch überzeugend einzulösen.

Schon im Vorwort formuliert Frau de la Motte-Haber ihr wissenschaftliches Anliegen, daß sie nämlich mit dem Handbuch auch eine neue Konzeption vorstellen will: Musik als eine Art Sprache, mit einem Sprachcharakter, „der verstanden werden muß". Diesen Charakter der Musik gründet die Autorin auf den beiden Begriffen Assimilation und Akkommodation, die Piaget aus der Beobachtung des Spracherwerbs beim Kleinkind entwickelt hat.

Als Nachweis ihrer These zitiert sie zahlreiche Untersuchungen und Tests, die zeigen, daß musikalischer Ausdruck generell – unabhängig von der jeweiligen Kultur – zu einer einheitlichen Beurteilung führt. Damit erfüllt sie ihre Forderung, daß die Musikpsychologie „die Rückbindung an einen Begriff von Musik" braucht. Diese Forderung entspricht zugleich dem Bedürfnis der historischen Musikwissenschaft, das Kunstwerk psychologisch zu begründen.

Gleich zu Beginn referiert die Verfasserin die umfangreichen Studien zur Musiktheorie des 18. und 19. Jahrhunderts, in denen die absolute Instrumentalmusik als Sprache über der Sprache bezeichnet wird. Auffällig ist nun, daß in der Arbeit wohl die Zeitgestalt als vergleichbares Element von Musik und Sprache dargestellt wird, auch die psychische Energie und die körperliche Aktivität, an die das Erlebnis der Gefühle gebunden ist.

Die Klanggestalt jedoch, die Sprachmelodie, die selbst in der Grammatik des Dudens ein eigenes Kapitel erhält, wird hier nirgends erwähnt. Wie überhaupt diese letztlich musikwissenschaftliche Theorie einer Bindung der Musik an die Sprachqualitäten zur gleichen Zeit abgehandelt wird, da die Linguisten gerade die Unterschiede von Sprache und Musik hervorheben.

Überblickt man das ganze Handbuch, bildet indes das wissenschaftliche Ziel, den Sprachcharakter der Musik darzustellen, quantitativ nur einen geringen Anteil. Schon im folgenden Kapitel, wenn es um Urteil, Vorurteil und Einstellungen zur Musik geht, oder wenn danach die Musik im Hintergrund abgehandelt wird, im Kaufhaus, im Restaurant, am Arbeitsplatz, im Auto, im Film, in der Werbung, oder die Musik für alle Tage, ein ästhetischer Gegenentwurf, wird dieses kognitive Konzept verlassen, um die Vielfalt der subjektiven Erlebnisweisen darzustellen. Hier zeigt die Autorin, daß sie die zahlreichen Untersuchungen, vor allem auch aus den USA, kennt und geschickt zu referieren vermag.

Das IV. Kapitel ist der musikalischen Begabung gewidmet. Auch hier wird die Polarität zwischen den Typen kognitiver Struktur einerseits und künstlerischer Kreativität andererseits eindrucksvoll dargestellt, etwa mit der psychischen Grundstruktur von Komponisten, zu der Melancholie ebenso gehört wie qualvoller Antriebsdruck zu künstlerischer Gestaltung. Dabei demonstriert die Verfasserin ihre wissenschaftliche Unabhängigkeit, indem sie neben dem kognitiven und dem gestaltpsychologischen auch das psychoanalytische Denkmodell benutzt. Wenn sie allerdings später Freuds Traumdeutung als eine Art *Inhaltsanalyse* auffaßt, zeigen sich die Grenzen ihres Verständnisses.

Die Arbeit schließt mit einem Kapitel besonderer Art, in dem die Geschichte der Erklärungsmodelle des Musikverstehens und ihrer Testverfahren aufgearbeitet wird – eine Leistung, die in dieser komprimierten Art bisher nicht bekannt ist. Jedem einzelnen Kapitel ist ein ausführliches Literaturverzeichnis beigefügt, und den Abschluß bildet ein Sachregister. Hervorzuheben sind mit den Notenbeispielen vor allem die Bildbeilagen und – bisher nicht beobachtet – die ausführlichen, den Text vorzüglich ergänzenden Erläuterungen. In diesem Zusammenhang ist weiter festzustellen, daß Frau de la Motte-Haber das Thema Werbung nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch beherrscht: der Mädchenkopf auf dem Umschlag mit melancholischem Blick in die Weite und Mikrophon vor dem Mund entspricht genau den Regeln der Werbung: er wirbt nur mit indirektem Bezug für das Produkt.

Helga de la Motte:
Handbuch der Musikpsychologie
Laaber Verlag, Laaber, 474 S., 118 Mark.

Wer diese Arbeit studiert, sollte mit dem letzten Kapitel beginnen, weil dadurch das Verständnis für das Opus erleichtert wird. Denn die Autorin gibt dem Leser wenig Hilfen. Überwiegend beginnt sie zwar die Kapitel mit interessanten Beispielen, die anregend zu lesen sind, sie können jedoch nicht Hinweise auf nachfolgende Zusammenhänge ersetzen.

Dies gilt vor allem, wenn systematische Darstellungen von historischen ohne Begründung unterbrochen werden. Der Leser verliert leicht den Überblick, auch wenn vielfach innerhalb von Abschnitten ein neuer Gedanke ohne visuelle Trennung vom vorhergehenden abgehandelt wird.

Wir haben vor uns eine Art Suite mit immer neuen und interessanten Inhalten über das ganze musikpsychologische Spektrum vom Behaviorismus und der russischen Widerspiegelungstheorie über die kognitive- und Gestaltspsychologie bis zum einfühlenden Verstehen und der Psychoanalyse, meist aus kritischer Distanz dargestellt, verknüpft durch das Generalthema – quasi die Tonart. Ein Fazit aus der umfangreichen anspruchsvollen Materialsammlung erfolgt nicht.

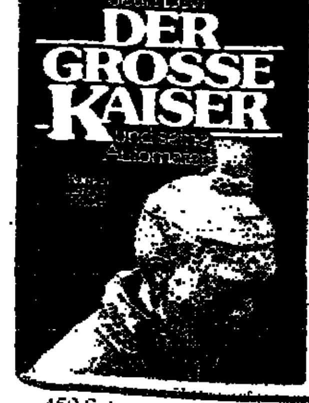
Diese kritischen Anmerkungen sollen die Qualität des Handbuches nicht mindern. Jeder, der es studiert, wird einen Gewinn davontragen. Allerdings sollte der Musiker, der psychologische Laie, ein Wörterbuch stets zur Hand haben, weil Begriffe nicht definiert werden und ein Glossar fehlt.

FRIEDRICH KLAUSMEIER



Er führte sein riesiges Reich zur Einigung und baute die Große Mauer. Er hielt Wohlstand und Frieden für gefährlich und verherrlichte den Krieg. Er schaffte den Feudalismus ab und herrschte als grausamer Despot.
Er setzte seine größenwahnsinnigen Pläne mit mathematischer Strenge in die Tat um und ließ ein gewaltiges Heer lebensgroßer Tonsoldaten aufstellen, das zum Hüter seiner Unsterblichkeit werden sollte: Ch'in Shih-huang-ti, der erste chinesische Kaiser. Er regierte im 3. Jahrhundert vor Christus und gab China seinen Namen.
Der renommierte China-Kenner Jean Lévi erzählt Leben und Wirken dieses schillernden Herrschers.

Eine gespenstisch-faszinierende Welt voller Schrecken und Schönheiten tut sich auf...



450 Seiten, geb., DM 42.–
LANGEN MÜLLER

Zeit, da die Seelen erfrieren

Zu den ersten Bänden der Tankred-Dorst-Ausgabe

Tankred Dorst hat einmal – fast ein wenig erbittert – gesagt: „Es ist nicht an mir, die Eindeutigkeit der Welt zu beweisen." Diese Haltung, diese human begreifende Nähe zu seinen Figuren charakterisiert den Dramatiker Dorst. Das hebt ihn heraus aus der Menge jener, die mit geradezu manischer Besessenheit versuchen, mit dem Kopf etwas zu produzieren, was die Angst vor dem Unvorhersehbaren, vor dem Unverständlichen bannen könnte. Dorsts Bühnengestalten wissen kaum je, was sie tun, weil sie als *Lebende* das Ende nicht kennen.

Vor allem seine „Deutschen Stücke", wie „Die Villa" oder „Auf dem Chimborazo" um die Zeit von Nationalsozialismus, Zweitem Weltkrieg und Neuanfang kreisen, haben mit dieser Nähe zu den Handelnden mehr über Wesen und Entstehung großer Verhängnisse zutage gefördert also so manche analytische Erörterung. Insofern ist es auch einsehbar, daß die Dorst-Werkausgabe des Suhrkamp-Verlages, von der bislang die ersten beiden Bände vorliegen, mit diesem Schwerpunkt beginnt.

Auch daß der zweite Band das Riesen-Epos „Merlin" – Dorsts bislang wohl wichtigstes und ausgreifendstes Stück – aufgenommen hat, ist vertretbar, wenn man dem inneren Werkzusammenhang folgt: „Merlin" ist ja sozusagen die überwölbende, im Mythos wurzelnde Metapher jenes Scheiterns, das die Menschen in den „Deutschen Stükken" konkret erfahren. Der dritte Band, der in diesen Tagen erscheint, geht dann auf Dorsts Anfänge zurück: „Die Kurve", „Die große Schmährede an der Stadtmauer", „Die Mohrin", „Der gestiefelte Kater oder wie man ein Spiel spielt" etc.

Tankred Dorst:
Werkausgabe
Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M., Band I.: Deutsche Stücke. 640 S., 38 Mark, Band II: Merlin, 312 S., 38 Mark.

Man sollte freilich bei dieser thematischen Gliederung nicht übersehen, daß Dorsts dramatisches Gesamtwerk ein von vielen Seiten begehbarer Teppich ist, der erst in der Zusammenschau sein in sich verknüpftes Bild preisgibt. So realistisch er nämlich etwa in den Stücken des ersten Werk-Bandes erscheinen mag, es geht ihm selbst da um den kritischen Existenzpunkt: Wie lassen sich Vorstellung und reale Existenz, Spiel und Leben, Ästhetik und konkrete Not miteinander in Beziehung bringen? Liegt am Ende genau an dieser Nahtstelle das Problem des menschlichen Scheiterns? Bereits in der „Großen Schmährede an der Stadtmauer" von 1961 muß eine Frau durch das Spielen einer Ehe deren Realität erweisen. Aber Wirklichkeit läßt sich letztenendes nicht durch Erfindung fixieren. Die Frau scheitert genau an der Stelle, wo es so scheint, als gelinge dieser Übergang.

Fast ein Vierteljahrhundert später erlernt der Jüngling Heinrich, aus der erfahrungsarmen Provinz in die taumelnde Großstadt-Welt Berlin gekommen, auf tödliche Weise diesen Zusammenhang. Der Titel reflektiert das schon: „Heinrich oder die Schmerzen der Phantasie"; mit Rilke und Schopenhauer („Die Welt als Wille und Vorstellung"), mit Friedrich dem Großen und „Zurück zur Natur", mit pubertärer Ich-Losigkeit und dem Bewährungsmythos des Nationalsozialismus trifft Heinrich auf Bombennächte, Judenverfolgung und auf vor Angst haltlos gewordene Menschen.

Im Jahre 1968, ausgerechnet auf dem Höhepunkt jugendlichen Glaubens, die Welt aus dem Kopf heraus, auch mit Kunst und Theater, ändern zu können, schrieb Dorst seinen „Toller". Der Dichter an der Spitze der Münchner Räterepublik – er möchte politisch wirken und macht eben doch nur Literatur.

Und schließlich der „Merlin"! Der Teufel selbst spricht es aus: „Die Idealisten, die Gralssucher, die Gründer von Tafelrunden und idealen Staaten, von neuen Ordnungen und Systemen, die mit ihren Theorien Erlösung versprechen und das große Glück über die Menschheit bringen wollen – die führen am Ende ganze Völker geradewegs in die Hölle!" König Artus, der die Idee der Zivilisation gebar, wankt hinaus, in die offene See, unfähig zu ertragen, was die Wirklichkeit daraus werden ließ. Der Mythos wurde zum Fluch, aber der Fluch auch zum Mythos.

In seinen letzten Werken nähert sich Dorst seinem Thema wieder von einer anderen Seite. „Ich, Feuerbach" steigert das Vorsprechen eines Schauspielers im Theater zum Existenzkampf. Der Mime ist in der


Tankred Dorst FOTO: PETER PEITSCH

Nervenklinik gewesen. Spielend muß er nun erweisen, daß er existenzfähig ist. Der „Verbotene Garten" ist der Ort, an dem der italienische Dichter Gabriele d'Annunzio, ein schwärmerischer Duce-Verehrer, ein echtes Schlachtschiff aufstellen ließ. Ästhetik und Macht, Vision *und* Existenz – das sind die alten Polaritäten des Dorstschen Schaffens. Und man tut gut daran, sie nicht auseinanderzurechnen, sondern ihren Facetten, ihren wechselnden Perspektiven zu folgen; denn erst aus der Zusammenschau aller Details kommt man der Wahrheit nahe, die der Autor so beharrlich umkreist.

Aber ist das Weltbild des Tankred Dorst nur ein Bild des Scheiterns? Die Frau aus der „Schmährede" ist am Ende verzweifelt. In der „Villa" nimmt sich die Frau, die das Diesseits am phantasiereichsten sieht, das Leben. „Merlin" versinkt in der Klage. „Heinrich" kehrt gereift heim und wohl dem Glück auf immer verloren. Ist Tankred Dorst ein Pessimist, einer jener Untergangspropheten gar, vor denen wir uns kaum noch retten können? Er selbst zieht sich auf solche Fragen gern zurück. Er wisse das nicht. Es sei nicht sein Wille, pessimistisch zu sein, aber beim Schreiben komme das wohl mit hinein.

In Bezug auf die „Villa" hat Dorst einmal auf diesen Aspekt hin gesagt, das Stück sei eine Frage. „Die Grenze ist auch eine Metapher – das Thema ist Weggehen." Und in diesem Weggehen liegt – das zeigt selbst sein Stück „Mosch" – die Chance eines neuen Daseinsentwurfes.

Es widerspräche dem Wesen dieses sorgsamen Dramatikers, dem Leben eindeutig recht zu geben gegenüber der Idee. Was Dorst ja vor allem anderen auszeichnet, ist die Vermeidung wohlfeiler Urteile. Weil seine Gestalten handelnd das Ende nicht kennen, habe sie auch nicht recht oder unrecht. Und was sie tun, ist – selbst scheiternd – nicht selten von Größe, von Faszinationskraft. Toller versagt in der Politik, aber versagt er auch als Dichter?

Die Idee deer Artusrunde – der runde Tisch gegenüber der offenen Abendmahlstafel – büßt nichts, aber auch gar nichts an Genialität ein, nur weil sich keine reale Erlösung daraus herleitet. Die überbordende Ästhetik eines d'Annunzio geht zwar mit der Macht eine verhängnisvolle Bindung ein; ist aber seine Ästhetisierung der Macht ohne Faszinationskraft?

Franz Kafka hat einmal gesagt: Eine Krähe könne einen Himmel zerstören; aber das besage nichts gegen den Himmel; Himmel, das heiße eben Unmöglichkeit für Krähen. Der Gedanke ließe sich unschwer auch auf die Krähen beziehen. Und im Hinblick auf Tankred Dorst könnte er lauten: Philosophische, *ästhetische Entwürfe vermögen es, Leben zu zerstören*, aber das besagt nicht zwangsläufig etwas gegen beide; sie bedeuten wohl nur Unmöglichkeit füreinander.

Im „Mosch" gibt es ein (zumindest in der Fernseh-Version) grandioses Bild: Der knorrige alte Unternehmer Mosch, der sich gegen alles Neue erbittert sperrt, erfriert in seinem schäbigen Zimmer; bei zunehmender Kälte erstarrt er zu einer Eisfigur. Ihn hat die „Eiszeit" (charakteristischerweise der Titel eines Dorst-Stückes über den auch mit dem Faschismus verbundenen Dichter Knut Hamsun) eingeholt. Aber in der Erstarrung liegt noch Behauptung – die Lebensvorstellungen der Moschs sind nicht (oder nicht mehr) haltbar. Doch als Figur, als exemplarische Erscheinung, als tiefgefrorenes Sinnbild überdauert er nicht nur, er erregt unsere Bewunderung.

„Es geht", hat Dorst zu seiner „Eiszeit" gesagt, „um Menschen, nicht um Argumente, nicht darum, wer recht hat." Der Mensch, und was er hervorbringt, ist groß oder klein, zerstörerisch oder beglückend, aber immer der Aufmerksamkeit wert. Und solange das so erregend dargestellt ist wie bei Dorst, verzichten wir gern auf Eindeutigkeit.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Gibt's kein Rindfleisch, nehmt Huhn!

Wladimir Woinowitsch und die sowjetische Realität

Die meisten Urteile, die in der Sowjetunion in politischen Prozessen gefällt werden, basieren auf Anklagen wegen antisowjetischer Agitation und Propaganda. Wie jedoch Wladimir Woinowitsch zeigt, tragen insgesamt die Schriften der Gegner des sowjetischen Systems im Inland wie im Ausland nicht in dem Maße zur antisowjetischen Propaganda bei wie das wirkliche Leben in der Sowjetunion – und in noch höherem Maße die Handlungsweise der sowjetischen Organe.

Woinowitsch *lehrt* uns, das sowjetische Leben direkt zu betrachten, ohne ideologisch und politisch zu philosophieren. Viele hochstirnige Politologen zerbrechen sich den Kopf, um das „schwierige" Rätsel zu lösen: Warum haben die phantastischen kommunistischen Ideen dazu geführt, daß in Rußland ein alptraumhaftes System entstanden ist, wohingegen die „reaktionäre" kapitalistische Idee den Menschen in den demokratischen Ländern erlaubt, in Freiheit und Wohlstand zu leben?

Der Ironiker Woinowitsch sieht darin kein Rätsel: Er ist bereit, dem amerikanischen Präsidenten eine Reihe von Ratschlägen zu unterbreiten, mit deren Hilfe der Herrscher der Vereinigten Staaten sein Land zur „Nulllösung" führen kann, d. h. zur Angleichung der Verhältnisse in den USA an die in der UdSSR. Dazu muß der US-Präsident lediglich erklären, daß seine Partei die einzig richtige Lehre vertrete, alle anderen Parteien verbieten und zugleich die Vorsitzenden und unbequemen Mitglieder seiner Partei erschießen lassen.

Wladimir Woinowitsch
Ihr seid auf dem richtigen Weg, Genossen
Neun Übersetzer aus dem Russischen. Piper Verlag, München. 324 S., 29,80 Mark.

Darüber hinaus muß er alle wohlhabenden Farmer nach Alaska schicken und anstelle ihrer Farmen Kolchosen gründen, Privatunternehmen konfiszieren, die Bevölkerung der Hawaii-Inseln nach Maine umsiedeln und sie dort Holz fällen lassen, die Leitung sämtlicher Bereiche des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens an sich reißen, überall in Amerika anordnen, Plakate mit seinem Konterfei aufzuhängen und an jeder Ecke Büsten von ihm aufzustellen.

Solche negativen Visionen wird im Westen nur der begreifen, der weiß, daß die Sowjetunion nicht nur ein anderes Land ist, sondern auch eine andere Zivilisation. In seinem Buch schildert Woinowitsch westliche Gutwillige, denen dies überhaupt nicht in den Kopf gehen will. Sie sind zutiefst davon überzeugt, daß die UdSSR eine ganz gewöhnliche Gesellschaft mit den ihr immanenten Problemen ist, die mit den gleichen Mitteln zu lösen sind wie im Westen: Wenn es im Geschäft also kein Fleisch gibt, kauft man eben Huhn; gegen Einschränkungen der eigenen Rechte durch die Obrigkeit protestiert man durch Demonstrationen; und wenn man kein Geld für eine Zehnzimmerwohnung hat, dann kauft oder mietet man eine Fünfzimmerwohnung. Das ist in der Sowjetunion die reine Utopie.

Der Versuch, dieses Land auf der Basis der dort verwendeten Begriffe zu studieren, *ist deshalb zum Scheitern verurteilt*, weil die Wörter im sowjetischen *sozialpolitischen* Lexikon nominell *nichts* anderes aussagen als in der Sprache der westlichen Demokratien. Wenn überall sonst in der Welt eine Grenze eine Barriere zum Schutz gegen unerwünschte Personen und Waren darstellt, so dienen die Grenzen der Sowjetunion vor allem dazu, daß die Bewohner der UdSSR ihr Land nicht verlassen können.

Der sowjetische Paß ist kein amtlicher Ausweis zur Legitimation einer Person, sondern eine Bescheinigung der Leibeigenschaft des Inhabers, ein Dokument, das die eine oder andere Einschränkung seiner Rechte dokumentiert (zum Beispiel „Jude" oder „Kolchosbauer") und mitunter auch einfach die Minderwertigkeit im Vergleich zu den vornehmen Ausländern – selbst im eigenen Land.

„Ihr seid auf dem richtigen Weg, Genossen" – das ist die Interpretation von Begriffen, die in dieser Gesellschaft verwendet werden. Der Schriftsteller zeigt, daß die kostenlose Ausbildung und das kostenlose Gesundheitswesen in der UdSSR nicht das gleiche sind, was man im Westen darunter versteht.

Woinowitsch verwendet in seiner erzählenden Darstellung keine Hyperbeln, greift nicht zu irgendwelchen kunstvollen Methoden: Er schildert einfach, wie die Menschen in der UdSSR leben. Wenn es zum Beispiel heißt, die Wahlen dort seien geheime Wahlen, so bedeutet dies, daß jeder, der zur


Wladimir Woinowitsch FOTO: RUDOLF DIETRICH

geheimen Abstimmung in die Kabine geht, in den Kreis der verdächtigten Personen gerät. Wenn ein Kommunist als ausgesprochen ehrlicher Mensch gilt, heißt das, daß er sich bestechen läßt und die Arbeit, für die er Bestechungsgelder kassiert hat, ehrlich ausführt.

Der Schriftsteller zeigt weiter, daß nicht *nur* einzelne Begriffe, die in der UdSSR verwendet werden, das Gegenteil dessen bedeuten, was das *normale* Bewußtsein darunter versteht, sondern daß alle *sowjetischen* Massenmedien und die staatliche sowjetische Literatur die Realität sukzessive so sehr verfälschen, daß die Bevölkerung aus den jeweiligen Meldungen genau das Gegenteil herausliest. Wenn zum Beispiel die USA in der sowjetischen Presse nur in den schwärzesten Farben dargestellt werden, ist das für den sowjetischen Leser ein Beweis dafür, daß die USA das allerschönste Land der Welt sind. Es verwundert kaum, daß die neuen russischen Emigranten, die in Amerika mit ernsten Problemen konfrontiert werden, die sowjetische Propaganda der Desorientierung bezichtigen: Wozu hat man geschrieben, in Amerika sei alles schlecht, wenn dort in Wirklichkeit nicht alles gut ist?

Das entscheidende Merkmal an Woinowitschs Buch ist seine transparente Schlichtheit. Es scheint, als hätte es jener Knabe aus Andersens Märchen geschrieben, der als einziger den Mut hatte, zu erklären, der Kaiser sei ja nackt. Dieses Buch ist unentbehrlich für den sowjetischen Landeskundeunterricht an deutschen Schulen und Universitäten, wo heute Lehrbücher verwendet werden, in denen die sowjetische Realität nicht von dem Andersenschen Knaben dargestellt wird, sondern von den hinterhältigen (oder dummen) Alten, denen es opportun erscheint, nicht das zu sehen, was wirklich ist.

Woinowitsch reagiert mit den unterschiedlichsten Emotionen: Ironie, Leid und Pathos. Die Ironie ist dort zu finden, wo der Schriftsteller den Sinn des sowjetischen „newspeak" aufdeckt oder das krankhafte Mißtrauen der offiziellen Stellen. Wenn zum Beispiel eine amerikanische Jazzsängerin in die Sowjetunion kommt und auf der Bühne mit dem Hinterteil wackelt, so geschieht das natürlich im Auftrag der CIA, um die unschuldige sowjetische Jugend zu verführen.

Wütende Töne in der Erzählung werden dann laut, wenn Verbrechen der Obrigkeit gegen die Kultur zur Sprache kommen, Verhaftungen von Schriftstellern und Beschlagnahme ihrer Bücher, die Verfolgung großer Künstler. Pathetisch schreibt Woinowitsch über die Russen – weltweit bekannte (wie Professor Sacharow) und unbekannte (Doktor Oleg) –, die sich nicht ergeben, die ihre Seele *nicht* mit Lüge und Betrug verraten *haben*.

Aufschlußreich sind viele Beispiele für die Ausdrucksweise aller Schichten der sowjetischen Bevölkerung: Die Realität des Alltags wird auch durch die Realität der Sprache reflektiert. Bedauerlicherweise ist in den Übersetzungen nicht immer die besondere Eigenart der Sprache des Verfassers und der handelnden Personen übermittelt worden.

Überall dort, wo Woinowitsch als Beobachter fungiert, ist er zweifelsohne glaubwürdig. Aber wenn er das ihm bekannte Territorium verläßt und doch zu philosophieren und prophezeien versucht, muten seine Überlegungen ein wenig dilettantisch an. So behauptet er, es gäbe einen Unterschied im Verhältnis von Zielen und Mitteln zwischen Lenin und Stalin: Lenin – sagt er – habe mit kriminellen Mitteln utopische Ziele verfolgt, während Stalin Mittel und Ziele in völlige Übereinstimmung gebracht habe. Die moderne Philosophie hat sich bereits von dieser Aufteilung distanziert. Tatsächlich ist gerade in der sozialen Utopie als Ziel ein frevelhafter Kern enthalten: Sie konstruiert den Menschen, indem sie ihn von seinem natürlichen Wesen ableiten läßt, weshalb er auch unweigerlich frevelhafte Methoden für seine Verwirklichung verlangt.

HERMANN FEIN

Im Klub der feinen Damen

Ein Amerika-Epos: Helen H. Santmyers Riesenroman

Die Stadt Waynesboro liegt irgendwo im südwestlichen Ohio an einem Fluß. Wahrscheinlich hat sie ein paar Züge des großen Cincinnati und ähnelt noch mehr dem kleinen Xenia: Am ersten Ort wurde die Autorin Helen Hooven Santmyer 1895 geboren, am zweiten hat sie die meisten ihrer Lebensjahre verbracht und verbringt sie noch, nun in einem Pflegeheim – eine bemerkenswerte Pensionärin, weltbekannt seit einigen Jahren dank ihres ungemein ausgedehnten Epos „... and Ladys of the Club".

Der Titel stammt von der Formel ab, mit der jede der Damen im literarischen Frauenklub von Waynesboro ihren Vortrag über irgendeinen Dichter zu eröffnen hatte: „Madam Chairman and Ladys of the Club". Für die eben bei Diana in Zürich erschienene Ausgabe deutscher Sprache hat man leider nur schlicht und wenig sinnvoll übersetzt „und Damen des Klubs". Es müßte aber „Meine Damen des Klubs heißen, was als Titel jedoch auch keinen Sinn gäbe – kurzum, das Buch hätte auf Deutsch anders betitelt werden sollen.

Umtaufen aber ließe sich ein Roman von in deutscher Übertragung 1680 Seiten nur sehr schwer. Die Diana-Ausgabe kostet 58 Mark und wiegt mehr als 1,5 Kilogramm. Zum Vergleich: Die britische PAM-Taschenbuchausgabe kostet um die 20 Mark, hat 1176 Seiten und wiegt 630 Gramm – was für eine Bettlektüre ebenfalls noch zu schwer ist, und das muß bedauert werden, denn bei all seinen beträchtlichen Qualitäten, der Roman würde sich sonst hervorragend eignen für leichtere, doch langwierige Krankheiten oder auch für Sanatoriumsaufenthalte: Obwohl er als enormer Sanftteppich auch viel Trauriges zeigt, ist er eine Herzensfreude von bemerkenswerter Qualität. Weltweit wurde er mit Gratulationen aller Art bedacht. Die jüngste sei nun der Buchbinderei May & Co. in Darmstadt gewidmet: Dort hat man es ermöglicht, daß das imponierende Monstrum der deutschen Übertragung sich noch leidlich gut aufschlagen läßt. (Wo sind die Zeiten hin, da selbst schmale Schriften wie etwa „Die Buddenbrooks" in zwei Bänden erschienen?)

Helen Hooven Santmyer:
... und Damen des Klubs
Aus dem Amerikanischen von Christa E. Seibicke und Hans-Jürgen Jacobs. Diana Verlag, Zürich. 1680 S., 58 Mark.

Helen Hooven Santmyer hat einen beträchtlichen Teil ihres Lebens damit verbracht, über 60 Jahre amerikanischer Menschengeschichte und Geschichte zu schreiben, und sie zu beschreiben am Exempel der Kommune Waynesboro und ihrer Bewohner. Als Vehikel dazu hat sie die Chronik benutzt eines 1868 gegründeten Literaturklubs für Frauen (Mitgliederzahl sehr beschränkt), um dann über diese Frauen einzudringen in ihre Männer-Haushalte, Verwandtschaften, Probleme, Feindschaften, Geburten und Tode, Gewissenskämpfe und Glücksfälle – samt innenpolitischen Leidenschaften.

Das rollt mächtig einher wie ein durch den Mississippi verstärkter Ohio-Strom; das hat, obwohl der Schauplatz gut 200 Kilometer entfernt liegen muß, vom Eriesee die frische Luft der großen Wasser, und das ist über Kinder und Kindeskinder hinweg ein Epos an *angloamerikanischer* Farbigkeit, deutscher Disziplin, irischer Phantasie: Ein reich besetztes kleines Szenarium, das sich in aller Schlichtheit öfters weitet zur Weltbühne.

Die enorme Länge macht da nicht viel aus. Die Daseinsgeschichten aus der Ansiedlung W. ergeben sich in der Hand dieser Erzählerin so abwechslungsreich wie nahezu das Leben selbst, und obwohl die lange Prosa selten aufkocht zur großen Prosa: Hier haben wir ein erstklassiges Stück Erzählhandwerk. Leider merkt man das der deutschen Übertragung selten an: Sie ist frei, aber nicht sehr treffend, sie ist unangemessen umständlich, kurzum es fehlen ihr die schöne Nüchternheit, die Präzision und die Qualität des Originals.

Die Geschichte hebt dort an, wo Epen aus den USA für gewöhnlich aufhören, nämlich am Ende einer historisch bewegten Zeit – im vorliegenden Fall in den Tagen nach dem großen Bürgerkrieg. Hier herrscht nun Alltag. Hier haben die Scarlett O'Haras und Rhett Butlers dieser Welt nichts mehr verloren. Die brave, saubere, strebsame Provinz eines Riesenlandes übt sich in Lebensunterhalt, Daseinsfreude, Alltag und Pflicht, in mehreren Generationen, mit deutlich markierter Zeitgeschichte, ob Einführung des Goldstandards, oder Auseinandersetzung um den nächsten Präsidenten. Ein selbstbe-


Helen Hooven Santmyer FOTO AP

wußter Einwanderer-Menschenschlag gibt den Ton an, der dabei so amerikanisch ist wie nur denkbar.

Immerhin, gerade *eine* so *umfangreiche* Geschichte braucht ein paar Leitfiguren, und die finden sich, als aus Waynesboros Töchterschule ein Jahrgang junger Mädchen von gutem Hause entlassen wird ins Leben. Da wird der Klub gegründet für vor allem ältere Damen, doch zwei Mitglieder kommen hinzu aus dem jungen Abschluß-Jahrgang 1868: Sally Conran zum einen, die bald einen jungen Offizier namens Rausch heiratet, der nun als Zivilist sich eine Seilerei aufbaut, einen der großen Betriebe der kleinen Stadt; zum anderen die sanfte intelligente Arzttochter Anne Gordon – sie nimmt den jungen Dr. Tucker zum Mann.

Literaturklub besserer Damen, dazu Industrie, Energie und Güte, verkörpert in zwei bemerkenswerten Frauen, außerdem noch der viel geplagte Doktor, der fast jedermann kennt in allen Gegenden und Schichten der Stadt: Mrs. Santmyer hat da von Anfang an ein Netz ausgeworfen, in dem sich das Leben am Ort zu einem guten Teil fängt. Was dann noch fehlt, das bringen Figuren-Verkettungen (schließlich, fast jeder kennt fast jeden) dann schon mit sich.

Dieses Epos mit seinen 36 Abschnitten, gekennzeichnet mit Jahreszahlen und Zitaten aus den Klub-Protokollen, spielt ausschließlich im Städtchen Waynesboro: Dort gibt es genügend Spiegelung für alle Phänomene der Zeiten, und selbst für den Ersten Weltkrieg. Die Rede ist von ganz gewöhnlichen und darum bemerkenswerten Leuten, und von dem, was ihnen so begegnet, von frühen Feldzügen religiöser Damen gegen den Teufel Alkohol, bis zu den Wandlungen der Geschäfte, bis zu schlimmen Weibern als Gefahren für die Männer, bis zu Hochzeiten, Kindtaufen und Trauer um die Toten. Das Porträt einer ständisch freien abgestuften Gesellschaft mit allen Nützlichkeiten, Albernheiten und Torheiten, es ergibt sich dabei so zwanglos wie so manches Bild von Güte, Bosheit, Hochmut, Bösartigkeit, Bigotterie, großzügigem Selbstopfer oder auch stillem Mut – es fehlt nicht viel in diesen Weltbildern der Mrs. S.

Wer wird sich um Mutter kümmern, die jetzt so allein ist? Wer hilft den Opfern der großen Überschwemmung, wer kümmert sich um Kinder, die nicht guttun, und was wird, wenn der Mann untreu ist? Die scheinbar kleinen Sorgen, die zahllose, dabei doch persönlich gut erkennbare Personen der Saga quälen, ergeben zusammen mit Freuden, Sehnsüchten und Träumen und auch zusammen mit großen Schmerzen das Muster, das *häufig* dem gesamten Dasein sehr ähnlich sieht.

Wir *nehmen* Töchter, Söhne, Enkel und Urenkel zur Kenntnis und begleiten sie auch, wir sehen Automobile kommen, und da sind plötzlich auch Flugzeuge am Himmel, wir erleben nebenher eine ganze Menge US-Präsidenten und US-Politik – doch im Grunde hängen wir, die Leser, noch an den ersten Gestalten der Saga. Wir finden es dann auch ganz in Ordnung, daß der Roman, man muß trotz allem sagen, abbricht mit dem Tod der beiden einst so jungen Damen.

Gewiß, fast in jedem Kapitel stirbt jemand, aber das bewegt doch nicht so wie der Heimgang von Sally, der heimlichen Herrscherin über die Stadt – und bald darauf der Tod von Anne, wenige Tage nach der ersten Wahl von Franklin Roosevelt zum Präsidenten. Als am nächsten Sonntag der Braten geteilt wird am Familientisch, da sagt die alte Dame nachdenklich: „Ich hasse es, an das Sterben zu denken, und das Land in den Händen der Demokraten lassen zu müssen." Wenig später meint sie, sie habe das etwas Dummes gesagt. Dann stirbt sie, das letzte Gründungsmitglied des Klubs „für Frauen", die sich doch mit „meine Damen" anredeten. Es stecken vertrackte Gleichnisse in diesem Werk, als manchen Lesern lieb sein dürfte. Jedoch, auch da entschädigt vielerlei Lesestoff.

CHRISTIAN FERBER

Dieses Buch MANFRED P. TIEGER NORD IRLAND **liefert den Hintergrund**

Manfred P. Tieger
Nordirland
Geschichte und Gegenwart
248 Seiten, 57 Fotos, 16 Illustrationen
Broschur, DM 39.80

In jeder Buchhandlung



Die erste umfassende Darstellung des Nordirland-Konfliktes in deutscher Sprache. Dieses Buch erklärt den geschichtlichen Hintergrund und die gegensätzlichen Interessen der Beteiligten. Ein Anhang ist dem 1985 unterzeichneten Nordirland-Vertrag zwischen London und Dublin gewidmet.

Birkhäuser Verlag
Basel Boston Stuttgart

Ausgewiesene Fachleute berichten über aktuelle Themen der Geistes-, Sozial- und Naturwissenschaften.

UNIVERSITAS
Zeitschrift für Wissenschaft, Kunst und Literatur
Sie sollte Ihre Zeitschrift werden.

Ihr Name ist gleichzeitig Programm: universaler Einblick in die Wissenschaften.

UNIVERSITAS Coupon WELT
Bezugsbedingungen
Monatlich erscheint 1 Heft. Preis im Abonnement je Heft DM 6,–. Vorzugspreis für Schüler, Studenten, Referendare und Assistenten je Heft DM 4,60, Einzelheft DM 7,–. Probeheft kostenlos.
Bitte senden Sie ein kostenloses Probeheft an

WISSENSCHAFTLICHE VERLAGSGESELLSCHAFT MBH
POSTFACH 40, BIRKENWALDSTR. 44, 7000 STUTTGART 1

Mit Wundern die Angst besiegen

Braucht die Religion die Psychotherapie? Zum Magnum opus von Eugen Drewermann

Der Theologe Eugen Drewermann (Jahrgang 1940) ist katholischer Priester und Privatdozent für Systematische Theologie in Paderborn. Er führt außerdem, wie der Verlag mitteilt, „psychotherapeutische Einzelgespräche". Diese Kombination hält er für besonders wichtig, denn „inmitten einer Welt, in der scheinbar alles ‚machbar' ist, bildet die Religion im Verein mit der Psychotherapie den einzigen Freiraum eines voraussetzungslosen Sein-Dürfens und Angenommenseins des einzelnen". Zu diesem Thema gibt es von Drewermann aus den Jahren 1982/84 schon das dreibändige Werk „Psychoanalyse und Moraltheologie".

Wie es freilich auf die Dauer mit dem eigenen Freiraum des Autors im Hinblick auf seine von der Tiefenpsychologie nachhaltig geprägte Theologie bestellt sein wird, bleibt abzuwarten. Schon die Wendung „Religion im Verein mit der Psychotherapie" kann stutzig machen: Bedarf denn die Religion wirklich einer solchen Kooperation? *Außerdem: Von welcher Religion und von* welcher Form der Psychotherapie ist hier die Rede?

Was letztere anlangt, geht Drewermann hauptsächlich von C. G. Jung und dessen Theorie des kollektiven Unbewußten mit den darin anzutreffenden Urbildern (Archetypen) aus, jedoch werden auch Freud und dessen Schüler, kaum jemals Alfred Adler, dafür aber die eher sterilen Epigonen der Gesprächstherapie, der Schicksals- und der Transaktions-Analyse herangezogen.

„Die Religion" ist für den Autor nicht eine bestimmte Glaubensrichtung, sondern „das Einende und Verbindende zwischen den Kulturen und Religionen aller Zeiten und Zonen", das „nur in den Archetypen und in den Gefühlen liegt, ... während die Sprache, die Ratio, die Kategorientafel der moralischen Wertsetzungen sich als sehr zeitgebunden und voneinander trennend erweist". Schließlich haben ja „alle Religionen ... *ihre Wunder, und alle Religionen*, wofern sie wahr sind, besitzen die Fähigkeit, einen Glauben zu erwecken, der auf wunderbare Art die Angst besiegt".

Das Christentum, *dem allerdings „die Einzigartigkeit"* der Synthese von „Personalität und Individualität ... mit dem archetypischen Material der Psyche" konzediert wird, *schneidet* bei dem Vergleich mit anderen Religionen ansonsten nicht besonders günstig ab, da es „ein gerüttelt Maß der Feindschaft besonders gegenüber der mythennahen Welt der archetypischen Bilder in sich (hat) und ... vor allem in seiner abendländischen Form eine Entwicklung genommen (hat), die unweigerlich zuerst in die Kirchen-, Riten- und Dogmen*feindlichkeit* des Protestantismus und hernach, seit den Tagen der Aufklärung, in die atheistische Verstandeskritik des Religiösen überhaupt ein*münden mußte*".

Dagegen ist (der Satz könnte von Jung selbst stammen) „der Katholizismus ... trotz seiner Ablehnung der Mythen und der mythenbildenden Kräfte des Unbewußten vor allem durch den Reichtum seiner dogmatischen und rituellen Symbole in einem gewissen Maße mit der Welt des Unbewußten auf matriarchalische Weise verbunden geblieben".

Für Drewermann steht fest, „daß der Ausgangspunkt einer jeden Hermeneutik religiöser Texte nicht dort gesucht werden darf, wo die *historisch-kritische Exegese ihn* annimmt: in der äußeren Geschichte, sondern daß er im Traum bzw. im traumnahen Erlebnis von Poesie und Dichtung gefunden wer*den muß*". *Demnach* ist „das Äußere ... als Ausdruck des Inneren zu lesen; alles Gegenständliche ist als Symbol einer psychischen Wirklichkeit zu interpretieren".

Beispielsweise ist der Baum – auch der im Paradies – wegen der angeborenen Klammerreflexe und der oralen Triebstrebungen, „die den Menschen nach der Geburt zunächst mit seiner Mutter verbinden ..., ein archetypisches Muttersymbol". Wenn der Herr angesichts des brennenden Dornbusches Moses aufträgt, sich die Schuhe auszuziehen, erfahren wir, daß nach Freuds Ansicht „Schuhe und Fü*ße psychoanalytisch zu*meist auf das weibliche bzw. männliche Genitale" hinweisen und „das *Ausziehen der Schuhe* ... also einer Selbstentblößung" gleichkommt.

Gustav Klimt: „Paradieseschor" und „Kuß" aus dem Wiener Beethovenfries

Der Drache (Apokalypse, 12) hinwiederum „kann tiefenpsychologisch zumeist mit gutem Recht als Feind der unbewußten Seelenkräfte, mithin als Repräsentant einer einseitigen Bewußtseinseinstellung interpretiert werden". Schließlich muß auch für das Gottes-Erlebnis der Propheten „tiefenpsychologisch gelten, daß alles, was einem Menschen erscheint, als Erscheinung Teil seiner Psyche ist".

Drewermann weiß zwar, „daß in den Mythen ein und derselbe Gegenstand ganz entgegengesetzte Bedeutungen annehmen kann" und daß es daher „das Problem der Vieldeutigkeit der einzelnen Motive" gibt, aber das beeinträchtigt die Selbstsicherheit seiner Deutungen keineswegs. In der Tat kommt es im psychotherapeutischen Einzelgespräch auch kaum darauf an, ein bestimmtes *Traumbild „richtig" zu deuten*, sondern eher darauf, daß der Patient dazu gebracht wird, sich mit dem in der Deutung angesprochenen Akzent seines Wesens in einer *vom Realitätsdruck entlasteten*, märchenhaften Weise auseinanderzusetzen. Die Widerstände, die sich dabei einstellen, weisen den Therapeuten dann auf die eigentliche Problematik des Falles hin.

Bei der Übertragung dieses Ansatzes auf die Bibel-Exegese muß man jedoch ohne die erkenntnisleitende Funktion der Widerstände auskommen und sich außerdem bereit finden, der Heiligen Schrift keinen anderen Stellenwert einzuräumen als einer Sammlung von Mythen bzw. von Märchen, die *unmittelbar* entstehen, „wenn die Mythen ihres religiösen Gehaltes entkleidet werden". Man stößt dann auf eine überschaubare Anzahl häufig und fast bei allen Völkern *wiederkehrender Motive und kann – wie das* die finnische Schule der Märchenforschung mit A. Aarne und S. Thompson getan hat – versuchen, durch den sorgfältigen Vergleich der verschiedenen Fassungen eine Urform, einen Archetypus zu erschließen.

Der Verfasser geht sogar darüber hinaus, indem er behauptet, „daß Gott offenbar alles dem Menschen zum Heil Notwendige an Symbolen in die Seele gelegt hat und diese Bilder ‚nur' durch ein entsprechendes personales Vertrauen geweckt zu werden brauchen, um dem Bewußtsein offenbar zu werden". Gleichzeitig akzeptiert er allerdings auch die Jungsche These, daß „die archetypischen Symbole ... *sich* selbst in ungeheuren Zeiträumen der Evolution geformt" haben, sowie die physiologische Hypothese, nach der „die rechte Hirnhälfte ... als der natürliche ‚Sitz' der religiösen Weltanschauung betrachtet werden" darf.

In dem vorliegenden Werk geht es dem Autor um die Methodik der tiefenpsychologischen Interpretation, deren Ergebnisse er zum Teil bereits in den „Strukturen des Bösen" *(3 Bände, 1980/82) vorgelegt hat. Dabei* gerät er – gewiß ohne dies zu wollen – in die Denktradition von Arthur Drews („Die Christusmythe", 1910), der die historische Existenz Jesu bestritt, und in die Nachbarschaft Rudolf Bultmanns, dessen Methode der Entmythologisierung er nur scheinbar ins Gegenteil verkehrt.

Eugen Drewermann:
Tiefenpsychologie und Exegese
Walter-Verlag, Olten. 2 Bde., 575 bzw. 851 S., 78 bzw. 88 Mark

Sich selbst macht er den „sehr berechtigten Einwand ..., daß die tiefenpsychologische Argumentationsfigur ... stets als Symptom der beginnenden Dekadenz einer Religion zu werten sei"; denn es sei „noch niemals ... gelungen, den zerstörten Außenhalt des Religiösen psychologisch von innen wieder zu ersetzen". Das könnte Grund genug sein, auf dem eingeschlagenen Wege nicht weiterzuschreiten, jedoch begnügt sich Drewermann mit der Antwort, „daß wir die religiöse Situation der Gegenwart nicht geschaffen haben und sie jedenfalls so annehmen müssen, wie sie ist".

Wer einen Brand nicht gelegt hat, braucht sich auch um das Löschen nicht zu bemühen. Eine seltsame Version der christlichen Nächstenliebe!

Trotzdem gibt es eine Hoffnung, die nämlich, „daß der Weg, der von S. Freud zu C. G. Jung führte, über die Tiefenpsychologie selbst hinausgehen wird, um eines Tages einer vertieften Form des Religiösen Platz zu machen, in der die gegenwärtige Zerrissenheit des Psychischen durch eine integrale Weise des Lebens überwunden ist".

Darin kommt – theologisch gesprochen – *das pelagianische Mißverständnis der* menschlichen Natur zum Ausdruck. Man wird dem Autor deshalb zweifellos vorhalten, daß schon der seinerzeit wütend bekämpfte Linkshegelianer David Friedrich Strauß alle Wundererzählungen der Evangelien dem Bereich des Mythos zugewiesen hat, um sodann den Sinn seines Hauptwerkes („Das Leben Jesu", *1835/36*) in der „Fortbildung der Christusreligion zur Humanitätsreligion" zu erblicken. Nach 150 Jahren klingt der Wunsch nicht viel anders.

PETER R. HOFSTÄTTER



Kitsch und Frauenrecht: Eugenie Marlitt, die Erfolgsautorin der Gartenlaube
FOTO: ULLSTEIN

Die Mamsell nimmt Rache

Herrad Schenks „seriöse" Biographie der Eugenie Marlitt

Das junge Mädchen mit dem durchsichtig herabfließenden seeblauen Gewande, mit dem langwallenden blonden Haar, stand in seiner *hinreißenden* Lieblichkeit neben der funkelnden Wassergarbe der Fontaine wie die verlockende Brunnennixe selbst. Erst mit dieser Erschei*nung vollendete sich der Märchenzauber*, der um das alte Waldhaus webte und wehte."

Elf umfangreiche Romane mit derartiger Prosa, geschrieben zwischen 1865 und 1885, begeisterten Generationen von Frauen und Mädchen, begeistern sie bis in die heutige Zeit. Die Tagträume vom besseren Leben, die immer wieder gleichen Aschenbrödel-Storys wurden vom Fernsehen aufwendig verfilmt und erreichten auch im Weltraumzeitalter Millionen Zuschauer.

Hat sich damit nun das Interesse an den verstaubten, von Sprache und Duktus her völlig überalteten Romanen der Eugenie Marlitt (1825–1887) erschöpft? Nur noch ein deutscher Verlag bietet einen einzigen Titel von ihr an. Mit Sicherheit nicht erloschen ist das Interesse an der Verfasserin.

Wie sollte auch ausgerechnet diese thüringische Erfolgsautorin unbeachtet bleiben, wo mangels Masse auf literarwissenschaftlichen Neubaugebieten an den Universitäten inzwischen auch dem Trivialsten und Nichtigsten Bedeutung zugesprochen wird, wo sich Fans in literarischen Vereinigungen be*mühen, ihr durch triviale Genüsse* ramponiertes Gewissen „wissenschaftlich" zu entlasten?

Der Name Marlitt war 1982 Blickfang für *eine Fernsehverfilmung, die ihr Wirken an* der kaiserzeitlichen Massenillustrierten „Gartenlaube" zeigte. „Die Rache der alten Mamsell" heißt jetzt in Anlehnung an Marlitts Beststeller vom Geheimnis eines betagten Fräuleins die Lebensgeschichte der Ahnfrau aller Liebes- und Schicksalsromane.

Herrad Schenk (38) hat sich dieser Gestalt angenommen, und es ist gar nicht so falsch, wenn sich dabei Assoziationen zu Frauenrecht und Emanzipationsbestrebungen einstellen. Zum *einen* war die Marlitt (eigent*lich Eugenie John)* selbst nichts weniger als eine, wenn auch sanfte Vorkämpferin in dieser Hinsicht. Ihre gefühlsbetonten Romane waren nicht bloß kitschig und seicht. Sie *zielten zugleich deutlich gegen die Privile*gien des Adels und die Arroganz des besitzenden Bürgertums.

Vor allem aber stellten sie erstmals in der Unterhaltungsliteratur die Frau als denkendes und bildungsfähiges Wesen dar. Heute verbindet kaum jemand mehr den Namen der Schriftstellerin mit solchen Ideen. Der Name Herrad Schenk allerdings erweckt derartige Assoziationen. Hat doch die Autorin aus Bonn in ihren Werken bisher viel „*Männerunangenehmes*" verbreitet. Von „*Geschlechtsrollenwandel und Sexismus*" bis zur „Feministischen Herausforderung – 150 Jahre Frauenbewegung".

Kitsch und Frauenrecht, wen gruselt's da *nicht? Doch man sollte sich davon nicht* abschrecken lassen, denn Herrad Schenk hat ihr Buch interessant und lebendig gestaltet; es ist originell trotz erkennbarer Vorbilder (Erich Loest über Karl May), ein lesenswertes Frauenbuch über eine Frau für Jeder-Mann.

„Ich mächte mein Buch als Roman, nicht als Sachbuch verstanden wissen", sagt sie,

Herrad Schenk:
Die Rache der alten Mamsell
Eugenie Marlitts Lebensroman. Claassen-Verlag, Düsseldorf. 220 S., 28 Mark.

aber ihre phantastische Mischung aus Fiktion und Tatsachenbericht ist zweifellos mehr. Wenn sie neben eine Autobiographie aus Romanzitaten und die kapitelweise aufbereitete „Seriöse Biographie" ein fiktiv-absurdes Interview stellt, in dem die Marlitt von ihren Verhandlungen mit dem *ZDF* berichtet, so ergibt schon das einen eigentümlichen Reiz.

Herrad Schenk setzt dem Ganzen noch *eins drauf, und dann wird es vollends köst*lich: Sie läßt im Marlitt-Haus in Arnstadt (Thüringen) eine Diskussionsrunde auftreten, die ihr zu einer trefflichen Karikatur eines Teilbereichs *des heutigen Literaturbe*triebs gerät. Die „Gesellschaft für Trivialität und Transzendenz" hat zur Diskussion eingeladen. Gekommen sind der Herr von der „Gartenlaube", ein Vertreter der Literaturwissenschaft, und natürlich ein Psychoanalytiker. Sie folgen in ihren Statements unbeirrt ihren eingefahrenen Denkmustern, gefallen sich in den hanebüchensten Überlegungen und finden selbstverständlich nicht zueinander.

„Ja, ich habe viel über Karl May gelesen", gesteht Herrad Schenk auf Befragen und läßt im Buch den Vorsitzenden der Gesellschaft für Trivialität sagen: „Uns kommt die wichtige, wenngleich kaum leicht zu lösende Aufgabe zu, der Welt ein angemessenes – *und das heißt ja wohl: ein möglichst* wahrheitsgetreues – Bild von ihrem Leben und Werk zu vermitteln."

Da wird man den Gedanken nicht los, als hätte Frau Schenk *mit diesem „Lebensroman"* noch viel mehr ins Auge gefaßt als die Fabuliererin aus Thüringen. Die unverhohlene Ironie zielt auch mitten in Umtriebe unserer Tage.

GERHARD KLUSSMEIER

Schlesien zu Ehren

Hupka zum Geburtstag

Es gibt Festschriften, die sind schwer bekömmlich und auch für den zu ehrenden Jubilar wenig nützlich. Diese hier mit dem so nüchternen wie programmatischen Titel **„Für unser Schlesien"**, erarbeitet von den beiden Historikern Helmut Neubach und Hans-Ludwig Abmeier und erschienen zum 70. Geburtstag des aus Ratibor in *Oberschlesien stammenden* Bundestagsabgeordneten Herbert Hupka, ist auf weite Strecken unterhaltsam und belehrend zugleich, fast eine kleine Kulturgeschichte Schlesiens (Verlag Langen-Müller, München. 352 S., 38 Mark).

Wie reich diese preußisch-deutsche Provinz einst war, kann man bei der Lektüre der 25 Aufsätze immer wieder feststellen. Das gilt für den politischen wie für den kulturellen Sektor, nachzulesen beispielsweise in den zwei Beiträgen über die schlesischen Reichstagsabgeordneten (Hans-Ludwig Abmeier) und



Herbert Hupka
FOTO: WERNER SCHÜRING

die schlesischen Bundestagsabgeordneten (Helmut Neubach); beide Gruppen *waren in ihren Parlamenten* überproportional vertreten, was eine schlesische Leidenschaft und Begabung für Politik vermuten läßt.

Schlesiens deutsche Geschichte beginnt mit der heiligen Hedwig und mit dem Vertrag von Trentschin 1335, mit dem Polen „für immer" auf diese Provinz verzichtete. Ein Aufsatz über dieses bis 1945 nie angefochtene Vertragswerk, durch das Schlesien an Böhmen, 1526 an Österreich, 1740 an Preußen fiel, durfte deshalb nicht fehlen. Der Mainzer Ordinarius Joseph Joachim Menzel hat ihn kenntnisreich beigesteuert.

Man hat dem Jubilar aus politisch durchsichtigen Gründen öfter vorgeworfen, er sei, da auf Ceylon geboren, kein richtiger Schlesier. Ein Argument, das nicht zieht, weil die Verwurzelung Herbert Hupkas in seiner oberschlesischen Heimat, in die er mit seiner Mutter nach der Internierung im Zweiten Weltkrieg heimkehrte, unübersehbar ist. Ratibor, die Grenzstadt im Südwesten Oberschlesiens, steht deshalb im Mittelpunkt der Ausführungen Alois Koslers und des Jesuitenpaters Johannes Leppich, der vom „gleichen Schulweg" erzählt.

Vier *Jahrzehnte nach* dem *Zweiten* Weltkrieg muß heute freilich nach dem Überleben schlesischer Kultur gefragt werden. Auch hier bieten die Beiträge des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht und der Kunsthistorikerin Idis B. Hartmann bedenkenswerte Antworten.

JBB.

Nicolas Baciu
Verraten und verkauft
Die tragischen Fehler Churchills und Roosevelts in Osteuropa

Roosevelt und Churchill liefern Osteuropa an Stalin aus

Dieses Buch rückt die historische Wahrheit um die Osteuropa-Politik Roosevelts und Churchills endgültig zurecht. Es enthüllt die tragischen Fehler, die dazu führten, daß fast ganz Osteuropa unter das kommunistische Joch geriet.

334 Seiten, Leinen, DM 38,–
Universitas



Die rot-grüne Bedrohung der *freiheitlich-sozialen* Wirtschaftsordnung

Ein Mann der Wirtschaft analysiert die Gefahren, die von einem rot-grünen Bündnis ausgehen. Warnungen, die ernst genommen werden sollten — vor, aber auch zwischen den Wahlen.

310 Seiten, Leinen, DM 32,–
Universitas



Menschen und Zusammenhänge, die das Bild unseres Jahrhunderts prägten

Ein Preuße, Globetrotter und Nonkonformist, berichtet über seine Begegnung mit Menschen, deren Lebensweg durch Herkunft, Berufung und Schicksal den Rang der deutschen Nation prägten.

160 Seiten, Leinen, DM 29,80
Ullstein



Aphorismen

Da wird gefragt, ob es Gutenberg war, der die Druckfehler erfand, oder was der sechste Sinn nützt, wenn die anderen fünf abhanden gekommen sind. Das kann man als Wortspielereien lesen – sollte *man* aber *nicht*. Denn Stanislaw Jercy Lec, dessen Epigramme, kleine Prosa und Gedichte aus dem Nachlaß Karl Dedecius in dem Band **„Steckbriefe"** (Hanser-Verlag, München. 120 S., 16,80 Mark) zusammengefaßt hat, war immer ein politischer Poet. Seine Aphorismen zielen auf die Wirklichkeit, die sozialistische zumeist. Und was er hier (oder sein Übersetzer Dedecius) in Zweizeiler, Vierzeiler oder längeres Gereimtes gegossen hat, ist nichts anderes – nur daß es allzu oft durch den Zwang zum Vers an Treffsicherheit verliert. mar

Meine sieben Onkel

Keine Autobiographie herkömmlicher Art schrieb der gelernte Journalist und ehemalige Programmdirektor der Deutschen Welle, Christian von Chmielewski. Kindheit und Jugend in Berlin und der Mark Brandenburg verbinden sich mit der Erinnerung an **„Meine sieben Onkel"**, wie der Titel dieses ebenso humorvollen wie ernsten, im Neske Verlag erschienenen Buches heißt (269 S., 34 Mark). Der Autor setzt den lebenslustigen und aufrechten Männern, die als Ärzte, Kaufleute, Druckereibesitzer, Diplomaten, nicht zuletzt als Widerstandskämpfer gegen das Nazi-Regime ihren Weg gingen, ein literarisches Denkmal. Mit Detailkenntnis schildert von Chmielewski vor allem die bewegten zwanziger Jahre, bevor es in seinem letzten Kapitel um die Rettung von Familiendokumenten im Posen von 1940 geht. Die sieben Onkel haben polnische, sächsische und preußische Vorfahren – Anlaß genug für den Autor, zeithistorische Ausflüge zu machen und den Leser in heute zum größten Teil versunkene Welten zu führen. N. M.

Wunschbilder der Symbiose

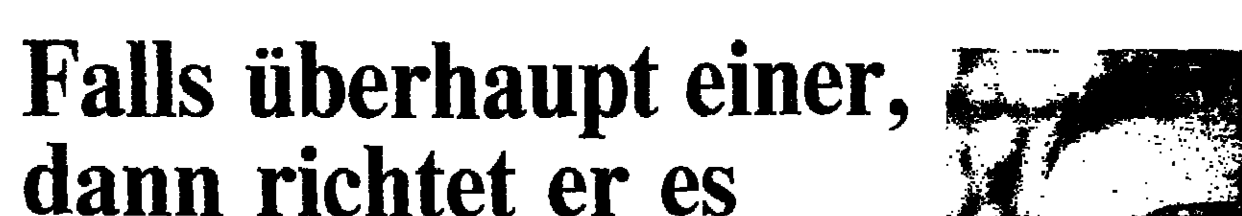
„Die meisten, doch keineswegs alle Deutschen, haben es sich zur Aufgabe gemacht, sich eine angenehmere Vergangenheit auszudenken", schreibt Peter Gay in seinem Essayband **„Freud, Juden und andere Deutsche"** (Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg. 352 S., 48 Mark). Aber Gay ist keiner der Historiker, die hinterher alles schon vorher gewußt haben. Er wendet sich vielmehr gegen eine deterministische Geschichtsbetrachtung, gegen einen Schuldspruch vor der Beweisaufnahme, und vor allem gegen einen Blickwinkel, der die Jahre von der Reichsgründung bis zur „Machtübernahme" nur mit dem Wissen von 1945 und danach zu betrachten vermag. So wird deutlich, daß vieles, was uns heute wie ein Menetekel erscheint, damals als Kalauer betrachtet und nicht ernstgenommen wurde – auch und gerade von Juden. Aber zugleich arbeitet Gay heraus, daß die oft beschworene deutsch-jüdische Symbiose eher Wunsch als Wirklichkeit war. P. D.

Leben in der Postmoderne

Diedrich Diedrichsen war zu Beginn der achtziger Jahre Chefredakteur der elitären Musikzeitschrift „Sounds" und *damit* Chefideologe der wieder kurzhaarigen Jugend. Er hatte den Jargon voll drauf, der damals als Jugendjargon galt und doch wohl mehr eine Erfindung der „Szene" war. In **„Sexbeat"** (Kiepenheuer & Witsch Verlag, Köln. 184 S., 14,80 Mark) blickt er nun zurück auf die siebziger Jahre: Das Leben in der Postmoderne und wie es darum ging, nicht „denen ihr Spiel zu spielen". Herausgekommen ist aber nicht – wie erhofft – ein amüsanter *Rundumschlag, sondern der* Bericht eines „Betroffenen"; und das wiederum gehört zu den Dingen, die nun ausgesprochen typisch für „denen ihr Spiel" sind. D. D.

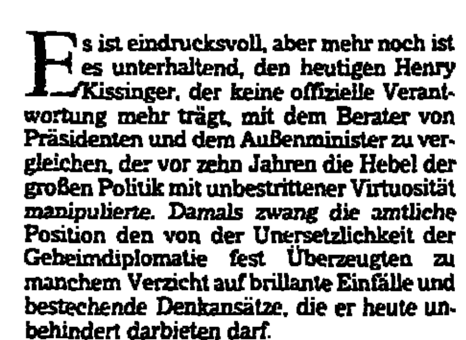
Witze, klassengebunden

Als der „Wahre Jacob" 1923 in und an der Inflation starb, trat 1924 „Lachen links" an seine Stelle. „Das republikanische Witzblatt" war – wie seine Vorgänger und von 1927 an sein Nachfolger, der „Wahre Jacob" – ein sozialdemokratisches Witzblatt. Es mochte die Kommu*nisten nicht*, auch nicht die USPD, und hatte erhebliche Zweifel an der russischen Revolution. Aber natürlich war man damals überzeugt, daß „Ironie, Satire und Humor klassengebunden" sind und „Skepsis erst *einmal* gegenüber dem Lachen der Rechten angebracht" sei. So ist jedenfalls im Vorwort des Sammelbandes **„Lachen links"**, herausgegeben von Udo Achten (Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn. 240 S., 58 Mark) zu lesen, der die vier Jahrgänge zusammenfaßt. Der Waschzettel verspricht zwar „brillante Satiren und Karikaturen", aber es ist das Dilemma parteigebundener Witze (und Witzblätter), daß sich darüber allenfalls die Parteigänger amüsieren können. So ist der Band zwar nur selten zum Lachen, aber wie ein Brennspiegel sam*melt er die* vielfältigen Vorurteile, die die Politik der Sozialdemokratie damals bestimmten. P. Jo.



Falls überhaupt einer, dann richtet er es

Henry Kissinger über eine Weltpolitik von morgen



Es ist eindrucksvoll, aber mehr noch ist es unterhaltend, den heutigen Henry Kissinger, der keine offizielle Verantwortung mehr trägt, mit dem Berater von Präsidenten und dem Außenminister zu vergleichen, der vor zehn Jahren die Hebel der großen Politik mit unbestrittener Virtuosität *manipulierte. Damals zwang die amtliche* Position den von der Unersetzlichkeit der Geheimdiplomatie fest Überzeugten zu manchem Verzicht auf brillante Einfälle und *bestechende* Denkansätze, die er heute unbehindert darbieten darf.

Die Sammlung seiner Vorträge und Essays aus den Jahren 1982 bis 1985, die nun in einer – übrigens untadeligen – Übersetzung vorliegt, überzeugt immer dort am meisten, wo sich Kissinger der Instruktion seiner weniger subtilen Landsleute über den richtigen Umgang mit der Sowjetführung zuwendet. Seine Warnung vor den optimistischen Er-

Henry Kissinger:
Weltpolitik für morgen
Aus dem Amerikanischen von Hans Jürgen von Koskull. C. Bertelsmann Verlag, München. 316 S., 39,80 Mark.

wartungen, mit denen der Westen 1982 den Wechsel von Breschnew zu Andropow begleitet hatte, erhalten im Frühstadium der voraussichtlich ausgedehnten Gorbatschow-Ära einen erhöhten Aktualitätswert.

„Die Aussichten einer Verständigung", urteilt Kissinger, „werden durch die oft zu beobachtende Neigung, die Persönlichkeit bestimmter sowjetischer Führer psychoanalytisch zu ergründen, oder nach irgendeiner Clique im Kreml zu suchen, die angeblich theoretisch für den Frieden sei, nicht besser, sondern eher schlechter." Seitenweise begegnet man Kissingers tiefer Abneigung gegen die Überschwenglichkeit der amerikanischen (und natürlich auch der europäischen) Friedens-Rethorik. Er nennt es eine besondere Form des Masochismus, die Fehler, die zu Spannungen in den Beziehungen mit der Sowjetunion geführt haben, vorwiegend auf amerikanischer Seite zu suchen.

Kissinger sieht in der außenpolitischen Verfahrensweise der heutigen Sowjetführung eine orthodoxe Interpretation der Realität, die an die Stelle des ideologischen Elans getreten sei: „Für einen Leninisten ist der Friede weder eine persönliche Beteuerung noch ein statischer Zustand. Er ist Ausdruck ‚objektiver Faktoren'. Kein sowjetischer Führer kann zum Beispiel Zugeständnisse aufgrund des persönlichen guten Willens oder Aufrichtigkeit eines westlichen Führers rechtfertigen. Sowjetische Unterhändler machen ihre Zugeständnisse dem, was sie als Gleichgewicht der Kräfte definieren, nicht gegenüber Persönlichkeiten."

Kissingers Nüchternheit ist wohltuend. Sie beruht auf einer bei diesem ausgepich*ten Pragmatiker überzeugenden Sicherheit*, daß sich Amerika durch die Überlegenheit seines Systems ein Mehr an unterkühltem Realismus erlauben kann. Bisher seien die Sowjets in Freiräume vorgestoßen, die sich durch *Unentschlossenheit oder* Schwäche gebildet hatten. Dies sei kein Beweis für Angriffslust, sondern eher ein Zeichen, daß es in der sowjetischen Vorstellung keine Obergrenze für die „sinnvoll verwendbare" Macht gebe.

In Kissingers Sicht ist es die Ironie des kommunistischen Systems, daß es die Saat des Bonapartismus enthalte. Die autonomen Kommandostrukturen der Streitkräfte und des KGB hätten sich bei den Machtkämpfen in der Partei-Hierarchie als Faktoren des Ausgleichs erwiesen, ohne deren Unterstützung niemand an die Spitze gelangen kann. Das daraus resultierende Anwachsen der militärischen Stärke der Sowjetunion habe *trotzdem außenpolitische Rückschläge wie* im Verhältnis zu China, Polen, im Nahen Osten und in den sechs Jahren der afghanischen Invasion nicht verhindern können. Auch in Afrika sei dem Kreml ein Durchbruch versagt geblieben. Bemerkenswert auch die Feststellung: „Der zunehmende Pazifismus in einigen europäischen Ländern wurde dadurch ausgeglichen, daß in der Bundesrepublik Deutschland eine konservative Regierung gewählt worden ist und die kommunistischen Parteien in Frankreich und Spanien schwere Rückschläge erlitten."

Schon lange vor Gorbatschow definierte Kissinger den inneren Zustand der Sowjetunion als „wirtschaftliche Katastrophe". Seine Warnung davor, über ihrer militärischen Stärke die inneren Schwächen des Systems zu unterschätzen, ist eine der Leitlinien seiner Analyse für die achtziger Jahre: „Eine große moderne Wirtschaft zentral planen zu wollen, heißt, Rückständigkeit und Unwirtschaftlichkeit zu institutionalisieren." Schon 1982 sagte er voraus, objektive Faktoren würden eines Tages kühle Analytiker in Moskau zu der Einsicht bringen, man habe sich zu weit vorgewagt. Er riet dem Westen, die Sowjets nicht in der Annahme zu bestärken, er werde ihre Forderungen erfüllen, ohne auf Gegenleistungen zu bestehen. Das ist purer Ronald Reagan.



Henry Kissinger　FOTO DPA

*Weit pessimistischer als Amerikas Kräfte*verhältnis zur Sowjetunion beurteilt Kissinger die Schwierigkeiten, die es mit den europäischen Partnern gibt. Er bestreitet nicht, daß in dieser Hinsicht von amerikanischer Seite *manche Ungeschicklichkeiten* begangen worden sind. Doch seine geharnischte Kritik richtet sich primär gegen das antiamerikanische Mißtrauen, das sich in Europa breitgemacht hat.

Kissinger *widerspricht* denen, die *nicht* mehr an einen konventionellen Krieg glauben. Jahrhundertelang seien europäische Kriege geführt worden, obgleich die Kräfte als annähernd gleich galten. Nicht zufällig seien nach 1945 nur Kriege ausgebrochen, bei denen kein Einsatz von Kernwaffen in Betracht kam. Was ihn aber am meisten alarmiert, ist das Signal, das der Sowjetunion durch den Verzicht auf den Ersteinsatz von nuklearen Waffen gegeben würde. Damit signalisiere der Westen, er würde eher eine Niederlage im konventionellen Krieg hinnehmen, als Kernwaffen einzusetzen.

Es sei auch verhängnisvoll gewesen, den Sowjets im NATO-Doppelbeschluß Verhandlungen über die Stationierung von Mittelstrecken-Raketen anzubieten, bevor die Stationierung erfolgte. Die Kontroversen, zu denen es in fast allen NATO-Ländern kommen mußte, hätten den Kreml ermutigt, von den westlichen Zerwürfnissen so lange wie möglich zu profitieren.

Kissinger nimmt die Reagan-Administration in Schutz gegen den Vorwurf der Aggressivität und Sturheit, mit der sie das Ost-West-Verhältnis belastet habe. Das ist der gleiche Henry Kissinger, so sollten sich seine europäischen Kritiker sagen, der unter Nixon bei den Illusionisten der Entspannung als der einzige aufrechte Liberale galt. Er mußte damals mit ihnen – beiderseits des Atlantiks – manchen Kompromiß schließen, bei dem ihm nicht wohl war. Ihnen sei geraten, nachzulesen, was er wirklich gedacht hat. HEINZ BARTH

Lieber vorsorgen, als am Ende das Nachsehen haben

Herbert Jastrows These: Mit SDI Atomwaffen abschaffen

Auf dem deutschen Buchmarkt hat dieses Werk bislang gefehlt. Drei Jahre sind seit der denkwürdigen Rede Präsident Reagans über die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) am 23. März 1983 ins Land gegangen, bis auch in der Bundesrepublik endlich ein Autor auf den Plan getreten ist, dessen Darlegungen über SDI nicht vom Gift oppositioneller Animosität getränkt sind. Allerdings wäre es unredlich, *nicht* gleichzeitig darauf hinzuweisen, daß Robert Jastrow das Projekt zur Erforschung eines Abwehrsystems gegen die sowjetischen strategischen Atomraketen mit einer gewissen Sympathie, um das Wort Begeisterung zu vermeiden, in seinem Buch begleitet.

Auf dem amerikanischen Buchmarkt war es schon wenige Monate nach der Rede des Präsidenten verfügbar und erlebte seitdem neue und verbesserte Auflagen. Die deutsche Ausgabe profitiert davon. In ihr kann sich Jastrow bereits intensiv mit eini-

Robert Jastrow:
SDI – So werden Atomwaffen überflüssig
Aus dem Amerikanischen von Hermann Kusterer. Verlag Busse und Seewald, Herford. 184 S., 36 Mark.

gen Argumenten der SDI-Gegner auseinandersetzen; seine Entgegnungen klingen plausibel.

Der Autor ist in der Tat für die Auseinandersetzung mit SDI bestens legitimiert. Als Professor für Geophysik und als mit der *Kernforschung beschäftigter Wissenschaft*ler wirkt er am renommierten Dartmouth College in New Hampshire. Er gründete das NASA-Institut für Weltraumstudien und saß als Erster dem NASA-Ausschuß für die Erforschung des Mondes vor. Was ihn geradezu prädestiniert hat, dieses Buch über SDI zu schreiben, ist seine bewunderswerte Fähigkeit, den Fachjargon der Wissenschaftler zu meiden und die komplizierten Fragen der Militärstrategie, Politik, Rüstungskontrolle und – nicht zu vergessen – der Technik selbst so darzustellen, daß sie auch dem Laien verständlich bleiben.

Jastrow, und das ist nicht im mindesten übertrieben, gibt dem Leser durch seine eingängigen Formulierungen den Schlüssel zum Verständnis dieser komplizierten Thematik in die Hand. Eine klug aufgebaute Folge von Kapiteln macht klar, warum während der vergangenen zwei Jahrzehnte im Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion in Washington geradezu zwangsläufig der politische Entschluß reifen mußte, dem Rüstungsstreben des Kreml mit der anfangs dramatisch wirkenden Geste Reagans eine Initiative entgegenzusetzen, welche die USA und den Westen als Ganzes dem sowjetischen Zangengriff entwinden hilft.

Jastrow schildert, wie sich die Sowjetunion vom Inhalt des ABM-Vertrags, kaum daß die Unterschrift trocken war, zunächst schleichend und schließlich für die strategische Stabilität immer bedrohlicher entfernt hat und es *heute noch* tut. Wer seinen Argumenten zu folgen bereit ist, wird schnell erkennen, daß die Formel vom „Rüstungswettlauf im All" sich nur aus Voreingenommenheit nährt, mit der Wirklichkeit aber nichts zu tun hat. Der Leser kann nicht nur leicht nachvollziehen, wie die SDI-Technik als Schirm *gegen die sowjetische Atom*rüstung wirken würde, er begreift auch, daß es wegen der Begrenzung der immensen Kosten letztlich auch für die Sowjetunion reizvoll sein müßte, ihre Anstrengungen von der Offensivrüstung weg auf die Defensive zu verlegen.

Wahrscheinlich wird dieses Buch unter den verbissenen SDI-Gegnern in der Bundesrepublik Empörung auslösen. Sie werden sagen, hier propagiere jemand die strategische Raketenabwehr unter Hintanstellung vieler denkbarer Einwände. Das stimmt nicht. Jastrow geht zum Beispiel sehr detail*liert auf die Bedenken derjenigen ein*, die sagen, mit geringem technischen Aufwand könnte die Sowjetunion ein amerikanisches SDI-System unwirksam machen. Vieles widerlegt er plausibel, so das Drehen der Rake*ten oder deren Verspiegelung gegen Laser*, die schnell brennende Schubrakete zur Verkürzung der Entdeckungszeit, die Mine im Weltraum zur Vernichtung amerikanischer Kampfsatelliten oder sowjetische Täuschungsmanöver.

Immer wieder ist darauf hinzuweisen, daß SDI bisher ein reines Forschungsprogramm ist und das auch noch einige Jahre bleiben wird. Wer jetzt schon mit dem Brustton des angeblich Wissenden behauptet, SDI sei ein „großer Bluff", wie kürzlich in mehreren Folgen im „Spiegel" zu lesen war, tut nur seine Vorurteile kund, hilft aber nicht, die Diskussion über das komplizierte Thema der Sicherung der strategischen Stabilität zwischen den Supermächten sachlich zu führen. Die deutsche Debatte über SDI speist sich aber großenteils aus Emotionen und aus der Unfähigkeit mancher Politiker, zu akzeptieren, daß SDI zunächst einmal der Sicherheit dient und erst in zweiter Linie der Verbesserung der technologischen Basis in der Bundesrepublik. Dieses Buch kommt spät, es kann aber helfen, die Diskussion zu versachlichen. RÜDIGER MONIAC

Die jüngste Bestseller-Autorin ist 91 Jahre alt.



Helen Hooven Santmyer: Sie hat – 60 Jahre nachdem sie mit der Niederschrift des Manuskriptes begann – noch das Ungewöhnliche geschafft. Ihr Roman, in dem sie die Sonnenseiten zwischen *1868* und *1932* skizziert, ist weltweit nun ganz oben. Ihr Aufstieg ist so ungewöhnlich wie ihr Werk mit 1680 Seiten.

Ein Buch wie dieses wurde seit Jahrzehnten nicht mehr geschrieben. Ein Roman – nicht vollgepackt mit »Action«, nicht berstend vor Abenteuern, nicht gespickt mit Sex-Dialogen. Aber ein Epos, das dem einfühlsamen Leser ein nostalgisches Leseerlebnis schenkt, das kultivierte Atmosphäre ausstrahlt, das eine verinnerlichte Spannung bietet, und das den Reichtum und das Glück einer schönen Zeit vermittelt.



Pressestimmen:

»Die Gesellschaftskritik einer Jane Austen, die edle Frische eines Thornton Wilder, die Beobachtungsgabe eines naturalistischen Tolstoi und die scharfe Feinheit eines Sinclair Lewis.«

»Man kann sich kaum einen schöneren Platz in der Welt ausdenken, an dem man seinen Sommer verbringen möchte, als den in ihrer Welt.« *Cosmopolitan*

Familiensaga und Chronik einer vergangenen Welt.

1680 Seiten! Echt-Leineneinband mit antikem Bütten-Schutzumschlag und vierfarbigem Vorsatz, Leseband, DM 58,–

Erschienen bei DIANA*

*Der Verlag, der auch die *erste Gesamtausgabe des Werkes des Nobelpreisträgers* JOHN STEINBECK in deutscher Sprache veröffentlicht.

buch aktuell

Die neue Ausgabe von „buch aktuell" gibt es jetzt kostenlos im Buchhandel. Auf über 100 Seiten finden Sie Informationen über Neuerscheinungen in diesem Frühjahr. Fragen Sie Ihren Buchhändler nach „buch aktuell" oder fordern Sie das Heft an bei Harenberg Kommunikation, Postfach 13 05, 4600 Dortmund (bitte 2.– DM in Briefmarken als Versandkostenanteil beifügen).



Kostenlos im Buchhandel!

Zur Buchmesse 1986 bringt **DIE WELT**

am 30. September 1986

eine umfangreiche Sonderausgabe der Literaturbeilage WELT DES BUCHES

Anzeigenschluß ist am 16. September '86

Wenn Sie in dieser Buchmessen-Ausgabe der WELT DES BUCHES inserieren möchten, informieren wir Sie gern über alle Einzelheiten.



Anzeigenabteilung, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36, Tel. (040) 3 47 - 42 64 / 3 47 - 43 83

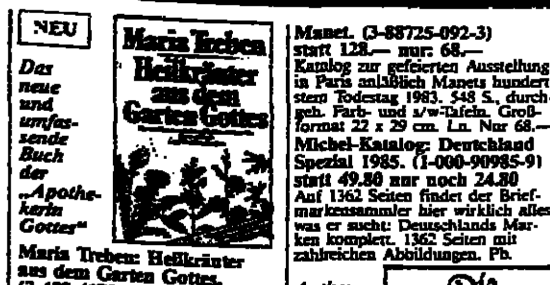
KAISER's Angebote für WELT-Leser

Sie sparen über 50% bei unseren Sonderangeboten aus dem modernen Antiquariat. Außerdem stellen wir vor: Preiswerte Sonderausgaben und aktuelle Neuerscheinungen.



NEU

Das neue und umfassende Buch der „Apothekerin Gottes"



Maria Treben: Heilkräuter aus dem Garten Gottes. (3-453-41704-6) nur 18.—
Guter Rat aus meiner Kräuterbibel für Gesundheit und Wohlbefinden. Originalausgabe. Endlich hat Maria Treben nun ihr zweites großes Buch fertiggestellt — ein vollkommen neues, übersichtlich gegliedertes, umfassendes Werk, bereichert um zahlreiche Kräuter und Erkenntnisse — und um zehn Jahre Erfahrung. 200 Seiten, davon 16 vierfarb. Format 21 x 29,5 cm. Pb.

Kindlers Literatur Lexikon im dtv

Die Jubiläumsausgabe in Sonderausstattung preiswert wie noch nie: statt 345.— nur 298.—

Bestell-Nr. 3-423-05999-0)
Zum 25jährigen dtv-Jubiläum erschien soeben das komplette Werk neu in 14 Bänden mit buchstabengerechter Aufteilung und in größerem Format — handlicher, schöner und übersichtlicher.
Eine Geschichte der Weltliteratur in Einzeldarstellungen. Inhaltsangaben und Interpretationen von mehr als 18.000 Einzelwerken aller Zeiten und Völker. 14 Bände, zusammen 11 504 Seiten.
„Ich zögere nicht, dieses Lexikon eines der kühnsten und nützlichsten Unternehmen zu nennen, die auf dem Sektor der Geisteswissenschaften nach dem Krieg in unserem Land erschienen sind." (Prof. Walter Jens in »Die Zeit«)



Manet. (3-88725-092-3) statt 128.— nur: 68.—
Katalog zur gefeierten Ausstellung in Paris anläßlich Manets hundertstem Todestag 1983. 548 S., durchgeh. Farb- und s/w-Tafeln. Großformat: 22 x 29 cm. Ln. Nur 68.—

Michel-Katalog: Deutschland Spezial 1985. (1-000-90985-9) statt 49.80 nur noch 24.80
Auf 1362 Seiten findet der Briefmarkensammler hier wirklich alles, was er sucht: Deutschlands Marken komplett. 1362 Seiten mit zahlreichen Abbildungen. Pb.

Authentische „Kulturgeschichte" in 14 Bänden mit ca. 17.000 Seiten. statt 720.— nur 198.—



Die Schaubühne. Hrsg. von Siegfried Jacobsohn. Geb. Ausgabe. (1-000-31500-2) statt 720.— nur 198.—
Dieser Neudruck stellt die bedeutendste Theaterzeitschrift aus dem Deutschland bis zum Ende des Ersten Weltkrieges vor. Nie war die „Schaubühne" „nur" eine Bühnenwochenschrift — sie spiegelte Politik, Kultur, Theater und Sitten in den Jahren von 1905 - 1918. Ca. 17.000 Seiten in 14 Bänden, drei Schuber. Mit einem Begleitband von Rolf Michaelis. Gebunden.

UNSER RENNER

„Ein heimlicher Bestseller ... dritte Auflage.." (Stern) 29.80 MÄRZ

G. Heinsohn / O. Steiger: Die Vernichtung der weisen Frauen. 368 S. Pb. 29.80 März (3-88880-057-9)
„Verblüffende neue Thesen über die Ursache der Hexenverbrennungen" (DER SPIEGEL)

Das große Buch vom einfachen Leben



Grundlagen und Technik der Schreibkunst. (1-000-30961-4) statt 74.— als SA: nur: 19.80
Handbuch für Schriftsteller, Pädagogen, Germanisten, Redakteure und angehende Autoren. Hrsg. von O. Schumann. Ein ausführlicher, praktisch-handwerklicher Ratgeber mit einer Fülle von Weisungen und Vorschlägen, Übersichten und Metrik, Prosodie, Lautlehre u.v.m. 753 Seiten. Geb. SA nur 19.80

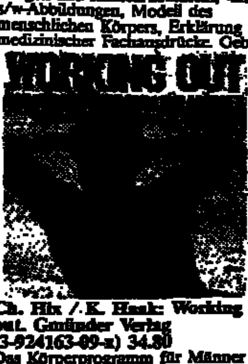
Brehm's Tierleben — Bestell-Nr.: (1-000-31720-x) statt Originalausgabe 498.— als Sonderausgabe nur 198.—
Nachdruck des Ur-Brehm als Sonderausgabe. 6 Bände, insges. 5.500 Seiten mit 112 Tafeln und 1.500 Zeichnungen im Text. Mit einem Vorwort von Bernhard Grzimek. Lexikonformat. Bedrucktes Efalin.

Wilhelm Busch: Ges. Werke in sechs Bänden (3-8212-0165-7) statt 98.— als SA: nur: 49.80
Gesamtwerk. 2300 Seiten, über 3000 Abb. Lieferung im Schuber. Jedes Buch in 4fbg. Schutzumschlag und mit Goldprägung.

A. Bach: Geschichte der deutschen Sprache (1-000-40476-5) statt 48.— jetzt nur 24.80
Aus dem Inhalt: Das Indogermanische / Das Gemeingermanische / Entwicklung der deutschen Sprache vom 5. bis zum 20. Jahrhundert / Deutsche Sprache — Deutsches Sprachvolk ... 534 S. Geb.

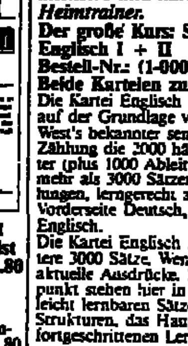
Edgar Bergmann: Wie intelligent bin ich? Eigentest zur ...





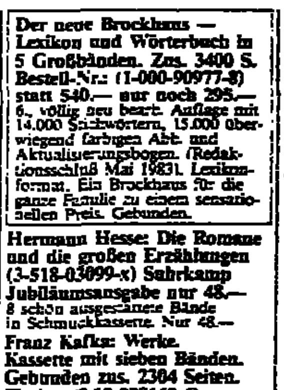


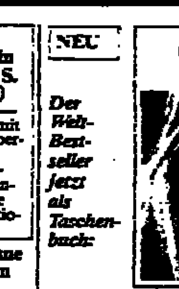












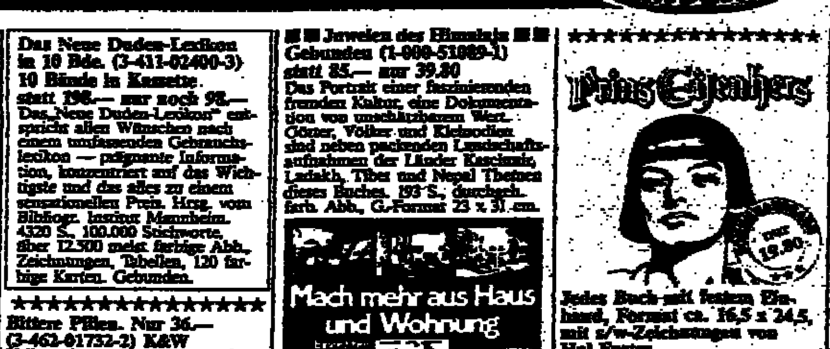


NEU

Der Welt-Bestseller jetzt als Taschenbuch

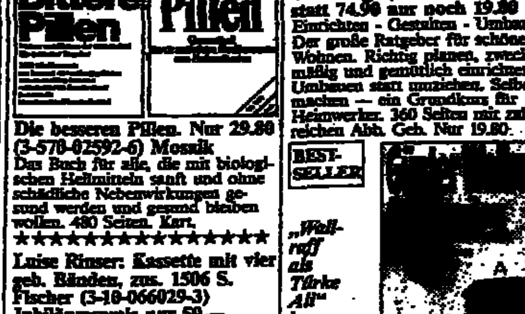
Das Neue Duden-Lexikon in 10 Bde. (3-411-02400-3) 10 Bände in Kassette. statt 198.— nur noch 98.—
Das „Neue Duden-Lexikon" entspricht allen Wünschen nach einem umfassenden Gebrauchslexikon — prägnante Information, konzentriert auf das Wichtigste und das alles zu einem sensationellen Preis. Hrsg. vom Bibliogr. Institut Mannheim ...

Juwelen des Himalaja — Gebunden (1-000-51089-1) statt 85.— nur 39.80
Das Portrait einer faszinierenden fremden Kultur, eine Dokumentation von unschätzbarem Wert. Götter, Völker und Kleinodien sind neben packenden Landschaftsaufnahmen der Länder Kaschmir, Ladakh, Tibet und Nepal Themen dieses Buches. 193 S., durchgeh. farb. Abb., G.-Format 23 x 31 cm.







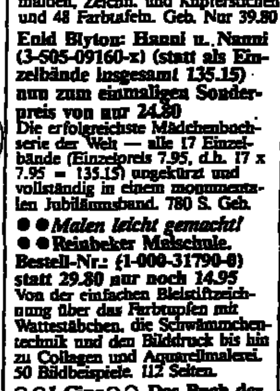




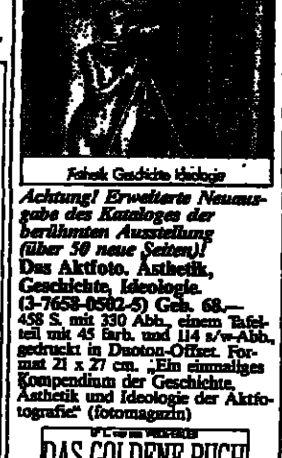






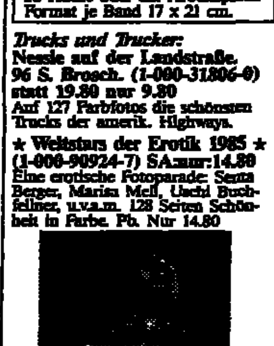




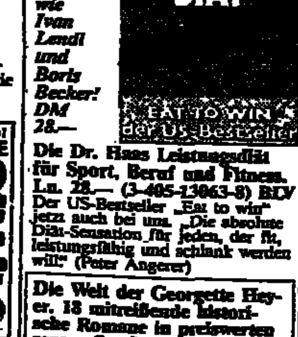












Ein 'rarissimum eroticum' aus dem Wien um 1900: 'Das erotische Riesensystem' in 532 Varianten: nur 16.80
Das goldene Buch der Liebe oder: Die Renaissance im Geschlechtsleben. Ein Eros Kodex für beide Geschlechter. Bestell-Nr.: (1-000-50343-7) statt 28.— als SA: nur: 16.80
'Das goldene Buch der Liebe' erschien 1907 in Wien. Eine bibliophile Rarität für wahre Liebhaber. Von Stellung Nr.1 'Urakt oder Urpose' bis Nr. 531 'Im Fiaker (geschlossenes Coupe, herabgelassene Stores)' reicht dieses erotische Kuriosum. 568 S. Kart. Nur 16.80

Ein lust-freundliche 'Aufklärungsbuch' für Erwachsene macht Mut Ängste abzubauen und Wünsche zu äußern.
G. Schmidt: Das große DER DIE DAS. März (3-88880-067-6) 25.—
Über das Sexuelle. „Das große DER DIE DAS" setzt die März-Tradition engagierter Bücher zum Thema Sexualität (z.B. Amendt, Sexfront) fort. 183 Seiten. Ln.

... für Sport, Beruf und Fitness. Ln. 28.— (3-405-13063-8) BLV
Der US-Bestseller „Eat to win" jetzt auch bei uns. „Die absolute Diät-Sensation für jeden, der fit, leistungsfähig und schlank werden will." (Peter Angerer)

Die Welt der Georgette Heyer. 18 mitreißende historische Romane in preiswerten rororo-Sonderausgaben für zusammen nur DM 90.— Bestell-Nr. (1-000-90981-6)
Das turbulente Panorama einer großen Zeit: verwegene Intrigen, charmante Scharmützel und romantische Liebschaften — England im 19. Jahrhundert.

KAISER'S LEER-BÜCHER
Bücher für wirklich alle Gelegenheiten

BESTELLSCHEIN zur ab 50.— DM portofreien Lieferung gegen Rechnung

Anzahl	Bestell-Nr. (ISBN) oder Titel
☐	Gesamtkatalog „Sonderangebote" Bestell-Nr. (1-000-10001-4)

ABSENDER nicht vergessen!
Name
Vorname
Straße
PLZ Ort

WE 18/691

Bitte ausschneiden und senden an: Auch einfache Postkarte genügt!

MAIL ORDER KAISER
Buchhandlung · 8000 München 40 · Postfach 401209